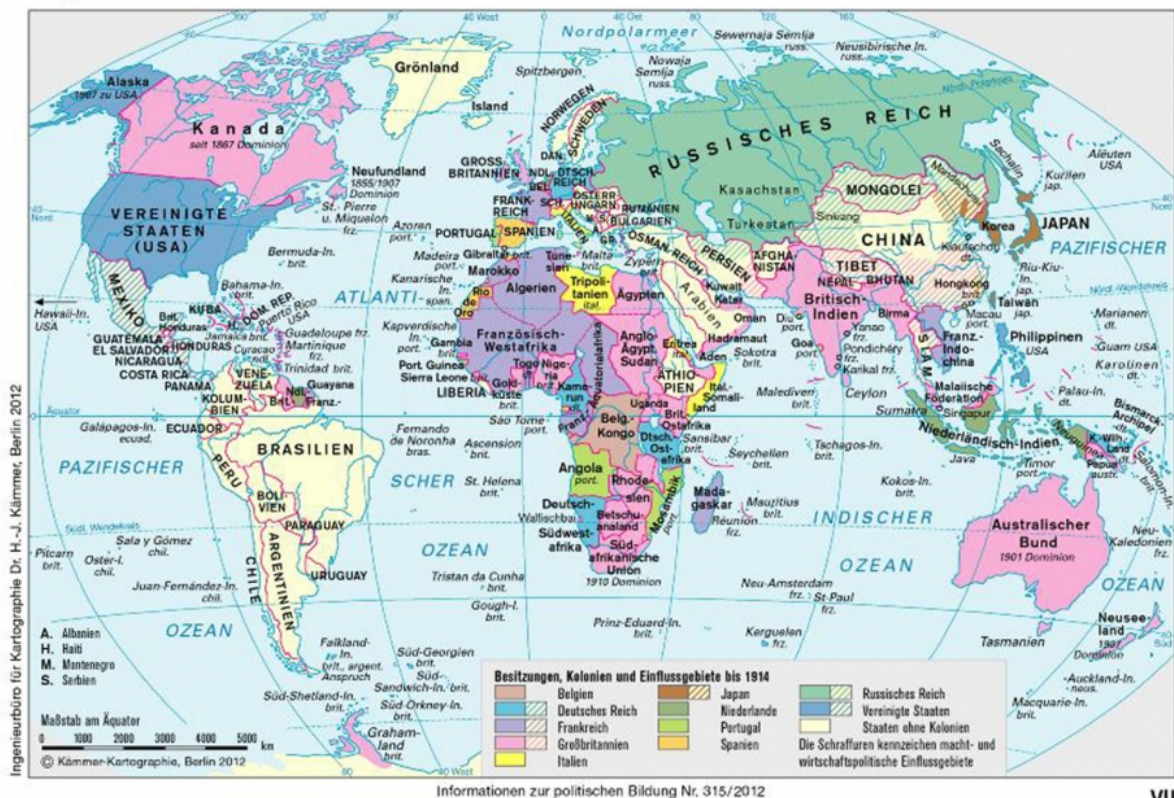


Imperialismus bis 1914



ANALYTISCHE NOTIZ

Der Staat – das Überlebenssystem eines Volkes

Jedes System hat die Möglichkeit, sich zu entwickeln oder zumindest zu überleben, wenn die ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen größer oder gleich dem Umgebungsdruck sind. Ein Mangel an ressourciellen Möglichkeiten muss durch eine Erhöhung der Steuerungsqualität kompensiert werden. – eine Regel aus der «Hinreichend Allgemeinen Theorie der Steuerung» («HATS»)

Allerdings sind die ressourciellen Möglichkeiten immer begrenzt. Und demzufolge sind auch die Möglichkeiten, die Steuerungsqualität mit diesen ressourciellen Möglichkeiten zu steigern, um die Entwicklung oder wenigstens das Überleben des Systems zu gewährleisten, begrenzt.

Bezogen auf den Staat bedeutet das, dass es eine gewisse Untergrenze der ressourciellen Möglichkeiten des Volkes, das einen Staat gebildet hat, gibt (Bevölkerungszahl, Wissenschaft und Bildung, industrielle Produktion, Lebensmittelsicherheit, Streitkräfte), durch deren Unterschreitung der Staat und seine Souveränität unmöglich werden.

Inhaltsverzeichnis

Was ist ein Staat?	3
«Wenn Sie ein kleines Land ruinieren wollen – schenken Sie ihm einen Kreuzer...» – Sir Winston Leonard Spencer-Churchill	6
Historische Staaten, Konstrukteur-Staaten und Projektstaaten	7
Zwischenstaatliche Kriege und der «internationale Terrorismus» am Beispiel der «Iran-Contra-Affäre»	21
Politik und Souveränität	41
Souveränität und Bevölkerungszahl	46
Die eine Seite des Problems	46
<i>Kuba</i>	46
<i>Ungarn</i>	49
<i>Der Jemen</i>	53
Die andere Seite des Problems	57
<i>Der Vatikan</i>	60
<i>Die Tschechoslowakei</i>	66
<i>Indonesien und Nigeria</i>	67
<i>Die Ukraine</i>	70
<i>Bulgarien</i>	72
China als Beispiel für die Formierung eines historisch entstandenen Staates	74
Staatssouveränität und zwischenstaatliche Bündnisse	87
Die externe Steuerung Russlands in den 1990er Jahren	103

Was ist ein Staat?

Ein Staat ist das System zur Selbststeuerung einer Gesellschaft, das die Entwicklung oder wenigstens das Überleben einer Nation gewährleistet, ohne dass die kulturelle Identität der jeweiligen Nation dabei unter dem Einfluss äußerer Faktoren verloren geht.

Früher, zu Zeiten des allgemeinen Entwicklungszustandes der Zivilisation auf der Erde, die als die Periode der «Stammesgesellschaften» bezeichnet wird, waren lediglich einige Dutzend Menschen einer Sippe oder eines Stammes ausreichend, um einen Staat zu bilden. Wenn ein Stamm jedoch mit einem zahlenmäßig überlegenen Stamm in einen Konflikt über die Nutzung von Ressourcen (Wasser, Wald, Felder) geriet, gab es für den zahlenmäßig unterlegenen Stamm folgende Möglichkeiten:

- auf ein weniger fruchtbares Gebiet ausweichen.
- sich in Allem unterordnen und für die Möglichkeit, in einem fruchtbaren Gebiet weiterzuleben, seine kulturelle Identität vollständig verlieren und die eigene Kultur durch die des stärkeren Nachbarn ersetzen. Das ist das Schmelztiegelprinzip, nachdem sich z.B. die westliche Welt formiert.
- Eingehen eines Bündnisses mit dem zahlenmäßig überlegenen Stamm und Aufnahme einiger Elemente der Kultur des Nachbarstammes in die eigene Kultur, wobei auch die Kultur des Nachbarstammes um Elemente der eigenen Kultur bereichert wird. Auf diese Weise formiert sich eine geeinte Bevölkerung mit einer geeinten Kultur, welche für jede Nation eine Weiterentwicklung der eigenen Nationalkultur darstellt.

Diese geeinte Kultur kann:

- absolut sein für die Nationen, die diese Kultur hervorgebracht haben und die nur Elemente ihrer ursprünglichen Stammeskultur in der gemeinsamen Kultur in Form von lokalen Besonderheiten und Bräuchen bewahrt haben. So unterscheidet sich beispielsweise das Stickmuster, das beim geeinten russischen Volk auf bestimmte Art und Weise hergestellt wird, je nach Region: Rjasan, Nowgorod, Kleinrussland oder Weißrussland;
- teilweise unterschiedlich sein, allerdings unter der zwingenden Voraussetzung, dass bei der Ausübung der wirtschaftlichen und politischen Tätigkeit das grundlegende konzeptionelle Prinzip der Achtung von Kulturen anderer Völker – der Grundgedanke der Art und Weise zu leben – in die eigene Kultur aufgenommen wird. Dabei durchdringen sich Elemente der Nationalkulturen auch gegenseitig. Ein Beispiel dafür ist die Koexistenz verschiedener Nationalkulturen im geeinten russischen Staat. Und ein Beispiel für die gegenseitige Durchdringung, die gegenseitige Bereicherung der Kulturen, sind die Terek-Kosaken und die Völker des Nord-Kaukasus.

Das Prinzip der gegenseitigen Achtung der Nationalkulturen ist für die Völker beim Zusammenschluss zu einem geeinten Staat das bevorzugte Prinzip – im Gegensatz zum Prinzip des «Schmelztiegels», bei dem die Nationen ihre

Identität¹ verlieren.

Die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Völker zu einem einheitlichen Staat wird, selbst wenn in der heutigen Zeit diese Völker bereits auch ihre eigene Staatlichkeit und ihren eigenen Staat haben könnten, mit jedem Jahr in der Entwicklung der Zivilisation auf der Erde immer offensichtlicher. Der Grund dafür ist, dass im Zuge der Zivilisationsentwicklung die Bevölkerungszahl, die dafür erforderlich ist, (unter dem Einfluss äußerer Faktoren) einen Staat zu gründen, immer weiter anstieg.

Wenn heute Ökonomen über Wirtschaftlichkeit reden, sind sie der Meinung, dass nur solche Volkswirtschaften bestehen können, die über einen Binnenmarkt von mindestens 400 Millionen Menschen verfügen. Und in der Tat sind kleine Länder nicht in der Lage, größere Projekte zu stemmen. So konnte, zum Beispiel, die Sowjetunion mit ihren etwa 300 Millionen Einwohnern ein Raumfahrtprogramm entwickeln und langstreckenfähige Großraumflugzeuge wie IL-86 oder IL-96 bauen. Die europäischen Länder für sich genommen konnten jedoch, ungeachtet des Entwicklungsfortschritts ihrer Volkswirtschaften, im Alleingang solche Projekte nicht bewältigen. Um beispielsweise das Problem bezüglich des Baus von langstreckenfähigen Großraumflugzeugen zu lösen, mussten sich die Flugzeughersteller von Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Spanien, sowie unter der Beteiligung weiterer europäischer Flugzeughersteller zu dem Flugzeughersteller Airbus SE² zusammenschließen.

Jedoch spiegelt eine solche ökonomische Herangehensweise nicht das Wesentliche dessen wider, was ein Staat ist und bestimmt auch nicht die minimale Bevölkerungszahl, die dazu in der Lage ist, das Funktionieren des eigenen Nationalstaates aufrechtzuerhalten. Die Wirtschaft dient

¹ Der bedeutende Vertreter der geeinten russischen Vielvölkernation Rasul Gamsatowitsch Gamsatow hat das russische Globalisierungsprinzip folgendermaßen charakterisiert: «In Dagestan bin ich ein Aware, in Russland bin ich ein Dagestaner, und im Ausland bin ich Russe!». In diesem Ausspruch wird das ganze Wesen der russischen Zivilisationsverbreitung ausgedrückt: der behutsame Erhalt selbst der kleinsten Völker, die historisch keinen eigenen Nationalstaat bilden konnten und die bei einem anderen Globalisierungsprinzip einfach verschwunden oder im «Schmelztiegel verbrannt» wären. Gamsatow hat auch eine Regel für den Aufbau der zwischennationalen Beziehungen formuliert: «Wenn ich einen Menschen lieb gewinne, dann liebe ich auch seine Nation. Und wenn ich ihn zu hassen beginne, dann vergesse ich für immer, welcher Nation er angehört». D.h. es gibt keine schlechten Nationen, es gibt nur schlechte Vertreter dieser Nation. Und da nur der Vertreter ein schlechter ist, darf die Beziehung zu ihm nicht auf die gesamte Nation übertragen werden: «Möge es guten Menschen immer gut gehen und schlechten Menschen so schlecht ergehen, wie sie es verdient haben!»

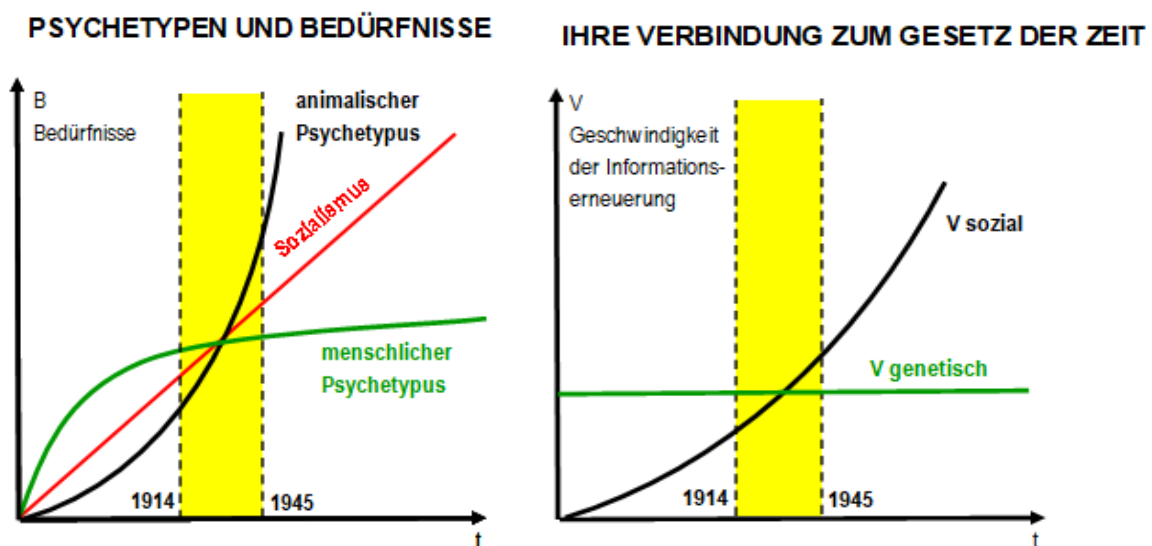
Als er darüber sprach, warum die Völker des Kaukasus den Beschluss fassten, sich der geeinten russischen Welt anzuschließen, sagte Rasul Gamsatow: «Nicht Jermolows Rus hat uns unterworfen; Puschkins Rus eroberte den Kaukasus». Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass, wenn es «Jermolows Rus» nicht gegeben hätte, dessen Bild sehr stark in Richtung Dämonisierung mythologisiert wurde, die Völker des Kaukasus «Puschkins Rus» nie kennengelernt hätten. Dabei gesteht Gamsatow ein, dass nur in der geeinten russischen Welt die Völker des Kaukasus eine historische Chance haben, als Volk zu überleben und ihre kulturelle Identität zu bewahren. Und für diese ihre Zukunft werden die Völker kämpfen, um das allen gemeinsame Elternhaus Russland zu verteidigen: «Wir sind Russland nicht freiwillig beigetreten und verlassen es auch nicht freiwillig».

Rasul Gamsatowitsch Gamsatow (8. September 1923 - 3. November 2003) – bedeutender sowjetischer und russischer Poet, Übersetzer, Publizist und Politiker. Held der Sozialistischen Arbeit (1974). Volkspoet der Dagestanischen Autonomen Sowjetrepublik (1959). Träger des Leninordens (1963) und des Stalinordens dritten Grades (1952). Mitglied der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) seit 1944.

² Der Zusammenschluss erfolgte Ende der 1960er Jahre, als offizielles Gründungsjahr des Unternehmens wird der Dezember 1970 angegeben.

der Deckung des gesamten Spektrums der Bedürfnisse der Bevölkerung. Die Bedürfnisse können jedoch unterschiedlich sein und werden von der Kultur bestimmt. So sagte, beispielsweise, der «eiserne Kanzler» Bismarck, als er Russland als eine Gefahr für den Westen deklarierte: «Russland ist gefährlich wegen seiner mageren Bedürfnisse». Und er formulierte auch eine These darüber, dass es, um Russland zu beherrschen, nötig sei, der Bevölkerung Russlands eine andere Kultur anzuerziehen und gleichzeitig auch neue Bedürfnisse: «Man kann die Russen nicht besiegen, das haben wir über Jahrhunderte gelernt. Aber man kann den Russen falsche Werte einbläuen, dann besiegen sie sich von selbst»³.

D.h. das Spektrum der Bedürfnisse einer Bevölkerung, die in der Kultur eines Volkes formuliert wurden, legt die Möglichkeiten dieser Bevölkerung zum Überleben auf ökonomischer Ebene fest. Und die ideologischen Werte formen die ökonomischen Bedürfnisse – darunter auch das Spektrum der Bedürfnisse – auf die unter bestimmten Umständen verzichtet werden kann, um seine kulturelle Identität in Form eines Nationalstaates zu bewahren.



Wenn zu Zeiten der Stammesgesellschaft, als die Menschen ausschließlich von der Naturalwirtschaft lebten und alles Nötige zum Lebenserhalt (die Kompetenzen) unmittelbar von den Mitgliedern eines Stammes oder einer Sippe erzeugt wurde, so wuchs im Zuge des technischen Fortschritts der Zivilisation und im Zuge der Bevölkerungszunahme die Menge der Kompetenzen an, über die ein Volk verfügen musste, das den Anspruch an sich stellte, einen eigenen Staat zu gründen.

Die Notwendigkeit, ein bestimmtes Optimum an Kompetenzen zur Gewährleistung der Funktionstüchtigkeit eines Nationalstaates zu beherrschen, ist besonders gut am Beispiel der Streitkräfte eines Staates erkennbar. So hängt von der Bevölkerungszahl eines Staates nicht nur die maximale/optimale/minimale Anzahl der Streitkräfte ab, welche durch die staatliche Wirtschaft gewährleistet werden können, sondern die Wirtschaftsstruktur selbst (der Besitz des nötigen Kompetenzminimums) ist Grundlage für die Struktur der Streitkräfte, die Arten der Streitkräfte, die Bewaffnung, das Ausbildungssystem von Kommandeuren und Spezialisten (Piloten, Panzerbesatzung, Kanoniere, Aufklärer, Spezialisten für Radioelektronik usw.). Je komplexer die

³ <https://www.bismarck-stiftung.de/2016/01/22/bismarck-und-die-russischen-werte/>

Technik in Herstellung und Bedienung ist, desto größer ist die Anzahl der Kompetenzen, über die ein Staat verfügen muss. Eine der teuersten Arten von Streitkräften, die dem Staat abverlangt, über eine Vielzahl von Kompetenzen zu verfügen, war aus historischer Sicht die Flotte. Und wie sich gezeigt hat, können längst nicht alle Staaten – nicht einmal die mit einem Ozeanzugang – aus eigener Staatskraft den nötigen Satz an Kompetenzen gewährleisten, das wenigstens nötig wäre, um Schiffbau zu betreiben, geschweige denn um den Betrieb von Schiffen zu sichern.

«Wenn Sie ein kleines Land ruinieren wollen – schenken Sie ihm einen Kreuzer...» – Sir Winston Leonard Spencer-Churchill

Um sich davon zu überzeugen, betrachten wir kurz, wie es um den Schiffbau im Russischen Reich am Vorabend des Ersten Weltkriegs bestellt war.

Ein Kriegsschiff ist ein Bauwerk, das die Errungenschaften praktisch aller Bereiche der Kultur und der Volkswirtschaft in sich vereint. Um zu verstehen, inwiefern das Russische Reich alle notwendigen Kompetenzen im Bereich des Schiffbaus gewährleisten konnte, ist es nötig, sich die Bestandteile einiger eigens gebauten Schiffe der Kaiserlich Russischen Marine anzuschauen.

Der Panzerkreuzer «Aurora». Die Planung begann im März 1895. In Dienst gestellt wurde er im Jahr 1903. Zusammengefasst: Die Arbeiten dauerten fast 8 Jahre. Die Panzerung wurde teilweise aus Frankreich geliefert, da in der heimischen Industrie keine Kapazitäten vorhanden waren. Die Artillerie des Hauptgeschützes besteht aus 6-Zoll-Kanonen, die von der französischen Firma «Canet» lizenziert wurden. Die Entfernungsmesser sind von der Firma «Armstrong» und wurden in England gekauft. Die Heizkessel des Haupttriebwerks wurden in Russland in Lizenz der französischen Firma «Belleville» hergestellt. Die Antriebswellen wurden in Frankreich hergestellt. Die Elektrik: Generatoren der Firmen «Union» und «Siemens und Halske». Die Projektierung des Schiffes ist russisch. Gebaut von einem Gemeinschaftsunternehmen – dem französisch-russischen Unternehmen (heute Admiraltätsverband). Eine Qualitätsprüfung ergab Folgendes: Bei den Fahrttests konnte die geplante Geschwindigkeit von 20 Knoten nicht erreicht werden (das war zu damaliger Zeit bereits eine niedrige Geschwindigkeit), obwohl die Antriebsmaschinen mehr Kraft entwickelten, als geplant. Bei der ersten Meeresüberquerung nach England stellte sich heraus, dass die Vernietung von geringer Qualität war und die Nähte des Rumpfbereichs, der über der Wasseroberfläche liegt, schlugen Leck, wenn sie von einer Welle getroffen wurden.

Der Kreuzer gehörte zur unpraktischen Klasse von Schiffen, die einerseits über zu viel Feuerkraft zum Versenken eines ungepanzten Handelsdampfers verfügten (die Bekämpfung des feindlichen Seehandels war eine der Hauptaufgaben, die dem Kreuzer zukam, bevor es U-Boote gab), andererseits über zu wenig Panzerung, um einen Kampf mit vergleichbarem gegnerischen Artilleriefeuer zu führen. Die übrige Flotte war der Qualität nach ähnlich, was, in Verbindung mit der Unausgewogenheit ihrer Kräfte und Mittel, mit einer Niederlage in der Tsushima-Schlacht endete.

Es vergingen 10 Jahre. Eine neue Generation Schiffe wurde gebaut: Schlachtschiffe vom Typ «Sewastopol» in der Ostsee – 4 Stück; vom Typ «Imperatriza Marija» im Schwarzen Meer – 3

Stück; Kreuzer vom Typ «Swetlana» (später «Krasnyj Krim»). Es wurde eigenes, russisches Metall verarbeitet. Die Kessel vom Typ «Yarrow» sind von einer englischen Firma lizenziert. Die Dampfturbinen der Parsons- und Curtis-Systeme wurden für Teile der Schiffe aus England bereits zu Kriegszeiten geliefert. Wenn sich deutsche U-Bootfahrer als etwas flinker erwiesen hätten, dann hätten die russischen Schiffe auch ohne Turbinen – der Haupt-Energie-Einrichtung – wie eine Schute liegenbleiben können. Aufgrund der fehlenden Leistung wurden zwei leichte Kreuzer in Deutschland bestellt, die jedoch nie geliefert wurden. Die Navigationsanlagen und Feuerleitgeräte sind überwiegend importiert und lizenziert. Alle Schiffe wurden bautechnisch überlastet, was das Ergebnis einer mangelhaften Projektierungskultur war.

Es sollte auch erwähnt werden, dass einer der Gründe, warum bereits zu Sowjetzeiten der Abschluss des Baus von Schlachtkreuzer des Typs «Ismail» abgelehnt wurde, die Unvollständigkeit der Ausrüstung war, die zuvor in Österreich-Ungarn bestellt wurde und die sowjetische Betriebe nicht herstellen konnten.

Wie anhand der vorgebrachten Informationen zu erkennen ist, wurde die komplexeste Schiffseinrichtung entweder in Lizenz gebaut oder importiert. Das heißt, das Russische Reich verfügte nicht über den vollständigen Satz an Kompetenzen im Bereich des Schiffbaus und der Waffenherstellung⁴. Gerade der Fakt, dass das Russische Reich nicht in der Lage war, aus eigener Kraft die notwendige Auswahl an Kompetenzen für die Funktionstüchtigkeit des Staates im Format eines Reiches zu gewährleisten, führte auch zum Zerfall des Reiches und des Staates in den Kataklysmen des Jahres 1917. Und das musste sich auf die Funktionstüchtigkeit der Sowjetunion auswirken, die dringend gezwungen war, das Land umzustrukturieren, um Kompetenzen zu erlangen, die für die Lebensfähigkeit eines Staates – eines Subjekts der globalen Politik – fehlten.

Zur selben Zeit verfügten die USA, Deutschland, Frankreich und England im Zeitraum von Mitte des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts über den vollständigen Satz an Kompetenzen und konnten die Erfordernisse ihrer Streitkräfte in allen Waffengattungen und Militärtechnik selbstständig gewährleisten, ohne fehlende Kompetenzen durch andere Länder ergänzen zu müssen. Jedoch verloren England, Deutschland und Frankreich bereits in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stark an Möglichkeit, über das volle Spektrum der Kompetenzen zu verfügen, die nötig sind, damit diese Staaten als Subjekte der globalen Politik erhalten bleiben, was auch zur Gründung der EU führte, wodurch die fehlenden Kompetenzen gegenseitig ergänzt werden können.

Historische Staaten, Konstrukteur-Staaten und Projektstaaten

Der Mensch ist die einzige Spezies auf der Erde, die nicht außerhalb einer Gesellschaft existiert. Seit ihrer Entstehung hat die Menschheit immer Existenzformen der Gesellschaft hervorgebracht, die den Bedingungen ihres Überlebens und ihrer Entwicklung in der Biosphäre des Planeten entsprachen. Bereits in den frühen Stadien der Entwicklung der Menschheit traten Menschen hervor, die Steuerungsprozesse in der Gesellschaft realisierten. In der Etappe der Entwicklung von Stammesgesellschaften waren das

⁴ Weiterführend siehe dazu die analytische Notiz «Eine Revolution ist unausweichlich ? oder !»

Hohepriester (Lebensweisende)⁵, die die konzeptionellen und ideologischen Grundlagen für das Leben des Stammes formuliert haben, und

Anführer, die konkrete Handlungsbereiche des Stammes leiteten. Sie nahmen die Funktionen wahr, die man in der heutigen Zeit unter dem Begriff «Staatlichkeit» versteht.

Die Staatlichkeit ist eine auf professioneller Basis gründende Subkultur der Steuerung öffentlicher Angelegenheiten von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung auf regionalem Gebiet und in der Gesellschaft als Ganzes.

In dem Maße, wie die Stämme an Größe zunahmen, gingen sie schrittweise zu einer sesshaften Lebensweise über. Damit entstand die dringende Notwendigkeit, sich ein Territorium zu sichern, das eine Vielfalt an Ressourcen bot, die der Stamm für seine Existenzsicherung nutzen konnte. Dabei war eine klare Abgrenzung des Territoriums (Festlegung der Grenzen des Territoriums, auf dem der Stamm lebte) nicht nötig, solange:

- die Ressourcen dieser Gebiete durch die dort lebenden Stämme nicht benötigt wurden
- die Ressourcen eines Gebietes für alle in dem Gebiet lebenden Stämme reichten und deshalb alle dort lebenden Stämme das Gebiet als ihres betrachteten.

Aber sobald die Existenzbedingungen eines Stammes es erforderlich machten, ein Territorium für die ausschließlich eigene Nutzung zu kontrollieren, entstand zwangsläufig eine Situation, wie sie von Anton Tschechow in der Komödie «Der Heiratsantrag»⁶ in Bezug auf das Eigentum an den Ochsenwiesen beschrieben ist. Hierbei entsteht sowohl im wahren Leben, als auch in dieser Theaterkomödie, die Aufgabe, die Probleme der Zusammenarbeit früher getrennter Kulturen zu lösen. Diese Kulturen müssen nun allerdings eine Symbiose bilden, d.h. eine neue Kultur auf Grundlage der früheren bilden.

So beginnt der Aufbau eines Staates.

⁵ Ein Lebens-weise-nder beschäftigt sich mit der Lebensweisung zum Wohle der Gesellschaft. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, mit Voraussicht, Wissen und Worten, die Lebensweise einer Gesellschaft im Verlauf mehrerer Generationen rechtzeitig zu Wohlstand zu führen. Dabei hält er die Gesellschaft stetig in einem Status der Harmonie, sowohl mit der Biosphäre der Erde, als auch mit dem Kosmos und Gott.
<https://fktdeutsch.wordpress.com/lebensweisender/>

⁶ «Der Heiratsantrag» – eine Komödie in einem Akt von Anton Pawlowitsch Tschechow. Fertiggestellt zum November 1888. Erstaufführung am 12. April 1889 durch den Hauptstadtkunstistenverband in Sankt-Petersburg. Die Handlung der Theaterkomödie spielt auf dem Hof des Gutsherren Tschubukow. Der Gutsherr Iwan Wassiljewitsch Lomow besucht seinen Nachbarn – Stepan Stepanowitsch Tschubukow – weil er um die Hand seiner Tochter anhalten möchte. Tschubukow ist glücklich, dass Lomow aus diesem Grund gekommen ist und nicht, um sich Geld zu leihen und ruft seine Tochter herbei. Als er mit Natalja Stepanowna allein ist, beginnt Iwan Wassiljewitsch seine im Voraus vorbereitete Rede, in der er sich auf die vermeintlich den Lomows gehörenden Ochsenwiesen bezieht. Doch Natalja Stepanowna unterbricht ihn empört und behauptet, dass die Ochsenwiesen den Tschubukows gehören. Ein Streit entbrennt. Stepan Stepanowitsch, der während des Streits hinzukommt, wirft Lomow aus dem Haus. Als Natalja Stepanowna die Absicht des Besuches erfährt, fordert sie, Lomow zurückzuholen. Sie ist bereit, anzuerkennen, dass die Ochsenwiesen den Lomows gehören und beginnt ein ablenkendes Gespräch über die Jagd. Aber dabei entbrennt ein neuer Streit: wessen Jagdhund ist besser – Lomows Ugadaj oder Tschubukows Otkataj [Anmerkung der Redaktion: rus.: ‘ugadai’ – dt.: ‘rate mal’; rus.: ‘otkataj’ – dt.: geh mal weg]. Als Stepan Stepanowitsch hinzukommt, verschlimmert sich der Streit. Lomow wird ohnmächtig und, kaum ist er wieder zu sich gekommen, segnet Stepan Stepanowitsch ihre Ehe. Natalja Stepanowna und Lomow streiten weiter über die Hunde. Tschubukow beendet die Komödie mit den Worten: «Und nun beginnt das Familienglück! Holt den Champagner raus!».

Staat – Staatlichkeit plus Gebiet (Landfläche, Wasserfläche und Luftraum, auf die sich die absolute Macht des Staates erstreckt) plus die Bevölkerung, die in diesem Gebiet lebt.

Dabei ist ***der Staat als Funktion, das System zur Selbststeuerung einer Gesellschaft, das die Entwicklung oder wenigstens das Überleben eines Volkes gewährleistet, ohne dass die kulturelle Identität des Volkes unter dem Einfluss äußerer Faktoren verloren geht.***

Wenn aber die staatliche Organisation eines Landes durch ihre Funktionsweise die Aufgaben der Erhaltung eines Volkes und dessen kultureller Identität nicht gewährleisten kann, dann bedeutet das, dass das Land zwar eine Staatlichkeit besitzt, aber kein Staat ist, da die Bevölkerung die Ressourcen seines Landes nicht im Interesse des Volkes nutzen kann, d.h. das Land funktioniert nicht in Form eines Staates, sondern in Form einer Kolonie bzw. Kryptokolonie.

Über diesen Aspekt eines Staates sprach der Präsident der USA F. D. Roosevelt am 30. September 1934 in einer Radiosendung aus der Reihe «Kamingespräche», als er das Thema bezüglich der Rolle der Staatlichkeit im Leben der Gesellschaft berührte:

«Ich teile die Überzeugung Abraham Lincolns, welcher sagte: ***“Die rechtmäßige Aufgabe der Regierung ist es, für eine Gemeinschaft von Menschen alles zu tun, was diese benötigen, was sie selbst aber, indem jeder nach seinen individuellen Möglichkeiten handelt, gar nicht oder nicht gut machen können”***»⁷ (Roosevelt F. D. «Kamingespräche», Moskau, ITRK, 2003, S. 83).

Außerdem fügte A. Lincoln der angeführten Formulierung der Aufgaben der Staatlichkeit eine präzisierende Ergänzung hinzu: ***«Wir helfen den Leuten nicht, indem wir für sie das tun, was sie auch selber tun könnten»*** (Zeitschrift für die Passagiere der Russischen Eisenbahn «Reisetasche» Nr. 2/2014. – S. 22).

Indem er sein Verständnis von der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft darlegte, wies A. Lincoln auf das Problem der Übereinstimmung von staatlicher Organisation und ihrer Funktionsweise hinsichtlich der Aufgabe des Überlebens und der Entwicklung einer Nation, ohne den Verlust ihrer kulturellen Identität hin.

A. Lincoln brachte die durch das Leben bestätigten Prinzipien der Wechselbeziehung zwischen Staat und Gesellschaft zum Ausdruck, in denen die Dynamik der Abgrenzung von Kompetenzen (einschließlich auch der Kompetenzen der Wirtschaftssubjekte) zum Ausdruck kommt. Diese Auffassung Lincolns entspricht dem Zweck der Staatlichkeit, der durch die objektiven Erfordernisse der Gesellschaft bezüglich der Steuerung ihrer Angelegenheiten auf professioneller Ebene bedingt wird. Im Gegensatz zu der marxistischen Lehre, dass das Wesen eines Staates in der Unterdrückung der übrigen Gesellschaft durch die regierende Klasse liegt, infolgedessen es in einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft angeblich keinen Staat geben würde.

Solange das gesellschaftliche Erfordernis bezüglich der auf professioneller Grundlage stattfindenden Steuerung von Angelegenheiten gesellschaftlicher Bedeutung im Ganzen und lokal gesehen existiert, wird die Staatlichkeit – als Subkultur der Steuerung, sowie die von ihr getragenen Institute – weiter existieren und sich entwickeln.

Tatsächlich ist die Unterdrückung der Mehrheit durch eine herrschende Minderheit,

⁷ Fett-kursive Stellen in Zitaten sind hier und im Weiteren unsere Hervorhebungen.

woran sich auch der Staatsapparat beteiligt, kein Ausdruck von Staatlichkeit, sondern eine Begleiterscheinung der Tätigkeit eines Staates in einer Masse-„Elite“-Gesellschaft, die durch die Verderbtheit der in ihr herrschenden Sittlichkeit und Ethik bedingt ist.

Mit anderen Worten, es ist unabdingbar, die Diskrepanz zwischen historischer Praxis und der Idealvorstellung vom gesellschaftlichen Leben aufzuzeigen, damit sich die Möglichkeit ergibt, über Mittel und Wege nachzudenken, diese Idealvorstellung im Leben umzusetzen.

In diesem Sinne geht es darum, eine solche Staatsorganisation zu formen, die in optimaler Weise das schöpferische Potential nutzt, das der Bevölkerung als Ganzes zu eigen ist. Die Entwicklung eines jeden Staates ist bedingt durch die Erweiterung der Nutzung des schöpferischen Potentials, um dem Druck der Umwelt auf das System, angemessen Widerstand zu leisten. Nur der Staat hat eine Zukunft, der so organisiert ist, dass die Möglichkeiten zur Nutzung des schöpferischen Potentials der Bevölkerung ständig erweitert werden und dadurch die Ressourcenstabilität des Staates gegenüber dem äußeren Druck und internen destruktiven Prozessen bewerkstelligt wird.

Der Staat, der diese Funktionsvoraussetzung nicht erfüllt, wird früher oder später von der Weltbühne verschwinden, indem er zuerst zu einer Kryptokolonie, dann zu einer Kolonie und/oder Teil eines anderen Staates wird, der die Bedingung der ständigen Ausweitung der Nutzung des schöpferischen Potentials der Bevölkerung zur Gewährleistung der staatlichen Ressourcenstabilität erfüllt, damit er existieren und sich entwickeln kann.

Der phänomenale Erfolg der UdSSR in den Bereichen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und Gewährleistung politischer und ökonomischer Staatssouveränität war eben dadurch bedingt, dass es die offenstehende Möglichkeit gab, das schöpferische Potential der gesamten Bevölkerung des Landes für die Interessen des Staates zu nutzen. Der Grund für die Stagnation der Entwicklung der UdSSR und die zunehmenden Krisen-Erscheinungen im Land, welche zum Zusammenbruch der UdSSR führten, lag u.a. auch darin, dass die Möglichkeiten zur Nutzung des schöpferischen Potentials der gesamten Landesbevölkerung eingeschränkt wurden, welches die Ressourcenstabilität des Staates gewährleistet hätte.

Das postsowjetische liberalistische Russland verhindert nach wie vor die Ausweitung der Möglichkeiten zur Nutzung des schöpferischen Potentials der Bevölkerung für die Gewährleistung der Ressourcenstabilität. In vielerlei Hinsicht arbeitet das staatliche System gezielt auf die Zerstörung des russischen Staates hin.

So wurde, zum Beispiel, am 06. November 2018 in Russland die Nachricht verbreitet, dass «eine Beamtin aus Swerdlowsk vom Dienst suspendiert wurde, nachdem sie sich zur staatlichen Jugendpolitik geäußert hatte».

Die Worte der Direktorin der Abteilung für Jugendpolitik des Swerdlowsker Oblasts, Olga Wjatscheslawowna Glazkich, lauteten wie folgt:

*«In der heranwachsenden Generation etabliert sich die Auffassung, dass **der Staat ihr alles schuldig wäre. Nein, der Staat ist euch grundsätzlich nichts schuldig. Eure Eltern sind für euch verantwortlich, weil sie euch geboren haben ... Der Staat hat eure Eltern nicht darum gebeten, euch auf die Welt zu bringen ... Wenn die Eltern denken, dass ihr Kind das beste ist – dann investiert doch in euer Kind zusammen mit dem Staat»** Echo-TV 24 «Neuigkeiten aus Kirowgrad» (die russische Bezeichnung: «Новости Кирова») 02-11-2018 – <https://www.youtube.com/watch?v=MNXyv-p62zc>; <https://www.youtube.com/watch?v=4qCjG0azaz0>*

Die Resonanz auf diesen rüpelhaften Appell der Beamtin an die Menschen war so groß, dass bereits nach 3 Tagen der Gouverneur Jewgenij Kujwaschew die Anordnung auf Glazkichs Suspendierung vom Dienst unterschrieb. Aber wichtiger im Sinne des Verstehens von Steuerungsprozessen ist, dass ein Beamter im Prinzip nicht weiß, was ein Staat ist und zu welchem Zweck er existiert.

Ein Staat existiert für die Menschen und die Menschen vereinen sich zu einem Staat – nicht die Bevölkerung ist zum Funktionieren des Staates da, sondern der Staat dient dem Überleben, der Bewahrung und der Entwicklung der Bevölkerung. Und solange ein Staat existiert, gibt es einen staatlichen Auftrag an die Bevölkerung, Kinder zu gebären – der Staat bittet die Menschen a priori, Kinder auf die Welt zu bringen! Und ein Staat existiert nur solange, wie die Bevölkerung das Ziel hat zu überleben, sich zu erhalten und sich ohne Verlust der eigenen kulturellen Identität zu entwickeln. Mit dem Verlust der kulturellen Identität der Bevölkerung endet die Existenz eines Nationalstaates.

Jedoch zeugt die Aussage dieser Pseudo-Beamtin nicht nur von persönlicher Untauglichkeit, sondern auch von der Untauglichkeit derer, die sie in ein führendes Amt gebracht haben. Wie die Aussage dieser Pseudo-Beamtin zeigt, so wie auch viele ähnliche Skandale in Verbindung mit der Tätigkeit verschiedener "elitärer" ruzsionscher Gruppen, versteht die "Elite" im Allgemeinen und das Beamtentum im Besonderen nicht nur nicht, wie ein Staat funktioniert, sondern versteht auch nicht einmal, dass ihr eigenes weiteres Schicksal von der Zukunft des russischen Staates abhängt. Sie verstehen nicht, dass sie ihre "elitäre" Stellung in der Gesellschaft verlieren, wenn Russland aufhört, als Staat zu existieren. Das passiert aber genau deshalb, weil mit dem Verschwinden des Staates, das zukünftige Steuerungssubjekt banalerweise keinen Bedarf mehr an der ruzsionischen "Elite" haben wird.

Der Staat als «Supersubjekt» entsteht aus dem Bedürfnis einer Vielzahl von Subjekten heraus, dass sich natürliche und soziale Erscheinungen, die sich auf das Leben eines jeden von ihnen auswirken, unter ständiger Aufsicht (Kontrolle) befinden und nach Möglichkeit auch gesteuert werden, sodass diese sich nicht schädlich auf das Leben der Menschen auswirken.

Letzterer Umstand bedingte die Einteilung der Staaten in zwei Typen gemäß der Form der Staatsbildung (Staatlichkeit) fest:

- Staaten, die sich auf natürliche Weise im Laufe ihrer historischen Entwicklung gebildet haben, was Eroberungskriege, dynastische Eheschließungen und andere Formen des Übergangs von Territorien eines Staates an einen anderen und/oder die Bildung eines neuen Staates einschließt. Klassische Beispiele solcher Staaten sind Russland, Großbritannien, Frankreich, China, Japan;
- Staaten, die durch Initiative und Willkür anderer Staaten gebildet wurden. Dabei werden neue, sogenannte Projektstaaten⁸ gebildet. Das geschieht ausschließlich im Interesse der Staaten, auf deren Initiative hin die neuen Staaten gebildet wurden. Klassische Beispiele für solche Projektstaaten sind Belgien (1830 gegründet), Rumänien (1878 gegründet) und die Tschechoslowakei (1918 gegründet).

⁸ Ein Staat, der durch ein Subjekt (mehrere Subjekte) der globalen Politik und/oder durch ein Subjekt (mehrere Subjekte) der internationalen Politik mit der Aufgabe, ein bestimmtes Steuerungsprojekt zu realisieren, gegründet wurde. Die Konstruktion eines solchen Staates wird durch die Auswahl der Kompetenzen bestimmt, die der Staat aus eigenen Mitteln bereitstellen muss (kann), sowie durch die Kompetenzen, die der Staat durch Auslagerung erhält.

Im Falle der Gründung eines Projektstaates, muss man jedoch verstehen, dass praktisch kein Staat der Welt, weder allein, noch im Verbund mit anderen Staaten der Welt, in der Lage ist, einen echten Staat zu schaffen. Solche Staatsbildungen wie das Türkische Zypern, welches durch die Türkei Griechenland entrissen wurde, oder der Kosovo (der im Ergebnis einer militärischen Intervention der NATO-Staaten geschaffen wurde, bei der dieses Gebiet Serbien entrissen wurde) sind dafür eine anschauliche Bestätigung.

Die Schaffung von Projektstaaten ist nur dann möglich, wenn das neu geschaffene Staatsgebilde dem Lauf der Globalisierung entspricht.

Die Globalisierung ist ein objektiver Prozess und besteht darin, die Steuerung der Produktivkräfte global zu bündeln. Dieser Prozess ist nicht aufzuhalten und kann auch nicht verboten werden. Und wie jeder Prozess kann (und muss) die Globalisierung gesteuert werden. ***Wenn auch die Globalisierung selbst objektiv ist, so trägt ihre Steuerung subjektiven Charakter.*** Das bedeutet die Steuerung des Globalisierungsprozesses wird ausschließlich in Übereinstimmung mit einem konkreten Steuerungskonzept verwirklicht.

Bei Betrachtung des Steuerungsprozess der Globalisierung, ist es unerlässlich, eine genaue Vorstellung vom Steuerungssubjekt, seinen Zielen und Steuerungsmethoden zu haben.

Vor Allem ist Steuerung eines – Macht.

Macht – das ist kein Namensschild an einem Büro und kein Chefsessel, sondern **die in der Praxis realisierbare Fähigkeit zu steuern.**

Im Prozess der Steuerung (der Machtausübung) unterscheidet man 5 Arten der Macht:

Konzeptionelle Macht

- erkennt Umweltfaktoren, die sich auf die Gesellschaft auswirken;
- formt einen Zielvektor bezüglich eines jeden Faktors;
- formt Steuerungskonzepte zur Erreichung der gesetzten Ziele.

Konzeptionelle Macht

- ist die Macht von Ideen über den Aufbau der Gesellschaft, die über lange Zeiträume maßgeblich sind, sowie
- die Macht der Menschen, die in der Lage sind, solche Ideen zu formulieren, zu verändern und sie ins Leben umzusetzen.

Die konzeptionelle Macht ist naturgemäß autokratisch (eigenmächtig) und ignoriert alle «demokratischen» Prozeduren der Steuerung einer Gesellschaft, welche ihre Autokratie nicht sieht und sie nicht anerkennen möchte.

Die ideologische Macht bringt die Konzeption in eine für die Bevölkerung attraktive Form.

Die gesetzgebende Macht passt die juristischen Normen, die das soziale Staatsleben regulieren, an die Konzeption an.

Die ausführende Macht setzt die Konzeption auf Grundlage der erarbeiteten Gesetzgebung strukturell und strukturlos ins Leben um.

Die rechtsprechende Macht kontrolliert die Einhaltung von «Recht und Gesetz» in der Gesellschaft.

Auf diese Weise kann das konzeptionell mächtige Steuerungssubjekt die Steuerung mehrerer Steuerungsobjekte auf einmal verwirklichen, in Bezug auf welche es seine Konzeption (die Grundidee der Lebensweise) für die Bevölkerung in attraktive Formen gebracht hat, d.h. über

die es die ideologische Macht innehat.

Die Konzeption ist die Grundidee der gesellschaftlichen Lebensweise im Ganzen, und dementsprechend wird das Leben von denjenigen geformt, die solch eine Konzeption ausarbeiten.

Eine Konzeption zur Lebensweise einer Gesellschaft zu entwickeln, bedeutet vorherzusagen, wie diese Gesellschaft zukünftig aussehen soll. Diese Funktion bekam die Bezeichnung «Prädiktion» vom lateinischen Wort praedictio – vorhersagen. Steuern bedeutet jedoch nicht nur ein Ziel zu bestimmen, sondern auch eine Korrektur der Gesellschaft in die nötige Richtung durchzuführen. Diese Methode zu steuern bekam die Bezeichnung «Prädiktor-Korrektor»⁹. Und das Subjekt, das eine Gesellschaft auf diese Weise steuert, nennt man «Prädiktor».

Die Globalisierung – Die Konzentration der Steuerung über die Produktivkräfte auf dem gesamten Planeten – kann nur im Rahmen zweier Formen erfolgen:

- interregionales Konglomerat
- multiregionaler Block.

Ein **interregionales Konglomerat** ist ein Supersystem, welches infolge der Konzentration der Steuerung über regionale Zentren geschaffen wurde, wobei deren vollständige Steuerungsfunktion zerschlagen und ihre Überreste durch den führenden Konzentrador in ein interregionales Konglomerat integriert wurden. Seine Kennzeichen sind folgende:

- Das interregionale Steuerungszentrum gewinnt enorm an Stabilitätsreserven hinzu im Vergleich zu jedem einzelnen der regionalen Steuerungszentren im Konglomerat;
- die Stabilitätsreserven der Steuerungsprozesse eines jeden Steuerungszentrums, das dem interregionalen Zentrum untergeordnet ist, sind verschwindend gering und werden von dem interregionalen Zentrum festgelegt;
- der gekoppelte Intellekt¹⁰ des interregionalen Zentrums ersetzt das Potential des vereinten Intellekts der ihm untergeordneten Regionen durch sich selbst;
- die Peripherie des interregionalen Zentrums dient, wenn nötig, als Generator einer Autosynchronisation in einer strukturlosen Steuerung.

Die ideologische Grundlage eines solchen Globalisierungsprojektes ist die Bibel. Sein Wesenskern kann mit nur zwei Zitaten zum Ausdruck gebracht werden:

«Du wirst über viele Völker herrschen, und über dich wird niemand herrschen». – 5. Buch Mose, 15:6. **«Fremde werden deine Mauern bauen, und ihre Könige werden dir dienen. Denn in meinem Zorn habe ich dich geschlagen, und in meiner Gnade erbarme**

⁹ **Prädiktor-Korrektor** (Vorhersager-Korrektor) ist eine Methode aus der numerischen Mathematik. Die Lösung der Aufgabe wird bei dieser Methode durch aufeinanderfolgende Annäherungen gefunden. Dabei stellt der Algorithmus dieser Methode einen Zyklus dar, in dem in wiederkehrender Reihenfolge nacheinander zwei Operationen durchgeführt werden: die erste ist die Prognose des Ergebnisses und die zweite – die Überprüfung, ob diese Prognose die Genauigkeitsanforderungen der Aufgabe erfüllt. Der Algorithmus wird beendet, sobald die Prognose den Genauigkeitsanforderungen an die Lösung der Aufgabe entspricht. Außerdem wird auch manchmal das Steuerungsschema, in dem das Steuerungssignal nicht nur auf Grundlage der Information über den Ist-Zustand des Systems erarbeitet wird, sondern auch auf Grundlage der Prognose seines Verhaltens, «Prädiktor-Korrektor» genannt.

¹⁰ "Gekoppelter Intellekt, ist ein Intellekt welcher die Selbststeuerung eines Supersystems als vereintes Ganzes innerhalb der Grenzen der hierarchisch höheren umfassenden Steuerung realisiert, unabhängig von seinem Standort in Bezug auf das Supersystem."

Eine Kopplung ist eine Wechselbeziehung zwischen zwei Objekten, eine unmittelbare Verknüpfung, eine Zusammenfügung verschiedener Objekte oder Erscheinungen.]

ich mich über dich. Und deine Tore sollen stets offen stehen, weder Tag noch Nacht zugeschlossen werden, daß der Heiden Macht zu dir gebracht und ihre Könige herzugeführt werden. Denn welche Heiden oder Königreiche dir nicht dienen wollen, die sollen umkommen und die Heiden verwüstet werden...» – Jesaja, 60:10-12

Das Subjekt, welches der Welt sein Globalisierungskonzept in der biblischen ideologischen Verpackung vorgesetzt hat, wird in der Konzeption Gesellschaftlicher Sicherheit als Globaler Prädiktor (GP) definiert. Der GP ist der erste, der sich der Möglichkeit bewusst geworden ist, den Globalisierungsprozess zu steuern, und seit dreitausend Jahren verläuft die Globalisierung unter der Steuerung des GP. Infolgedessen befindet sich die gesamte Welt am Rande einer globalen ökonomischen, ökologischen und militär-politischen Katastrophe.

Um zu verstehen, wie der Globalisierungsprozess gesteuert wird, ist es prinzipiell wichtig zu wissen, dass diese Steuerung strukturlos vollzogen wird. D.h. die Existenz einer Struktur in Form einer «Weltregierung» ist a priori ausgeschlossen. Als Übergangspuffer vom strukturlos formierten GP zu einer strukturellen Steuerung der Länder und Völker – Staaten – dienen verschiedene überstaatliche Abstimmungs- und Steuerungsstrukturen, deren Funktion darin besteht:

- die Staats-/Landes-Eliten¹¹ über Prozesse von globaler Bedeutung zu informieren,

¹¹ «Bei der Betrachtung verschiedener Aspekte des Masse-»Elitismus» – wobei wir die Steuerungsprozesse betrachten, bei denen das Subjekt, Objekt und die Instrumentarien der Steuerung äußerst genau definiert sein müssen. Deshalb müssen wir für den Begriff «Elite» eine genaue Definition einführen, da ohne eine solche Definition es unmöglich ist, die Prozesse der Steuerung zu verstehen. Die KGS ist kein Dogma, bei dem einmal für ein Phänomen vergebene Definition unbedacht auf ein anderes Phänomen übertragen wird.

Der Begriff «Elite» kommt von dem lateinischen Wort *eligo* – wählen – und ist zunächst mit keiner emotionalen Konnotation (wie «die Besten» oder «die Schlechtesten») belegt. Eine solche emotionale Färbung, die dem Wort «Elite» im Sinne von «die Besten» beigelegt wurde, ist künstlicher Natur und etymologisch nicht belegt. *ē-ligo, lēgī, lēctum, ere* (ex u. *lego, ere*), **heraus-, weg-, ablesen**, I) eig.: 1) *im allg.*: *pedes e capite pullorum*, Varro r. r. 3, 9, 14. – 2) insbes., **ausraufen, -jäten, herausziehen**, *herbas*, Varro r. r. 1, 47: *steriles herbas*, Curt. 4, 1 (4), 21: *gramina manu*, Col. 4, 5. – *im Bilde*, *illas fibras stirpium omnes eligere*, Cic. Tusc. 3, 84: *superstitionis stirpes omnes eligere*, Cic. de div. 2, 149. – II) *übtr.*, **auslesen = auswählen**, a) *leb. Wesen*: α) *übh.*: *amicos*, Cic.: *colonos*, Cic.: *milites circiter CXX voluntarios*, Caes.: *iudices*, Vopisc.: *electi per manipulos viri*, Liv.: *permitto, ut de tribus Antoniis eligas quem velis*, Cic.: *suorum e numero adulescentes quosdam*, Nep.: *ex suis cohortem unam*, Auct. b. Afr.: *ex senatoribus centum*, Eutr.: *m. bl. Abl.*, *equos numero omni*, Verg.: *quemvis mediā elige turbā*, Hor.: *m. dopp. Acc.*, *im Passiv m. dopp. Nom.*, *amicos (zu Fr.) elegit (eos)*, quibus etc., Suet.: *M. Verrius Flaccus ab Augusto quoque nepotibus suis (für seine E.) praeceptor (zum L.) electus est*, Suet. – *absol.*, u. *zwar prägn.*, *haud semper errat fama (öffentliche Meinung)*; aliquando et elegit, *hat sie eine richtige Wahl, hat sie den rechten Mann getroffen*.

Die Elite ist eine Gemeinschaft von Individuen, die bestimmten Kriterien zufolge aus einer Vielzahl ähnlicher Individuen ausgewählt werden. Das Kriterium «der Beste» wird ausgehend von der Steuerungskonzeption und der Zielfunktion der Steuerung definiert. «Der Beste» aus der Sicht der einen Konzeption und Zielfunktion der Steuerung kann aus der Sicht der anderen Konzeption, und Zielfunktion der Steuerung «der Schlechteste» sein.

In diesem Sinne ist es notwendig, zwei grundlegend verschiedene Zustände von Gemeinschaften zu unterscheiden, die nach bestimmten Kriterien gebildet wurden und gemeinhin mit dem Wort «Elite» bezeichnet werden:

- die «Elite» – das sind Gemeinschaften, die sich nach dem Prinzip der (Selbst-)Kooptation rekrutiert haben, d.h. Gemeinschaften, die sich entweder auf Grundlage von Selbstselektion oder auf Grundlage einer Tradition gebildet haben, wobei sie in Bezug auf Steuerungsprozesse in unterschiedlichem Grade handlungsunfähig sind, was sich in Gesprächen äußert, die davon handeln, dass «die Elite nicht mehr das ist,

- ihnen die Information über die Rolle und den Platz ihrer Länder und Nationen in den globalen Prozessen zu übermitteln,
- die Landes-Eliten in die Besonderheit der Steuerung ihrer Länder und Nationen im Zuge des planetaren Globalisierungsprozesses nach dem Konzept des GP zu unterweisen.

Solche Abstimmungs- und Steuerungsstrukturen auf überstaatlicher Steuerungsebene sind

- offizielle überstaatliche Strukturen, die auf Grundlage zwischenstaatlicher Vereinbarungen gegründet wurden, wie z.B. die Vereinten Nationen (UNO), die Europäische Union (EU), die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)¹², die Liga der Arabischen Staaten (LAS)

was sie mal war (d.h. sie hat in gewissem Maße ihre Steuerungsfunktionalität verloren)», dass «die Elite degeneriert ist» und dass sie eine «Pseudo-Elite» sei usw.;

- die Elite – das sind Gemeinschaften, die von einem externen Subjekt der Steuerung gebildet wurden, das für sich festgelegt hat, dass sie aus der aktuellen Position der Steuerung und der konkreten Zielfunktion der Steuerung die Besten sind; dabei können die Gemeinschaften, die aus der Position der Zielfunktion der Steuerung als «die besten» definiert sind, aus der Position der Steuerungskonzeption objektiv «die schlechtesten» sein, und umgekehrt.

Der Begriff «Gegenelite» wird von Politikwissenschaftlern in dem Fall angeführt, wenn es darum geht, eine Gemeinschaft zu definieren, welche eine Steuerung realisiert, die der Steuerung zuwiderläuft, die jene Gemeinschaft realisiert, die der Politikwissenschaftler als «Elite» definiert hat.

<https://fktdeutsch.wordpress.com/elite-oder-elite/>

¹² Beispiele, wie die überstaatliche Steuerung die Steuerung der dieser Organisationen zugehörigen Länder durch die Nutzung dieser Mechanismen verwirklicht, gibt es viele. Hier ist ein neueres Beispiel, das von großer internationaler Bedeutung ist.

Im Mai 2018 gewann Nicolás Maduro, den die USA nicht an der Spitze des Staates sehen wollten, die Präsidentschaftswahlen in Venezuela (die Bevölkerungszahl betrug im Jahr 2016 – 31.568.179 Menschen). Die USA führen schon seit Längerem eine Politik durch, die Venezuela dazu zwingen soll, sich den USA bedingungslos zu unterwerfen. Um diesen Druck auf Venezuela zu erzeugen, bedienen sich die USA sowohl der Instrumente innerhalb Venezuelas, um eine Situation innerstaatlicher politischer Instabilität und soziale Spannung zu erzeugen, als auch außenpolitischer Instrumente, beispielsweise in Form von internationalen/zwischenstaatlichen Organisationen. Eine dieser Organisationen ist auch die Organisation Amerikanischer Staaten, mit deren Hilfe die USA versucht, Venezuela einen kolonialen politischen Aufbau aufzuzwingen. Viele andere Länder sind mit einer solchen politischen Vorgehensweise der USA in Bezug auf einen anderen Nationalstaat nicht einverstanden. So wurde zum Beispiel am «13. Januar 2019, 03:51» berichtet:

«Kuba nannte die OAS das „Kolonialministerium“ der USA aufgrund der Nicht-Anerkennung der Legitimität von Maduro.

In der Organisation Amerikanischer Staaten „gibt es eine grobe Verletzung der Verfahren“ sagte der Außenminister des karibischen Landes Bruno Rodríguez.

HAVANNA, 12. Januar /TASS/. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ist in der Entscheidung von Beschlüssen nicht unabhängig, was die Abstimmung über die Nicht-Anerkennung der Legitimität der neuen Amtsperiode des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro gezeigt hat, dessen Amtseinführung am 10. Januar stattfand. Diese Erklärung gab der Außenminister des karibischen Landes, Bruno Rodríguez am Samstag auf Twitter bekannt.

„Innerhalb OAS findet eine grobe Verletzung der Verfahren statt. Die USA sollten selbst zurücktreten: sie konnten keine qualifizierte Mehrheit bezüglich ihrer Handlungen gegen die Regierung Venezuelas und Nicaraguas erreichen. Die OAS ist das Kolonialministerium der USA“, – schrieb das Oberhaupt des außenpolitischen Amtes Kubas.

Die Organisation Amerikanischer Staaten hat am Donnerstag die neue Amtszeit von Nicolás Maduro als Präsident von Venezuela als nicht legitim anerkannt. Diese Entscheidung unterstützten 19 Mitgliedsländer, 6 waren dagegen, 8 enthielten sich und der Vertreter eines weiteren Landes nahm nicht an der Abstimmung teil. Das

und andere, sowie auch deren Unterorganisationen.

- inoffizielle Kommunikationsformate, wie zum Beispiel die Bilderberger-Konferenz, der Club of Rome und das auf unterster Ebene rangierende Weltwirtschaftsforum (in Davos).

Eine andere Methode, die Globalisierung durchzuführen, ist

Der multiregionale Block – ein Supersystem, welches infolge der Konzentration der Steuerung regionaler Zentren mittels der proaktiven Integration entsteht. Dieser Block hat objektive Vorteile gegenüber dem Konglomerat hinsichtlich der Stabilitätsreserven der Prozesse innerhalb des Blocks. Die größeren Stabilitätsreserven entstehen durch die starke Übereinstimmung der objektiven und subjektiven Zielvektoren und durch die garantierte Unterstützung des vereinten Intellekts seitens hierarchisch höchster Steuerung¹³, wobei auch der gemeinschaftliche Intellekt selbst leistungsfähiger ist, als der gekoppelte Intellekt des Konglomerats.

Ein Beispiel für diese Form der Globalisierung ist die Geschichte der Entstehung des russischen Staates und seiner höchsten Entwicklungsform in Gestalt des Russischen Reiches und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR). Diese Globalisierungsmethode wird «russische Welt» oder «russische Zivilisation» genannt. Durch dieses Projekt wird die nationale kulturelle Identität aller Völker, die sich dem geeinten Staat anschließen, bewahrt. Mehr noch, der geeinte multinationale russische Zivilisationsstaat gewährleistet die Möglichkeit der weiteren Entwicklung der Nationalkulturen, was, beispielsweise, daran erkennbar ist, dass Völker, die früher keine eigene Schrift besaßen, diese, nachdem sie sich der russischen Welt angeschlossen hatten, bekommen haben.

Eben der Unterschied zwischen dem jeweils angewandten Globalisierungskonzept bestimmte auch die Formen der historischen Entwicklung der Staaten in der Welt. So entstanden die Staaten im Rahmen der westlichen Zivilisation nach dem Prinzip der Unterdrückung und Einverleibung des Nachbarsubjekts. Die Staatsgrenze wurde dabei nach «der Länge des „Schwertes“» festgelegt, d.h. abhängig von der Möglichkeit, mit Gewalt Desintegrationsprozesse auf den bereits kontrollierten Gebieten zu unterdrücken und dem Nachbarstaat Territorien zu entreißen, wenn dieser geschwächt und nicht in der Lage war, mit seinem «Schwert» sein Territorium zu verteidigen. Das ist der Grund, warum sogar noch im XIX. Jahrhundert Kleinstaaten in Europa existierten und darin liegt auch die Ursache des bis heute nicht gelösten Konflikts zwischen Frankreich und Deutschland um die Territorien von Elsass-Lothringen.

Der Aufbau des russischen Staates erfolgte auf prinzipiell anderen konzeptionellen Grundlagen, die diejenigen nicht verstehen können, welche den Staatsaufbau nach europäischen Beispiel als Norm betrachten. Diesen Standpunkt legte auch der russische Poet Fjodor Iwanowitsch Tjuttschew am 28. November (10. Dezember) 1866 dar:

Außenministerium Venezuelas nannte die Entscheidung der OAS einen gefährlichen Präzedenzfall in den internationalen Beziehungen.

Ende April 2017 reichte Venezuela bei der OAS seinen Rücktritt ein. Damals sagte Maduro, dass sein Land «niemals zurückkehren wird» in die Reihen einer Organisation, die ab ihrer Geburtsstunde «sich zu einem Instrument wandelte, um imperialen Wünschen gegen souveräne Nationen Legitimität zu verleihen.» – <https://tass.ru/mezhdunarodnaya-panorama/5992445>

¹³ Höchste allumfassende Führung (Gott)
<https://fktdeutsch.wordpress.com/2019/09/07/hochste-fuehrung-gott/>

*«Verstand wird Russland nie verstehn,
Kein Maßstab sein Geheimnis rauben;
So wie es ist, so laßt es gehn –
An Russland kann man nichts als glauben.»*

Das Prinzip des Staatsaufbaus wurde in praktischem Sinne bereits 1765 formuliert:

«Der russische Staat hat gegenüber anderen Staaten den Vorteil, dass er direkt von Gott selbst regiert wird. Ansonsten wäre es unmöglich zu erklären, wieso er existiert!»

* * *

Dieses Zitat stammt von Graf Burkhard Christoph von Münnich. In Russland war er auch unter dem Namen Christophor Antonowitsch Minnich bekannt. Geboren am 09. (19.) Mai 1683 in Neuenhuntorf, Oldenburg, gestorben am 16. (27.) Oktober 1767 in Sankt-Petersburg. Russischer Generalfeldmarschall (ernannt 1732) deutscher Herkunft, in Diensten des russischen Zaren Peter I. Seine aktivste Tätigkeit fällt in die Zeit der Herrschaft von Anna Iwanowna Romanowa.

Die Erfolge Münnichs beim Aufbau der Schifffahrt auf der Newa, beim Straßenbau, beim Bau des Baltischport (Paldiski) und bei der Anlage des ersten Ladoga-Umgehungskanals¹⁴ in den Jahren 1723-1728 brachten ihm große Wertschätzung durch Peter I. ein. 1722 wurde er zum Generalleutnant befördert und 1726 – bereits unter Katharina I. – zum General en chef. Er wurde mit dem Orden des Heiligen Alexander Newski geehrt.

Münnich, als talentierter Hydrotechnik-Ingenieur, bewies, dass es unmöglich ist, «magische Wasserspiele» in Strelna zu errichten und überzeugte den Zaren davon, seine Sommerresidenz nach Peterhof zu verlegen, da dem Territorium um Strelna in einem Umkreis von 10 km² eine Überflutung drohen würde, sollte der Fontänenkomplex dort gebaut werden.

Münnich erwies sich als ein tüchtiger, zielstrebig und geschäftiger Administrator mit überaus großem Grundlagenwissen im Bereich der Hydrotechnik und dem Militärwesen. Die Fertigstellung der Arbeiten am Ladoga-Kanal, der eine sichere Navigation unter Umgehung des stürmischen Ladoga-Sees gewährleistete, hatte eine überaus große Bedeutung für die Wirtschaft der Stadt, da der Kanal den Ladoga-See mit den zentralen Provinzen Russlands verband und der Warenaustausch dadurch erhöht wurde. In der Folge sanken die Preise für lebensnotwendige Güter für die Mehrheit der Bevölkerung auf ein annehmbares Niveau.

Es erfolgte die Aufnahme einer regelmäßigen Seeverbindung mit Europa. Aus Kronstadt wurde ein regelmäßiger Passagier- und Postschiffsverkehr nach Lübeck und Danzig, zu einem Preis von 3 Rubel pro Fahrkarte gestartet. In der Stadt wurde der Bau des Gebäudes der «12 Kollegien» und der Bau der steinernen Bastionen der Peter-Pauls-Festung fertiggestellt. Münnich begann über den Bau einer Brücke nach Stockholm nachzudenken. Um das gesellschaftliche Leben in der Hauptstadt zu beleben und dessen Status als Hauptstadt zu fördern, organisierte er häufig Bälle und Festessen in seinem Haus. An Festtagen veranstaltete er Paraden, Truppschauen und

¹⁴ Im ersten Viertel des XVIII. Jahrhunderts war dieser Kanal das größte hydrotechnische Bauwerk Europas.

Feierlichkeiten zum Stapellauf von Schiffen.

Dank seiner Energie konnte St.Petersburg seine Rolle als wichtigste russische Stadt bis zu dem Zeitpunkt bewahren, als es seine ursprüngliche Funktion als Hauptstadt des Staates zurückerhielt.

Nachdem Anna Iwanowna den Thron bestiegen hatte, wurde Christoph Antonowitsch Münnich in kürzester Zeit (1730-1732) zum Generalfeldzeugmeister, sowie zum Präsidenten der Militärakademie ernannt – und am 25. Februar (07. März) 1732 schließlich zum Generalfeldmarschall. Ihm wurde aufgetragen, Maßnahmen zur Verbesserung der Notlage der russischen Armee zu ergreifen. Münnich machte sich eifrig ans Werk, brachte die Finanzen der Armee in Ordnung, errichtete bei den Truppen Hospitäler für die Verwundeten und Garnisonsschulen.

Er formierte zwei neue Garderegimenter – die Reitergarde und das Ismailowski-Regiment, (benannt nach der Ortschaft Ismailowo in der Nähe von Moskau, in der die Zarin lebte), er führte eine Umstrukturierung der Armee- und Garde-Regimenter durch und gestaltete den Führungsstab des Militärs um. Weiterhin gründete er in St.Petersburg das russlandweit erste Kadettenkorps, «auf daß an ihm vier- bis fünfhundert junge Adels- und Offizierskinder erzogen und ausgebildet werden in körperlichen, wie militärischen Übungen und außerdem in Fremdsprachen, Künsten und Wissenschaften». Da nicht alle Schüler dem Militärdienst zugeneigt waren und der Staat «nicht weniger dringend politische und bürgerliche Bildung benötigte», sollte an ihm Geschichte, Geographie, Rechtswesen, Tänze, Musik und «andere nützliche Wissenschaften» gelehrt werden. Die Kadetten hatten das Recht, die Vorlesungen akademischer Professoren zu besuchen, um die Möglichkeit zu haben, in den öffentlichen Dienst einzutreten. Zu den Prüfungen wurden Professoren und Admiräle der Akademie herangezogen. Viele Jahre – von 1732 bis 1741 – leitete Münnich das Kadettenkorps.

Münnich erstellte einen neuen Dienstrang-Plan für die Armee, der die alte «Rangtabelle» aus dem Jahr 1704 ersetzte. Er führte in der Armee das Korps (12 Regimenter) der schweren Kavallerie (Kürassiere) ein, gründete die ersten Husarenregimenter; er glich die Besoldung der Offiziere russischen Ursprungs und die der eingeladenen ausländischen Offiziere an. Er gründete eine für Russland neue Truppenart – die Pionierregimenter und eröffnete eine Ingenieursschule für Offiziere. Unter ihm wurden 50 Festungen gebaut oder modernisiert. Diese und andere Neugestaltungen verbesserten den Zustand der russischen Armee.

Im Jahr 1741 wurde er wegen Hochverrats angeklagt und zum Tode verurteilt, was durch eine Verbannung ins Exil nach Sibirien ersetzt wurde, wo er 20 Jahre verbrachte.

In der Verbannung führte Münnich seine aktive Lebensweise weiter fort – er betätigte sich körperlich und geistig, baute Gemüse an, unterrichtete Kinder, erdachte verschiedene Ingenieurs- und Militärprojekte (die, im übrigen, nie Verwendung fanden). Von Zeit zu Zeit schickte Münnich Anträge an die Hauptstadt, ihn zum Gouverneur Sibiriens zu ernennen.

20 Jahre später, im Jahr 1762, holte der neue Zar, Peter III., den 78-jährigen Münnich nach St.Petersburg zurück, gab ihm alle Ränge und Auszeichnungen zurück und nahm ihn in den Reichsrat auf.

Zu Beginn unterstützte Münnich die Initiativen Peters III., schnell änderte sich jedoch seine Meinung über den Zaren. Dafür gab es stichhaltige Gründe. Insbesondere war Münnich gegen den Krieg mit Dänemark und gegen die Umgestaltung der Armee nach preußischem Beispiel.

Jedoch war Münnich ein Ehrenmann und als der Umsturz zu Gunsten der Zarin Katharina stattfand, riet der in die Jahre gekommene Feldmarschall dem Zaren aus Dankbarkeit seinem Befreier gegenüber, nach Reval [Tallinn] zu fliehen und sich den in Preußen stationierten russischen Truppen anzuschließen. Nach dem Sturz des Zaren wurde Münnich durch Katharina von seiner Schuld befreit und legte ihr gegenüber den Eid ab.

Zum General-Gouverneur ernannt erhielt Münnich die Leitung der Häfen von Reval [Tallinn], Kronstadt, Baltischport (Paldiski) und anderer, sowie auch des Ladoga-Kanals und setzte seine Arbeit eifrig fort. *«Der Schlaf vermag es fast nicht, meine Augen zu schließen»*, schrieb er der Zarin – *«Mit Gedanken zu verschiedenen Plänen schließe ich meine Augen und, sobald ich erwache, wende ich mich ihnen wieder zu»*.

In seinen letzten Jahren wurde Münnich doch noch, wie er es auch gewollt hatte, zum Gouverneur Sibiriens ernannt, allerdings mit Wohnsitz in St.Petersburg.

Münnich tat, nicht nur als Ingenieur und Staatsbeamter sehr viel für die Etablierung des russischen Staates als Reich, sondern auch als ein herausragender Heerführer. Unter dem Kommando des Feldmarschalls marschierte die russische Armee erstmals auf der Krim ein, schlug die Horde des Khans zurück, vertrieb sie, nahm die Hauptstadt des Khanats Bachtschissaraj ein und brannte sie nieder.

Erstmals in der russischen Geschichte gelang es Münnich, die Schlacht auf offenem Feld gegen die türkische Armee zu gewinnen, welche sehr gefürchtet und respektiert wurde. Bei der Schlacht von Stawutschany (17. (28.) August 1739) schlug er die ihm überlegene Armee des Serasken und Bender-Veli-Paschas in die Flucht. Die Verluste der russischen Armee beliefen sich auf 13 Tote und 54 Verletzte. Die türkische Armee hatte allein schon 1000 Tote zu beklagen. Das war der erste richtige Sieg der Russen über die Türken, welcher den Beginn der siegreichen Kriege Russlands gegen das Osmanische Reich begründete. Und es war eben Feldmarschall Münnich, der als erster Russland zu militärischem Ruhm verhalf.

Seinen Beitrag zum Aufbau des russischen Staates beschrieb Katharina II. wie folgt: *«Obwohl er kein Sohn Russlands war, war er doch einer seiner Väter»*.

Und dieser herausragende Mann – wie man ihn ohne zu übertreiben nennen kann –, der so viel für den Aufbau des russischen Staates getan hat, verstand weder die konzeptionelle Existenz- und Lebensgrundlage dieses Staates, noch wie die russische Welt entsteht bzw. wie die Globalisierung der russischen Art realisiert wird.

Die Theorie der Globalisierung auf russisch wird in den Arbeiten des Internen Prädiktors der UdSSR (IP UdSSR¹⁵) dargelegt und weiter entwickelt, welche die Konzeption Gesellschaftlicher Sicherheit bilden.

* *

*

¹⁵ <https://fktdeutsch.wordpress.com/ip-udssr/>

Dadurch entsteht sowohl für das Globalisierungsprojekt «interregionales Konglomerat», als auch für das Projekt «multiregionaler Block» die Notwendigkeit, im Ausmaß¹⁶ der Einbeziehung von Ländern und Völkern in ihren Verbund das existierende Staatsgefüge der integrierten Staaten umzugestalten.

Dabei entsteht allerdings nur beim interregionalen Konglomerat die Notwendigkeit der Schaffung von Projektstaaten – um die Ressourcenstabilität der historisch gewachsenen Staaten zu untergraben und das Potential für die eigene Ressourcenstabilität zu erhöhen. Das ist der Hintergrund der militärischen Präsenz der USA in der ganzen Welt, und auch der militärischen Interventionen der USA im Alleingang oder in Koalition mit anderen westlichen Staaten in verschiedenen Ländern der Welt. Ein Beispiel dafür ist die Besetzung des Irak im Jahr 2003 oder die militärische Präsenz in Syrien seit 2011.

Genau das ist auch die Grundlage des sogenannten «internationalen Terrorismus». Terroristische Aktionen jeder Form – vom Einzeltäter bis zum internationalen Terrorismus – erfordern die Bereitstellung von Ressourcen. Und je umfangreicher terroristische Aktionen sind, desto umfassendere Ressourcen werden benötigt. Hieraus erwächst die Erfordernis, die Instrumente des globalen Kredit- und Finanzsystems zu nutzen und am Wirtschaftsleben teilzunehmen. Die bekannteste und weltweit verbreitetste terroristische Organisation – der IS – fördert, zum Beispiel, offiziellen Informationen zufolge auf dem besetzten Territorium Erdöl, das dann verkauft wird. Mit dem Erlös kauft der IS Waffen und bezahlt seine Kämpfer. Bereits daran ist ersichtlich, dass der IS für die Finanzierung all dessen überall auf der Welt verschiedene, miteinander verbundene Unternehmen benötigt, die

- Öl an die Verbraucher liefern (über Tanker bzw. Pipelines), sogar durch die Territorien dritter Staaten;
- das Erdöl legal verkaufen;
- von dem Erlös Waffen kaufen;
- diese Waffen an die Terroristen liefern.

Dafür wird benötigt:

- eine Tätigkeit an den Rohstoffbörsen;
- Zahlungen per Banküberweisung
- die Nutzung von Ressourcen verschiedener Transportunternehmen.

Die Staaten, die die Hauptakteure auf diesen Märkten sind, wären durchaus in der Lage, diese Verkettung aufzudecken und sie vollständig zu zerstören.

Der Geheimdienst jedweden großen Landes auf dieser Welt könnte problemlos die Waffen, die von den Terroristen verwendet werden, kennzeichnen und

- den Hersteller;
- den Käufer
- und die Lieferkette der Waffen bis zum Abnehmer aufdecken.

Auf diese Weise könnten die Länder der Welt, die tatsächlich gegen den Terrorismus kämpfen, mit einem Schlag das ganze Netz der materiellen und technischen Basis des Terrorismus zerstören. Damit wäre auch der «internationale Terrorismus» zerstört.

¹⁶ <https://fktdeutsch.wordpress.com/was-ist-ma%ca%92/>

Das bedeutet, dass der «internationale Terrorismus» lediglich ein Instrument von Konstrukteur-Staaten ist, die ihn für die Umgestaltung der Weltordnung gebrauchen. Wie das vor sich geht, sieht man am Beispiel der «Iran-Contra-Affäre» aus dem Jahr 1986 (auch bekannt als «Irangate», analog zur «Watergate»-Affäre), als bekannt wurde, dass einzelne Mitglieder der US-Administration geheime Waffenlieferungen in den Iran organisierten, was einen Verstoß gegen das für den Iran geltende Waffenembargo darstellte. Weitere Untersuchungen zeigten, dass die Erlöse aus dem Verkauf der Waffen unter Umgehung des Kongresses für die Finanzierung der nicaraguanischen Contras verwendet wurde, die einen Krieg gegen die rechtmäßige Regierung führten, um diese zu stürzen. Die Ereignisse in Nicaragua Mitte der 1980er Jahre ähneln stark denen in Syrien in den 2010er Jahren.

Die «Iran-Contra-Affäre» wurde nur aufgrund interner Intrigen in den höchsten Kreisen der US-Elite möglich. Ein Teil dieser Elite entschied, einen formalen Vorwand zu nutzen, um mit ihren Konkurrenten abzurechnen.

* * *

Zwischenstaatliche Kriege und der «internationale Terrorismus» am Beispiel der «Iran-Contra-Affäre»

Im Juli 1979 stürzte die Sandinistische Nationale Befreiungsfront (benannt nach Augusto César Sandino) in Nicaragua – einem winzigen Land in Zentralamerika¹⁷ – den Präsidenten Anastasio Somoza, dessen Familie das Land seit 43 Jahren regierte. Der Präsident der USA Franklin Roosevelt sagte seinerzeit über Anastasio Somoza Senior: «Er ist natürlich ein Hundesohn, aber er ist unser Hundesohn». Der Sturz des Somoza-Klans in Nicaragua wurde deshalb möglich, weil der Präsident der USA Jimmy Carter es abgelehnt hatte, Somoza zu helfen, nachdem 1978 in Nicaragua ein Aufstand ausbrach. Die amerikanischen Schirmherren Somozas veranlassten im US-Kongress sogar einen Auftritt des Vize-Präsidenten Nicaraguas, Luis Palacios, der in seiner Rede buchstäblich darum flehte, dem proamerikanischen Regime Somozas in Nicaragua Hilfe zukommen zu lassen, und prophezeite: «Ihr werdet den Tag noch verfluchen, an dem euch die Entschlossenheit fehlte, die Expansion des sowjetischen Imperialismus auf dem Kontinent aufzuhalten». Jimmy Carter jedoch, der im Interesse der klan-wirtschaftlichen Gruppierung handelte, welche ihn zum Präsidenten der USA ernannte, hatte es nicht nur verboten, Somoza zu helfen, sondern er erwirkte sogar ein Verbot von CIA-Operationen in Zentralamerika. Das bot den führenden nordamerikanischen Medien den Anlass vom «endgültigen Untergang der zentralamerikanischen Politik der USA» und sogar von einem «verlorenen Kampf, der zur Niederlage der USA in der globalen Konfrontation mit der UdSSR führt» zu sprechen.

Noch im selben Jahr (1979), nur etwas eher, im Februar – siegte im Iran die Islamische Revolution. Schah Mohammad Reza Pahlavi, der sich infolge eines von der CIA organisierten

¹⁷ Fläche: 129.494 km². Bevölkerungszahl: 6.080.478 (Stand 2013)

Umsturzes im Iran 1953 von einem nominellen zu einem echten Monarchen verwandelte, wurde gestürzt.

Die Ereignisse begannen am 16. Januar 1979, als sich Schah Mohammad Reza Pahlavi und seine Kaiserin [Schahbanu] Farah zum Flughafen Teheran-Mehrabad begaben. «Ich fahre in den Urlaub, weil ich mich sehr erschöpft fühle», sagte der Schah zu denen, die sie verabschiedeten.

Die Ereignisse entwickelten sich dermaßen schnell, dass bereits nach zwei Wochen – am 01. Februar – 80 Tausend Einwohner des Landes zu einem in dieser Masse noch nie dagewesenen Gottesdienst kamen. Die Gläubigen erwarteten einen Gesandten Allahs.

Und, welch Wunder! In der Luft tauchte die «Boeing-747» der Fluggesellschaft «Air France» auf, die aus Paris nach Teheran flog. An Bord befand sich der hohe Ajatollah Chomeini mit seinem Gefolge von 50 Assistenten und engen Mitarbeitern, begleitet von 150 Journalisten.

Am Flughafen Mehrabad erwartete den Ajatollah ein Meer aus Menschen, die skandierten «Allah ist groß! Der Schah ist gegangen, der Imam ist gekommen!» Ab diesem Moment wurde Chomeini die führende politische Figur im Land.

Am 05. Februar 1979 erklärte Chomeini die Illegitimität der Regierung von Schapur Bachtiar und ernannte Mehdi Bāzargān zum vorübergehenden Oberhaupt der Revolutionsregierung. Die Revolution war erfolgreich – der Tyrann wurde gestürzt! Er war natürlich schon längst im Ausland – doch das sind Kleinigkeiten.

Doch am 21. Oktober 1979 setzte die US-Administration die iranische Regierung darüber in Kenntnis, dass dem Schah ein zeitlich begrenztes Visum für eine ärztliche Behandlung in den Vereinigten Staaten erteilt wird. Der offiziellen Version zufolge wurde er aufgrund einer Krebserkrankung operiert. Bereits am nächsten Tag organisierte der Rockefeller-Konzern einen Transportflug des Schahs nach New York, wo er in eine Klinik eingewiesen wurde.

Auf den ersten Blick ist das nichts Besonderes, da der vertriebene Schah inzwischen eine Privatperson ist. Doch genau dies diente als Anlass, den Ausbruch antiamerikanischer Stimmungen unter der iranischen Bevölkerung, zu organisieren. Am frühen Morgen des 04. Novembers 1979 verschafften sich hunderte junger Menschen, die erklärten, sie seien Mitglieder der Muslimischen Studentenorganisation – Anhänger des Kurses von Ajatollah Chomeini, die von seinen Reden über «den großen Satan» (die USA) inspiriert waren – gewaltsam Zutritt zur amerikanischen Botschaft in Teheran. Von 59 Mitarbeitern der Botschaft konnten sechs fliehen, sich in den Botschaften anderer westlicher Länder verstecken und später mit gefälschten Dokumenten die Islamische Republik verlassen. Ein weiterer Mitarbeiter wurde im Juli 1980 entlassen, da er sehr krank war. Die übrigen 52 Menschen blieben 444 Tage in Geiselschaft.

Nach der Eroberung der Botschaft, brachte das US-Außenministerium seine «Besorgnis» zum Ausdruck, worauf die Regierung Bāzargāns antwortete, dass sie «alle Anstrengungen unternehmen wird, um das Problem zufriedenstellend zu lösen» und die Mitarbeiter der diplomatischen Vertretung zu befreien.

Bāzargān und seine Regierung waren jedoch nicht in der Lage, irgendetwas für die Befreiung der Geiseln zu tun. Und bereits am 06. November 1979 übertrug das Radio in Teheran die Meldung, dass der Premierminister bei Chomeini seinen Rücktritt eingereicht hat. Der Ajatollah kam der Bitte Bāzargāns umgehend nach und im Radio wurde übertragen, dass Chomeini ein Dekret erlassen hat, in dem der Rücktritt angenommen wird und alle Staatsangelegenheiten dem Islamischen Revolutionsrat übertragen werden, welcher mit der Vorbereitung eines Referendums über die «Islamische Verfassung», der Wahl des Präsidenten und

der Madschlis, sowie der Durchführung einer «revolutionären, entschiedenen Säuberung» des Staatsapparats betraut war.

Auf diese Weise – durch die Besetzung der Botschaft – schufen die hinter Chomeini stehenden Kräfte neue Staatsstrukturen, wobei sie die antiamerikanische Stimmung in der gesamten Bevölkerung des Iran nutzten. Dadurch wurde zwischen dem Iran und der USA offiziell eine Konfliktsituation geschaffen.

Am 24. April 1980 wurde auf dem Territorium des Iran durch bewaffnete US-Streitkräfte die Operation «Eagle Claw» durchgeführt, die das Ziel hatte, die Geiseln aus der Botschaft der USA in Teheran zu befreien. Die Operation wurde so geplant und durchgeführt, als ob der amerikanische Kommandostab und die Spezialeinheiten nach der Devise der Zeichentrickserie Chip und Chap: «Dumm, aber mutig!» handelten.

Es versteht sich von selbst, dass die Operation in glorreichem Versagen gipfelte.

Die Verluste der USA bei dieser Operation beliefen sich auf:

- ein zerstörtes Flugzeug des Typs C-130 Hercules – als das Tankflugzeug EC-130E auf dem Boden stand, wurde es vom amerikanischen Hubschrauber CH-53 Sea Stallion¹⁸ gerammt. Die Besatzung des Flugzeuges (5 Menschen) starb;
- ein zerstörter Hubschrauber – eben dieser des Typs CH-53 Sea Stallion. Die Besatzung des Hubschraubers (3 Menschen) starb;
- ein Hubschrauber zerschellte nach einem eventuellen Defekt am Schraubenblatt im Wasser direkt nach dem Start vom Flugzeugträger;
- fünf Hubschrauber des Typs CH-53 Sea Stallion wurden von den Iranern auf dem Boden gekapert. In den Kabinen waren geheime Dokumente, Karten, Codes, Tabellen, die neueste Ausstattung, Geld mit einem Wert von tausenden Dollars und Rials. Die an einem anderen Tag gefundenen Geheimdokumente ermöglichten es ihnen, die in ihrem Land tätigen Agenten zu verhaften. Die Hubschrauber wurden den iranischen Luftstreitkräften übergeben;
- acht Tote (auch hier ist nicht alles klar, da später bei der Übergabe der Leichen von 9 die Rede war);
- vier Verletzte.

Die Verluste des Iran: ein toter Bürger – der Beifahrer eines Tankwagens¹⁹

Am 22. September 1980 fiel der Irak, unter der Führung Saddam Husseins, in den Iran ein. Es begann der Iran-Irak-Krieg, der 8 lange Jahre andauerte (22. September 1980 - 20. August 1988). Der Auftakt zum Krieg war eine Serie territorialer Auseinandersetzungen zwischen dem Iran und dem Irak, da der Irak dem Iran die ölfreiche Provinz Chuzestan (Arabistan) mit arabischer Bevölkerung und dem östlichen Ufer des Flusses Schatt al-Arab entreißen wollte, sowie auch der Konflikt zwischen den zwei Ländern um den Führungsanspruch der Staaten am Persischen Golf.

Einer der Anlässe für den Krieg war die durch die schiitische Islamische Republik erfolgte Unterstützung ihrer irakischen Glaubensgenossen, die zwar die Mehrheit der Bevölkerung

¹⁸ Gewöhnlich wird die Bezeichnung der Hubschrauber RH-53D verwendet.

¹⁹ Der für die Landung der Hubschrauber mit Spezialeinheiten ausgewählte Ort lag, wie sich entgegen der Daten des Geheimdienstes herausstellte, direkt neben einer belebten Straße, infolgedessen die Operation sofort entdeckt wurde. Die Spezialeinheiten blockierten einen zwischenstädtischen Passagierbus und sprengten einen vorbeifahrenden iranischen Tankwagen, dessen Beifahrer verstarb und dessen Fahrer in einem vorbeifahrenden Auto flüchtete.

ausmachten, aber vom sunnitischen Saddam Hussein unterdrückt wurden.

Beide Supermächte – die UdSSR und die USA (UK/US)²⁰ – haben den Irak auf die eine oder andere Weise unterstützt. Der Iran dagegen konnte in diesem Sinne nicht auf die Unterstützung der Supermächte zählen. Generell war der Iran faktisch international isoliert.

Und hier haben sich dem Iran die amerikanischen Geiseln in der Botschaft als nützlich erwiesen. Bestimmte Kräfte in den USA wollten eine Befreiung der Geiseln unbedingt erreichen, um diesen Fakt in ihrer öffentlichen Politik nutzen zu können. Andere Kräfte hingegen wollten selbst die Lorbeeren für die Rettung der Geiseln ernten. Und beide Kräfte des amerikanischen Establishments gingen geheime Beziehungen mit der iranischen Regierung ein. Das Geiseldrama endete am 20. Januar 1981 – am Tag der Amtseinführung Reagans²¹ – mit der Befreiung der Geiseln. In Übereinstimmung mit den tags zuvor unterschriebenen Vereinbarungen, die durch die Vermittlung Algeriens zustande kamen, verzichteten die USA auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Iran, gaben die eingefrorenen iranischen Bankkonten wieder frei, hoben die Handelssanktionen auf und erhielten Garantien für die Tilgung der Schulden des Iran.

Tatsächlich eröffnete das dem Iran die Möglichkeit, außenwirtschaftlich tätig zu werden. Außerdem erhielt der Iran große Unterstützung seitens der «arabischen Terroristen», durch die im Nahen Osten hunderte Bürger westlicher Länder entführt wurden – vor allem Journalisten, Diplomaten und Mitarbeiter humanitärer Missionen. Die Forderungen der Terroristen waren auf die eine oder andere Weise gegen Israel und die USA gerichtet und begünstigten den Iran.

Aber es half alles nichts – der Irak (13.653.358 Einwohner (Stand 1980)) kämpfte deutlich erfolgreicher, als der Iran (38.668.221 Einwohner (Stand 1980)), bei dem sich am Horizont bereits die Niederlage abzeichnete, die er vermeiden wollte, indem er sogar rein weibliche Militärformationen schuf. Als Folge dieser Masseneinberufung von Frauen in die Armee existieren auch heute noch die Frauenbataillone «[al-Zahra](#)». Das sind weibliche «Spezialeinheiten», die Teil der paramilitärischen Einheit «Basidsch» des Innenministeriums sind. Diese Einheiten arbeiten unter der Führung der Islamischen Revolutionsgarden. Die jungen Frauen erhalten eine spezielle Ausbildung in einer Schule nahe Teheran, die Ende der 1980er Jahre gegründet wurde und die einzige ihrer Art ist.

Um die militärische Niederlage des Iran abzuwenden, musste etwas unternommen und in erster Linie dem Iran mit modernen hochtechnologisierten Waffen geholfen werden. Und wieder kamen dem Iran die USA (UK/US) zu Hilfe. Man dachte sich einen einfachen Plan aus, nach dem man «zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen» könnte: damit die proiranischen Kräfte im Libanon die amerikanischen Geiseln befreien, verkaufen die USA illegal, über Mittelsmänner, Waffen an den Iran. Und mit dem Erlös aus dem Waffenverkauf würden die nicaraguanischen «Contras» finanziert, was auf direktem Wege in den USA per Gesetz untersagt war.

²⁰ UK/US – ein Subjekt globaler Politik, dessen Steuerungszentrum auf Desintegrationsbasis funktioniert – ist eine Symbiose zweier staatlicher Subjekte: UK (United Kingdom – die Abkürzung von The United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland – Das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland) und US (United States – die Abkürzung von United States of America – die Vereinigten Staaten von Amerika). Die Abkürzung UK/US ist nicht unveränderlich – die Komponenten können die Plätze tauschen US/UK: der Platz der Abkürzung für den einzelnen Staat (UK oder US) in der Gesamtabkürzung hängt davon ab, welches staatliche Subjekt (US oder UK) die führende Rolle in dem jeweiligen konkreten Steuerungsprozess von globaler Bedeutung spielt. Die Abkürzung für einen einzelnen Staat, zum Beispiel «USA», meint das Staatsgebilde.

²¹ Der 40. Präsident der USA (1981-1989).

Im Rahmen dieses Plans schlug 1984 der Direktor der Abteilung für Nationale Sicherheitsangelegenheiten im Nahen Osten, Geoffrey Kemp, in einem an den Ratsvorsitzenden Robert McFarlane gerichteten Memorandum vor, die subversiven Aktivitäten im Iran zu intensivieren. Dazu müssten Kontakte zu hochrangigen iranischen Führern aufgenommen werden.

Im Zuge der Geheimdiplomatie der staatlichen Behörden des Iran und der USA wurde, unter Einbeziehung anderer Länder, bis zum Mai 1985 ein Mechanismus zur Lieferung von amerikanischen Waffen über Israel an den Iran ausgearbeitet. Seitens Israel nahmen an der Ausarbeitung dieses Planes der Premierminister Schimon Peres, der Chef des Israel Der Generaldirektor des israelischen Außenministeriums David Kimche, die Waffenhändler Adolph Schwimmer und Yaakov Nimrodi teil. Seitens der USA nahmen an der Sicherung der Operation der Berater des Nationalen Sicherheitsrates der USA Michael Ledeen und Oliver North teil.

Als alles bereit war, war die Zeit gekommen, den Präsidenten der USA Ronald Reagan zu informieren, den man am 13. Juli 1985 davon in Kenntnis setzte. Der P-resident wurde in groben Zügen informiert, mit dem Augenmerk darauf, dass auf diese Weise die USA einflussreiche Verbündete in Teheran gewinnen und dadurch die Expansion der UdSSR im Nahen Osten einschränken können. Dem ist hinzuzufügen, dass Reagan zu dieser Zeit im Navy-Militär-Krankenhaus in Bethesda, im Staat Maryland, lag, wo man ihn auf eine Darmkrebsoperation vorbereitete.

Wie Robert McFarlane später versicherte, gab der Präsident seine Zustimmung für die Ausführung des Planes. Reagan selbst hat bis zum Ende seines Lebens geleugnet, über die Operation informiert gewesen zu sein.

Es sei darauf hingewiesen, dass die Idee, dem Iran und den nicaraguanischen Contras Waffen zu liefern, nur im Interesse eines Teils der amerikanischen Elite lag. Ein anderer Teil war dagegen und deren Vertreter in der Staatsführung versuchten, die Umsetzung des Plans zu verhindern. Und das waren durchaus keine untergeordneten Vertreter des amerikanischen Establishments – der Staatssekretär George P. Shultz und der Chef des Pentagons Caspar Weinberger waren von Anfang an gegen das «iranische Projekt». Aber Reagan war auf der Seite des Rats der Nationalen Sicherheit.

Der Widerstand der amerikanischen elitären Gruppierungen drückt sich traditionell darin aus, dass zwei Behörden – das State-Department und der Nationale Sicherheitsrat des Präsidenten – ständig um das Recht kämpfen, die Außenpolitik der USA zu definieren. Bei Reagan war das strategische Entscheidungszentrum der Nationale Sicherheitsrat. Allerdings war der Kampf zwischen den Eliten so heftig, dass während der beiden Amtszeiten von Reagan der Posten des Chefs des Nationalen Sicherheitsrates sechsmal wechselte: Richard Allan (1981-1982), William Clark (1982-1983), Robert McFarlane (1983-1985), John Poindexter (1985-1986), Frank Carlucci (1986-1987) und Colin Powell (1987-1989). Vor Beginn der Waffenlieferungen wurde zwischen den Amerikanern und den Israelis vereinbart, dass Israel «eine angemessene Entschädigung» für Waffenlieferungen an den Iran erhalten würde.

Um den Waffenhandel rechtlich abzudecken, wurde die Firma «The Enterprise»²² gegründet, die mehrere Offshore-Bankkonten und Handelsbüros für die Lieferung von Waffen eröffnete. Als ihre Gründer traten der pensionierte Generalmajor der Luftwaffe der Vereinigten

²² https://en.wikipedia.org/wiki/Iran%E2%80%93Contra_affair

Staaten Richard V. Secord, der mit der CIA in Verbindung stand, und der iranische Emigrant Albert A. Hakim auf. Im Frühjahr 1985 wurde die erste von «The Enterprise» organisierte Waffenlieferung an die nicaraguanischen Contras abgewickelt.

Am 20. August 1985 übergab Michael A. Ledeen bei einem Treffen in London einen Geheimcode zur Information der Beteiligten über den Fortschritt des Handels an David Kimche.

Am 30. August 1985 wurden 100 Panzerabwehrraketen vom Typ BGM-71 TOW an den Iran übergeben (im Gegenzug wurde eine der amerikanischen Geiseln freigelassen), am 14. September 1985 – noch einmal 408 Raketen. Im Weiteren erhielt der Iran Ersatzteile für die Zenit-Raketen des Typs MIM-23 Hawk. Am 18. und 28. Februar 1986 wurden aus der israelischen Stadt Eilat noch weitere 400 TOW-Raketen in den Iran versendet.

Die Operation flog auf, als am 5. Oktober 1986 über Nicaragua ein Militär-Transportflugzeug vom Typ C-123K abgeschossen wurde, welches militärische Fracht für die «Contras» transportierte. Der überlebende Pilot, der Amerikaner Eugene Hasenfus, wurde durch Regierungstruppen festgenommen und sagte aus, dass er für die CIA arbeitet. Kurz darauf veröffentlichte das libanesische Magazin «Ash-Shiraa» die Geschichte des Waffenverkaufs an den Iran.

Der US-Präsident Ronald Reagan geriet dadurch in eine Lage, in der er keine andere Wahl hatte, als sich öffentlich von dieser Operation zu distanzieren und zu erklären, dass sie von einigen Leuten aus eigenem Antrieb und unter Verstoß gegen das US-Recht durchgeführt wurde. Daher verkündete er am 25. November 1986 die Schaffung einer Kommission, die die Umstände der «Iran-Contra-Affäre» untersuchen sollte. Am 1. Dezember 1986 nahm diese Kommission ihre Arbeit unter der Leitung von Senator John Tower auf. Sie wurde später daher «Tower-Kommission» genannt.

Das alles organisierte der Teil der amerikanischen Elite, der gegen diese Art von Waffenlieferungen an den Iran und die «Contras» war. Der eigentliche Prozess der Liquidierung dieser Operation begann nachdem sie die Führung des Nationalen Sicherheitsrats des Präsidenten übernommen hatten.

Im Zuge der Ermittlungen wurde das Ausmaß der Waffenlieferungen an die «Contras» aufgedeckt:

- Für die Finanzierung der Lieferungen von Waffen und Ausrüstungen an die «Contras» wurden 1983 auf Schweizer Banken Konten eröffnet, über die (den unvollständigen Angaben der Kommission zufolge) die Regierungsbeamten der USA, Joel Patterson und William Golden, mehr als 3 Millionen Dollar an die «Contras» überwiesen
- In dem Memo von dem an der Operation beteiligten General a.D. John K. Singlaub an den CIA-Direktor W. Casey vom Juli 1986 wurde mitgeteilt, dass für die Übergabe an die Contras 10.000 AKM-Sturmgewehre, 200 RPG-7-Granatwerfer, 60 Stück 12,7-mm Maschinengewehre, 200 Stück 60-mm Mörser, 50 Stück 82-mm Mörser und 50 Flugabwehrraketensysteme mit der entsprechenden Menge an Munition vorbereitet waren.
- Der Beginn der Ermittlungen störte die von Oliver North mit dem Unternehmen «Short Brothers» geschlossene Vereinbarung über die Lieferung von 30 tragbaren Flugabwehrraketensystemen «Blowpipe» und 150 zugehörigen Raketen, die durch England und Chile bereitgestellt und später an die «Contras» übergeben werden sollten.

Während der Ermittlungen zur «Iran-Contra-Affäre» sagte der Botschafter der USA in

Costa Rica, Lewis Arthur Tambs, aus, dass die Aktivitäten der «Contras» in Costa Rica, von wo aus sie operierten, von Alan Fiers koordiniert wurden – einem CIA-Mitarbeiter mit 20 Jahren Erfahrung in der Durchführung von «Spezialoperationen», der unter dem Decknamen «Cliff» auftrat.

Es wurde auch festgestellt, dass die CIA die Angestellten des privaten britischen Militärunternehmens «KMC Ltd.» im Krieg gegen Nicaragua einsetzte. Das Unternehmen erhielt 110.000 US-Dollar von der CIA, um Piloten für Flugzeuge zu rekrutieren und die «Contras» auf dem Territorium von Nicaragua zu versorgen.

Parallel zu den Untersuchungen der «Tower-Kommission» gab es unabhängige Untersuchungen, deren Ergebnisse in den Medien veröffentlicht wurden. So haben z. B. Journalisten von «The Miami Herald» herausgefunden, dass Angehörige der zur 16. Hubschrauberstaffel (16th Special Operations Squadron) der US-Luftwaffe gehörenden «Task Force 160» an mindestens 8 Operationen auf dem Territorium von Nicaragua teilgenommen und mindestens zweimal das Feuer auf Einheiten der sandinistischen Volksarmee eröffnet haben.

Im Verlauf der Ermittlungen, haben Korrespondenten des Medien-Unternehmens «Knight Ridder» Angehörige zweier verunglückter Piloten der «Task Force 160» gefunden:

- Der Vater des im März 1983 verunglückten Piloten Donald Olney erklärte, dass sein Sohn ihm erzählt hat, dass er Flüge nach Nicaragua von Honduras aus durchführt.
- Und die Witwe des verstorbenen Unteroffiziers Allen Jennings gab an, ihr Ehemann habe ihr erzählt, dass das Militärkommando ihn zu Sondereinsätzen ins Ausland schickt.

Im weiteren Verlauf der Ermittlungen zum Tod von Donald Olney und Allen Jennings fanden Journalisten der Zeitung «The Philadelphia Inquirer» heraus, dass die Umstände des Todes des Personals der 16. Hubschrauberstaffel der US-Luftwaffe geheim gehalten und dem Ermittlungszentrum für Flugsicherheit der US-Armee in Alabama nicht mitgeteilt wurden.

Für alle Teilnehmer der «Iran-Contra-Affäre» endete jedoch alles gut, da der amerikanische Teil der Elite, der diese Operation organisierte, 1989 George Bush senior²³ zur Präsidentschaft verhalf. Er unterzeichnete im Dezember 1992 unter dem Deckmantel seiner ersten und einzigen Amtszeit einen Erlass über die Begnadigung der Teilnehmer der «Iran-Contra-Affäre».

Allerdings konnte er das erst machen, nachdem er den Posten des Staatssekretärs von James Baker (1989-1992) an Lawrence Eagleburger²⁴ – amtierender Staatssekretär seit dem 23. August 1992 – vergab.

* *

*

²³ 41. Präsident der USA (1989-1993)

²⁴ Staatssekretär der USA seit 08. Dezember 1992 bis 20. Januar 1993

Nur die Realisierung einer Steuerung nach einer Konzeption von globaler Tragweite ermöglicht es, Projektstaaten zu erschaffen. Über ein solches Konzept verfügt kein einziges Land der Welt – mit Ausnahme von Russland. Doch Russland verhält sich während seines Einflusses auf den Globalisierungsprozess allen Ländern und Kulturen der Welt gegenüber behutsam und nutzt die Erschaffung von Projektstaaten als Steuerungsmethode nicht, da diese Methode für die konzeptionelle Macht²⁵ Russlands inakzeptabel ist. Indem Russland Länder und Nationen in seinen Staat aufgenommen hat, hat es dadurch nicht nur die physische Existenz dieser Nationen bewahrt, sondern größtenteils auch die Entwicklung ihrer Kulturen dahingehend ermöglicht, dass ehemals schriftlose Nationen eine eigene Schrift bekamen. Damit schuf Russland für alle Nationen, die auf seinem Territorium leben, ein Dach über dem Kopf – das, was der Westen ein «umgekehrtes Imperium» nennt.

Ein klassisches Imperium dagegen ist das Britische Imperium, «wo die Sonne niemals untergeht». Und Britannien als Staat/Imperium ist ein Instrument zur Durchführung der Globalisierung, welches das überstaatliche Steuerungssubjekt – der Globale Prädiktor – bedient, um den Globalisierungsprozess gemäß seines alttestamentarischen Konzepts von der Lebensweise auf der Erde zu steuern.

Es ist hinreichend bekannt, wie das Britische Imperium die Welt neu gestaltet: die Kolonialisierung von Nordamerika führte dazu, dass fast alle Indianer – die amerikanischen Ureinwohner – ausgerottet wurden. Großbritannien hat auch den Völkern seiner anderen Kolonien nur Unheil gebracht: es konnte keinerlei Entwicklung der Volkskultur stattfinden, es wurde lediglich rücksichtsloser Raubbau an den Ressourcen der kolonialisierten Territorien und der sie besiedelnden Völker betrieben, wobei auch Methoden des Genozids angewandt wurden.

Großbritannien hat sowohl selbstständig, als auch im Verbund mit anderen Staaten, Projektstaaten erschaffen. Eine besonders intensive Periode der Schaffung solcher Projektstaaten war das 20. Jahrhundert. Dieser Prozess wurde in drei Etappen realisiert:

Erste Etappe – die Erschaffung von Projektstaaten: Die Periode nach dem Ersten Weltkrieg bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, als auf den Trümmern von vier Imperien (dem Österreich-Ungarischen, dem Deutschen, dem Osmanischen und dem Russischen) Staaten geschaffen wurden, die es früher nicht gab und die mitunter nicht einmal ihre eigene Erfahrung an Staatlichkeit hatten, wie man es sehr gut am Beispiel von Finnland sehen kann.

Zweite Etappe – die massenhafte Erschaffung von Projektstaaten: Das gehört in die Zeit des Zerfalls des weltweiten Kolonialsystems. Indien ist ein klassisches Beispiel eines Projektstaates, genauso wie seine anderen Teile, die zu Staaten wurden: Nepal, Pakistan, Bangladesch, Birma (Myanmar).

Dritte Etappe – die Neuordnung der Welt durch die Erschaffung von Projektstaaten: Diese Etappe begann nach dem Zerfall der UdSSR und des sozialistischen Lagers. Aber die Entstehungszeit und die Beteiligung anderer Staaten an der Schaffung eines neuen Staates sind nicht die einzigen Merkmale eines Projektstaates.

²⁵ Die Anerkennung Nordossetiens und Abchasiens als Staaten verändert das Bild nicht, da diese Staatsgebilde im Zuge der massenhaften Erschaffung von Projektstaaten auf postsowjetischen Gebiet möglich wurden und auch daraus entstanden sind.

Das wichtigste und elementarste Merkmal eines Projektstaates ist, dass die Auswahl der Kompetenzen, die der Staat mit eigenen Kräften abdecken kann, die Möglichkeit einer Gewährleistung der Souveränität prinzipiell ausschließt. Aus diesem Grund kontaktieren die Staatsoberhäupter von Projektstaaten bei der Ausübung ihrer außenpolitischen Tätigkeit bezüglich anderer Staaten, welche über eine vollständigere Auswahl von Kompetenzen (besonders bezüglich der höheren Prioritäten der allgemeinen Steuerungsmittel (ASM)) und damit über mehr Souveränität verfügen (in der Regel sind das Konstrukteur-Staaten), auch nur selten deren Staatsoberhäupter. Die meisten außenpolitischen Aktivitäten der Oberhäupter der Projektstaaten beziehen sich auf Kontakte mit Beamten verschiedener Ebenen der jeweils zuständigen staatlichen Institutionen von Staaten mit einer breiteren Auswahl der Kompetenzen allgemeiner Steuerungsmittel. Die Medien berichten dann, dass sich der P-resident (Premierminister usw.) eines Projektstaates mit einem Minister, dem Stellvertreter des Ministers (einem anderen Minister gleichen oder niederen Ranges) eines Konstrukteur-Staates getroffen, mit ihm telefoniert hat oder Ähnliches.

Es ist die Abwesenheit an jeglicher Kompetenz die höheren Prioritäten der ASM betreffend, die zur direkten strukturellen überstaatlichen Steuerung der Ukraine durch die USA geführt hat. Die unmissverständliche Botschaft an die ganze Welt war die am 22. April 2014 durch den Vizepräsident der USA, in Kiew durchgeführte Sitzung der ukrainischen Regierung, an der Joe Biden auf dem Platz des P-residenten der Ukraine²⁶ saß. Hier ist zu erwähnen, dass am 22. – 23. Februar 2014 unter der Leitung der USA in der Ukraine ein Staatsstreich stattfand. Dabei wurde für die Verwaltung der Ukraine auf Anordnung des US-Botschafters in der Ukraine, Jeffrey Payette, die in der ukrainischen Gesetzgebung nicht vorgesehene Position des die Staatspflichten ausführenden P-residenten der Ukraine eingeführt. Auf diesen Posten wurde Oleksandr Turtschynow berufen, der erst am Vortag statt Volodymyr Rybak, der seinen Posten als Sprecher hastig verlassen hatte, die ukrainische Rada leitete. Rybak hatte auf «Anraten» des amerikanischen Botschafters seinen Rücktritt eingereicht. Damit ist Turtschynow in zweifacher Hinsicht als Leiter der ukrainischen Staatlichkeit nicht legitim. Um «der Stadt und der Welt» kundzutun, dass die Ukraine der Gerichtsbarkeit und der strukturellen Steuerung der UK/US unterliegt, saß der US-Vize-P-resident während des Treffens der ukrainischen Regierung am Platz des P-residenten der Ukraine. Zu seiner Rechten saß der Botschafter der USA in der Ukraine, Payette. Und der illegitime amtierende P-resident der Ukraine Turtschynow, sowie der ebenso illegitime Chef der ukrainischen Regierung Jazenjuk saßen auf den Plätzen der Untergebenen.

²⁶ «Bei dem Treffen mit den Ukrainern saß der Vizepräsident der USA auf dem Platz des Staatsoberhauptes. Der Chef des Außenministeriums richtete die Aufmerksamkeit der Presse darauf, dass bei dem vor Kurzem stattgefundenen Treffen mit den Machthabern in Kiew Joe Biden an der Stirnseite des Tisches saß, wie ein Staatsoberhaupt. Sergej Lawrow rief die USA dazu auf, ihren Einfluss für die Wiederherstellung des Friedens in der Ukraine zu nutzen». RT auf russisch vom 24 April 2014 [übersetzt] – <https://www.youtube.com/watch?v=AopDkgjgMI>; <https://vz.ru/news/2014/4/24/683835.html>



Eine Mitteilung des TV-Senders «Doschd» (ideologisches Sprachrohr der antirussischen Kräfte in Russland) unterstreichte den Fakt, dass die Ukraine sich unter der direkten strukturellen Steuerung der USA befindet. Der Sender leistete sich einen großen «Versprecher» und bezeichnete den Vizepräsidenten der USA als amtierenden Präsidenten der Ukraine. Später wurde der «Fehler» korrigiert. Allerdings hatten die Menschen noch die Gelegenheit, darauf aufmerksam zu werden und sich alles einzuprägen²⁷.



Im Artikel lautet es:

Washington fordert, die Truppen von seinen Grenzen abziehen

Joe Biden, der die Aufgaben des Präsidenten der Ukraine übernimmt, forderte Russland auf, seine Truppen von den Grenzen abziehen

«Wir fordern die Russische Föderation auf, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der USA einzumischen»

Wenig später wurde es korrigiert:

Ukraine fordert von Russland, die Truppen von den Grenzen abziehen...

²⁷ <http://www.online812.ru/2014/04/25/016/>

Jeder Projektstaat, sei es Belgien oder Indonesien, ist so konstruiert, dass er den Konstrukteur-Staaten ermöglicht, die Projektstaaten so zu nutzen, dass die Steuerungsziele der Konstrukteur-Staaten erreicht werden, wobei die Projektstaaten lediglich das Instrument zur Erreichung dieser Ziele darstellen. Daher beeinträchtigt die innere Instabilität Indonesiens nicht das Funktionieren des Landes als Montagehalle für Transnationale Korporationen (TNC). Und die endlose politische Krise in Belgien hat keine Auswirkungen auf das Funktionieren der belgischen Staatlichkeit, auf die Tätigkeit der EU und der NATO, die dort ihre Hauptquartiere haben.



Mit anderen Worten ist die Auswahl der Kompetenzen, die ein Projektstaat mit eigenen Kräften abdecken kann, ausschließlich in den unteren drei Prioritäten der Steuerung/des Krieges angesiedelt. Das Fehlen der Möglichkeit, die Steuerung des Landes auf den oberen drei Ebenen der Steuerung mit staatseigener Kraft zu gewährleisten bedingt, dass auch die Steuerung auf den drei unteren Prioritäten der überstaatlichen Steuerung unterliegt.

Die verheerende Folge des Mangels an Kompetenzen, aufgrund o.g. Auswahl der Kompetenzen für die Völker/Bevölkerungsgruppen der Projektstaaten wird anschaulich und offensichtlich im Vergleich mit der Lebensfunktion und der Situation in den historisch entstandenen Staaten, welche ihrerseits ebenfalls eine begrenzte Auswahl an Kompetenzen besitzen. Aber diese Kompetenzen sind in den obersten drei Prioritäten der allgemeinen Steuerungsmittel angesiedelt.

Was die Möglichkeiten Rumäniens betrifft, dieser Satz an Kompetenzen, der für die Existenz des eigenen Nationalstaates unerlässlich ist, aus volkseigener Kraft zu gewährleisten, so kamen diese Möglichkeiten zur Zeit des Ersten Weltkriegs deutlich zum Ausdruck.

Einer historischen Anekdote zufolge, interessierte sich der deutsche Kaiser, Wilhelm II., als er gerade mit dem Chef des Generalstabs von Moltke d.J.²⁸ den möglichen Plan einer Beteiligung Deutschlands am zukünftigen Ersten Weltkrieg diskutierte, dafür, wie sich die Lage an der Front in dem zukünftigen Krieg ändern würde, wenn Rumänien sich an dem Krieg beteiligt und auf die eine oder andere Seite schlagen sollte. Moltke antwortete ihm: *«Uns ist es egal, Eure Hoheit, auf welche Seite sich Rumänien in diesem Krieg schlägt. Sollte es unsere sein, brauchen wir 10 Divisionen, um Rumänien vor der Zerstörung zu retten. Sollte es die Gegenseite sein, dann benötigen wir dieselben 10 Divisionen, um es zu zerstören».*

Indem er die Entwicklung der Ereignisse auf diese Weise bewertete, erklärte Moltke gerade heraus, dass Rumänien definitiv der Satz der Kompetenzen fehlt, der es ihm ermöglichen würde selbstständig als Staat zu existieren. Rumänien existiert lediglich als Territorium, das über gewisse natürliche Ressourcen und Bevölkerung verfügt. Und der Staat, als dessen Verbündeter Rumänien auftritt, wird dazu verpflichtet sein, für die Gewährleistung der rumänischen Staatlichkeit mit all der für ihr Funktionieren nötigen Auswahl an Kompetenzen zu sorgen. Offenkundig belegt der Erste Weltkrieg die Richtigkeit dieser historischen Anekdote. Der Umstand, dass die tatsächliche Beteiligung Deutschlands an der Militärgemeinschaft größere Ausmaße annahm, hängt mit dem Schauplatz der militärischen Handlungen selbst zusammen und nicht mit dem Zustand der Staatlichkeit Rumäniens.

Nach Beginn des Ersten Weltkriegs bewahrte Rumänien lange den Status eines neutralen Staates. Aber es kam der Moment, als UK/US die Entscheidung traf, dass das blutende Russische Reich dermaßen belastet werden sollte, dass die Kraft des Staates endgültig aufgezehrt und damit sein Untergang beschleunigt würde. Zu einer solchen Last wurde Rumänien, das am 14. (27.)

²⁸ Graf (1870) Helmuth Johannes Ludwig von Moltke, Moltke der Jüngere (25. Mai 1848, Mecklenburg – 18. Juni 1916, Berlin) – Graf, deutscher Militärangehöriger, Generaloberst; 01. Januar 1906 – 14. September 1914 – Chef des deutschen Generalstabs. Nach der Niederlage in der Schlacht an der Marne – eine große Schlacht zwischen deutschen und anglo-französischen Truppen, die zwischen dem 05. und 12. September 1914 am Fluss Marne im Zuge des Ersten Weltkrieges stattfand und mit der Niederlage der deutschen Armee endete – reichte er seinen Rücktritt ein. Infolgedessen wurde der strategische Angriffsplan der deutschen Armee zerstört, der einen schnellen Sieg an der Westfront vorsah, um Frankreich aus dem Krieg herauszudrängen.

Moltke der Jüngere – der Neffe Moltke des Älteren – Graf Helmuth Karl Bernhard von Moltke, Moltke der Ältere (26. Oktober 1800 – 24. April 1891) – Graf (1870), preußischer General-Feldmarschall (1872), Chef des preußischen Generalstabs, Militärtheoretiker. Neben Bismarck und Roon gilt er als einer der Gründer des Deutschen Imperiums. Vom 28. Oktober 1857 bis zum 10. August 1888 war er Chef des deutschen Generalstabs.

August 1916 in den Krieg eintrat²⁹ und bereits Ende September an der Schwelle der Vernichtung stand, wovor Russland es retten sollte, mit symbolischer Unterstützung seitens anderer Teilnehmer des Ententen-Blocks. So wurde die rumänische Front gebildet – eine operativ-strategische Vereinigung der Armee des Russischen Reiches auf dem Südflügel der russisch-deutschen Front des Ersten Weltkriegs, welche in der Zeit vom 03. (16.) Dezember 1916 bis zum 05. März 1918 existierte.

Bei der Bewertung der Beteiligung Rumäniens am Krieg, waren die Generäle des russischen Generalstabs der Meinung, dass es zweckmäßiger wäre, Rumänien als neutralen Verbündeten zu haben, als eine Art «Puffer», da «das Auftreten Rumäniens auf Seiten der Entente zu dessen Bedingungen für Russland schwerwiegender wäre, als ein Krieg gegen Rumänien».

Jedoch war die umfassende Abhängigkeit des Russischen Reiches und Rumäniens von der Entente der Grund dafür, dass Rumänien in den Krieg eintrat und, dass Russland keine Möglichkeit hatte, den Kriegshandlungen auf rumänischem Kriegsschauplatz zu entgehen. Die Bedingungen, zu denen die russischen Truppen auf rumänischem Kriegsschauplatz kämpfen mussten, waren durchweg schwierig. Und das alles nur, weil es Rumänien praktisch an allen Kompetenzen fehlte, die für die Funktionsgewährleistung eines Staates nötig sind.

Die Infrastruktur Rumäniens war buchstäblich in einem rudimentären Zustand – im Land gab es nicht nur kein Eisenbahnnetz, sondern es gab sogar nur äußerst wenige gute normale Straßen. Deshalb musste ein Drittel der Armee im Hinterland ihren Dienst tun, damit wenigstens die Versorgung der Militäreinheiten in irgendeiner Art gewährleistet werden konnte.

Rumänien blieb zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht nur ein Agrarland, sondern ein rückständiges Agrarland. Laut rumänischer Statistik besaßen 1903 7.780 Großgrundbesitzer 51% der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes, und mehr als 1.250.000 Bauernfamilien besaßen die restlichen 49%. Weitere 300.000 Bauernfamilien besaßen überhaupt kein Land. Dieser enorme Überschuss an Arbeitskräften wurde jedoch von der rumänischen Industrie nie in Anspruch genommen.

Rumänien förderte viel Erdöl, konnte dieses aber weder im Inland verbrauchen, noch es verarbeiten und mit Erdölprodukten Handel treiben. In Rumänien wurde offenkundig mehr Weizen produziert, als die Bevölkerung und die im Land existente Wirtschaft benötigten. Es gab jedoch keine Kapazitäten, den Weizen zu lagern oder zu verarbeiten. Als Rumänien dem Ersten Weltkrieg beitrug und gegen seine Nachbarn kämpfte, litt Rumänien (im wahrsten Sinne des Wortes) unter dem Überschuss an Öl und Weizen, da seine Nachbarn früher Absatzmärkte für dessen Rohstoffe und Landwirtschaftsprodukte gewesen waren. Außerdem musste die militärische Ausrüstung auf einem langen Umweg durch den nordrussischen Hafen von Archangelsk aus Frankreich beschafft werden. Die militärische Fracht musste nicht nur einen langen Seeweg

²⁹ Die Zeit, dem Krieg beizutreten, war äußerst unglücklich gewählt, sowohl für Rumänien, als auch für Russland. Wenn Rumänien dem Krieg im Juni 1916 beigetreten wäre, dann hätte es an der Konsolidierung des Erfolgs der bekannten Brussilow-Offensive (dem Durchbruch) (04. Juni (22. Mai nach altem Kalender) 1916 – 07. (20.) September 1916) teilnehmen können, was maximal zum Fall und dem Kriegaustritt von Österreich-Ungarn hätte führen können oder man hätte zumindest keine große Kriegskatastrophe in Rumänien zugelassen. Dass Rumänien sich erst am Krieg beteiligte, als die Brussilow-Offensive bereits an Kraft verlor und die Seiten bereits begannen, die Resultate festzuhalten, führte dazu, dass die Mittelmächte in Ruhe ihre Truppen sammeln konnten und Rumänien dann zerstörten. Die Niederlage Rumäniens brachte Russland in die Situation, ihren Verbündeten sofort retten zu müssen, was seinerseits alle früheren Pläne über die Führung der Kriegshandlungen an allen Fronten zerstörte.

zurücklegen, sondern auch über das russische Eisenbahnnetz transportiert werden. Russland kämpfte jedoch auch im Krieg und benötigte seinerseits seine Transportkapazitäten, um die Kampfbereitschaft seiner Armee aufrechtzuerhalten. Schlussendlich kam die Fracht jedoch in Rumänien an, dessen Transportsystem die Bedürfnisse des sozialen und wirtschaftlichen Lebens des Landes nicht im benötigten Maße gewährleisten konnte. Gerade wegen des letzten Umstands saßen die russischen Truppen, die zur Stabilisierung der zusammenbrechenden rumänischen Front nach Rumänien entsandt worden waren, tatsächlich in der Falle, da das russische Kommando nicht nur nicht mehr operativ agieren, sondern sogar nicht mal mehr oder weniger systematisch seine Truppen aus Rumänien woanders hin verlegen konnte.

Als Rumänien in den Ersten Weltkrieg eintrat, hatte es 1.600km Staatsgrenze, deren West- und Südsektor militärisch überhaupt nicht abgedeckt wurden. Und das obwohl Rumäniens Militärkräfte nach der Mobilisierung mehr als 564 Tausend Menschen umfasste, aus denen 4 Armeen gebildet wurden, oder 23 Infanterie- und 2 Kavallerie-Divisionen, von denen 7 Infanterie- und 1 Kavallerie-Division im Land als «strategische Reserve» stationiert wurden. Dabei standen entlang der riesigen 1.100km breiten Front 5 Divisionen gegen die Mittelmächte³⁰ an der Donau (die 3. Armee des Generals Aslan). 11 Infanterie- und eine Kavallerie-Division wurden breit aufgestellt, um in einer langen dünnen Linie die übrige Front abzudecken, welche die rumänische Armee keinesfalls aus eigener Kraft halten konnte.

Nicht nur, dass die zur Verfügung stehenden Streitkräfte im ganzen Land verteilt waren, zu dem war auch die Kampfkraft der rumänischen Truppen, ungeachtet der Größe der Armee, äußerst niedrig. Die rumänische Armee war schlecht bewaffnet und ihr Befehlssystem war schlichtweg archaisch. Außerdem erinnerten viele rumänische Divisionen wegen des Mangels an Offizieren an eine hastig bewaffnete Masse. Nur 10 reguläre Divisionen konnten als kampftauglich bewertet werden.

Man versuchte, den Mangel an Führungskräften auf allen Ebenen zumindest teilweise durch die Organisation von Kommandeur-Kursen zu beheben. Dafür traf bereits zum November 1916 eine französische Militärmission ein, zu der 1.232 Offiziere und Unteroffiziere gehörten, aus denen ein Korps an Ausbildern gebildet wurde. Die Mission umfasste auch Berateroffiziere, die das Oberkommando der rumänischen Armee konsultierten. Die Rolle der französischen Militärmission in der Steuerung der Streitkräfte Rumäniens war so ausgelegt, dass im rumänischen Generalstab alle Entscheidungen vom Oberhaupt der französischen Militärmission, dem General Henri Berthelot, genehmigt wurden.

Allen Bemühungen zum Trotz, endete der Angriff der österreichisch-deutschen Truppen, der am 25. November 1916 begann, mit der vollständigen Zerstörung der rumänischen Truppen: von 120 Tausend Rumänen wurden bis zu 25 Tausend getötet, 65 Tausend wurden gefangen genommen und nur 30 Tausend (die Überbleibsel von 15 Divisionen) konnten den Rückzug antreten.

Bereits am 07. Dezember 1916 zog der Kommandeur der deutschen Truppen, August von

³⁰ Die Mittelmächte (rus. Четверной союз, ung. Központi hatalmak, türk. İttifak Devletleri, bulg. Централни сили) waren ein militär-politischer Block im Ersten Weltkrieg 1914-1918, der aus dem Deutschen Reich, dem Imperium Österreich-Ungarn, dem Osmanischen Reich und dem Bulgarischen Königreich bestand und gegen die Mächte der «freundschaftlichen Einigung» (Entente) kämpfte. Sie wurden deshalb Mittelmächte genannt, weil die Gründerstaaten dieses Blocks (das Deutsche und das Österreich-Ungarische Reich) sich in der Mitte Europas befanden.

Mackensen, in Begleitung von lediglich drei Offizieren, zu Pferde als erster in die rumänische Hauptstadt Bukarest ein, noch während die sich zurückziehenden rumänischen Truppen die Stadt verließen. Dabei überholte er die eigene Vorhut um 10km.

Der Rückzug der rumänischen Truppen nach Moldawien war dermaßen inkompetent organisiert, dass während dieses Rückzugs 8 der nach dem deutschen Angriff verbleibenden 22 Divisionen verloren gingen. D.h. während des Rückzugs wurden bedeutend mehr Divisionen verloren, als im Zuge der tatsächlichen Kampfhandlungen.

Wie sich die rumänische Armee geschlagen hat und wie fachkundig das rumänische Oberkommando war, sieht man am Fall der Festung Tutrakan (Turtucaia).

Die Schlacht von Tutrakan, wie sie pathetisch genannt wird, fand vom 02. bis 06. September 1916 statt. Die Festung Tutrakan war von französischen Militäringenieurern im Jahr 1913 erbaut worden, als die Region Süd-Dobrudzha infolge des Zweiten Balkankriegs³¹ Rumänien angegliedert wurde. Die Festung war bestens bewaffnet und galt als uneinnehmbar. Am Vorabend des Sturms auf die Festung durch die deutsch-bulgarischen Truppen unter dem Kommando des Oberkommandeurs der Balkan-Truppen, Feldmarschall Mackensen, veranstaltete der Kommandeur der 3. rumänischen Armee, General Aslan, ein Bankett für die verbündeten Militäragenten, auf dem er erklärte: «Turtucaia ist unser Verdun. Wer sich daran vergreift, wird es bereuen!». Aber bereits vier Tage nach dieser kriegserischen Erklärung fiel die Festung. Der Gegner erbeutete, neben weiteren militärischen und anderen Besitztümern, 162 Geschütze und 40 Maschinengewehre als Trophäen. Die Verluste der rumänischen Truppen waren immens: von einer 39 Tausend Mann starken Armee wurden 3.570 getötet bzw. verletzt, 28.500 wurden gefangen genommen und nur 7 Tausend konnten entkommen, indem sie sich über die Donau mit Booten und anderen Hilfsmitteln retteten. Dabei war die Belagerungsarmee nicht viel größer, als die Armee der Verteidiger der Festung – lediglich etwa 55 Tausend Mann: 60 Bataillone, 24 Schwadronen, 38 leichte, 8 Haubitzen- und 9 schwere Batterien (davon waren 1 Bataillon, 3 Schwadronen, 1 Haubitzen- und 2 schwere deutsche Batterien). Zudem gibt es Informationen darüber, dass unmittelbar am Sturm auf die Festung ungefähr die Hälfte dieser Gruppierung teilnahm.

Warum fiel denn die Festung und auch noch so schnell? Weil das Oberkommando absolut inkompetent war. Schöne, prahlerische Toasts auf Banketts auszubringen, ersetzt kein militärisches Wissen und die Fähigkeit, es anzuwenden. Sobald das rumänische Kommando sich in eine Lage gebracht hatte, dass es selbst bereits die entstandene Situation nicht mehr verstand und die Verteidigung zerfiel, floh der Kommandostab und überließ die Armee ihrem Schicksal, die gemäß ihrer Möglichkeiten ihren Kommandeuren nachfolgte. Wenn der rumänische Kommandostab kompetenter gewesen wäre und die rumänische Armee demzufolge eine entsprechende

³¹ Der Zweite Balkankrieg (rus. Межсоюзническая война, bulg. Междусъюзническа война, serb. Други балкански рат, griech. Β' Βαλκανικός Πόλεμος, rum. Al doilea război balcanic, türk. İkinci Balkan Savaşı) war ein kurzer Krieg vom 29. Juni bis 29. Juli 1913 um die Aufteilung Mazedoniens zwischen Bulgarien einerseits und Montenegro, Serbien und Griechenland andererseits, wobei auch das Osmanische Reich und Rumänien in die Kriegshandlungen gegen Bulgarien eintraten. Der Krieg wurde von Diplomaten Österreich-Ungarns und des Deutschen Reiches provoziert, die das Balkanbündnis zerstören wollten.

Bulgarien, welches den Krieg entfesselt hatte, erlitt eine Niederlage, wodurch Frankreich, Österreich-Ungarn und Deutschland ihren Einfluss auf der Balkan-Halbinsel verstärken konnten und die Positionen des Russischen Reiches zurückgedrängt wurden. Das Territorium, welches Bulgarien im Ersten Balkankrieg erobert hatte, wurde zwischen den Siegerstaaten aufgeteilt.

Militärausbildung erhalten hätte, dann hätte Turtucaia (Tutrakan) alle Chancen gehabt, das rumänische Verdun zu werden. Denn sogar mit diesem absolut unbrauchbaren Kommando und der außerordentlich schlechten Ausbildung der rumänischen Truppen sorgten sie für merkliche Verluste bei den Belagerern: die deutsch-bulgarischen Truppen hatten beim Sturm auf die Festung Tote und Verwundete in einer Größenordnung von 8 Tausend Mann zu beklagen.

Aufgrund dieser Konstellation fiel es Russland zu, die österreichisch-deutschen Truppen zurückzuschlagen. An die Rumänische Front wurden insgesamt 35 Infanterie- und 13 Kavallerie-Divisionen beordert, d.h. ungefähr ein Viertel aller russischen Streitkräfte des westlichen Sektors. Bis Ende Januar 1917 waren nach französischen Angaben 50 deutsche und österreichisch-ungarische Divisionen gegen die russische Armee in Rumänien konzentriert. Gleichzeitig war Deutschland gezwungen, sich von der Westfront zurückzuziehen und etwa 20 Divisionen in voller Stärke nach Rumänien zu verlegen.

Rumänien konnte buchstäblich keine der Kompetenzen, die zur Sicherstellung der Kampfkraft seiner Armee erforderlich sind, aus eigenen Kräften bereitstellen. All das musste Russland für Rumänien gewährleisten. Bereits Mitte des Sommers 1916 legte Rumänien Russland ein Register der militärtechnischen Ausrüstung vor, ohne das die rumänische Armee einfach nicht existieren könnte. Um die rumänische «Armee» in den Zustand einer Armee zu bringen, waren dringend mehrere Zehntausend Gewehre, 24 Millionen Schuss Munition, 400 Maschinengewehre, 1,2 Millionen Granaten und Schrapnelle, 624 Tonnen Schießpulver u.s.w. erforderlich. Die Liste beschränkte sich nicht nur auf Hightech-Produkte, sondern umfasste auch Produkte der Leichtindustrie – Mäntel, kurze Mäntel, Hemden (über 3 Millionen!) und sogar Taschentücher.

Später war die Lieferung einer Vielzahl von Produkten und Materialien erforderlich: 20 Millionen Dosen Konserven, Stahlblech und Profilstahl, Schwefelsäure, Chlor, Seife und sogar Ziegel.

Anfang März 1917 wurde zwischen Russland und Rumänien eine Vereinbarung über militär-technische Lieferungen geschlossen, die vorsah innerhalb von 6 Monaten, mehr als 1 Million Geschosse verschiedenen Kalibers, 400 Maschinengewehre des Typs «Maxim», 18 Millionen Schuss Munition, täglich um die 3 Tonnen Schießpulver u.s.w. nach Rumänien zu verschicken. All diese Ausrüstung hatte auch die russische Armee sehr nötig, da Russland selbst,

bezüglich all der genannten Positionen, Lieferungen aus dem Ausland³² bezog. Dabei wurde nach einer vom russischen Finanzministerium Anfang 1917 erstellten Bescheinigung der Wert der an die rumänische Regierung übermittelten Waffen und Materialien auf 290 Millionen Rubel geschätzt!

Außerdem sollte Russland, gemäß der am 01./02. Januar zwischen russischen und rumänischen Militärführung geschlossenen Vereinbarung, die rumänische Armee umstrukturieren. Dafür wurden aus Rumänien nach Russland – in die Regionen Odessa, Kiew, Don und in den Nordkaukasus – 250 bis 300 Tausend rumänische Rekruten und Soldaten zur Formung und Ausbildung neuer rumänischer Divisionen entsandt, was unter der Leitung russischer Offiziere und auf Kosten russischer Mittel realisiert wurde. Die Bewaffnung und die Feldausrüstung für die neu geformten rumänischen Divisionen ging ebenfalls auf Russlands ausufernde Rechnung.

Gleichzeitig wurden 80 Tausend verwundete rumänische Soldaten in russische Krankenhäuser in den Süden des Landes geschickt. Auch in Russland gab es einen Mangel an Hospitälern – sogar im Winterpalast wurden Verwundete untergebracht. In Rumänien jedoch konnte man nicht nur nirgends Verletzte unterbringen, es gab auch niemanden, der sie hätte versorgen können – es gab weder genug medizinische Arbeitskräfte, noch hatten diese die benötigte Qualifikation.

³² «Im Januar 1916 waren laut Hauptquartier in den Armeen der Westfront von 754.000 Kämpfern 268.000 – mehr als ein Drittel aller Soldaten – unbewaffnet. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass von insgesamt 1.732.000 Kämpfern nur rund 1.200.000 bewaffnet waren ...

Es sollte 16 Maschinengewehre pro Regiment geben (nachdem zusätzliche Colt-Maschinengewehrteams gebildet wurden), anstatt 8, mit denen man dann in den Krieg zog. Jedoch ... Ende Oktober teilte General Russki dem Hauptquartier mit, dass 105 Infanterie-Regimenten an der Nordfront nur 503 Maschinengewehre zur Verfügung stehen. Regiment 3. Stufe verfügen nur über 4 oder gar keine Maschinengewehre. Es wurden österreichische Schwarzlose-Maschinengewehre ausgegeben, die auf russische Patronen umgerüstet wurden, sowie die deutschen Maxims, wenn auch nicht im selben Ausmaß ...

Insgesamt gab es in der russischen Armee im zweiten Kriegsjahr 35 verschiedene Systeme von Gewehren und Karabinern. Es gab Regimenter und sogar Kompanien, in denen zwei, drei oder sogar vier verschiedene Systeme im Einsatz waren.

Im September begann die Umrüstung der Infanterie der Nordfront mit japanischen Gewehren, die bis zum Frühjahr 1916 andauerte (die frei gewordenen Dreiliniengewehre wurden an die Westfront weitergeleitet).

Die hastig veröffentlichte Instruktion für das Schießen mit japanischen Gewehren führte zu groben Fehlern, welche zu korrigieren sich das Hauptquartier nicht beeilte. Die Zielsiere dieser Gewehre wurden nach japanischen Maßen und japanischen Zahlen angefertigt. Die Korrekturen zu der übereilten Instruktion, die rechtzeitig vorgenommen wurden, sind in den Schubladen des Hauptquartiers verschwunden». Den gesamten Winter der Jahre 1915/16 schoss unsere Nordfront in die Luft, über die Köpfe der Feinde hinweg...» – A.A. Kersnovskij «Die Geschichte der russischen Armee», Band 4, 1915-1917, M. «Golos» 1994, S. 13-14.

Nach den Staatsverträgen des Russischen Reiches wurden im Ausland von 1914 bis 1917 gekauft: 2.461.000 Gewehre; davon 657.000 in den USA, 635.000 in Japan, 641.000 in Frankreich, 400.000 in Italien und 128.000 in England. Infolgedessen war die russische Armee mit Gewehren verschiedener Systeme bewaffnet. Die wichtigsten waren dabei: zwei russische – Mosin-Nagant und Berdan –, sechs «von den Verbündeten» – Arisaka (jap.), Winchester (USA), Vetterli (schweiz.-ital.), Lebel (frz.) –, und zwei feindliche – die österreichische Mannlicher und die deutsche Mauser.

1914 bis 1915 wurden in den USA 2.250 Millionen Schuss Munition bestellt, in Frankreich 455 Millionen und in Italien (für die italienischen Gewehre) 305 Millionen. Die Auslieferung verlief jedoch sehr schleppend: 1915 wurden ca. 150 Millionen erhalten, 1916 833 Millionen und 1917 1.430 Millionen. Insgesamt gingen rund 2.413 Millionen Schuss Munition ein. – siehe L.G. Beskrovnij «Russlands Armee und Flotte zu Beginn des XX Jahrhunderts. Grundrisse des militär-ökonomischen Potentials», M., «Nauka» 1986.

Die Rückständigkeit in der Entwicklung des Landes und der Mangel an Kompetenzen, die für das Funktionieren des Staates erforderlich sind, wirkten sich auf die Verluste in der rumänischen Bevölkerung während des Krieges aus. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs zählte die Bevölkerung Rumäniens 7 Millionen Menschen. Dabei sind die Verluste aus der Teilnahme am Krieg zwar nicht sicher bekannt, aber die geschätzten Daten gehen davon aus, dass mindestens 220.000 Soldaten starben (120.000 starben im Kampf oder erlagen ihren Verletzungen, 30.000 an Krankheiten, 70.000 starben in Gefangenschaft), sowie auch 270.000 Zivilisten (120.000 aufgrund von Kriegshandlungen, 150.000 an Hunger und Epidemien). Aber eigentlich geht man davon aus, dass maximal mehr als 300.000 Soldaten und mehr als 400.000 Zivilisten gestorben sind – ungefähr jeder Zehnte.

Die Beteiligung Rumäniens am Ersten Weltkrieg zeigt, dass es nicht einfach nur ein Projektstaat ist. Sondern das Fehlen praktisch jeglicher Kompetenzen, die nötig sind, um einen Staat am Leben zu erhalten, zeigt, dass all diese Kompetenzen Rumänien von einem Subjekt zur Verfügung gestellt werden, das diesen Staat zwar geschaffen hat, aber nicht im geringsten möchte, dass Rumänien auch nur wenige staatliche Kompetenzen mit der Kraft der eigenen Bevölkerung abdecken kann. Diese Schlussfolgerung wird auch durch die sozialistische Entwicklungsperiode Rumäniens bestätigt. Zu dieser Zeit befand sich Rumänien unter dem Schutz der UdSSR und die Regierung Rumäniens in Person von Nicolae Ceaușescu³³ tat viel dafür, um wenigstens irgendeine Auswahl an Kompetenzen zu erlangen, die praktisch alle [sechs Prioritäten der ASM](#) betrafen, die für die Funktionsgewährleistung eines Staates nötig sind. Alle Erfolge Rumäniens in diesem Bereich wurden nach dem Staatsstreich und der Ermordung Nicolae Ceaușescus am 25. Dezember 1989, die von den Geheimdiensten westlicher Länder durchgeführt worden war, sofort zunichte gemacht. Das moderne Rumänien besitzt ebenfalls keinerlei Kompetenzen, die den drei höheren Prioritäten der ASM zuzuordnen sind, weshalb es nach wie vor lediglich ein Instrument zur Durchsetzung der überstaatlichen/globalen Politik eines überstaatlichen/globalen Subjekts ist. Daher hat nur die Republik Moldawien, die sich aufgrund ihrer Trägheit noch die Kompetenzen, die den drei höheren Prioritäten der ASM zuzuordnen sind, bewahrt hat, welche sie in der Zeit erlangt hatte, als sie sich in der UdSSR/in Russland befand, Aussicht auf die Schaffung eines moldawischen Einheitsstaates.

* *

*

³³ Nicolae Ceaușescu (geb. am 26. Januar 1918, Scornicești, Kreis Olt, gest. am 25. Dezember 1989, Târgoviște) – rumänischer Staatsmann und Politiker, ab 1965 Generalsekretär des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei (RKP), ab 1969 Generalsekretär der RKP. Vorsitzender des Staatsrates der Sozialistischen Republik Rumänien (SRR) von 1967 bis 1974 (offiziell bis 1989), Präsident der SRR von 1974 bis 1989.

Am 25. Dezember 1989 wurde er zusammen mit seiner Frau Elena Ceaușescu durch ein hastig von Verschwörern organisiertes Tribunal zum Tode verurteilt. Nicolae und Elena Ceaușescu wurden nach dem Prozess sofort erschossen. Ihr gesamter Besitz wurde konfisziert. Nach dem Staatsstreich und der Erschießung Ceaușescus begann eine Zeit, in der in Osteuropa und auf der ganzen Welt mehrere Staatsstrieche aufeinander folgten – «die Farbrevolutionen».

Kurz nach der Erschießung von Ceausescu beging der Generalmajor der Militärjustiz, Gică Popa, der frühere Vorsitzende des Tribunals, der das Ehepaar Ceausescu zum Tode verurteilte, am 1. März 1990, offiziellen Angaben zufolge, Selbstmord. Viele aus der Umgebung Gică Popas sagten jedoch, dass dies ein Mord war, der als Selbstmord inszeniert wurde.

Ein ausgeprägtes Beispiel für Staaten mit einer begrenzten Auswahl an Kompetenzen, welche sie aber aus eigener Kraft gewährleisten können, sind die sogenannten «Zwergstaaten». Das sind Länder, die auf Landkarten in der Regel nur mit Ziffern gekennzeichnet sind. Doch wenn solche Staaten, wie Luxemburg, Monaco oder die Schweiz, dem Territorium nach wesentlich kleiner sind, als die Territorien Indonesiens oder Nigerias, so übersteigt die Lebensqualität der Bewohner von Zwergstaaten die der ehemaligen Kolonien um ein Vielfaches. Der Grund dafür ist, dass Zwergstaaten aus eigener Kraft die Auswahl an Kompetenzen bereitstellen können, die den höheren Prioritäten der allgemeinen Steuerungsmittel zuzuordnen sind, während sie die Bereitstellung von Kompetenzen, die zu den drei niederen Prioritäten der allgemeinen Steuerungsmittel zuzuordnen sind, bewusst und fast vollständig ignorieren.

Eine solche «Ignoranz» gegenüber der eigenen militärischen und ökonomischen Sicherheit, entsteht bei den Zwergstaaten nur aus folgendem Grund: Im Zuge des globalen historischen Prozesses (der Globalisierung) und im Prozess der Entstehung großer staatlicher Subjekte wuchs bei konkurrierenden Staaten regelmäßig, aber fortwährend das Bedürfnis nach einer Pufferzone – einem Staatsgefüge, wodurch politische und ökonomische Prozesse mit anderen Staaten realisiert werden können, die sich entweder nicht direkt am zwischenstaatlichen Konflikt beteiligen oder sogar Verbündete eines gegnerischen Staates sind, wodurch auch ein indirekter Kontakt zum gegnerischen Staat aufgebaut werden kann. Somit wird die Existenz und die Sicherheit dieser Zwergstaaten durch größere Staaten garantiert. Der grundlegende Unterschied zwischen Zwergstaaten und Projektstaaten besteht darin, dass die Zwergstaaten nicht durch die Willkür eines einzelnen Staates oder eines Staaten-Bündnisses geschaffen wurden, um spezielle Steuerungsaufgaben zu lösen. Vielmehr wurde die sich bereits gebildete Staatsformation von den größeren Nachbarstaaten oder Staatskoalitionen bewahrt, um eine Möglichkeit zu haben, Konfliktsituationen mit anderen Staaten lösen zu können, wenn diese Konflikte sich nicht im Sinne des Staates entwickeln, welcher den Konflikt ausgelöst hat, oder wenn ein Staat einen Konflikt umgehen möchte, aber die existierenden Formate der internationalen Beziehungen und die Ethik der Diplomatie es jedoch nicht erlauben, den Konflikt offen, im direkten diplomatischen Kontakt, zu lösen.

Nun sollte man aber nicht glauben, dass diese kleinen Staaten einfach so entstanden sind, im Rahmen irgendeiner Absprache zwischen den Monarchen großer Staaten. Zur Entstehung von Zwergstaaten mussten deren Monarchen große Anstrengungen unternehmen, um als «kleiner Fisch» im Kampf der «großen Fische» überleben zu können. Der Monarch eines kleinen Staates musste zwischen den großen Staaten manövrieren, um das Überleben seines Staates zu gewährleisten und um zu verhindern, dass ein militärischer Übergriff oder irgendeine andere Art von Verlust der Staatlichkeit seines Landes stattfindet und das Territorium seines ehemaligen Staates an andere Staaten angegliedert wird. Nachdem er es geschafft hatte, seinen Status als Offshore-Staat zu halten, durfte er sich jedoch nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen. Die Erhaltung dieses Status erforderte ständiges Bemühen. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, als die Globalisierung schon weit fortgeschritten und die Rolle und der Platz der historisch entstandenen Staaten im globalen System der Arbeitsteilung definiert war, erhielten die Zwergstaaten einen Status quo, aber auch nicht für immer, sondern nur bis zu dem Moment, in dem eine neue Etappe der Umstrukturierung der Welt beginnt.

Der gegenwärtige Status quo der historisch entstandenen Zwergstaaten basiert darauf, dass die großen Staaten, die an der Existenz von Pufferstaaten interessiert sind, nicht gewillt sind, diese

zu unterhalten. Daher haben die großen Staaten den Zwergstaaten einen Tätigkeitsbereich bereitgestellt, durch den der Zwergstaat seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Tätigkeitsbereiche, an denen die "Elite" eines jeden Landes interessiert ist, sind zum Beispiel:

- die Möglichkeit zu haben, aus ihren Tätigkeiten mehr Profit zu erhalten, als dies nach den Gesetzen des Staates möglich ist, die für alle Bürger des Landes formuliert sind
- Bewahrung des eigenen Reichtums für den Fall, dass der eigene Staat Schaden erleidet oder im Konflikt mit anderen Staaten vollständig zerstört wird.

In der Gesetzgebung aller Länder der Welt gibt es eine Norm, nach der die Aktivitäten von im Ausland registrierten Unternehmen einem minimalen Steuersatz unterliegen. Dies geschieht, um die Stabilität des Staates zu sichern und die Möglichkeiten des Staates zu erhöhen, außenpolitische und außenwirtschaftliche Aktivitäten durchzuführen. Dieses natürliche staatliche Interesse war auch der Grund für die Entstehung von Offshore-Staaten, in denen die Unternehmen lediglich registriert werden. Doch ihre eigentliche Tätigkeit üben sie in anderen Staaten aus. Für die Registrierung (Bereitstellung juristischer Adressen) erhebt der Offshore-Staat eine kleine Gebühr. Und in dem Land, in welchem das Unternehmen seine Tätigkeit ausübt, werden nur geringe Steuern fällig. So erzielt die "Elite" mit einem Unternehmen, das in einem Offshore-Staat registriert ist, einen doppelten Gewinn. Und falls die "Elite" irgendwelche Probleme in ihrem Land bekommt, verlässt sie das Land, behält dabei aber ihr Kapital, da das in den Banken eines Offshore-Staates liegt.

Daher müssen die Einwohner von Monaco, um sich selbst zu ernähren, auch nicht hart arbeiten, wie zum Beispiel die Nigerianer. Unternehmen, die in anderen Ländern Geschäfte tätigen, sind in Monaco registriert. Daher ist die "Elite" anderer Länder unbedingt daran interessiert, dass die Sicherheit von Monaco nicht gefährdet wird.

Im Falle der Schweiz, die gegenwärtig ein Finanzzentrum der Welt ist, lief alles etwas anders ab.

Im 15. Jahrhundert war die Erschließung der Region rund um das Mittelmeer praktisch abgeschlossen. Zur Kontrolle der Region schuf der Globale Prädiktor (GP) das Osmanische Reich (Das Osmanische Reich ist kein projektiertes Staatsgebilde, sondern eine Steuerung der ihren Zielen nach objektiven Integrationsprozesse in dieser Region). Aufgrund dessen war die Existenz zweier Steuerungscentren des GP in der Mittelmeer-Region (Genua und Venedig) unzweckmäßig. Für den GP war es offensichtlich, dass sich die Ära der «großen geographischen Entdeckungen» näherte. Das bedeutete aber, dass die Steuerung aller Globalisierungsprozesse in Europa unter Kontrolle gebracht werden musste, damit diese «großen geographischen Entdeckungen» dem GP selbst nicht schaden.

Dafür war es nötig, den Schiffbau und den Prozess der Erschließung der Weltmeere zu kontrollieren. Ursprünglich wurde Holland als Kontrollpunkt dafür ausgewählt, da es Zugang zu den Weltmeeren hatte und mit ganz Europa über sehr gute Transportwege – Wasserstraßen verbunden war. Letzteres stellte jedoch auch einen verwundbaren Punkt des Konzentrationszentrums der Steuerung dar, weswegen der GP im 17. Jahrhundert den Hauptsitz dieses Konzentrationszentrums der Steuerung auf die britischen Inseln verlegte. Diese waren leichter gegen äußere Bedrohungen zu verteidigen. Eine Hilfszentrale verblieb jedoch in den Niederlanden.

Aber jede politische und ökonomische Tätigkeit muss auf irgendeine Weise finanziell

abgesichert werden. Ohne Finanzen gibt es keinen Schiffbau und keine Eroberung der Weltmeere. Deshalb wurde auch die Schweiz als Finanzzentrum ausgewählt, weil sie sich im Zentrum des europäischen Kontinents befindet und damit gleich schnell sowohl mit der Mittelmeerregion, als auch mit den atlantischen Küsten interagieren konnte. Außerdem war das der sicherste Ort: Da die Schweiz in den Bergen liegt, war kein großer Aufwand für die Verteidigung des Staates nötig. Man musste lediglich schmale Täler abriegeln, um einen Überfall auf das Land zu verhindern.

Die Unzugänglichkeit des Landes verhinderte jedoch nicht, dass die Schweiz 1798 von Frankreich besetzt wurde und eine Verfassung nach dem Vorbild der französischen bekam. Allerdings gab Napoleon schon im Jahr 1803 im Rahmen der «Mediationsakte» der Schweiz die Unabhängigkeit zurück³⁴. Die kurzzeitige Invasion und Besetzung der Schweiz hing mit der Notwendigkeit zusammen, eine innerstaatliche Umgestaltung der Schweizer Konföderation vornehmen zu können und um die Beziehungen der Schweiz zu den Ländern der anti-napoleonischen Koalition zu verändern/zu vertiefen.

Wie man sieht, besitzen die historisch entstandenen Zwergstaaten keine Souveränität, obwohl sie mit eigenen Kräften die Kompetenzen der höheren Steuerungsebenen gewährleisten können.

Politik und Souveränität

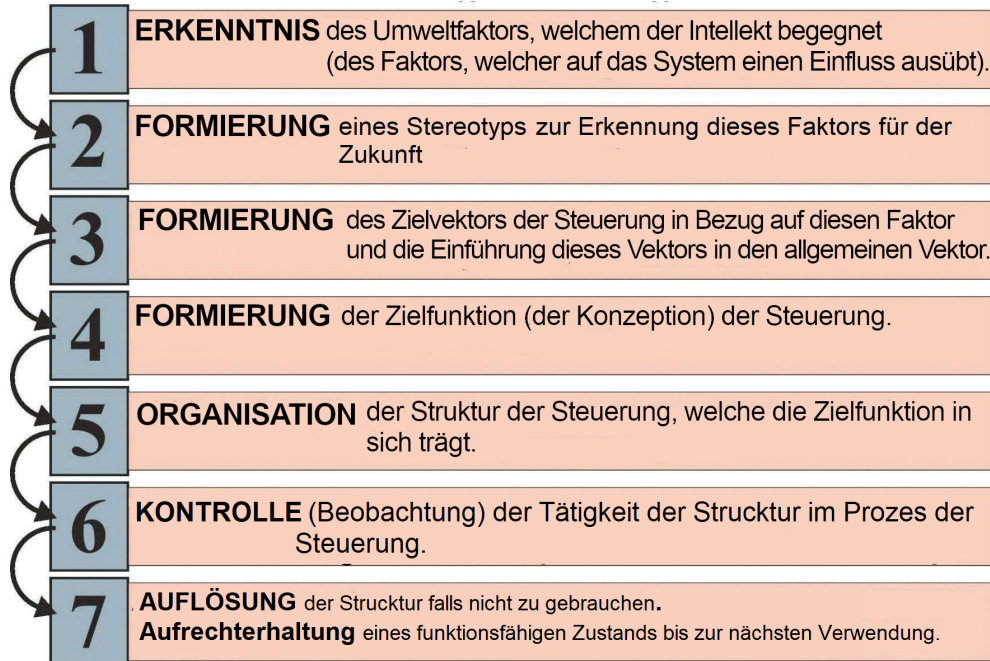
Souveränität ist die Fähigkeit eines Staates, die Steuerung nach der vollständigen Funktion umsetzen zu können. Allerdings benötigt der Staat, um nach der vollständigen Funktion steuern zu können, eine gewisse Ressourcenstabilität, damit er aus eigener Kraft den vollen Satz der Kompetenzen gewährleisten kann, die das Steuerungssystem benötigt, um dem Umgebungsdruck standzuhalten und die Entwicklung des Systems zu ermöglichen.

³⁴ "Während der Mediation bildete sich zumindest in der geistigen Elite ein schweizerisches Nationalbewusstsein aus. Die alte aristokratisch-patrizische Elite der Kantone verschmolz mit der neuen sozialen Elite aus Politik und Wirtschaft. Als Integrationskraft diente das Nationalgefühl. Höhepunkte des nationalen Lebens bildeten die Unspunnenfeste 1805 und 1808, wo das schweizerische Selbstbild eines Volkes von Hirten, des einfachen Berglebens und der Freiheit präsentiert wurde."

VOLLSTÄNDIGE FUNKTION DER STEUERUNG (VFS)

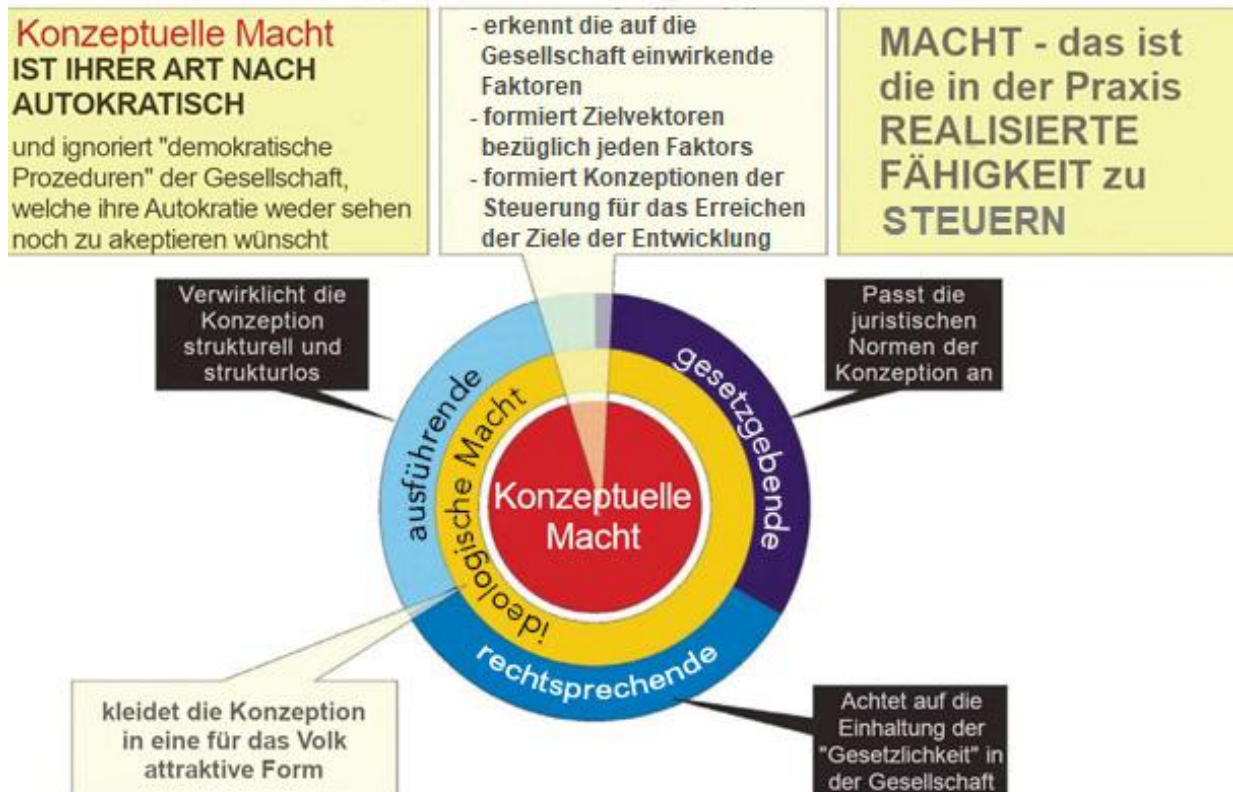
Die VFS Beschreibt die Zirkulation der Information im Prozess der Steuerung von dem Moment der Formierung des Zielvektors der Steuerung durch das Subjekt bis zum Abschluss des Prozesses der Steuerung.

Die VFS ist die Gliederung folgender Handlungen:



ARTEN DER MACHT

Die VFS teilt sich in 5 Arten der Macht auf



Die Souveränität eines Staates in der modernen Welt wird bestimmt durch seine Fähigkeit, ausgehend von seinen nationalen Interessen, eine unabhängige Innen-, Außen- und globale Politik zu betreiben.

- **Innenpolitik** ist die Tätigkeit, die auf die Umsetzung der Ziele der herrschenden Klasse des Staates (im weiteren Sinne des politisch aktiveren Teils der Gesellschaft) auf einem Staatsgebiet und im Rahmen der herrschenden Gesetzgebung ausgerichtet ist.
- **Außenpolitik** ist die Tätigkeit, die auf die Umsetzung der Ziele der herrschenden Klasse des Staates (im weiteren Sinne des politisch aktiveren Teils der Gesellschaft) außerhalb der Staatsgrenzen und der herrschenden Gesetzgebung ausgerichtet ist.
- **Globale Politik** ist die Tätigkeit, die auf die Umsetzung der Ziele in Bezug auf die gesamte Menschheit und den Planeten Erde ausgerichtet ist.

Vor Beginn des 20. Jahrhunderts musste jeder Staat im technologischen Umfeld eine solche Stabilität gewährleisten, die den militärökonomischen Interventionen der Nachbarstaaten und ihrer Verbündeten standhielt, die umso weniger Möglichkeiten hatten, ihrem Verbündeten zu helfen, je weiter sie vom Ort des Konfliktes entfernt waren. Gleichzeitig war der Entwicklungsstand der Waffentechnologie niedrig, sodass ein Staat alle Möglichkeiten hatte, die notwendigen Ressourcen für die Armee und das Volk bereitzustellen.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts änderte sich die Lage schnell: Die Waffensysteme bekamen eine größere Reichweite, wurden zerstörerischer und – was am wichtigsten war – sie wurden technologisch aufwendiger. Damit wurden die Staaten eingeteilt in solche, die diese Waffen produzieren konnten, und in solche, die das nicht konnten. Außerdem erschienen Eisenbahnen und Dampfschiffe (und zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch die Luftfahrt) auf der Bildfläche, was die schnelle und gleichzeitige Bewegung von Streitkräften ermöglichte. Damit wurde es möglich, auch entfernten Verbündeten schnell und effektiv militärische und ökonomische Hilfe zukommen zu lassen.

Diese Umstände änderten die Prinzipien, nach denen ein Staat seine Verbündeten wählte, grundlegend. Das Hauptprinzip eines kleineren Staates bei der Wahl eines Verbündeten war nun nicht mehr die territoriale Nähe, sondern die Möglichkeit, von ihm politischen, wirtschaftlichen und militärischen Schutz vor dem Druck seitens anderer Staaten und Allianzen zu erhalten.

Dies ist umso wichtiger, da in der modernen Masse-„Elite“-Welt, sowie auch viele Jahrhunderte zuvor, die Hauptmethode zur Gewinnung von lebensnotwendigen Ressourcen die Plünderung derer ist, die über diese Ressourcen verfügen aber deren Macht zur Selbstverteidigung nicht ausreicht. ***Die Grundlage für Handel in einer Masse-„Elite“-Gesellschaft ist somit das Fehlen der Möglichkeit, Ressourcen anderweitig zu erhalten.***

Um den Staat vor der Plünderung durch seine Nachbarstaaten zu schützen, benötigt jeder Staat

- Streitkräfte für die Verteidigung seines Territoriums,
- Grenztruppen für die Verteidigung seiner Grenzen und zur Funktionsgewährleistung des zwischenstaatlichen Warenaustauschs und
- Polizei/Miliz für die Gewährleistung der Ordnung im Landesinneren, darunter auch zur Vermeidung von Aggressionen im Land durch Methoden der kulturellen Zusammenarbeit (international organisierte Kriminalität u.a.)

Wenn früher zur Erfüllung dieser Aufgaben ein begrenztes Kontingent an Streitkräften ausreichte, die an strategischen Punkten des Landes stationiert waren (Festungen), so erschienen im Zuge der anwachsenden Mobilität der Bevölkerung und entsprechend auch der Militärformationen, Entstehung neuer Transportmittel (Luftfahrt), nicht nur neue militärische Spezialbereiche auf der Bildfläche, sondern es veränderte sich auch die Strategie und Taktik der Kriegsführung. Heute reicht es nicht mehr aus, dass die Armee in Form von Garnisonen in Festungen an strategisch wichtigen Punkten des Staates steht. Es wurde stattdessen zu einer dringenden Notwendigkeit, die Mobilität der Truppen zu gewährleisten, um sie schnell dorthin versetzen zu können, wo aufgrund der sich verändernden Umstände (das Auftauchen neuer Bedrohungen) eine stärkere Militärpräsenz nötig ist. Doch das Wichtigste ist, dass mit dem Erscheinen der Luftfahrt, die es möglich machte größere Kontingente an Truppen zu entsenden, die Bedrohung einer Militärinvasion nicht mehr nur von den Nachbarländern ausgeht, sondern auch von den Ländern, die in der Lage sind, eine solche umfassende Luft-Invasion über das Territorium angrenzender Länder durchzuführen. Das erweitert die Liste der Kompetenzen, die ein Staat nicht nur im Militärsektor selbst, sondern auch im bürgerlichen Bereich der Wirtschaft gewährleisten müsste.

Es ist eine objektive Tatsache, dass alle Länder der Welt über jeweils unterschiedliche Möglichkeiten zur Unterhaltung ihrer Streitkräfte verfügen. So vertreten die USA, mit einer Bevölkerung von knapp 330 Millionen Menschen, ihre staatlichen Interessen durch ihre Militärpräsenz in der Welt, in Form von ca. 800 Militärbasen und 23 schwimmenden Flugzeugträgerkampfgruppen (11 Flugzeugträger und 12 Flugdeckkreuzer) in der ganzen Welt. Gleichzeitig dient der militärpolitische Block NATO ausschließlich den Interessen der USA, die das Potential der NATO dort nutzen, wo sie eigene Ressourcen sparen wollen und wo es nötig ist, einer Intervention einen internationalen Charakter zu verleihen. Auf diese Weise kommen sie mal durch den direkten Einsatz brutaler militärischer Gewalt, mal durch die Nötigung mittels dieser brutaler militärischer Gewalt, den amerikanischen Dollar in der Wirtschaft eines Landes zirkulieren zu lassen, an reale Ressourcen, ohne Handelsbeziehungen eingehen zu müssen.

So führte der Unterschied der Militärpotentiale der USA, mit einer Bevölkerung von 327 Millionen Menschen, und Libyen, des im Jahre 2011 wirtschaftlich wohlhabendsten Staates der Welt mit einer Bevölkerung von 6,3 Millionen Menschen (davon lebten 1,7 Millionen in der Hauptstadt Tripolis), zur blitzschnellen militärischen Niederlage Libyens, zur Zerstörung des Staates und zur Eingliederung des Landes in den Handel mit Waren auf der Grundlage des US-Dollars.

Es sei darauf hingewiesen, dass die relative Dauer der tatsächlichen Militäroperation gegen Libyen von den politischen Zielen in Bezug auf die übrigen Länder der Welt abhängig war:

- Staaten, die potentielle Gegner der USA sind, die militärischen Möglichkeiten der USA und der NATO (im Verbund und getrennt voneinander) zu demonstrieren;
- Staaten, die nicht über militärisches Potential verfügen können, das mit den USA und der NATO (im Verbund und getrennt voneinander) vergleichbar wäre, an einem Beispiel zeigen, was mit Staaten passiert, die ihre wirtschaftliche und politische Linie entgegen der Interessen der USA ausrichten;
- ein zusätzliches Spannungsfeld in der Welt erzeugen, das die verbündeten Staaten der USA (die NATO-Staaten) nicht ohne Bündnis-Beziehungen zu den USA aushalten können und damit die wirtschaftliche und politische Linie der inneren Steuerung dieser Staaten

umformen, in voller Übereinstimmung mit der Steuerung, die die USA in Bezug auf diese Staaten von überstaatlichen Ebene aus durchführt.

Die Umsetzung innenpolitischer und außenwirtschaftlicher Veränderungen in Staaten erfordert Zeit und die notwendige Bedingung dafür, dass diese Veränderungen im Staat als Notwendigkeit verstanden werden. Eine solche Bedingung war in diesem Fall die militärische Intervention der westlichen Koalition in Libyen, angeführt von den USA. Die USA verlängerten diese Operation auch zeitlich, bis die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in den Ländern abgeschlossen waren, die von dieser indirekten Methode beeinflusst wurden. Deshalb dauerten die eigentlichen Kampfhandlungen selbst nur vom 19. März bis zum 22. Oktober 2011 an. Und obwohl in Libyen keine Ziele mehr für Raketenangriffe übrig blieben und fast alle Operationen «am Boden» bereits zum gewünschten Ergebnis geführt haben, beschlossen die USA, die Militäroperation in Libyen zu verlängern, da die politischen und wirtschaftlichen Transformationen in den Drittländern noch nicht abgeschlossen waren. Die «Associated Press» teilte die Erklärung des NATO-Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen mit, dass die Militäroperation der NATO in Libyen am 31. Oktober beendet wird.

Das militärische und ökonomische Potential der USA, selbst ohne die Truppen der NATO, überstieg das militärische und ökonomische Potential Libyens³⁵ in allen Parametern.

Die USA kämpften mit eigenen Waffen, Libyen jedoch mit im Ausland gekauften³⁶. Das machte Libyen von den Lieferungen dieser Staaten mit Komponenten und Munition für diese gekauften Waffen abhängig.

Die USA und der NATO-Block waren in allen Aspekten synchronisiert: sowohl im Bereich der Einheitlichkeit der Waffen, als auch im Bereich der Koordination der Kampfhandlungen selbst. Libyen hingegen konnte die in verschiedenen Ländern gekauften Waffensysteme nicht erfolgreich im Komplex einsetzen, da, beispielsweise, die sowjetischen Luftabwehrsysteme, die zur Verteidigung Libyens eingesetzt wurden, die französischen Mirage-Flugzeuge, die ebenfalls zur Verteidigung Libyens eingesetzt wurden, als feindlich registrierten.

Deshalb wurde der Krieg der USA gegen Libyen darauf reduziert, Raketenangriffe aus der (für den Angreifer sicherer) Ferne auszuführen. Die libysche Flotte war offenkundig schwächer und unfähig in Bezug auf die Koalitions-Flotte. Die libyschen Schiffe konnten ihren taktisch-technischen Eigenschaften nach der Koalitions-Flotte nicht nur keinen Schaden von Bedeutung zufügen, sie hätten nicht einmal einen Angriff der Koalitions-Flotte abwehren können, wenn auf die libyschen Schiffe ein solcher ausgeführt worden wäre. Die bodengestützten Luftverteidigungssysteme und die Luftwaffe konnten die Aktionen der Koalitions-Luftwaffe nicht einmal theoretisch verhindern. Und von einem Raketenangriff wenigstens auf die Koalitions-Flotte konnte gar keine Rede sein, da Libyen keine Raketen besaß, die einen solchen Angriff hätten ausführen können.

«Am Boden» wurde der Erfolg der Bombenangriffe durch Aufklärungskommandos und

³⁵ «Die Streitkräfte Libyens» (die russische Bezeichnung: «Вооружённые силы Ливии») – http://www.200stran.ru/war_country116.html; <http://www.chekist.ru/article/459> «Über die niedrige Kampfbereitschaft der libyschen Armee in der Gaddafi-Ära» (die russische Bezeichnung: «О низкой боеготовности ливийской армии в эпоху Каддафи») – <https://mendkovich.livejournal.com/607504.html>; <https://www.liveinternet.ru/users/algor42/post183219414/>

³⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Streitkr%C3%A4fte_Libyens

Diversionsstruppen der Geheimdienste der USA und der NATO-Länder gefestigt, die zu dem Kommandokorps der Banden wurden, welche sich aus verschiedenen Gegnern des politischen Kurses des libyschen Führers Gaddafi und allerlei Ausländern, die beschlossen hatten «in den trüben Gewässern» des Libyenkriegs zu fischen, zusammensetzten.

Es ist also offensichtlich, dass weder die Streitkräfte, noch die Grenztruppen oder die Polizei/Miliz unter dem übermäßigen Druck von außen ihrer funktionalen Aufgabe – den Staat zu schützen – gerecht werden konnten. Und das passierte in Libyen, wo der libysche Führer Muammar Gaddafi nicht an Geld sparte, um seine Sicherheit und die des Staates zu gewährleisten. Aber der Bevölkerungsmangel konnte das benötigte quantitative und qualitative Niveau der wirtschaftlichen und politischen Kompetenzen des Staates nicht bereitstellen, die offenkundig das Überleben des Staates gewährleisten, wenn dieser auf Staaten trifft, deren Bevölkerungszahl den Besitz aller dieser Kompetenzen in den jeweiligen Staaten gewährleistet.

Souveränität und Bevölkerungszahl

Die eine Seite des Problems

Die Analyse der innen- und außenpolitischen Aktivitäten moderner Staaten zeigt, dass im Allgemeinen – mit einigen Ausnahmen – ein Staat dann in der Lage ist, eine mehr oder weniger selbständige Politik zu betreiben, wenn die Anzahl der Bevölkerung mindestens 10 Millionen beträgt.

* * *

Kuba

Kuba hatte im Jahr 2015 11.239.004 Einwohner. Nach dem Zerfall der UdSSR im Jahr 1991 wurden auch die zwischen beiden Ländern bestehenden gegenseitig vorteilhaften ökonomischen Beziehungen beendet. Trotzdem konnte Kuba selbst unter den Bedingungen einer vollständigen ökonomischen Blockade seitens der großen Staaten der Welt überleben. Kuba und die USA, als der Führer der westlichen Welt (und ab 1991 globaler Hegemon), befanden sich seit 1961 – als die USA ein Embargo-Regime gegen Kuba einführten, dass jegliche Beziehungen zu dem Land verbot – in einer harten Konfrontation. Die Sanktionen sind bis heute in Kraft, was

regelmäßig durch die UNO-Generalversammlung verurteilt wird.

Allerdings mussten die USA das Scheitern aller Anstrengungen, Kuba zu blockieren, eingestehen. Und der Präsident der USA, Barack Obama, besuchte Kuba vom 20. bis 22. März 2016 zu einer dreitägigen offiziellen Visite.

Diese Visite zeigte, was bis dahin undenkbar erschien: Der Führer der westlichen Welt und seit 1991 globaler Hegemon – die USA – erkannte öffentlich an, dass, selbst unter Einsatz der gesamten von den USA kontrollierten Ressourcen, das Land nicht bezwungen werden konnte. Dabei kann sich Kuba hinsichtlich seines Ressourcenpotentials in keinem Parameter mit der westlichen Welt messen, nicht einmal mit den USA als einzelnes Land.

Fast nur auf die Beziehungen mit den Ländern Lateinamerikas gestützt, konnte Kuba sich nicht nur als Nationalstaat³⁷ behaupten, ohne seine Kompetenzen zu verlieren, die für die Existenz eines Staates erforderlich sind. Mehr noch: Es entwickelte eine Reihe von Kompetenzen, die eigentlich für die Bedürfnisse des eigenen Staates überflüssig sind. Diese Kompetenzen nutzte das Land als Export-Potential und konnte so die fehlenden Kompetenzen importieren, die für die Existenz des Staates wichtig waren.

Ein Beispiel dafür ist die Medizin. Dadurch, dass Kuba seine Medizin entwickelte, wurden mehr Mediziner ausgebildet als für die Versorgung der eigenen Bevölkerung nötig gewesen wären. Sie wurden dann in die Länder Lateinamerikas, Afrikas und anderen Regionen der dritten Welt entsendet, deren Bildungssystem nicht in der Lage war, genügend medizinisches Personal auszubilden – und das betraf alle lateinamerikanischen, afrikanischen sowie weitere Länder der dritten Welt. Die Länder, die von Kuba diese medizinische Hilfe bekamen, unterhielten im Gegenzug nicht nur gegenseitig vorteilhafte ökonomische Beziehungen zu Kuba, sondern unterstützten das Land auch in der internationalen politischen Arena. Damit haben diese Länder, unter Wahrung ihrer nationalstaatlichen Interessen, für Kuba politische und ökonomische Möglichkeiten gesichert, Drittländern, d.h. sich selbst, die medizinischen Dienstleistungen zu erbringen, die sie so dringend benötigten.

2018 arbeiteten kubanische Ärzte in 67 Ländern der Welt, hauptsächlich in Lateinamerika und Afrika. Insgesamt waren im Jahr 2013 ca. 40.000 kubanische Mediziner im Ausland tätig – mehr als in Kuba selbst. In ganz Kuba gab es 350 Tausend «Menschen in weißen Kitteln» und das bei einer Bevölkerungszahl von 11 Millionen!

Im Jahr 2013 startete die Präsidentin Brasiliens, Dilma Rousseff, in Zusammenarbeit mit der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation das Programm «Mehr Ärzte». Ziel des Programms war es, mit ausländischen Ärzten und medizinischem Personal die Regionen Brasiliens

³⁷ Die amerikanische Militärbasis in Kuba – die Guantanamo Bay Naval Base – obwohl sie sich auf kubanischem Territorium befindet und eine militärische Bedrohung für die Sicherheit Kubas als ein bestehendes, stationäres Aufmarschgebiet zur Invasion darstellt, beeinflusst sie nicht die Bereitstellung der Auswahl von Kompetenzen durch den kubanischen Staat, die den höheren Prioritäten der ASM zuzuordnen sind. Die Basis Guantanamo hat eine historische Vergangenheit, weshalb ihre Auflösung mit sehr vielen internationalen Prozessen verbunden ist und deshalb nicht allein in der Macht des Staates Kuba liegt. Die UdSSR war seinerzeit dazu in der Lage, zur Schließung beizutragen, tat aber nichts dafür.

Die Guantanamo Bay Naval Base wurde im Jahr 1903 von den USA nach dem spanisch-amerikanischen Krieg gepachtet und befindet sich 30km entfernt von der gleichnamigen Stadt. Auf dem Gebiet der Militärbasis befindet sich ebenfalls das gleichnamige Gefängnis, wo Gefangene festgehalten werden, deren Status fragwürdig ist. Am 21. Januar 2009, an seinem zweiten Tag im Amt, unterzeichnete US-Präsident Barack Obama den Befehl zur Auflösung des Gefängnisses. Trotzdem wurde das Gefängnis bis heute noch nicht geschlossen.

zu versorgen, in denen es an regional ansässigen Spezialisten mangelte.

Gegenwärtig versorgen kubanische Ärzte, die in einigen Fällen bis zu 80% aller im Rahmen dieses Programms tätigen Ärzte ausmachen, die Bewohner der ärmsten Gebiete Brasiliens mit medizinischer Hilfe. Im Einzelnen arbeiten sie in den Favelas in Rio de Janeiro, São Paulo, Salvador, sowie auch in den entlegenen Amazonas-Gebieten, wo die Urbevölkerung lebt.

Die Gesamtzahl der kubanischen Mediziner in Brasilien belief sich im Jahr 2018 auf etwa 20.000, wovon 8.300 Ärzte waren. Doch am 14. November 2018 verkündete der Sieger der brasilianischen Präsidentschaftswahlen vom 28. Oktober 2018, Jair Bolsonaro, der der politischen Rechten zuzuordnen ist, die Beendigung des Programms «Mehr Ärzte», sogar ohne dabei zu berücksichtigen, dass einer im Auftrag des brasilianischen Gesundheitsministeriums durchgeführten Meinungsumfrage zufolge 95% der Bewohner des Landes dieses Programm befürworteten.

Das Gesundheitsministerium Kubas veröffentlichte einen Kommentar zu der Entscheidung des brasilianischen Präsidenten über die Schließung des Programms, in der es hieß, dass Brasilien durch die Ausweisung der kubanischen Mediziner Vieles verliere, die Ärzte aber können überall Arbeit finden. Zur Zeit arbeiten sie in 67 Ländern der Welt, wie in der Meldung hervorgehoben wird, und «in 55 Jahren wurden 600 Tausend internationale Missionen in 164 Ländern der Welt unter Beteiligung von 400 Tausend kubanischen Medizинern durchgeführt», einschließlich des «Kampfes gegen das Virus Ebola in Afrika, gegen diverse Krankheiten die zur Blindheit in Lateinamerika und in der Karibik führten, gegen die Cholera auf Haiti» u.s.w.

Im Jahr 2018 erreichte die Zahl der kubanischen Ärzte, die im Ausland arbeiten, 60.000, wobei allein in Venezuela 21.700 kubanische Fachmediziner arbeiten.

Kuba praktiziert auch andere Formen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit im Bereich der Medizin. Zur Zeit erhalten in Kuba etwa 17 Tausend ausländische Medizinstudenten und 38 Tausend ausländische Studenten anderer Fachrichtungen eine kostenlose Ausbildung. Ein weiterer Bereich des medizinischen Exports ist die Zusammenstellung und der Versand von Gerätschaften für Krankenhäuser, Polikliniken und mobiler Hospitäler. Die Kubaner errichteten einige Dutzend Kliniken in den Ländern Lateinamerikas – Nicaragua, Ecuador, Paraguay – und in einigen afrikanischen Staaten. Es ist erwähnenswert, dass diese Kliniken auf Kosten Kubas mit modernster Ausrüstung gebaut und ausgestattet wurden. Darüber hinaus hat Kuba in vielen Ländern Unternehmenskooperationen zur Herstellung von Arzneimitteln, Institute und Kliniken in vielen Ländern, von denen sich die größten in China, Algerien, dem Iran und Lateinamerika befinden.

Doch während Kuba Fachmediziner für die Arbeit außerhalb des Staatsgebiets ausbildete, arbeitete es auch daran, innerhalb des Staates ein leistungsfähiges medizinisches Ballungszentrum zu schaffen, das der Bevölkerung medizinische Hilfe auf einem Niveau zukommen lässt, das nicht nur der Medizin der lateinamerikanischen Länder verwehrt bleibt, sondern auch der Bevölkerung der meisten übrigen Länder der Welt. So kamen im Jahr 2016 auf 100 Tausend Einwohner in Kuba 721 Ärzte. Analog dazu waren es in den USA nur 279 Ärzte – also um das 2,5-fache weniger. Infolgedessen betrug die Lebenserwartung in Kuba, das unter dem Druck der Sanktionen steht und buchstäblich in allen Bereichen unter Ressourcenknappheit leidet, 79 Jahre. Im Gegensatz zu den USA mit 78 Jahren, die die Ressourcen der ganzen Welt anzapfen. Die Kindersterblichkeitsrate in Kuba sinkt von Jahr zu Jahr. Aktuell belegt Kuba mit einer Sterblichkeitsrate von 4,5 auf 1.000 Neugeborene den ersten Platz auf dem amerikanischen Kontinent, noch vor Kanada (4,9) und den USA (6,4).

In Kuba sind alle Krankenhäuser, insbesondere Kinderkrankenhäuser, mit der neuesten Technologie ausgestattet, wodurch eine effektive Arbeit mit Patienten möglich ist, sodass selbst komplexe Operationen sofort durchgeführt werden können: niemand wartet mehrere Monate auf eine Operation. Medizinische Ausstattung muss in Kuba importiert werden, doch fast alle Arzneimittel stellt Kuba selbst her. Im Jahr 1960, als die USA Sanktionen gegen die Republik bekanntgaben (es wurde verboten, Medikamente dorthin zu verkaufen), widmete sich Kuba der Herstellung eigener Impfstoffe. Heute ist Kuba einer der weltweit führenden Hersteller von Impfstoffen gegen eine Vielzahl ernsthafter Infektionen und die Impfung der kubanischen Bevölkerung ist per Gesetz für jeden verpflichtend festgelegt.

Derzeit bringt der Medizin-Cluster in Kuba dem Staat ausschließlich Gewinn und Nutzen, da er aufgrund des internationalen Medizin-Tourismus existiert: Menschen kommen nach Kuba, um Krankheiten zu heilen, weil sie in ihren Ländern:

- entweder keine medizinische Hilfe auf diesem Niveau erhalten können, aufgrund des unentwickelten staatlichen Gesundheitssystems;
- oder die medizinischen Dienstleistungen dieses Niveaus derart teuer sind, dass sie als exklusives Angebot gelten und für die sogenannte Mittelklasse nicht erschwinglich sind.

Kubas Ausgaben für das Gesundheitswesen machen etwa 10,5% des Jahresbudgets des Landes aus – fast doppelt so viel, wie in Russland, wobei die Hälfte der gesamten Geldeinnahmen Kubas aus dem Ausland für die Bedürfnisse des Gesundheitswesens ausgegeben werden.

Jährlich kommen zu Behandlungszwecken etwa 20.000 Menschen aus den USA, Europa und den Ländern Lateinamerikas nach Kuba. Der Medizintourismus trägt auch zur Entwicklung des konventionellen internationalen Tourismus bei. So besuchten im Jahr 2000 1.773.986 ausländische Bürger Kuba und die Tourismuseinnahmen betrugen 1,7 Milliarden Dollar. Dabei brachte der Export kubanischer Waren ins Ausland 3,68 Mrd. Dollar ein. Doch der konventionelle Tourismus in Kuba zur Erholung und Heilung wächst stetig, sodass im Jahr 2012 2,7 Millionen ausländischer Touristen Kuba besuchten und im Jahr 2015 besuchten bereits 3,5 Millionen ausländischer Touristen das Land.

Alles in Allem bringt das der Staatskasse nicht nur Gewinn ein, sondern ist auch eine Form der Volksdiplomatie, die die Wirksamkeit der offiziellen kubanischen Diplomatie sowohl beim Schutz der politischen, als auch der wirtschaftlichen Interessen des Landes sicherstellt.

Außer der Bereitstellung kostenpflichtiger medizinischer Dienstleistungen, stellt Kuba auch kostenlose medizinische Dienstleistungen für die Masse bereit. So erhielten 22 Jahre lang auf Staatskosten der Republik mehr als 24 Tausend Kinder, die von der Katastrophe von Tschernobyl betroffen waren, effektive medizinische Versorgung – und durchliefen einen Rehabilitationskurs – in den Medizin- und Gesundheitszentren Kubas.

Allein im Rahmen des Projekts «Misión Milagro» (Operation Wunder), das im Jahr 2004 gestartet wurde, führten kubanische Ärzte etwa 3 Millionen kostenlose ophthalmologische Operationen an Kindern aus aller Welt durch, dabei allerdings in erster Linie an Kindern aus Lateinamerika, Asien und Afrika. Ein bedeutender Teil dieser Operationen wurde in kubanischen Kliniken durchgeführt, die in den Heimatländern der Patienten errichtet wurden.

Dieser große für den Export arbeitende Medizin-Cluster ermöglichte es Kuba, seiner gesamten Bevölkerung medizinische Dienstleistungen auf einem Niveau bereitzustellen, das den breiten Bevölkerungsschichten aller anderen Staaten der Welt verwehrt bleibt.

Ungarn

Ein anderes Beispiel für einen Staat, der unter äußerem Druck überlebt hat, ist Ungarn (9.937.628 Einwohner laut einer Volkszählung von 2011). Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems und der Auflösung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)³⁸ und des Warschauer Paktes im Jahre 1991, nahm Ungarn Kurs auf den Beitritt zur Europäischen Union (Beitritt 2004) und zur NATO (Beitritt 1999).

Einer der bekanntesten ungarischen Politiker, die an der Neuorientierung der Außen- und Wirtschaftspolitik Ungarns arbeiteten, war Viktor Orban, der von 1998 – 2002 Premierminister Ungarns war.

Während seiner Amtszeit wurde Ungarn (zusammen mit Polen und der Tschechischen Republik) offiziell in die NATO aufgenommen.

In dieser Zeit wurden auch die Denkmäler für kommunistische Führer entfernt und durch Denkmäler für General Horthy, Staatsoberhaupt des Königreiches Ungarn (1920–1944) ersetzt. Horthy war ein Verbündeter Hitlers und schickte ungarische Truppen, um die Wehrmacht und die SS im Kampf gegen die UdSSR zu unterstützen. Dabei taten sich die Magyaren nicht nur auf dem Schlachtfeld gegen die Rote Armee hervor, sondern insbesondere durch ihre Gräueltaten gegenüber der zivilen russischen Bevölkerung.

Diese Handlungen Orbans als Politiker zeugten nicht nur von seiner prowestlichen Orientierung, sondern auch von seiner klar ausgeprägten antisowjetischen und sogar antirussischen Position.

Als jedoch Viktor Orban am 29. Mai 2010 erneut zum Premierminister ernannt wird, bekommt seine Politik einen völlig anderen Charakter. Er beginnt, Ungarn vom Westen abzukoppeln und die Beziehungen zu Russland³⁹ zu verbessern.

Dabei ist das kein Manövrieren eines Politikers auf der Suche nach günstigen Konjunkturbedingungen – dieser Kurs hat ihm nichts als Probleme mit dem Westen eingebracht, der ihn einer prorussischen und Pro-Putin-Orientierung beschuldigte.

Orban ist jedoch weder ein prowestlicher noch prorussischer Politiker. Viktor Orban ist Ungar und als solcher ein Patriot seines Landes, für dessen Wohl er zu arbeiten angetreten ist. So war er in den 1990er Jahren der Ansicht, dass es für Ungarn richtig wäre, sich politisch und ökonomisch nach dem Westen auszurichten und im Land eine antirussische Stimmung zu unterstützen. Als Patriot seines Landes hat er jedoch die Folgen dieser prowestlichen Orientierung objektiv eingeschätzt und gesehen, dass das zum völligen Verlust der kulturellen Identität der Ungarn führt. Daher begann er, als er erneut zum Premierminister ernannt wurde, daran zu arbeiten, den durch einen prowestlichen Kurs entstandenen Schaden zu beheben und den Nationalstaat wieder zu stärken. Und es ist nichts Verwunderliches daran, dass er dazu mit Russland zu kooperieren begann, dem einzigen und natürlichen Verbündeten Ungarns in diesem Bestreben.

Die früheren antirussischen/antisowjetischen Aktivitäten Orbans blieben jedoch weder für

³⁸https://de.wikipedia.org/wiki/Rat_f%C3%BCr_gegenseitige_Wirtschaftshilfe#Das_Ende_der_DDR-Mitgliedschaft_im_RGW

³⁹ Siehe analytische Notiz «Das Gesetz über die Zentralbank der Russischen Föderation und Russlands Souveränität» ([«Закон о центральном банке Российской Федерации и суверенитет России»](#)).

ihn, noch für Ungarn als Staat folgenlos. Infolge der antirussischen/antisowjetischen Aktivität der ungarischen Politiker (unter anderem auch Orbans) und der ungarischen Kulturfunktionäre, die im Rahmen der einheitlichen westlichen antirussischen Politik durchgeführt wurde, wurde im Land ein Informationsfeld geschaffen, das den Schutz der tatsächlichen ungarischen nationalen Interessen verhindert und zur Zerstörung des ungarischen Staates und der Bevölkerung im Namen des Triumphes des westlichen Globalisierungsprojekts beiträgt. Aus diesem Grund war auch die Publikation auf dem offiziellen Account der ungarischen Regierung auf Facebook möglich, die den Krieg zur Zerstörung Russlands als Heldentat rühmte:

«In Ungarn wurden Hitlers Verbündete, die gegen die UdSSR kämpften, Helden genannt

12. Januar 2019, 19:08

MOSKAU, 12. Jan. – RIA Novosti.

Die ungarische Regierung rief dazu auf, die Erinnerung an ungarische Soldaten zu ehren, die während des Zweiten Weltkriegs "heldenhaft am Don gekämpft" haben.

"Erinnern wir uns an den Mut unserer Großväter, der heldenhaften ungarischen Soldaten, die in der Biegung des Don bis zum Ende gekämpft haben. <...> Ehrt die Helden!", heißt es auf dem offiziellen Regierungssaccount auf Facebook⁴⁰.



Magyarország Kormánya

10 ч. · 🌐

Emlékezzünk nagyapáink bátorságára, azokra a hős magyar katonákra, akik a végsőig harcoltak Magyarorszáért a Don-kanyarnál. Ma van a doni áttörés 76. évfordulója. 1943. január 12-én a szovjet hadsereg... [Ещё](#)



In der Meldung wird auch erwähnt, dass im Januar 1943 die "Sowjetarmee einen Angriff" auf die Ungarn startete, wodurch das Land "120 Tausend Soldaten verlor, von denen viele gefangen genommen wurden".

⁴⁰ Wörtlich: «Am 12. Januar 1943 startete die sowjetische Armee einen Angriff auf die 200.000 Mann starke ungarische Armee. Ungarn verlor 120 Tausend Helden, viele wurden gefangen genommen. Ehre den Helden!» - <https://twitter.com/dimsmirnov175/status/1084129438407757824>

So erinnerte Budapest an den 76. Jahrestag des Beginns der Operation Ostrogoschsk-Rossosch, bei der die Rote Armee die Streitkräfte des nationalsozialistischen Deutschlands und ihrer Verbündeten besiegte, darunter auch ungarische Soldaten. Am Don besiegte die Sowjetunion damals deutsche, italienische, ungarische und rumänische Truppen. Berichten zufolge wurden nach den Ergebnissen der Operation mehr als 50.000 Soldaten unter den Nazi-Verbündeten getötet und mehr als 70.000 gefangen genommen.»

–
<http://translate.google.com/translate?sl=ru&tl=de&u=https%3A%2F%2Fria.ru%2F20190112%2F1549273730.html>

Die Publikation auf dem offiziellen Account der ungarischen Regierung auf Facebook hat den ausdrücklichen Zweck, Ungarn im westlichen Stall zu halten und es Orban so weit wie möglich zu erschweren, die nationalen Interessen Ungarns zu verteidigen, insbesondere wenn dies dem allgemeinen politischen Trend des Westens zuwiderläuft.

Das markanteste Ereignis im Widerstand Orbans gegen den Westen, um den ungarischen Nationalstaat zu bewahren und zu festigen, wurde die Migrationskrise, die in Europa im Jahr 2015 ausbrach und auch im Jahr 2018 noch nicht überwunden wurde.

Die Migrationskrise, die Europa gerade durchlebt, entstand nicht von selbst, sondern wurde aktiv von der EU und den USA vorbereitet. Die Geheimdienste dieser Länder provozierten und realisierten in den Jahren 2010-2012 öffentliche Unruhen in den Ländern der arabischen Welt, die zur Destabilisierung der Lage in der Region führten. In den westlichen Medien war diese Welle öffentlicher Proteste durch das propagandistische Label «Arabischer Frühling» gekennzeichnet, da im Januar/Februar 2011 die meisten arabischen Länder von diesen von außen provozierten Unruhen betroffen waren. Ein schöner Propagandabegriff verbarg die offene militärische Aggression der NATO-Staaten in Libyen im Jahr 2011, wodurch nicht nur das Land zerstört wurde, sondern auch die Barriere, die die ökonomische Massenmigration aus Schwarzafrika nach Europa verhinderte. Und die Destabilisierung der sozialökonomischen Lage in den Ländern Maghrebs führte zu einer ebenso massenhaften ökonomischen Migration aus dieser Region. Der Nahe Osten wurde durch den Ausbruch des Krieges in Syrien destabilisiert, das vom «internationalen Terrorismus» heimgesucht wurde, mit voller militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung der westlichen Länder, die unter dem Vorwand eines Krieges gegen denselben «internationalen Terrorismus» in die Region eindringen und begannen, die Infrastruktur Syriens und des Iraks mit Raketen- und Bombenangriffen zu zerstören, wobei sie ständig «aus Versehen» die syrische Regierungsarmee und die Zivilbevölkerung angreifen, statt der Terroristen.

Auf diese Weise hat sich bis 2015 in den Ländern Maghrebs und im Nahen Osten eine große Anzahl von Menschen angesammelt, die aufgrund der sich häufenden Probleme an ihrem Wohnort gezwungen waren, ihre Heimat zu verlassen und nach einem besseren Leben in anderen Regionen zu suchen. Und da kommen den Flüchtlingen die Freiwilligen verschiedener Non-Profit- und Nicht-Regierungs-Organisationen zu Hilfe, die dort ihre Funktion erfüllen, u.a. auch durch die Finanzierung der Regierungen der westlichen Länder. Diese NPOs und NGOs begannen organisiert, Flüchtlinge aus Nordafrika – aus den Ländern Maghrebs und Schwarzafrika – mittels Schiffen und motorisierten Booten nach Europa zu überführen. Die Migration aus dem Nahen Osten nach Europa, von Leuten aus Flüchtlingslagern in der Türkei und dem Libanon, wurde sogar mit Zügen organisiert. Nur für die Fernsehbilder wurden von Zeit zu Zeit Menschenmassen organisiert, die eine Grenze «stürmen» oder sich in langen Kolonnen in Europa ausbreiten. Und die Bewohner Europas bemerkten schnell, dass die tatsächlichen Flüchtlinge vor Kriegen – Frauen

und Kinder – die offensichtliche Minderheit dieser Migrantenmasse darstellten, die in ihr Land eindrang. Der Hauptanteil besteht aus erwachsenen und jungen Männern im Alter von 15 bis 40 Jahren, von denen viele offenbar Kampferfahrung haben, wobei sie bedeutend besser organisiert und versorgt sind, als die tatsächlichen Flüchtlinge, die nur als Deckmantel für die «Flüchtlinge» fungieren.

Ungarn hat von Beginn der Krise an Maßnahmen ergriffen, um den Zustrom von Flüchtlingen in das Land zu verhindern. Und im Oktober 2015 hat Ungarn die Grenze zu Kroatien geschlossen. Dennoch lag Ungarn 2015 (nach Deutschland – mehr als 476.000 Anträge) bei der Anzahl der Asylanträge auf dem zweiten Platz – Ende Dezember 2015 gab Ungarn bekannt, dass 177.133 Asylanträge eingereicht wurden, was etwa 1.800 Menschen pro 100.000 Bürger des Landes entspricht. Mit anderen Worten, stellt ein solcher Zustrom von Ausländern in das Land die kulturelle Identität der Ungarn und ihre Zukunft als Nation in Frage.

Angesichts des Widerstands Ungarns, das Land mit «Flüchtlingen» zu füllen, forderte die EU von Ungarn, dass der «Flüchtlings»-Strom durch Ungarn führen solle und versichert im Gegenzug garantiert 54 Tausend der Menschen die sich auf dem Weg nach Europa im Land niederlassen aus Ungarn nach Europa zu überführen. Die ungarische Regierung lehnte diesen Plan ab, musste jedoch unter Druck einen Plan zur Quote für die Flüchtlinge verabschieden, die aus Italien und Griechenland in das Land kommen. Doch, wie die Praxis zeigte, sabotiert Ungarn die Umsetzung der Abkommen zur Aufnahmequote von «Flüchtlingen» stetig.

Eine andere Situation mit den «Flüchtlingen» trug sich in den baltischen Ländern zu: Estland, Lettland und Litauen, die im Gegensatz zu Ungarn nicht auf den Migrationsrouten der «Flüchtlinge» nach Europa liegen und in denen «Flüchtlinge» nur dann auftauchen, wenn sie speziell dorthin gebracht werden. Und die EU hat genau diese Entscheidung getroffen und dabei die Meinung der baltischen Völker nicht berücksichtigt. Die Massenumsiedlung der «Flüchtlinge», die die kulturelle Identität der baltischen Völker zerstört hätte, kam nicht zustande weil

- der Westen im Jahr 2014 in scharfen Konflikt mit Russland getreten war und das Baltikum-Territorium für die Stationierung der immer weiter wachsenden Menge an NATO-Truppen benötigt wurde, die dorthin beordert wurden unter dem Vorwand diverser Militärübungen, die jährlich im Baltikum durchgeführt werden;
- die in Form eines Pilotprojekts in die Baltischen Staaten gebrachten «Flüchtlinge» begannen, sich darüber zu ärgern, dass sie getäuscht worden waren – die «Flüchtlinge» hofften darauf, dass sie sich in einem reichen europäischen Land mit mildem Klima einrichten würden, stattdessen siedelte man sie in einem armen Land mit kaltem Nordklima an. Deshalb begannen die Flüchtlinge mit dem Geld, das ihnen einfach so ausgegeben wurde, Tickets zu kaufen und sich selbstständig auf den Weg in solche Länder, wie Deutschland, Belgien, Frankreich u. Ä. zu machen.

Der Jemen

Das markanteste Beispiel dafür, dass 10 Millionen Einwohner erforderlich sind, um als

Nationalstaat existieren zu können, ist der Jemen.

Bis zum 22. Mai 1990 war das Land in zwei Staaten geteilt: die Jemenitische Arabische Republik und die Volksdemokratische Republik Jemen. Beide Staaten beschritten verschiedene Wege zur Vereinigung.

Im Südwesten der Arabischen Halbinsel liegt der Nordjemen, der im Jahr 1918, nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches, eine selbständige Staatsmonarchie wurde.

Nach dem Tod von König Ahmed wurde Prinz Muhammad al-Badr am 18. September 1962 zum neuen König ausgerufen. Am 26. September gab es jedoch einen Militärputsch und die Jemenitische Arabische Republik wurde ausgerufen. Nach diesem antimonarchischen Sturz im Land begann ein 8-jähriger Bürgerkrieg zwischen Royalisten und Republikanern.

Im Süden der Arabischen Halbinsel liegt der Südjemen (oder auch Hadramaut) mit der Hauptstadt Aden (was in der Übersetzung aus dem Arabischen «Paradies» bedeutet). Die geografische Lage des Südjemens und seiner Hauptstadt Aden gewährleistet die Kontrolle der Handelswege zum Indischen Ozean und beeinflusst die ökonomische und politische Situation der Region. Daher waren die Staaten, die die Region kontrollieren wollten, bestrebt, dort eine Militärbasis zu errichten.

Seit dem 16. Jahrhundert war der Hafen von Aden Teil des Sultanats von Lahidsch, das formal vom Osmanischen Reich (und eigentlich von Ägypten, das formal Teil davon war) abhängig war.

Großbritannien, dessen Interessen sich über die ganze Welt erstrecken, war bereits zu Anfang des 19. Jahrhunderts eine der stärksten Seemächte. 1835 wurde eine Expedition in den Golf von Aden entsandt, die von einem Flottenoffizier namens Heinz angeführt wurde. Ziel der Expedition war es, in dieser Region die potentiellen Vorteile der Einrichtung eines britischen Marinestützpunkts und von Schiffsliegeplätzen zu bewerten. In seinem Bericht untermauerte Heinz die strategische Bedeutung des Hafens von Aden und die Notwendigkeit seiner Okkupation.

Im Jahr 1839 wurde ein militärisches Geschwader aus Bombay zur Eroberung des Hafens entsandt. Und am 19. Januar 1839 eroberten die Engländer durch eine starke Offensive die Stadt, wobei sie den Widerstand der ansässigen Bevölkerung überwand. Formal wurde die Eroberung der Stadt in Form eines Kaufvertrages legitimiert, nach dem der Sultan den Hafen von Aden sowie die angrenzenden Siedlungen für ein bescheidenes Entgelt an Großbritannien übergab. Im Jahr 1869 war jedoch das Sultanat von Lahidsch selbst gezwungen, sich unter die Obhut des britischen Protektorats Aden zu begeben. Damit beherrschten die Engländer bereits den gesamten Südjemen.

Der Grund, warum das Sultanat unter britisches Protektorat gestellt wurde ist einfach erklärt – im Jahr 1869 wurde der Suezkanal eröffnet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann das globale Kolonialsystem zu zerfallen. Es formierten sich neue Staaten und die Staaten, die zu dieser Zeit bereits existierten, befreiten sich von diversen Protektoraten und erlangten den Status eines Nationalstaats.

Die Demokratische Revolution in Ägypten, durch die Gamal Abdel Nasser im Jahr 1952 zum Staatsoberhaupt wurde, der eine Politik durchführte, die gegen die britische Kolonialherrschaft im Nahen Osten gerichtet war, beeinflusste alle Länder dieser Region. Unter Anderem entstand in Aden eine antibritische Bewegung.

Nach der Gründung der Vereinigten Arabischen Republik⁴¹, schlug Nasser dem Jemen vor, der Union der arabischen Staaten beizutreten, was die Existenz des Aden-Protectorats gefährdete.

Im Jahr 1963 wurde in Aden die Nationale Front zur Befreiung des besetzten arabischen Südens geschaffen (seit 1967 die Nationale Front, NF), deren Programm die Notwendigkeit der Entwicklung eines bewaffneten Kampfes gegen das Kolonialregime proklamierte und die Auflösung der britischen Militärbasis forderte, sowie auch die Schaffung eines vereinten Jemens.

Die Briten unterschätzten die NF. Sie hatten nicht erwartet, dass eine einfache Partisanenbewegung zu einem gut geplanten militärischen Widerstand führen würde.

1964 kündigte die neue britische Regierung von Harold Wilson ihre Absicht an, 1968 die Macht an die Föderation Südarabiens⁴² zu übertragen, jedoch unter der Bedingung die britische Militärbasis zu erhalten. Im selben Jahr wurden etwa 280 Partisanenangriffe verübt und im Folgejahr 1965 – mehr als 500.

Zum Jahre 1967 nahmen die Angriffe auf die Briten ein massenhaftes und unkontrollierbares Ausmaß an. Unter diesen Bedingungen begannen die Briten, ihre Truppen aus dem Protectorat abzuziehen.

Bis zum Oktober 1967 unterstand fast das gesamte Gebiet des Südjemen der Kontrolle der Patrioten. In den meisten Regionen hatte die NF die Steuerung.

Unter diesen Bedingungen war Großbritannien gezwungen, mit den Vertretern der NF Verhandlungen aufzunehmen, nachdem es diese offiziell als die Organisation anerkannt hatte, die berechtigt war, nach der Gewährung der Unabhängigkeit die Macht im Südjemen zu übernehmen. Am 29. November 1967 verließ der letzte englische Soldat das Territorium des Südjemen. Am darauffolgenden Tag – dem 30. November 1967 – wurde die Gründung der Volksrepublik Südjemen (VRSJ) ausgerufen.

Ursprünglich orientierte sich die Regierung des Südjemen (die Demokratische Volksrepublik Jemen – DVRJ) an der Politik des Führers der Arabischen Welt, dem Staatsoberhaupt der Vereinigten Arabischen Republik Gamal Abdel Nasser. Doch die Schliessung des Projekts des vereinigten arabischen Staats 1971 war Grund für die Umorientierung hin zur UdSSR, als einzige Macht in der Welt, die dazu in der Lage ist, dem Jemen in seiner Existenz als Nationalstaat effektiv zu helfen, für dessen Funktionstüchtigkeit die DVRJ die nötigen Kompetenzen nicht aus eigener Kraft gewährleisten konnte.

Einer Zählung zufolge, die im Nordjemen (der Jemenitischen Arabischen Republik) 1986 durchgeführt wurde, lebten in dem Land, dessen Fläche 195.000km² beträgt, 9.274.173

⁴¹ Die Vereinigte Arabische Republik (VAR) ist ein Staat, der von 1958-1971 in Nordafrika und Vorderasien existierte. Bis zum Jahr 1961 bestand die Republik aus einem Bündnis zweier Länder – Syrien und Ägypten. Am 28. September 1961 gab Syrien seinen Austritt aus der VAR bekannt. Im Jahr 1963 wurden Schritte unternommen, den Bündnisstaat mit den Ländern Ägypten, Syrien und dem Irak wiederaufleben zu lassen. Allerdings wurden diese Pläne aufgrund von Meinungsverschiedenheiten den Aufbau des Staates betreffend nicht realisiert. Die Vereinigte Arabische Republik existierte formal (als Bestandteil Ägyptens) bis zum Jahr 1971, als die Gründung der Föderation Arabischer Republiken erklärt wurde – einer Konföderation Ägyptens, Libyens und Syriens.

⁴² Um den Verlust der Kolonie zu verhindern, beschloss Großbritannien, bestimmte südjemenitische Fürstentümer unter der englischen Krone zu vereinen. Im Februar 1959 wurde die Föderation der Arabischen Emirate des Südens gegründet, die später in Südarabische Föderation umbenannt wurde, zu der 6 Fürstentümer des westlichen Protectorats gehörten. 1961 schlossen sich ihr 10 weitere Fürstentümer an, 1964 kam noch eines hinzu, obwohl die Fürstentümer Kathiri und Qu'aiti im Osten den Wunsch äußerten, der Föderation nicht beizutreten, in der Hoffnung eine solide wirtschaftliche Basis zu schaffen und dann ihre Unabhängigkeit zu erklären.

Menschen, einschließlich der 1,2 Millionen, die im Ausland leben. Einer Zählung aus dem Jahr 1988 zufolge, zählte die Bevölkerung der DVRJ, deren Fläche 332.970km² misst, 2.345.266 Menschen, wovon 238 Tausend – d.h. ungefähr ein Drittel der aktiven Bevölkerung – als im Ausland lebend gezählt wurden.

Im Jahr 1986 zählten die Personalressourcen der Jemenitischen Arabischen Republik 1,6 Millionen Menschen, inklusive jemenitischer Arbeiter-Emigranten.

In der DVRJ betrug die wirtschaftlich aktive Bevölkerung im Jahr 1988 435 Tausend Menschen, von denen 11,7% arbeitslos waren. In der Landwirtschaft waren 52% beschäftigt, in der Industrie – 14% und im Dienstleistungsbereich – 21%.

Im vereinigten Jemen waren 1990 mehr als 61% der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt, im Dienstleistungsbereich – etwa 22% und in der Industrie – 17%.

Der Jemen ist eines der ärmsten arabischen Länder. Das BIP pro Kopf betrug im Jahr 2009 2,5 Tausend US-Dollar (von den arabischen Ländern war nur das des Sudans und Mauretaniens geringer, insgesamt belegt der Jemen damit den 173. Platz in der Welt).

51% des BIP bringt die Industrie ein, wobei 25% des BIP Gewinne aus der Verarbeitung von Öl sind; die übrige Industrie ist durch kleine Leder- und Textilunternehmen vertreten; sowie durch Nahrungsmittelindustrie; Kunsthandwerk; einen kleinen Aluminiumschmelzbetrieb; Zementproduktion, Reparatur kleinerer Schiffe.

10% des BIP des Jemen wird durch die Landwirtschaft erwirtschaftet, allerdings sind in diesem Bereich 75% der Arbeiter beschäftigt – Getreide, Obst, Gemüse, Bohnen, Kaffee, Baumwolle; Milchprodukte, Vieh (Schafe, Ziegen, Kühe, Kamele), Vögel; Fischfang.

Weitere 39% erwirtschaftet der Dienstleistungsbereich⁴³.

Es scheint, als hätte das Land überhaupt keine Möglichkeiten, einen eigenen Staat zu formieren, der seine kulturelle Identität verteidigen könnte.

Doch wenn bis zum Jahr 1990 keines der Teile des Jemen, weder der Bevölkerung nach, noch nach dem Auswahl der Kompetenzen, als Nationalstaat existierte, so betrug die Gesamtmenge der Bevölkerung nach der Vereinigung des Nord- und Südjemen zu einem Staat in demselben Jahr bereits um die 13 Millionen. Nicht weniger wichtig, passierte bei der Vereinigung der zwei Staatswesen Folgendes:

- die Kompetenzen beider Länder summierten sich und waren sogar im Überfluss verfügbar;
- die jeweils fehlenden Kompetenzen ergänzten sich gegenseitig – d.h. die Kompetenzen, über die der Südjemen, aber nicht der Nordjemen verfügte und andersherum. Somit erhielt der vereinte Jemen eine breitere Auswahl an Kompetenzen als den einzelnen Komponenten zur Verfügung standen.

Infolge dieser Vereinigung verfügte der Jemen nun über alle Möglichkeiten, um als Staat zu bestehen und das Land begann sich zu entwickeln und zu erstarken. Als Folge zählte die Bevölkerung, nach einer Volkszählung im Jahr 2011, bereits mehr als 25 Millionen Menschen. Dabei übersteigen die Personalressourcen (etwa 7 Millionen Menschen) die Bedürfnisse der Wirtschaft des Landes um Einiges. All das ist wichtig, um zu verstehen, wie der Krieg im Jemen seit 2014 geführt wird.

⁴³ RIA Novosti führt eine etwas andere Statistik an <https://ria.ru/20110603/383839906.html>, doch die Zahlen ändern sich nicht wesentlich.

Alles begann im Februar 2011, als im Zuge des «Arabischen Frühlings» das politische System des Jemen destabilisiert wurde. In dem öffentlichen Konflikt, der sich auf die Straße ausbreitete, zeigten sich sowohl alte Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Nord- und Südjemen als auch der Wunsch beider Teile des Jemen, in einem gemeinsamen Staat zu leben.

Ein Teil der Anführer des Straßenprotestes im Nordjemen übernahm in voller Übereinstimmung mit dem Szenario des «Arabischen Frühlings» die Kontrolle über die Straße und begann, eine pseudo-islamische Ideologie durchzusetzen, die der IS-Ideologie ähnlich war. Als Reaktion darauf, erhöhte sich die Dominanz der separatistischen Stimmungen im Südjemen.

Im November 2011 unterzeichnete Präsident Salih unter der Vermittlung und unter dem Druck der damaligen Monarchien des Persischen Golfs mit der Opposition eine Vereinbarung zur Machtübergabe. Im Februar 2012 wurde für eine Übergangszeit Abed Rabbo Mansur Hadi als Präsident des Landes gewählt. Die neuen Behörden genehmigten ein Projekt zur Schaffung eines Föderativ-Staates aus sechs Provinzen.

Gegen diese Initiative traten die Huthis auf – schiitische Muslime, die im Nordjemen leben (sie machen etwa ein Drittel der Bevölkerung des Landes aus) – sie konnten eine Armee nutzen, die dem ehemaligen Präsidenten des Jemens, Ali Abdullah Salih, treu ergeben war. Die Unzufriedenheit der Huthis provozierte eine neue Runde des bewaffneten Konflikts – am 20. Januar 2015 nahmen sie die Hauptstadt des Landes Sanaa ein, und am 25. März – die zweite Hauptstadt, Aden, in der sich damals der gewählte Präsident Abed Rabbo Mansur Hadi versteckte, der aus dem Land geflohen war und sich mit einem Appell, sich in die Situation einzumischen, an die Monarchen des Persischen Golfes wandte. Am 26. März 2015 startete die Koalition der arabischen Staaten unter Leitung Saudi-Arabiens die Luftoperation gegen die Huthis, um den geflohenen Präsidenten zurück an die Macht zu bringen. Von diesem Moment an wandelte sich der Bürgerkrieg im Jemen zu einem Abwehrkrieg der jemenitischen Nation gegen die ausländische Aggression.

Trotz der enormen militärischen Überlegenheit der Koalition arabischer Länder (angeführt von Saudi-Arabien und der USA, die sich der Koalition angeschlossen haben), über die zersplitterten politischen Gruppierungen des Jemen, besiegen die Menschen im Jemen, die für ihr Land kämpfen, effektiv die Invasoren und verlagern regelmäßig Feindseligkeiten auf das Territorium von Saudi-Arabien. Dabei ist zu beachten, dass die Jemeniten, die über keine Luftstreitkräfte verfügen, gegen die mit modernsten Waffentypen kämpfenden Eindringlinge mitunter mit veralteten Waffen zu kämpfen gezwungen waren. So hört man regelmäßig von Kampfepisoden mit Beteiligung der sowjetischen T-34-Panzer aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Lieferung moderner hochtechnologischer Waffen an die Jemeniten, die von iranischen und chinesischen Geheimdiensten für bestimmte Zwecke durchgeführt wurde, sind nur punktuell und ändern nichts an der Lage.

Das Beispiel des Jemen zeigt, wie unglaublich wichtig es für kleine Staaten ist, sich an verschiedenen militärpolitischen Bündnissen zu beteiligen. Denn durch die Verbündeten in der Koalition können fehlende Kompetenzen kompensiert werden. Aber das ist die eine Seite des Problems.

* *

*

Die andere Seite des Problems

Die andere Seite des Problems besteht darin, dass ein Staat mit einer Bevölkerungszahl von unter 10 Millionen weder ökonomisch noch politisch seine Souveränität gewährleisten kann. Ein solcher Staat hat praktisch keine Chance auf eine gleichberechtigte Mitgliedschaft in einem militärpolitischen Bündnis. Und das bedeutet, er kann auch nicht mit Hilfe seiner Verbündeten die ihm fehlenden Kompetenzen ausgleichen. Folglich kann er sich auch nicht darauf verlassen, dass bei einer Intervention gegen das Land die Partner ihre Bündnis-Pflicht erfüllen und das Land verteidigen. Mehr noch: Ein solcher Staat kann sehr wahrscheinlich zur Verhandlungsmasse bei einer Konfrontation zwischen global aber auch regional bedeutenden Systemen werden. Ein Beispiel dafür ist das Münchner Abkommen von 1938, welches die Zerstückelung und anschließende Liquidierung der Tschechoslowakei beschloss. Die Tschechoslowakei hatte zwar 14,8 Millionen Einwohner, aber sie wurde 1918 im Ergebnis des Ersten Weltkrieges von den Siegermächten gegründet. Diese hatten auf der Konferenz in Locarno 1925 beschlossen, dass die Grenzstaaten, die auf den Territorien der ehemaligen Imperien Deutschlands, Österreich-Ungarns, Russlands und des Osmanischen Reiches geschaffen wurden, nur temporäre Grenzen haben, die von den Siegerstaaten auch verändert werden können.

Was die Grenzstaaten betrifft, so sollte man hier beachten, dass es sich bei diesen um Projektstaaten handelt, die von den Siegermächten, ausgehend von ihren eigenen Interessen und Steuerungszielen, geschaffen wurden. Dasselbe trifft in jeglicher Hinsicht auf die Staaten zu, die nach dem Zerfall der Sowjetunion geschaffen wurden, wobei damit nicht nur die Staaten gemeint sind, die sich auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR und des sowjetischen Blocks befanden, sondern auch andere Staaten auf der ganzen Welt. Das hängt damit zusammen, dass mit dem Verschwinden der UdSSR als Akteur der globalen Politik sich die Balance in den internationalen Beziehungen auf der Welt geändert hat. Viele Staaten nutzten die sich ihnen bietende Möglichkeit, um in der sie umgebenden Welt Änderungen entsprechend ihrem Interesse vorzunehmen.

Das heißt, ein Projektstaat wird zur Nutzung verschiedenartiger territorialer Ressourcen ausschließlich im Interesse der Konstrukteur-Staaten geschaffen. Und deshalb können solche

Staaten wie der Vatikan (800 Einwohner), Liechtenstein⁴⁴ und Monaco⁴⁵ (je ca. 37 Tausend Einwohner), Luxemburg (600 Tausend Einwohner)⁴⁶, Finnland (5,5 Millionen Einwohner) und

⁴⁴ Fürstentum Liechtenstein – einer der kleinsten Staaten der Welt. Seine Nord-Süd-Ausdehnung beträgt 28km, seine Ost-West-Ausdehnung – weniger als 10 km. Fläche – 160 km² (Barnaul (Russland) – 322 km²). Mehr als 70% des Territoriums wird von Bergen eingenommen (die Ostalpen).

Formal ist Liechtenstein mit der Schweiz verbunden, das Land wird von einem Fürsten regiert, dem das Volk bei einem der Referenden praktisch die gesamte Macht übertrug. Die Währung des Landes ist der Schweizer Franken.

Liechtensteiner Gefängniszellen erinnern eher an ein Hotelzimmer. Im Übrigen versorgen sich die Insassen selbst, indem sie Essen bestellen ... aus einem Restaurant. Doch die Gefängnisleitung erklärt dies weniger mit Sorge um die Gesundheit der Schützlinge, sondern vielmehr damit, dass ... man keinen separaten Koch einstellen möchte. Das Gefängnis ist, in der Regel, schwach besucht. Wozu also überflüssige Ausgaben? Gefangene mit einer Haftstrafe von mehr als zwei Jahren werden übrigens in österreichische Gefängnisse gebracht.

Die letzte militärische Intervention Liechtensteins, damals noch Teil des Deutschen Bundes, lässt sich auf 1866 zurückdatieren, in die Zeit des preußisch-österreichischen Krieges – damals bestand Liechtensteins Armee aus gerade mal 80 Menschen. Während der Kriegshandlungen kam nicht ein Soldat zu Schaden und die Armee kehrte vollständig nach Hause zurück. Allerdings bestand die Armee zu dieser Zeit bereits aus 81 Menschen – ein italienischer Soldat, mit dem sich die Soldaten des Zwergstaates angefreundet hatten, schloss sich der Armee Liechtensteins an. Sofort nach diesen Ereignissen wurde die Armee aufgelöst. Seit diesem Tag ist Liechtenstein einer der wenigen Staaten in der Welt, der keine Streitkräfte hat.

In der Zeit des Zweiten Weltkrieges bewahrte Liechtenstein seine Neutralität, war jedoch in Sachen Hilfe und Führung vollständig von der Schweiz abhängig.

Im Wesentlichen ist Liechtenstein ein Banken-Puffer für das Schweizer Banksystem – über Liechtenstein werden in beide Richtungen Bankgeschäfte getätigt, die die Schweiz (um ihr Gesicht und Image zu wahren) nicht direkt vollziehen kann.

Liechtensteins Banken zogen Kritik auf sich, nachdem der deutschen Staatsanwaltschaft im Februar 2008 eine CD mit den Daten von mehreren hundert BRD-Bürgern zur Verfügung gestellt worden war, die der Steuerhinterziehung verdächtigt wurden, weil sie Geld auf die Konten verschiedener liechtensteinischer Fonds überwiesen hatten.

Die wichtigste Einnahmequelle des Landes sind Steuern ausländischer Unternehmen, die in Liechtenstein registriert sind. Im Zusammenhang mit den niedrigsten Steuersätzen (nur 3% des Nettoeinkommens) sind in Liechtenstein mehr als 73,7 Tausend internationale Konzerne und Unternehmen registriert, häufig sogar ohne dort offizielle Vertretungen zu haben.

Neben Monaco und Andorra ist das Fürstentum Liechtenstein in der Liste der «Steueroasen» aufgeführt – Staaten, in denen Einwohner anderer Länder der Besteuerung entgehen.

⁴⁵ Die Fläche Monacos beträgt 2,02 km², von denen 0,4 km² Strand sind. Die Ost-West-Ausdehnung beträgt 2.300 m, die Nord-Süd-Ausdehnung – 1.600 m. Die Strandpromenade ist 3.829 Meter lang. Die Länge der Grenze beträgt 4,4 km – sie grenzt an Frankreich. In Monaco sind mehr als 4.000 Unternehmen registriert, die internationale Geschäfte tätigen. Ein Schlüsselsektor der Wirtschaft ist das Finanzwesen, das 17% des BIP ausmacht. Die Hauptspezialisierung ist das Privat-Banking und die Verwaltung von Privat-Kapital. Das Fürstentum hat 40 Banken und 50 Finanzunternehmen. Ihr Gesamtkapital übersteigt 100 Milliarden Euro. Sie befinden sich unter der Kontrolle der Bank Frankreichs.

Ein anderer wichtiger Sektor ist die Wissenschaft, Technik und Administration, die 16% des BIP einbringen. Der Umsatz dieses Sektors erreichte 1,2 Milliarden Euro. Das sind Forschung und Entwicklung, Expertise und Beratung sowie Dienstleistungen für Unternehmen. Jährlich besuchen mehr als 7 Millionen Menschen Monaco. Im Fürstentum gibt es mehr als 2.500 Hotelzimmer, 90% davon sind 4-5-Sterne-Zimmer.

⁴⁶ Die Fläche Luxemburgs beträgt 2.590 km² – 5 km² pro 1.000 Menschen (zum Vergleich: die Fläche Moskaus beträgt 2.511 km²).

Die Nord-Süd-Ausdehnung beträgt 82 km, die Ost-West-Ausdehnung – 57 km. Die Länge der Grenze beträgt 359 km (73 km mit Deutschland; 148 km mit Belgien). Trotz seiner winzigen Größe, hat Luxemburg 2 Flughäfen; ein 275 km langes Schienennetz; 2.899 km Autobahn.

In der Hauptstadt Luxemburgs leben etwa 110.000 Menschen und die Bevölkerungszahl des gesamten

die Schweiz (8,5 Millionen Einwohner) in der Welt nicht nur existieren, sondern sogar Subjekte der globalen Politik sein. Dabei sind die Armeen der «mit Ziffern gekennzeichneten» Staaten auf der Karte, in der Regel, auf die Größe des Militärorchesters begrenzt.

* * *

Der Vatikan

Die Stärke der Armee des Vatikans beträgt lediglich 110 Mann. Um in die Armee aufgenommen zu werden, muss man Bürger der Schweiz sein, eine Ausbildung in der Schweizer Armee absolviert haben, den katholischen Glauben praktizieren, eine Körpergröße von nicht weniger als 175 cm haben, Junggeselle sein und sich durch «außergewöhnliche Anmut auszeichnen», das heißt ein angenehmes Äußeres haben.

Die Armee des Vatikans – die Schweizer Garde⁴⁷ – trägt dabei demonstrativ eine mittelalterliche Kleidung und ist mit Hellebarden und Degen⁴⁸ bewaffnet.

Die grelle gestreifte Paradeuniform der Gardisten hat sich in den letzten 500 Jahren fast nicht verändert. Die tägliche blaue Uniform mit weißem Kragen wurde allerdings erst vor relativ kurzer Zeit eingeführt – im Jahr 1914. Als Kopfbedeckung wird eine dunkle Baskenmütze oder ein Helm verwendet. Die Uniform wird für jeden Gardisten individuell angefertigt.

Herzogtums beträgt etwas mehr als 600.000 Menschen (Barnaul – 632.372 Menschen (2018)). Dabei fahren allerdings jeden Tag etwa 200.000 Menschen aus Frankreich, Belgien und Deutschland nach Luxemburg, um zu arbeiten. Im Jahr 2019 «macht der Finanzmarkt Luxemburgs 62% des Weltmarkts für internationale Investitionen aus, die sich auf 70 Länder verteilen. Allerdings ist die Quelle der Mittel, die sich unter der Kontrolle des Großherzogtums (Grand-Duché) befinden und bewahrt werden, nicht unbedingt Luxemburg». – teilte die Handelskammer Luxemburgs mit. Im Wesentlichen ist Luxemburg ein unternehmerisches Cluster, das im Interesse verschiedener Staaten agiert, die Luxemburg auch die Kompetenzen sichern, welche Luxemburg selbst für seine Existenz als Staat nicht zu sichern in der Lage ist.

⁴⁷ Außer der Schweizer Garde, wurden die letzten verbliebenen Militärformierungen – die Nobelgarde und die Palatingarde – vom Römischen Papst Paul VI. im Jahr 1970 aufgelöst.

Eine Liste der Militärformierungen des Vatikans:

Die Nobelgarde, päpstliche berittene Garde (aufgelöst im Jahr 1970).

Die Schweizer Garde, päpstliche Infanterie (gegenwärtig aktiv).

Die Palatingarde, päpstliche Miliz (aufgelöst im Jahr 1970).

Die Korsische Garde, päpstliche Miliz (aufgelöst im Jahr 1860).

Die päpstlichen Zuaven, päpstliche Verteidigungskräfte (aufgelöst im Jahr 1870).

Das Gendarmkorps, der Grenzdienst und die Militärpolizei (aufgelöst im Jahr 1970).

(Eine neue Einheit mit genau demselben Namen wurde 2002 mit 130 Mann gegründet. Sie ist jedoch offiziell als zivile Organisation eingestuft (zusammen mit der Feuerwehr des Vatikans)).

⁴⁸ Der Tradition nach, sind die Gardisten mit Hellebarden, Pike und Degen ausgerüstet. Allerdings werden ihnen bei der Ausführung der Dienstpflichten weitere Mittel zum Selbstschutz ausgehändigt – Granaten und Sprühdosen mit Tränen- oder Pfeffergas, sowie Schussfeuerwaffen. Heutzutage werden die Wachen im Umgang mit den SIG-Sturmgewehren ausgebildet. Sie haben Zugang zu einer Auswahl an kompakten Pistolen und anderen automatischen Waffen.

Die Paradeuniform «Gala» gibt es in zwei Ausführungen: Gala und grand Gala (eine festlichere Variante der Uniform). Grand Gala findet nur bei den festlichsten Zeremonien Verwendung. Sie zeichnet sich durch einen besonders festlichen Helm, der mit Straußenfedern geschmückt ist, Rüstung und 154 andere einzigartige Details aus.



*Die kleinste Armee der Welt – die Armee des Vatikans.
Die alltägliche und die Paradeuniformen der Gardisten.*

Doch trotz des eher seltsamen Aufzuges der vatikanischen Armee, spielt dieser Zwerg-Staat insofern eine wichtige Rolle in Steuerungsprozessen globalen Ausmaßes, dass kein Staat der Welt den Vatikan ohne verheerende Folgen für sich selbst angreifen kann. Und zwar deshalb, weil der Vatikan die Hauptstadt des Katholizismus ist – das Konzentrationszentrum der Steuerung einer Weltreligion. Da der Vatikan über die Religion Zugang zur Lebensgestaltung in den verschiedensten Staaten der Welt hat, verfügt er über alle für die Existenz eines Staates erforderlichen Kompetenzen⁴⁹ im Übermaß, und zwar auf allen 6 Prioritäten der Allgemeinen

⁴⁹ Während des Großen Vaterländischen Krieges war der Premierminister Großbritanniens (1940-1945 und 1951-1955) Winston Churchill (1874-1965) zweimal in Moskau. Das erste Mal reiste er für die Teilnahme an der fünften in Folge und der zweiten von vier Moskauer Konferenzen der Länder der Anti-Hitler-Koalition an, die vom 12. bis 17. August 1942 stattfand. Damals wurde die Problematik gelöst, wie man es anstellen sollte, dass die Sowjetunion so lange wie möglich, allein gegen das Dritte Reich (das vereinte Europa) kämpfte.

Das zweite Mal befand sich Churchill vom 09. bis 19. Oktober 1944 in Moskau. Offiziell reiste er zur vierten Moskauer Konferenz der Länder der Anti-Hitler-Koalition, doch tatsächlich nahm er an Verhandlungen mit Stalin teil, um Pläne über die Teilung Europas in Einflussbereiche durchzuarbeiten, sowie die Bedingungen, zu denen sich die Sowjetunion daran beteiligen wird. In allen Gesprächen ging es genau darum. An einem dieser Tage nahm Stalin auf Einladung der Engländer an einem Mittagessen in der britischen Botschaft teil. Allein, dass Stalin eine fremde Botschaft besuchte, war für sich gesehen schon eine Sensation, da es andere solcher Beispiele einfach nicht gab. Doch Stalin hatte einen stichhaltigen Grund – das offizielle Programm für Churchills Verbleib in Moskau sah zu wenig Zeit für Gespräche unter vier Augen vor, und es gab sehr viele Themen, die diskutiert werden mussten, vorzugsweise in einem informellen Umfeld, um die Positionen der Parteien herauszufinden. Während des Mittagessens warf Churchill

das Thema über den Römischen Papst und seine Rolle in der globalen Politik auf. Der Inhalt dieses Gesprächs ist detailliert in den Memoiren von Stalins Dolmetscher während des Großen Vaterländischen Krieges, Walentin Michailowitsch Bereschkow, «Wie ich Stalins Dolmetscher wurde» dargelegt:

«Die 1983 vom sowjetischen Außenministerium veröffentlichte Dokumentensammlung "Sowjetisch-englische Beziehungen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941-1945" enthält überhaupt keine Aufzeichnungen des Gespräches zwischen Stalin und Churchill, das im Oktober 1944 stattfand. Obwohl die Ereignisse, die auf dieses Treffen folgten, die Möglichkeit einer inoffiziellen Vereinbarung bezeugten, ein endgültiges Urteil war schwer zu fällen.

...

Churchill begann zu erörtern, wie wichtig es sei, die Zusammenarbeit der drei Mächte in der Nachkriegszeit zu bewahren. Ob er aufrichtig war? Ich denke, kaum. Immerhin war er mit seiner Fulton-Rede von 1946 tatsächlich der erste, der den Beginn des «Kalten Krieges» verkündete. Doch unter dem Umstand, dass die UdSSR die Hauptlast des Kampfes gegen Hitlerdeutschland trug, war es 1944 wichtig, Stalin davon zu überzeugen, dass er in die Gesellschaft westlicher Demokratien aufgenommen wurde.

– In der künftigen Welt, wegen derer unsere Soldaten ihr Blut an den unzähligen Fronten vergießen, – sagte der britische Premier in seinem geschichtsorientierten, hochtrabenden Stil, – werden unsere drei großen Demokratien der gesamten Menschheit demonstrieren, dass sie sowohl in Kriegs-, als auch in Friedenszeiten den hohen Prinzipien der Freiheit, Würde und des Glücks der Menschen treu bleiben werden. Deshalb lege ich großen Wert auf die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen dem wiederauferstandenen Polen und der Sowjetunion. Aufgrund der Freiheit und Unabhängigkeit Polens trat Großbritannien in diesen Krieg ein. Die Briten fühlen sich dem polnischen Volk und seinen spirituellen Werten moralisch verpflichtet. Wichtig ist auch, dass Polen ein katholisches Land ist. Es darf nicht zugelassen werden, dass die innere Entwicklung dort unsere Beziehungen zum Vatikan erschwert...

– Wieviele Divisionen hat der Römische Papst? – unterbrach Stalin plötzlich die Rede Churchills.

Der britische Premier verstummte. Eine solche Frage hatte er nicht erwartet. Schließlich ging es um den moralischen Einfluss des Papstes, nicht nur in Polen, sondern auch auf der gesamten Erdkugel. Und Stalin bekräftigte erneut, dass er nur Stärke respektiert und brachte Churchill damit auf den Boden der Tatsachen zurück». – Bereschkow W.M. «Wie ich Stalins Dolmetscher wurde», Kapitel 6 «Stalin und Churchill» – «Churchills zweiter Besuch in Moskau» – http://militera.lib.ru/memo/russian/berezhkov_vm/06.html

Normalerweise wird dieses Gespräch so interpretiert, dass Stalin sich über den engstirnigen Churchill lustig machte und auf die Schwäche des Vatikans als Staat hinwies. Die Situation ist jedoch genau umgekehrt. Als Churchill den Vatikan als Subjekt einer zukünftigen Umstrukturierung der Welt vorschlug, fragte ihn Stalin direkt, welche Möglichkeiten der Vatikan zur Steuerung welcher Länder besitzt. Diese Informationen sind jedoch streng geheim, da man bereits durch die Kundgabe kleinster Informationen die Absichten und Möglichkeiten der Steuerung verschiedener Länder offenlegen könnte. Dies würde bedeuten, dass die UdSSR ihre globale, Außen- und Innenpolitik genauer überprüfen und ihre ressourcielle Stabilität stärken kann. Als Churchill verstand, dass er sich verplappert hatte, hörte er sofort auf, über dieses Thema zu sprechen.

Den Beweis dafür, dass ein solches Gespräch tatsächlich stattgefunden hat, lieferte Winston Churchill selbst in seinem Buch «Der Zweite Weltkrieg» (M., 1948-1955, Band 1, Kapitel 8). Nur stellte er als einen stümperhaften Politiker den französischen Außenminister Pierre Laval (1883-1945) hin, der in der Zeit vom Oktober 1934 bis Juni 1935 Außenminister war.

Pierre Laval war zweimal Premierminister von Frankreich: 1931-1932 und 1935-1936. Im Jahr 1934 war er Kolonialminister in der Regierung von Pierre Doumergue. Am 09. Oktober 1934 wurden der französische Außenminister (09. Februar - 09. Oktober 1934) Louis Barthou (1862-1934) und der König Jugoslawiens Alexander I. (1888-1934) in Marseille von Wlado Tschernosemski, einem Militanten der mazedonischen nationalistischen Organisation BMORK, die mit dem kroatischen Ustascha in Verbindung steht, erschossen.

Nach der Besetzung Frankreichs durch Deutschland im Jahr 1940 arbeitete Laval eng mit den Besatzern zusammen. Ohne Rücksprache mit anderen Regierungsmitgliedern, übertrug er das Recht auf Kupferminen in Bor (Jugoslawien) und die belgische Goldreserve, die nach Frankreich evakuiert wurde, an Deutschland. Er war auch daran beteiligt, französische Freiwillige in den Krieg gegen die Sowjetunion zu schicken. Am 18. April 1942 wird er

Steuerungsmittel. Deshalb braucht er auf Kosten der eigenen Ressourcen der Bevölkerung des Vatikan⁵⁰ selbst, weder das Bildungssystem, noch die Wissenschaft, Industrie, Landwirtschaft und dergleichen zu entwickeln. Dementsprechend wird die vatikanische Armee auch nur zu Vorführzwecken benötigt, manchmal auch zur Ausübung von Sicherheits- und polizeilichen Funktionen; aber nicht für wirkliche Kampfhandlungen.

Die Stärke des Vatikan liegt nicht in der Armee, sondern in der Ideologie, die in den Ländern herrscht, die am Prozess der Globalisierung beteiligt sind. Der «Vatikan» brachte nur ein Mal seine Stärke zum Ausdruck, doch dieser Ausdruck erschreckte alle europäischen «Eliten» und entmutigte sie für immer, dem «Vatikan» zu widersprechen.

In allen europäischen Sprachen gibt es eine Redewendung «der Gang nach Canossa», was eine notgedrungene Ergebenheit, einen Akt der Reue und der Unterwerfung einer höheren Macht/einem stärkeren Druck bedeutet. Dieser Ausdruck fand in diese Sprachen Eingang, weil er mit einem historischen Ereignis verbunden ist, das praktisch alle europäischen Länder in der Zeit des Heiligen Römischen Reiches betrifft – der überstaatlichen Union italienischer, deutscher, fränkischer, westslawischer Staaten und Völker, sowie des Balkans, die von 962 bis 1806 existierte (ab 1512 – Heiliges Römisches Reich deutscher Nation).

Der deutsche König und Kaiser des Heiligen Römischen Reiches, Heinrich IV. (geboren am 11. November 1050, Goslar, Deutschland und gestorben am 07. August 1106, Lüttich, Belgien), trat in einen Konflikt mit dem Römischen Papst (22. April 1073 – 25. Mai 1085) Gregor VII. (lat. Gregorius PP. VII.; in der Welt Hildebrand ital. Ildebrando (oder Aldobrandeschi oder Dhiltprandus); 1020/1025 – 25. Mai 1085). Anlass für den Konflikt war der Wunsch, Bischöfe und Äbte selbst zu ernennen. Dies war keine formelle Personalangelegenheit oder eine Frage der Gerichtsbarkeit der Kirche. Es handelte sich um eine wesentliche Frage – die Frage der Vorherrschaft der Macht im Imperium. Die Kirche bestimmte die Denkweise der Bevölkerung, bildete für sie die Ideologie des Staates.

Seit dem 8. Jahrhundert war das Papsttum von weltlichen Herrschern abhängig – zuerst von fränkischen Königen, und später vom deutschen Kaiser. Die Kaiser stürzten und ernannten die Päpste nach ihrem Gutdünken. Häufig wurden willkürlich ausgewählte Menschen zu Geistlichen, die keinen geistlichen Titel hatten. Die Simonie – der Verkauf von kirchlichen Ämtern – wucherte.

Regierungschef in Vichy. Anschließend sicherte er sich die Ämter des Außen- und Innenministers sowie des Informationsministers.

1945 wurde Pierre Laval wegen Hochverrats zum Tode durch Erschießung verurteilt. Das Urteil wurde am 15. Oktober 1945 vollstreckt.

Zweifelloos war es für Churchill günstig, dem hingerichteten Politiker die Schuld an seinem diplomatischen Versagen zu geben – er würde nicht antworten können. Tatsache ist jedoch, dass die Gesprächsthematik über den Papst nicht mit dem Jahr 1935 in Verbindung gebracht werden konnte, erst recht nicht unter dem Vorwand, dass die UdSSR dem Vatikan das Recht auf ideologische Arbeit in der UdSSR einräumen sollte – einem atheistischen Staat, dessen Ideologie direkt nicht die geringste Möglichkeit einer kirchlichen Beteiligung im gesellschaftspolitischen Leben des Landes zuließ.

⁵⁰ Welche, übrigens, aus den höchsten Hierarchen der katholischen Kirche und dem Personal besteht, das ihnen dient.

Die Bischöfe waren gleichzeitig Großgrundbesitzer – sie erhielten vom Kaiser formell Land zu Vasallenbedingungen. Die Kaiser benötigten die Unterstützung der Bischöfe, welche die Kirche auf dem Territorium des Reiches leiteten, da es die Kirche war, durch die das untertänige der Menschen geformt wurde – die Kirche beherrschte die Köpfe der Menschen. Deshalb konnte die Kirche keine Situation zufriedenstellen, in der sie von der weltlichen Macht abhängig war. Im 10. Jahrhundert begann der Prozess der Formierung der Kirche als überstaatliches Steuerungssubjekt. Im Jahr 1059 wurde ein Kardinalskollegium eingerichtet, dessen ausschließliche Zuständigkeit es war, die Wahl des Pontifex durchzuführen. Der nächste Schritt bestand darin, die Ernennung von Prälaten ausschließlich in die Zuständigkeit der Institution des Papsttums zu übertragen.

Der Kaiser wollte, dass die Ideologie, die die Kirche in die Köpfe der Menschen pflanzte, von ihm selbst geformt wurde. Und im Interesse des Staates wollte Heinrich IV. die Steuerung des Reiches von überstaatlicher Ebene aus stoppen. Deshalb entschied er, einen, wie ihm schien, günstigen Moment der Schwäche der römisch-katholischen Kirche zu nutzen, und die Ernennung von Prälaten ausschließlich der weltlichen Führungsebene zu sichern.

Die Konfrontation trat 1075 in eine akute Phase ein, in der der Römische Papst dem Kaiser untersagte, die Investitur den Prälaten zu überreichen, und daraufhin mehrere deutsche Bischöfe entfernte. Daraufhin versammelte der Kaiser in Worms den höchsten deutschen Klerus und kündigte die Absetzung des Papstes an. Auf der Fastensynode 1076 in Rom erklärte Gregor VII., dass Heinrich IV. sich gegen die Kirche gestellt hat und deshalb kein König sein kann, weshalb er entthront und aus der Kirche ausgeschlossen wird. Und denjenigen, die dem Römischen Papst als Vertreter Gottes auf Erden den Gehorsam verweigern und mit dem verbannten Regenten weiterhin in Verbindung stehen, werden alle Machtbefugnisse genommen. So wurden alle Untertanen Heinrichs IV. von dem Treueid befreit, den sie ihm zuvor geleistet hatten. Gregor VII. verlautbarte auch, dass nach genau einem Jahr die Exkommunikation Heinrichs IV. dauerhaft und unwiderrufbar wird.

Jeder Regent eines Staates hat, auf die eine oder andere Weise, eine formierte Opposition, die permanent auf den Moment wartet, den Regenten abzusetzen. Eine solche Opposition hatte auch Heinrich IV. Nach seiner Exkommunikation nahmen auch die deutschen Fürsten von ihm Abstand, die früher seine Verbündeten waren. Trotzdem gelang es nicht, Heinrich IV. sofort zu stürzen. Doch auf der Staatsversammlung in Trebur im Oktober 1076 wurde von ihm gefordert, das entstandene Problem bis zum Februar des nächsten Jahres zu lösen, andernfalls fände am 02. Februar 1077 in Augsburg die Wahl eines neuen Kaisers statt, bei der, möglicherweise, auch der Römische Papst zugegen sein würde. Heinrich hatte nur 3 Monate Zeit, um die Probleme zu lösen. Und im Dezember 1076, als er keinen anderen Ausweg sah, als Buße zu tun, begab sich der entthronte König mit einem kleinen Gefolge über die verschneiten Alpen nach Italien. Seine Feinde versuchten ihn aufzuhalten, indem sie die Bergpässe blockierten. Heinrich IV. musste einen Umweg über Burgund nehmen, wobei er auf diesem Weg wertvolle Tage verlor.

Die Legende besagt, dass Heinrich IV. nach seiner Überquerung der Alpen über den Mont-Cenis-Pass, sich bekehrte – er zog ein Büßergewand an und ging barfuß weiter. Es heißt, dass viele aus seinem Gefolge seinem Beispiel folgten und ebenfalls die Schuhe auszogen. Am 25. Januar 1077 erreichte Heinrich IV. die Tore der Festung von Canossa, wo sich zu dieser Zeit der Römische Papst Gregor VII. aufhielt.

Jedoch weigerte sich der Papst Gregor VII. Heinrich IV. zu empfangen. Nach Informationen aus erster Hand (Briefe, die Heinrich IV. und Gregor VII. in den folgenden Jahren schrieben) wartete Heinrich IV. drei Tage vor den Toren der Festung. Die ganze Zeit über fastete er und zog das Büßergewand nicht aus.

Schlussendlich öffneten sich die Tore am 28. Januar 1077 und Heinrich IV. wurde in die Festung gelassen. Mittelalterliche Quellen berichten, dass er vor dem Papst Gregor VII. niederkniete, Buße tat und ihn um Vergebung bat. Papst Gregor VII. verzieh dem vor der Kirche um Verzeihung bittenden Imperator und rief ihn dazu auf, in den Schoß der Kirche zurückzukehren. Noch am selben Abend teilten Gregor VII., Heinrich IV. und Mathilde von Canossa⁵¹ das Abendmahl in der Kathedrale St. Nikolaus in der Festung, was die offizielle Aufhebung der Exkommunikation bedeutete.

So erteilte der «Vatikan»⁵² allen europäischen Regenten eine Lektion darin, dass die Dritte Priorität der ASM bedeutend mächtiger ist, als die Sechste Priorität der ASM – die gewöhnliche Gewalt, auf die Heinrich IV. setzte.

Der «Vatikan» hat allen anschaulich demonstriert, dass Ideen die Welt regieren, dass es die Ideen sind, die bestimmen, was und wen es zu verteidigen gilt und gegen was und wen der Mensch eine Waffe in die Hand nimmt. In der Realität kontrolliert derjenige die Armee, der die Köpfe der Soldaten beherrscht, und nicht derjenige, der sich offiziell in der Position des Kommandeurs der Armee befindet.

Die Lektion war dermaßen eingängig, dass sie begrifflich in den europäischen Sprachen in Form eines Idioms festgehalten wurde. Und niemand versuchte mehr dem «Vatikan» zu widersprechen.

Im Laufe der Zeit sagte sich der «Vatikan» allmählich von den durch seine Bevölkerung⁵³ gewährleisteten Kompetenzen los und verlagerte die Pflicht, dem «Vatikan» die Kompetenzen zu gewährleisten, die für das Funktionieren eines Staates nötig sind, vollständig auf andere Staaten. In der heutigen Zeit sichert sich der Vatikan, der strukturlos in die Steuerung derjenigen Länder und Völker eingreift, die sich zum Christentum bekennen, alle für das Funktionieren des Staates

⁵¹ Mathilde von Tuszien (ital. Matilde, lat. Mathildis; geboren im Jahr 1046, gestorben am 24. Juli 1115 in Bondeno), auch Mathilde von Canossa (ital. Matilde di Canossa), manchmal die Große Gräfin (ital. la Gran Contessa) – eine Markgräfin aus der Toskana, eine der loyalsten Anhänger von Papst Gregor VII. während des Kampfes um die Investitur, eine der wenigen Frauen des Mittelalters, die Kriegshandlungen durchgeführt haben.

⁵² Die offizielle Bezeichnung «Vatikan» fand erstmals in den Lateranverträgen Verwendung, die am 11. Februar 1929 zwischen dem «Heiligen Stuhl» und der Regierung Italiens unter der Führung von B. Mussolini geschlossen wurden, welche des Status des modernen Stadtstaates festlegten.

⁵³ D.h. die Bevölkerung der Länder und Staaten, an deren Steuerung sich der «Vatikan» strukturlos beteiligte.

nötigen Kompetenzen im Übermaß. Gerade deshalb wird sich kein Staat der Welt dafür entscheiden, gegen den Vatikan aufzutreten, da der durch diese Aggression gegen den Vatikan entstehende Schaden den für den Aggressor daraus entstehenden Nutzen weit übersteigt, falls es überhaupt einen Nutzen geben wird. Doch der Untergang des Aggressorstaates ist durchaus wahrscheinlich, da der Vatikan, im Unterschied zu den meisten Staaten der Welt, ein Subjekt der globalen Politik ist. Und solche Staaten, wie Indonesien (266 Millionen Einwohner), Nigeria (189 Millionen Einwohner), Äthiopien (102 Millionen Einwohner), Tansania (55 Millionen Einwohner), Kenia (48 Millionen Einwohner), die Ukraine (40 Millionen Einwohner), Malaysia (32 Millionen Einwohner) und Kasachstan (18 Millionen Einwohner) sind ausschließlich Objekte der globalen Politik. Dementsprechend ist es unerheblich, wie mächtig ihre Armee ist oder wie modern die Waffen sind, mit der die Armee ausgerüstet ist – all das wird nicht helfen, der Zerstörung des Staates zu entgehen, wenn eine solche Entscheidung auf der Ebene der Konstrukteur-Staaten getroffen wird. Dazu muss nicht einmal eine Militärinvasion nötig sein.

Das passiert deshalb, weil alle Projektstaaten in der globalen Politik verschiedene Bestimmungen haben und dementsprechend ist auch ihre internationale Situation und ihre Rolle in der internationalen Politik verschiedenartig.

Die Tschechoslowakei

So ging der GP, als er die Tschechoslowakei im Jahre 1918 projektierte, davon aus, dass es ein «souveräner» Staat sein sollte, damit im Falle eines Konfliktes mit den Nachbarstaaten und eines wahrscheinlichen Krieges «aus Dummheit» dieser Staaten, die Tschechoslowakei alle Möglichkeiten zur selbstständigen Abwehr der Aggression haben sollte, unter den Bedingungen, dass entsprechend der damaligen realen Sachlage, die Hilfe von der supranationalen Ebene sich verspäten könnte. Um die Souveränität eines Staates zu gewährleisten, ist es notwendig, dass er im Falle eines Krieges «aus Dummheit» über ein Spektrum von Kompetenzen verfügt, welche ausreichen, einen Staat entsprechend der vollen Funktion zu steuern.

Um einen Staat mit dem nötigen Spektrum an Kompetenzen auszustatten, muss eine Unabhängigkeit in der Lebensmittelversorgung bei einer hohen Entwicklung der Hochtechnologieproduktion gewährleistet werden. Darum wurde das industriell entwickelte Tschechien (Mähren und Schlesien) mit der landwirtschaftlichen Slowakei (und Karpatenrussland) vereint.

Die tschechischen Länder waren industriell wesentlich höher entwickelt als die der Slowakei. In Tschechien, Mähren und Schlesien waren 39% der Bevölkerung im Bereich der Industrie beschäftigt, 31% in Land- und Forstwirtschaft. Der Großteil der Leicht- und Schwerindustrie befand sich im Sudetenland, gehörte den Deutschen und befand sich unter der Kontrolle der deutschen Banken. Die Tschechen kontrollierten lediglich 20-30% der gesamten

Industrie. In der Slowakei waren 17,1% der Bevölkerung in der Industrie beschäftigt und 60,4% arbeiteten in der Land- und Forstwirtschaft. Nur 5% der gesamten Industrie befanden sich in den Händen der Slowaken. Das Karpatenrussland hatte im Wesentlichen keine Industrie.

Zusammensetzung der Tschechoslowakei 1918 - 1926(Bevölkerung für das Jahr 1927)						
Region	Historischer Status	Status	Hauptstadt	Fläche, km	Bevölkerung	Anschlußdatum
Tschechien (Bohemien)*)	*Länder der Pfälzischen Krone		Prag	52.064	6.922.600	am 22 Oktober im Jahre 1918
Mähren			Brno	22.315	2.806.500	
Schlesien			Troppau	4.423	721.500	
Slowakei			Bratislava	48.904	3.222.600	
Karpatenrussland*)	*Länder von Oberungarn		Utschgorod	12.665	683.400	am 10 September des Jahres 1919
*) Schreibweise der Primärquelle (Kleine Sowjetische Enzyklopedie, ersch. 1931)						

Indonesien und Nigeria

Das Projektieren solcher Staaten wie Indonesien oder Nigeria verlief im Rahmen der Umformatierung des globalen kolonialen Systems, als die Kolonisatoren ihren Kolonien auf eine solche Weise verließen, um dort in Wirklichkeit auf Jahrhunderte zu bleiben.

So sind z.B. in Indonesien die ethnisch-religiöse (ethno-konfessionelle) Konflikte derart zugespitzt, dass genau diese die Hauptbedrohung für die Existenz eines einheitlichen Staates darstellen. Dabei ist Indonesiens Wirtschaft extrem schwach und trägt einen ausschließlich auf Export ausgerichteten Charakter. D.h. die industrielle Produktion existiert lediglich als ein Segment (Produktionshalle) globaler transnationaler Unternehmen. Was auch an der Struktur des BIP abzulesen ist, wo der Anteil der industriellen Produktion für das Jahr 2015 42,8% darstellt, der der Dienstleistungen 43,6% und der Anteil der Landwirtschaft 13,6%. In der Industrie sind derweil 13,2%, in der Landwirtschaft 38,9% und im Bereich der Dienstleistungen 47,9% der beschäftigten Bevölkerung tätig. Die gesamte Anzahl der arbeitsfähigen Bevölkerung beträgt 122,4 Millionen Menschen (4. Platz auf der Welt), die Arbeitslosenquote ist eine der niedrigsten auf der Welt – 5,5% (60. Platz in der Welt).

Ungefähr die selbe Situation ist auch in Nigeria. 95% der Einnahmen aus dem Ausland (Deviseneinnahmen) und 80% der Einnahmen des Staates werden aus der Förderung des Erdöls und seinem Verkauf ins Ausland bezogen. Nigeria ist eines der Hauptlieferanten von Erdöl nach Westeuropa und belegt den fünften Platz bezüglich der Rohöllieferungen in die USA. Im Juni 2004 erreichten die nigerianischen Öllieferungen in die USA 1,2 Mio. Barrel am Tag, was 9,3% des us-amerikanischen Rohölimports ausmacht. Nun könnte man sagen, ist doch alles wunderbar, mach dir ein schönes Leben, nutze die von Gott gegebenen Reichtümer und verbessere das Leben

deiner Bevölkerung. Aber seit dem Moment der Erlangung der «Unabhängigkeit» wird das Land durch ethnisch-religiöse (ethno-konfessionelle) Konflikte auseinandergerissen und im Land sind viele terroristische Organisationen aktiv.

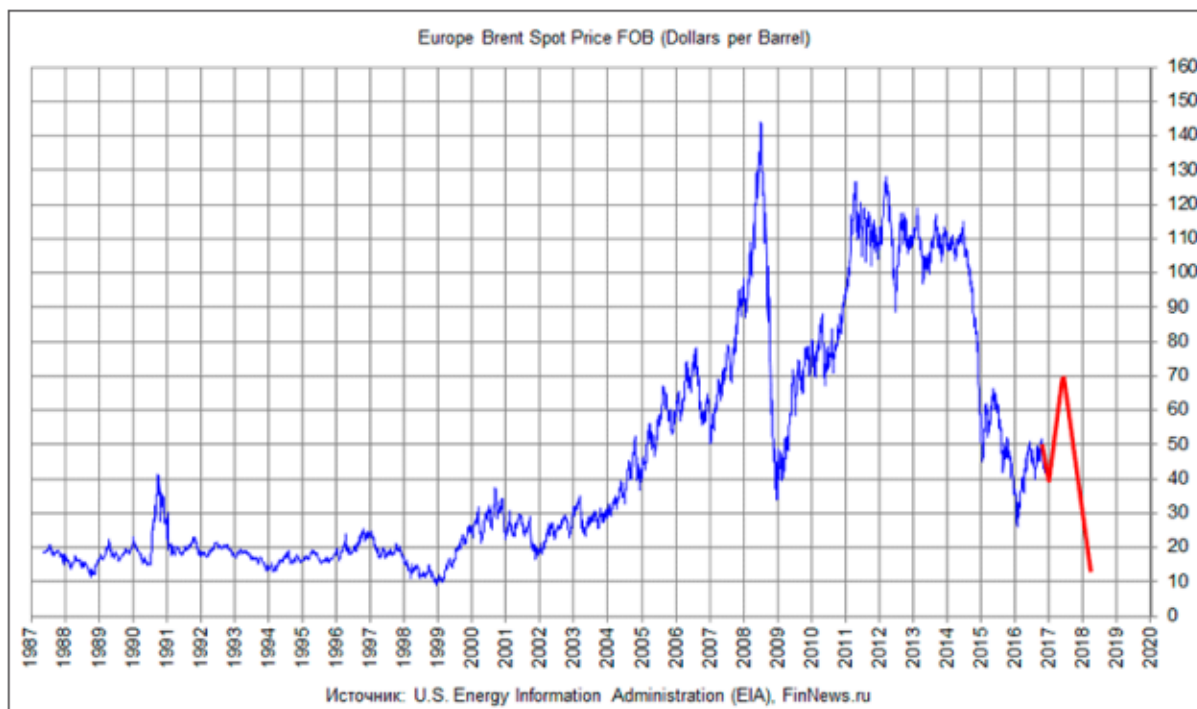
Seit der ersten Hälfte der 2000er Jahre bis heute ist auf dem Territorium von Nigeria und dem der benachbarten Länder die terroristisch islamistische Gruppierung «Boko Haram» aktiv, welche das Einführen der Normen der Scharia und das Ausmerzen der «westlichen Einflüsse» fordert (westlicher Bildung, der Wahlen usw.). Außer «Boko Haram» gibt es noch weitere verschiedene bewaffnete Formierungen wie MEND, Bakassi Boys, Egbesu Boys, Niger Delta People's Volunteer Force, welche Sprengstoffanschläge verüben und Geiselnahmen an ausländischen Arbeitern (Expats) durchführen. Der Schaden, den sie den Förderunternehmen zufügen, ist nur symbolisch, doch die Ökonomie von Nigeria greifen sie an der Wurzel an, indem sie den Staat zwingen die Preise für das geförderte Öl ständig zu senken. Und das sogar unter Bedingungen, wo man es scheinbar überhaupt nicht machen darf. So erfasste z.B. im Jahre 2008 die ganze Welt eine Wirtschaftskrise. Jedoch genau zu dieser Zeit (im Jahr 2009), vor dem Hintergrund der globalen Rezession, schufen die Angriffe der nigerianischen militanten Kämpfer auf die Ölförderanlagen Bedingungen, unter welchen das nigerianische Öl für das nigerianische Volk billiger wurde und die Basis für den Anstieg der Ölpreise auf dem Weltmarkt geschaffen wurde⁵⁴.

⁵⁴ «Der Durchschnittsjahrespreis für Erdöl der Marke Brent» – <http://kurs-dollar-euro.ru/cena-neft-pogodam.html>.

«Am 4. Juli 2008 haben die Ölpreise der Marke Brent ein historisches maximum erreicht – \$143,95.

Der Beginn der Weltfinanzkrise im Jahre 2008 führte zum Einsturz der Preise – bis zu \$33,73 (26. Dezember). Ab dem Juni 2009 begann der Preis für Brent langsam wieder zu steigen. Im Durchschnitt betrug der Preis für das Jahr 2009 pro \$61,74 Barrel.

Zwischen März und Dezember 2010 war der Preis stabil bei \$70-80 pro Barrel. Im Dezember 2010 begann er wieder zu steigen. Am 1. Februar wurde der Barrel wegen der Krise in Libyen wieder teurer als \$100 und erreichte im April die Höhe von \$124-126. Die Preissteigerung wurde, durch den fehlenden Ölexport aus Libyen mittels Lieferungen aus strategischen Reserven der Internationalen Energieagentur und der USA kompensiert (insgesamt etwa 90 Mio. Barrel Mitte des Jahres 2011). Der Preis von Brent schwankte bis zum Februar 2012 zwischen \$105-115 pro Barrel. Nach dem Erreichen einer Höchstmarke am 13. März 2012 (\$128,14) fiel der Preis wieder aufgrund von Problemen in der Eurozone und der politischen Krisen in Frankreich und Griechenland». – «Die Entwicklung der Preise für Erdöl ab dem Jahr 1990. Dossier TASS», 14. November 2014, 20:33 (Erneuert am 24. August 2015, 14:56) – <https://tass.ru/ekonomika/1572991>.



Im Ergebnis hat das Volk Nigerias vom Verkauf ihrer Ressourcen ins Ausland nichts. So müssen, nach den Daten der Weltbank für das Jahr 2010, 84,5% der Bevölkerung von Nigeria mit nur \$2 am Tag unter den Bedingungen des Mangels an Elektrizität und Wasser auskommen. Den Schätzungen nach leben in nordöstlichen Regionen 75% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze (was den Indikator der südlichen Regionen des Landes ungefähr um das Doppelte übersteigt). In der Industrie sind 10% der Arbeiter beschäftigt in der Landwirtschaft 70%, im Dienstleistungssektor 20%. Dabei muss besonders betont werden, dass im Jahre 2014 Nigeria, der führende Ölproduzent in Afrika, zur stärksten afrikanischen Ökonomie wurde und dabei, was den BIP angeht, Südafrika überholte.

Die gezeigten Beispiele veranschaulichen deutlich, dass, beim formieren neuer Staaten, die Kolonisatoren dort ethnisch-religiöse Konflikte anlegten, ein Volk auf zwei verschiedene Staaten verteilten und die Staatsführung so formten, dass der koloniale Charakter der Ökonomie erhalten blieb. Auf diese Weise wurden die ehemaligen westlichen Kolonien auch nach der «Liquidierung» des globalen kolonialen Systems zu Kryptokolonien, indem sie zwar eine für die selbstständige Erlangung eines notwendigen Spektrums der Kompetenzen, um als Staat zu bestehen, offenbar eine ausreichende Bevölkerungszahl aufwiesen, dennoch der Struktur ihrer Ökonomie, des politischen Aufbaus und des Bildungssystems nach unter solche Bedingungen gestellt wurden, dass der Staat sich unter keinen Umständen ein für die Souveränität notwendiges Spektrum von Kompetenzen aneignen kann und die Bevölkerung der «Staaten» ausschließlich mit den Fragen des Überlebens und nicht der Entwicklung beschäftigt ist. Die Bevölkerung dieser «Staaten» sollte nur daran denken, nicht zu verhungern und nicht daran, Bedingungen für die Existenz ihres Staates sicherzustellen und erst recht nicht an die Gewährleistung der Souveränität des Staates.

Die Ukraine

Die Ukraine – als Nachfolgerin der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, eines Teils der UdSSR – verfügte im Jahr 1991, am Anfang ihres Weges in Form eines «unabhängigen» Staates, über das für die Souveränität nötige Satz an Kompetenzen, um als Staat zu existieren. Doch da die Ukraine von Anfang an ein Projektstaat war, hatte sie nicht die geringste Chance, diese Kompetenzen zu bewahren und nicht nur als souveräner, sondern überhaupt als Staat zu bestehen. Der Entzug der Kompetenzen begann mit dem Akt der «Unabhängigkeit». Als der Ukraine die Atomwaffen entzogen wurden, stellte das das bezeichnendste Ereignis des Verlustes der Kompetenzen dar.

Im Jahre 1991 wurde die Ukraine nach den USA und Russland⁵⁵ der drittgrößte Atomstaat der Welt mit mehr als 1.900 Atomsprenköpfen für strategische Raketen. Anfang 1992 hatte die Ukraine außerdem etwa 2.600 taktische Atomsprenköpfe.

Auf dem Gebiet der Ukraine befanden sich 220 Einheiten strategischer Atomwaffenträger: 176 interkontinentale Ballistik-Raketen, 44 schwere Bomber, die 492 Marschflugkörper mit großer Reichweite in die Luft befördern konnten. Darüber hinaus waren etwa 100 Marschflugkörper für den Austausch der Waffen bei Reparaturen, routinemäßigen Wartungsarbeiten usw. auf Lager.

Im Dezember 1991 bis Februar 1992 wurden im Rahmen der GUS diverse Abkommen unterzeichnet, die den Status der Atomwaffen der ehemaligen UdSSR festlegten. Der Inhalt war folgender:

- vier Staaten der ehemaligen UdSSR – die Russische Föderation, die Ukraine, Weißrussland und Kasachstan – verpflichteten sich, gemeinsam eine Politik im Atomwaffenbereich auszuarbeiten;

⁵⁵ Nach Angaben der amerikanischen Organisation Arms Control Association verfügte die UdSSR im September 1990 über 10.271 Atomsprenköpfe, die USA über 10.563 Sprengköpfe. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR befanden sich Atomwaffen auf dem Territorium eines zuvor vereinten UdSSR-Staates, der in Gebiete mit neuen Staatsgebilden unterteilt war. Somit belegten die Ukraine und Kasachstan entsprechend den dritten und vierten Platz nach den USA und Russland in Bezug auf die Menge der Atomladungen. Die Ukraine verfügte über 1.240 Atomsprenköpfe, alle mit individueller Steuerung. Kasachstan verfügte über 1.040 (1.150) Atomsprenköpfe derselben Klasse.

<https://mikle1.livejournal.com/2275163.html> (Russisch)

<https://translate.google.com/translate?sl=auto&tl=de&u=https://mikle1.livejournal.com/2275163.html>

(Automatisch Übersetzt)

- die Ukraine und Weißrussland verpflichteten sich, dem NVV⁵⁶ als nichtnukleare Staaten beizutreten;
- bis zum 01. Juli 1992 sollten taktische Atomwaffen in die Russische Föderation exportiert und dort in zentralen Fabrikbasen zur Zerlegung unter gemeinsamer Kontrolle untergebracht werden;
- bis zur vollständigen Vernichtung der Atomwaffen auf dem Gebiet der Ukraine wird über deren Anwendung der Präsident der Russischen Föderation die Entscheidung treffen, in Absprache mit der Staatsführung der Ukraine, Weißrusslands und Kasachstans;
- die gemeinsame Kontrolle über die Atomwaffen der ehemaligen UdSSR wird aufrechterhalten und ein gemeinsames Kommando der Strategischen Kräfte geschaffen;
- bis zur vollständigen Vernichtung befinden sich die Atomwaffen, die in der Ukraine stationiert sind, unter der Kontrolle des gemeinsamen Kommandos der Strategischen Kräfte;
- strategische Atomwaffen, die in der Ukraine stationiert sind, müssen bis Ende 1994 vernichtet werden;
- die Strategischen Kräfte (allem voran die nuklearen Abschreckungskräfte) fungieren als «unabhängige strategische Allianz». Die direkte Kontrolle über sie erfolgt durch den Befehlshaber der Strategischen Streitkräfte, der dem Oberbefehlshaber der Vereinten Streitkräfte der GUS und dem Rat der Staatsoberhäupter untersteht;
- das mobile Eigentum der Strategischen Kräfte (einschließlich Atomwaffen und ihrer Träger) «befindet sich in ihrem Besitz und in ihrer Nutzung».

⁵⁶ Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag (eng. Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, abgekürzt Non-Proliferation Treaty, NPT) – ein multilateraler internationaler Akt, der vom Abrüstungsausschuss der Vereinten Nationen erarbeitet wurde, um eine solide Barriere auf dem Weg zur Erweiterung des Kreises der Länder zu schaffen, die über Atomwaffen verfügen, sowie um die notwendige internationale Kontrolle über die Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen durch die Staaten zu gewährleisten, um die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts mit dem Einsatz solcher Waffen zu begrenzen und um breite Möglichkeiten für die friedliche Nutzung von Atomenergie zu schaffen.

Genehmigt durch die Generalversammlung der UNO am 12. Juni 1968 und zur Unterzeichnung am 01. Juni 1968 in Moskau, Washington und London freigegeben. Ratifiziert von der UdSSR am 24. November 1969 (die Russische Föderation ist der Rechtsnachfolger der UdSSR bezüglich der Erfüllung des Vertrags). Trat am 05. März 1970 in Kraft, nachdem Ratifikationsurkunden von den Depositarstaaten (die UdSSR (unterzeichnete 1968), die USA (1968), Großbritannien (1968)), sowie von 40 anderen Ländern hinterlegt wurden. Frankreich und die Volksrepublik China unterschrieben den Vertrag im Jahre 1992. Am 11. Mai 1995 einigten sich über 170 teilnehmende Länder darauf, den Vertrag auf unbestimmte Zeit ohne zusätzliche Bedingungen zu verlängern.

Die Vertragsparteien sind fast alle unabhängigen Staaten der Welt. Israel, Indien, Pakistan und die Demokratische Volksrepublik Korea sind keine Vertragsparteien.

Die erste Kolonne mit Nuklearwaffen verließ die Ukraine im März 1994. Die Ausfuhr der Nuklearwaffen dauerte 27 Monate und verlief stets über dem Zeitplan. In der Nacht zum 2. Juni 1996 wurde aus der Ukraine ein Staat, auf dessen Territorium sich keine Atomwaffen⁵⁷ befinden.

Was das hochmoderne Flugzeug Tu-160, das in der Welt bisher einzigartig ist, betrifft, so befanden sich nach dem Zerfall der UdSSR auf dem Luftwaffenstützpunkt Pryluky in der Ukraine 19 Flugzeuge des Typs Tu-160. Seit 1998 wurden im Rahmen des amerikanischen Nunn-Lugar-Programms in der Ukraine 10 Flugzeuge vernichtet, eines wurde an das Poltawa-Museum für Langstreckenluftfahrt übergeben und die restlichen acht wurden als Zahlung für Erdgas nach Russland transferiert.

Die Zerstörung der Tu-160 wurde in Anwesenheit der US-Senatoren Richard Lugar und Carl Levin begonnen. Als erstes wurde die Tu-160 mit der Bordnummer 24 zerschnitten, die 1989 fertiggestellt worden war und 466 Flugstunden absolviert hatte. Als zweite wurde die Tu-160 mit der Bordnummer 13 verwertet, die 1991 gebaut wurde und unter 100 Flugstunden absolviert hatte.

Am 08. September 1999 wurde in Jalta ein zwischenstaatliches Abkommen zwischen der Ukraine und Russland unterzeichnet, über den Austausch von 8 Tu-160, 3 Tu-95MS, 575 Marschflugkörpern und Flughafenausrüstung, als Zahlung für aus Russland geliefertes Erdgas im Wert von von 285 Millionen Dollar. Der Transfer wurde am 21. Februar 2000 abgeschlossen, als die letzten beiden Tu-160 zum Militärflugplatz «Engels-2» flogen.

Bulgarien

Als Beispiel dafür, dass ein Staat, der weniger als 10 Millionen Einwohner hat, nicht in der Lage ist, das Funktionieren des Staates im Interesse der eigenen Bevölkerung zu gewährleisten, lässt sich Bulgarien anführen – unerheblich welche Periode des bulgarischen Staates, welcher übrigens auch ein Projektstaat ist.

Hier ein Beispiel für die Position Bulgariens in der modernen Welt.

So lehnte Bulgarien, mit einer Bevölkerung von 7 Millionen Menschen⁵⁸, die Verlegung der Gasleitung «South Stream» durch das eigene Territorium ab. Für Bulgarien war es sowohl wirtschaftlich als auch politisch ein äußerst lukratives Projekt. Der direkte Befehl aus Washington, sich von diesem Projekt zu distanzieren, wurde zwar von der bulgarischen Regierung zur Ausführung angenommen, jedoch nicht sofort. Es wurde zuerst versucht den Hausherren in

⁵⁷ «Der nukleare Faktor in der Außenpolitik der Ukraine (1991–1996)» (die russische Bezeichnung: Ядерный фактор во внешней политике Украины (1991–1996 гг.)), Weißrussisches Journal für internationales Recht und internationale Beziehungen. – 2004, Nr. 3 – <http://evolutio.info/ru/journal-menu/2004-3/2004-3-rafeenko>

⁵⁸ Das sind die Zahlen der offiziellen Statistik. Tatsächlich bewegt sich die Bevölkerungszahl Bulgariens in einer Größenordnung von 5 Millionen.

Übersee davon zu überzeugen, Bulgarien die Teilnahme an diesem Projekt zu erlauben⁵⁹. Die Türkei, mit einer Bevölkerung von 80 Millionen Menschen, widerstand dem Druck der USA und begann das Projekt «Turkish Stream» zu realisieren, was im Wesentlichen eine Variante des Vorgänger-Projekts «South Stream» ist – es wurde lediglich die Route der Gaspipeline für den Transfer des Gases geringfügig geändert – die Route nach Bulgarien wurde durch eine Route in die Türkei ersetzt. Dementsprechend stärken sowohl alle wirtschaftlichen, als auch politischen Vorteile, die aus der Realisierung dieses Projekts entstehen, nur den türkischen Staat und schwächen die Stabilität des bulgarischen dahingehend, dass er unter das Protektorat der Türkei fallen könnte. Das würde einer Rückkehr Bulgariens in den Zustand vor dem Russisch-Türkischen Krieg 1877-78 gleichen, aus dem Russland als Sieger hervorging und infolgedessen auf der Weltkarte der Staat «Bulgarien» erschien.

Es ist bemerkenswert, dass sowohl die Regierung Bulgariens, als auch ihre Hausherrn in Übersee, sich dieser Perspektive vollkommen bewusst sind, weshalb die Regierung Bulgariens jetzt mit aller Kraft versucht, sich am Projekt «Turkish Stream» zu beteiligen und als Gasknotenpunkt für Europa zu fungieren, was das Projekt «South Stream»⁶⁰ eigentlich auch vorsah. Es ist zu erwähnen, dass Wirtschaftsprojekte dieser Art für jeden Staat lebenswichtig sind. Sobald jemand (freiwillig oder unter Druck) aus einem solchen Projekt ausscheidet, findet sich sofort ein Staat, der sich als Partner anbietet, um dieses Projekt zu realisieren. So verkündete der Präsident Russlands, W.W. Putin, am 01. Dezember 2014 auf der Pressekonferenz in Ankara, dass Russland den Bau des «South Streams» widerruft. Er erklärte, dass diese Distanzierung vom Bau des «South Streams» dadurch begründet sei, dass Bulgarien keine Baugenehmigung erteilt. Damals verkündete der Vorsitzende von «Gazprom», Alexei Miller, dass das Projekt der Gaspipeline «South Stream» eingestellt ist und es eine Rückkehr zu diesem Projekt nicht geben wird. Doch bereits am 27. Januar 2015 wurde, als Ergebnis des Treffens im Dezember 2014 in Ankara, von Gazprom-Chef Alexei Miller und dem türkischen Minister für Energie und natürliche Ressourcen Taner Yildiz, eine neue Route der Gaspipeline nach Europa festgelegt, welche die Bezeichnung «Turkish Stream» erhielt. Und sofort begannen die Arbeiten an der Umsetzung dieses Projekts auf höchster Ebene. Am 07. Februar 2015, auf einem Treffen zwischen Miller und Yildiz, wurde die Route des «Turkish Streams» durch das Gebiet der Türkei endgültig abgestimmt. Miller und Yildiz flogen sogar mit dem Hubschrauber über den geplanten Festlandabschnitt der Gaspipeline. Am 07. April 2015 unterzeichneten die Außenminister von Griechenland, Serbien, Mazedonien, Ungarn und der Türkei eine Erklärung über die Energie-Zusammenarbeit zur Schaffung eines «wirtschaftlich gerechtfertigten Weges zur Diversifizierung von Routen und Quellen» für den Transport von Erdgas aus der Türkei in die Länder Europas. Somit erwies sich Bulgarien als Staat als nicht gefestigt und konnte die Interessen seiner Bevölkerung nicht verteidigen.

* *

*

⁵⁹<https://riafan.ru/550946-kak-amerikancy-i-es-zastavili-bolgariyu-promenyat-yuzhnyi-potok-na-nishchetu>
⁶⁰<https://easaily.com/ru/news/2018/05/29/bolgarskiy-potok-bolgariya-uzhe-upustila-svoy-zolotoy-shans>
<http://www.forbes.ru/biznes/361789-gazovoe-dezhavyu-bolgariya-poprosila-vozobnovit-yuzhnyy-potok>

Die Republik Litauen hält unangefochten den ersten Platz in der EU bei der Reduzierung ihrer Bevölkerungszahl: im Jahr 2018 lebten im Land offiziell 2,721 Millionen Menschen. Im Jahr 1991 (als der Nationalstaat gegründet wurde) waren es noch 3,706 Millionen Menschen⁶¹.

Die Bevölkerungszahl der Republik Lettland betrug im Jahr 2018 1,891 Millionen Menschen, und 1991 – 2,643 Millionen⁶².

Die Bevölkerungszahl der Republik Estland betrug im Jahr 2018 1,297 Millionen Menschen, und im Jahr 1991 waren es 1,554 Millionen⁶³.

Es ist der Schwellenwert der Mindestbevölkerungsanzahl von 10 Millionen, der für das volle Funktionieren eines Staates notwendig ist und die Entstehung von Staaten gewährleistete, wie

- der Tschechoslowakei (Tschechien – 10,570 Millionen Einwohner, die Slowakei – 5,439 Millionen Einwohner);
- Jugoslawien (Serbien – 8,715 Millionen Einwohner, Bosnien und Herzegowina – 3,795 Millionen Einwohner, Mazedonien – 2,089 Millionen Einwohner, Slowenien – 2,078 Millionen Einwohner, Montenegro – 0,628 Millionen Einwohner und nach dem Zusammenbruch der SFRJ⁶⁴ entstandenen (von Serbien abgetrennt) Kosovo – 1,809 Millionen Einwohner)

Solche Staaten werden mal geschaffen, mal zerstört – ausgehend von den Steuerungszielen des Globalen Prädiktors.

Die Gewährleistung einer Mindestbevölkerungsanzahl von etwa 10 Millionen Menschen ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung. Um das Funktionieren eines Staates zu gewährleisten, ist das vollständige Spektrum der Kompetenzen erforderlich. Nicht zuletzt in dieser Auflistung befindet sich die staatliche Ideologie und der staatliche Instinkt des Volkes (die Kultur des Volkes muss das Funktionieren des Staates sicherstellen). Wenn es diese nicht gibt, kann der Staat das Funktionieren des Staates ohne externe Steuerung nicht gewährleisten, selbst wenn seine Bevölkerung die Minimalbevölkerungsanzahl (10 Millionen) um ein Vielfaches übersteigt. Ein klassisches Beispiel dafür ist die Geschichte des ukrainischen «Staates». Mit einer Bevölkerung von etwa 40 Millionen Menschen war die moderne Ukraine, wie auch das Staatsgebilde zuvor, kein voll funktionsfähiger Staat ohne eine externe Steuerung.

China als Beispiel für die Formierung eines historisch entstandenen Staates

In der heutigen Zeit ist China – die Volksrepublik China, Mitglied des UNO-Sicherheitsrates – ein Staat, den kein einziges Land der Welt ignorieren kann. China wird tatsächlich ein Konzentrationszentrum der Steuerung. Noch in der Mitte des 20. Jahrhunderts wurde eine solche Entwicklung Chinas von der Mehrheit der Analysten und Politiker in der Welt

⁶¹ <https://countrymeters.info/ru/lithuania>

⁶² https://countrymeters.info/ru/LATVIA#population_2018

⁶³ <https://countrymeters.info/ru/ESTONIA>

⁶⁴ Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien

jedoch völlig ausgeschlossen. Erst in letzter Zeit begann man den Ausdruck «die 1001. chinesische Warnung»⁶⁵ zu vergessen, die aus dem Munde der Menschen, die von Steuerung überhaupt nichts verstehen, obwohl sie in verschiedenen Ländern der Welt mitunter hohe Staatsposten innehaben, bedeutete, dass der chinesische Staat (sowie auch jeder andere) absolut hilflos und gezwungen war, sich auf mündliche Warnungen an den «Peiniger» zu beschränken, weil er nicht die Möglichkeit hatte, «adäquat» auf eine Herausforderung zu antworten.

Die Gründe für eine solche oberflächliche Deutung lagen auf der Hand: der Westen rechnete überhaupt nicht mit China – nicht im geringsten Maße.

Die großflächige Expansion des Westens nach China begann im 19. Jahrhundert. Zu dieser Zeit hatte sich das globale Kolonialsystem im Ganzen bereits etabliert und die Kolonialmächte besaßen genug Ressourcen, um den Prozess der Globalisierung – den Prozess der Konzentration der Steuerung über die Produktivkräfte auf der Erde – fortzusetzen. Einen wichtigen Platz in der Weltwirtschaft, aber nicht in der Weltpolitik, nahm China ein.

In das 19. Jahrhundert kehrte das China der Qing-Dynastie als eine reiche und vor den Europäern isolierte Großmacht ein. Die chinesische Wirtschaft hat unter den Bedingungen der Autarkie recht erfolgreich funktioniert, da sie über ausreichend Ressourcen verfügte, um alles für die Bevölkerung Notwendige innerhalb des Landes, ohne auf den Import zurückzugreifen, herzustellen – angefangen bei Nahrungsmitteln, bis hin zu Luxusgütern. Gleichzeitig waren die Produktionsmengen so hoch, dass die im Reich der Mitte hergestellten Produkte die europäischen Märkte überfluteten.

Für den Westen war die Übernahme der Steuerung über das Territorium Chinas von entscheidender Bedeutung, da diese nicht nur die eigene ressourcielle Stabilität auf Kosten der chinesischen Ressourcen erhöhte, sondern – was für die Steuerung von globaler Relevanz prinzipiell wichtig ist – auch selbst die Möglichkeit zunichte machte, dass unkontrolliert (nicht nach dem Willen des GP) ein Staat auf der Weltbühne erscheint, der in der Lage ist, eine globale überstaatliche Steuerung zu verwirklichen.

Bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts trieb China ausschließlich über den Hafen Guangzhou mit den Europäern Handel. Ausländischen Kaufleuten war es verboten, ihren Handelsposten zu verlassen. Nur 13 chinesische Handelsgesellschaften hatten das Recht, Geschäfte mit den Vertretern anderer Staaten abzuschließen, wobei ihre Aktivität streng vom kaiserlichen Beamten kontrolliert wurde. Die Verteidigung des Staates gegen Ausländer war so hart, dass jeder Chinese, der einem Ausländer Informationen über das Land lieferte oder darüber hinaus einem Ausländer die chinesische Sprache beibrachte, streng bestraft wurde.

Es schien, dass es für Ausländer keine Möglichkeit gab, in China einzudringen, geschweige denn der staatlichen Sicherheit, der Stabilität des Staates oder seiner Souveränität Schaden zuzufügen. Jedoch hat der Staat, der ein solch großes Potential hat, doch freiwillig auf jeglichen Einfluss auf die Außenwelt verzichtet, eine «Achillesferse» – die hohe Korruption innerhalb der chinesischen Regierung wurde zum Auslöser für den zukünftigen Zusammenbruch des Staates unter dem Einfluss der westlichen Einmischung in das Land.

Der Westen, der sowohl in Bezug auf die technologische Entwicklung als auch in Bezug auf

⁶⁵ «Die 1001. chinesische Warnung» – eine allegorische Redewendung auf Russisch, die fruchtlose Warnungen bedeutet, die zwar ausgesprochen werden, denen aber keine Taten folgen. — *Anmerkung der Übersetzung*

die Effektivität der staatlichen Steuerung eine überwältigende Überlegenheit gegenüber China hatte, ordnete China stetig und, wie es schien, irreversibel seiner Steuerung unter, was sich darin zeigte, dass die westlichen Staaten China nicht gleichberechtigte Verträge aufdrängten. Und als China versuchte, seine nationalen staatlichen Interessen zu verteidigen, zwang der Westen China einfach – mit roher Gewalt – dazu, eine selbstzerstörerische Innen- und Außenpolitik durchzuführen. Auf diese Weise führte der kollektive Westen zwei «Opiumkriege» gegen China, obwohl offiziell angenommen wird, dass der Erste Opiumkrieg (1840–1842) von Großbritannien und der Zweite Opiumkrieg (1856–1860) von Großbritannien und Frankreich geführt wurde. Beide Kriege verfolgten, wie der Name schon sagt, nicht nur das Ziel, die Möglichkeit von Ausländern – vor allem der Engländer – in China den Handelsumfang zu erweitern, sondern in erster Linie eben mit Opium Handel zu treiben.

Dem ersten Opiumkrieg gingen mehrere Jahrzehnte voraus, in denen Opium nach China geschmuggelt wurde. Noch am Ende des 18. Jahrhunderts wurde die Britische Ostindien-Kompanie exklusiver Käufer von bengalischem Opium und begann, es nach China zu schmuggeln. Es ist zu beachten, dass der Handel mit Drogen selbst nach englischen Gesetzen ein Verbrechen war.

Die Dekrete von Kaiser Yongyan⁶⁶, die den Import von Opium untersagten, wurden von den Beamten, die ihre hohen Gewinne aus dem Opiumsmuggel nicht aufgeben wollten, einfach ignoriert. Neben dem finanziellen Gewinn gab es einen weiteren Anreiz für chinesische Beamte – viele von ihnen konsumierten selbst Opium.

Opium war auch früher bereits im Reich der Mitte bekannt, wurde aber lediglich als Medizin und auch nur in sehr geringen Dosen verwendet. Nachdem, jedoch, Opium in Massen nach China geschmuggelt wurde, nahm das Rauchen von Opium im Land überhand und wandelte sich schnell in eine echte staatliche Katastrophe um. Es ist dabei anzumerken, dass diese schädliche Angewohnheit hauptsächlich unter den höheren Schichten der chinesischen Bevölkerung verbreitet wurde, u.a. unter dem privilegierten Beamtentum und in der Armee. Das heißt, es wurden diejenigen Berufsschichten der Gesellschaft an Drogen herangeführt, die für die staatliche Sicherheit und Entwicklung verantwortlich waren.

In der Regel errichteten englische Händler Opiumdepots direkt am Wasser, nicht weit von der Küste entfernt. Bei Bedarf wurden die Schiffe, auf denen Handel betrieben wurde, einfach an einen anderen Ort verlegt. Ihr Standort war den örtlichen Behörden wohl bekannt, die die Engländer immer vor einer anstehenden Inspektion aus Peking warnten.

Die englischen Kaufleute verkauften Opium nur gegen Silber.

Von 1800 bis 1819 wurden jährlich mehr, als 4 Tausend Kisten Opium importiert, jede mit einem Gewicht von 60 kg. Infolge des Opiumsmuggels floss das Silber jetzt nicht mehr nach China, sondern nach Übersee. Der massive Rückfluss von Silber ins Ausland, sorgte im Land für eine Geldabwertung – die Preise in Kupfermünzen, d.h. im «gewöhnlichen Geld», stieg, was zu einer Verschlechterung der Lebensqualität der Bevölkerung und zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Probleme des Staates führte. Dies betraf zunächst Südchina, dann die Zentralprovinzen und ab 1810 auch Nordchina.

⁶⁶ Aisin Gioro Yongyan (chin. 爱新觉罗 永琰; 1760–1820) – siebter mandschurischer Kaiser (01. Februar 1796 – 02. September 1820) des Qing-Staates, regierte nach der Devise «Jiaqing» (das Schöne und Fröhliche) (嘉庆). Der 15. Sohn von Aisin Gioro Hongli, der nach der Devise herrschte «Qianlong» (das Unerschütterliche und Herrliche) (乾隆).

Doch als Kaiser Mianning⁶⁷ sah, wie viel Schaden der Drogenkonsum der chinesischen Bevölkerung, ihrer Gesundheit und der Wirtschaft des Staates zufügte, begann er in den 1830er Jahren mit harten und vor allem systemischen Maßnahmen, den massiven Opiumsmuggel in das Land zu stoppen. Diese systemischen Maßnahmen erzielten Resultate, weshalb bei der englischen Drogenexpansion nach China ein Rebranding durchgeführt wurde – im Jahr 1834 wurde der Ostindien-Kompanie das Monopol auf den Opiumhandel entzogen. Nun beteiligten sich tausende englischer Geschäftsleute am Drogenhandel, was dazu führte, dass der Opiumsmuggel nach China um das Dutzendfache anstieg.

Deshalb schloss der chinesische Kaiser im Jahr 1839 den Markt des Landes für alle Kaufleute und Schmuggler aus England und Indien, was der Anlass für die Kriegserklärung von Großbritannien im April 1840 an das Qing-Reich war. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika sprach sich für den Krieg aus.

Seitens der Engländer traten 40 Schiffe und 4.000 Soldaten in den Krieg ein. China verfügte über eine 880 Tausend Mann starke Armee, die allerdings im ganzen Land verstreut war und auch keine Kampferfahrung hatte. Die Gesamtzahl der am Konflikt beteiligten Truppen aus China wird auf 90.000 Mann geschätzt. Die allgemeine technische Überlegenheit der britischen Interventen und die besseren Strategien, Taktiken und Methoden der Kriegsführung führten jedoch dazu, dass nur zwei Jahre nach Beginn der Kampfhandlungen⁶⁸, nach den entscheidenden Siegen und dem Zugang zu Nanjing, Großbritannien dem Qing-Reich den für sich zuträglichen «Nanjing-Vertrag» auferlegte, der am 29. August 1842 geschlossen wurde.

Am 26. August 1842 wurde der Erste Opiumkrieg durch die Unterzeichnung des Friedensvertrags von Nanjing beendet. Gemäß seinen Bedingungen, musste Peking London eine Entschädigung in Silber in Millionenhöhe zahlen, eine Reihe von Häfen für den ständigen Handel mit den Engländern bereitstellen, sowie die Insel Hongkong zur ewigen Nutzung an Großbritannien übergeben. Außerdem enthielt der Vertrag ausführliche Regeln, die alle weiteren Wirtschaftsbeziehungen der zwei Mächte und die Besonderheiten der Verzollung regelten. Das Dokument enthielt keine Bedingungen für den Handel mit Opium, aber nach seiner Unterzeichnung nahm das Ausmaß des Schmuggels erheblich zu.

Bald wurden ähnliche Bedingungen für die Wirtschaftsbeziehungen mit China auch in Verträgen mit anderen europäischen Staaten verankert, was schlussendlich die Selbstisolation des Qing-Reiches zerstörte, in dem der Prozess zur Schwächung des Staates und die Unruhen in der Bevölkerung sich deutlich verschärften. Das führte zu einer weiteren Knechtung Chinas seitens der europäischen Mächte, sowie zur enormen Ausbreitung der Drogenabhängigkeit, zum Verfall und einem Massensterben in der Bevölkerung.

Es sei darauf hingewiesen, dass der Westen in der letzten Phase des Krieges kurz davor war, Großbritannien Hilfe anzubieten – im März 1842 tauchten Kriegsgeschwader der USA und Frankreichs in chinesischen Gewässern auf.

Das Ziel des Zweiten Opiumkrieges, der von Großbritannien und Frankreich gegen das Qing-Reich geführt wurde, war die weitere Expansion des Westens in innere Provinzen Chinas, wofür die Einnahme seiner Flusshäfen notwendig war.

⁶⁷ Aisin Gioro Mianning (chin. 愛新覺羅 綿寧; 1782–1850) – achter mandschurischer Kaiser (02. September 1820 – 25. Februar 1850) der Qing-Dynastie, herrschte nach der Devise «Daoguang» (das Zielgerichtete und Strahlende) (道光). Zweiter Sohn von Aisin Gioro Yongyan, der nach der Devise herrschte «Jiaqing».

⁶⁸ Im Winter wurden keine Kampfhandlungen durchgeführt.

Diesmal befasste sich der Westen mit dem Krieg gegen China gründlicher. Es sei darauf hingewiesen, dass eben in dieser Zeit der Westen in den Kriegen gegen China erstmals den gesamten Komplex der Mittel und Methoden zur Zerstörung eines Staates anwandte. Diese Kriege sind unseren Zeitgenossen als sogenannte «Farb-/orangene Revolutionen» bekannt, infolge derer die einen Staaten zerstört und an ihrer Stelle neue errichtet wurden.

So begann im Jahr 1850 der Taiping-Aufstand (1850-1864) – ein Bauernkrieg in China gegen das mandschurische Qing-Reich und, formal, gegen die ausländischen Kolonisatoren. Der Anführer des Aufstandes war der Christ Hong Xiuquan, der das Himmlische Taiping-Königreich errichtete – einen unabhängigen chinesischen Staat, der auf dem von den Aufständischen besetzten Gebiet existierte. Die Bezeichnung «Taiping» selbst bedeutet «Großer Frieden» und erinnert an die früh daoistische Schule von Taipingdao (太平道) aus der Zeit des Han-Reiches, sowie an eine Reihe von Leitsprüchen der Amtszeit des 3. bis 14. Jahrhunderts.

Der Taiping-Staat nahm einen bedeutenden Teil von Südchina ein, unter seiner Gerichtsbarkeit befanden sich etwa 30 Millionen Menschen. Die Taiping versuchten radikale soziale Umgestaltungen und den Austausch der traditionellen chinesischen Religionen durch ein spezifisches «Christentum» durchzuführen, wobei Hong Xiuquan als jüngerer Bruder Jesu Christi angesehen wurde. Die Taiping wurden auch «die Langhaarigen» genannt, da sie die im Qing-Staat üblichen Zöpfe der Mandschuren ablehnten. Außerdem nannte man sie auch haarige Banditen.

Nach dem Taiping-Aufstand kam es in anderen Teilen des Qing-Reiches zu einer ganzen Reihe lokaler Aufstände, die gegen die Mandschuren-Behörden kämpften und nicht selten in der Ausrufung eigener Staaten endeten.

Der Taiping-Aufstand war ein totaler Krieg um Ressourcen und Infrastruktur als militärische Ziele – der Konflikt war der größte in China seit der Eroberung der Mandschurei im Jahr 1644. Außerdem ist er einer der blutigsten Bürgerkriege und einer der blutigsten Kriege in der Geschichte der Menschheit, sowie der größte bewaffnete Konflikt des 19. Jahrhunderts. Schätzungen der Opfer des Aufstands reichen von 20-30 Millionen bis zu 70-100 Millionen Menschen, darunter viele Millionen Flüchtlinge.

Die westlichen Staaten bewahrten zunächst formal Neutralität. Zu Beginn der 1860er Jahre wurde jedoch offensichtlich, dass die Taiping nicht fähig waren, die Qing-Dynastie zu stürzen, was wiederum bedeutete, dass der chinesische Staat früher oder später mit den ein oder anderen Verlusten sich der Aufständischen entledigen würde.

Denn durch die Niederlage in zwei Opiumkriegen und unter dem Druck des Taiping-Aufstandes wurden sich die mandschurische Dynastie und die Anführer der Shenzhener Militärgruppen, die die Steuerung des Reiches realisierten, der Notwendigkeit einer Reform des Staates bewusst und waren nicht länger gegen Maschinen im Allgemeinen, sondern nur gegen Maschinen in den Händen von Ausländern. Der Bau von staatlichen Militärbetrieben, Waffenlagern und Werkstätten begann, die den Bedarf der modernen Ausrüstung und Munition der Qing-Soldaten und der Provinzarmeen deckten, die mit der Unterdrückung von Bauern- und nationalen Aufständen beschäftigt waren.

Darüber hinaus wurden die Taiping, die den Vertrieb von Opium verboten, zu einem Hindernis für die «Erschließung» der inneren Provinzen des Jangtse-Beckens durch die europäischen Händler. Deshalb war es für den Westen objektiv von Vorteil, sich von der Unterstützung des Taiping-Aufstandes zu distanzieren und der legitimen Regierung zu helfen, den

aufständischen «christlichen» Staat zu zerstören, um dadurch die «Schlüssel» der inneren Provinzen zu erhalten.

Im Wesentlichen ist die Unterdrückung des Taiping-Aufstandes die logische Fortsetzung des Zweiten Opiumkrieges. Doch diese Phase wurde durch Privatarmeen realisiert – private Militärunternehmen (PMC).

Im Juni 1860 organisierte der amerikanische Abenteurer Frederick Ward mit chinesischen Kompradorgeldern unter der Schirmherrschaft des amerikanischen Konsuls eine bewaffnete Abteilung in Shanghai mit der Bezeichnung «Die immer siegreiche Armee», um die Taiping zu bekämpfen. Nach ihrem Vorbild wurden das «Französisch-chinesische Korps» und das «Englisch-chinesische Kontingent» geschaffen. Gegen die Taiping agierten außerdem englische, französische und amerikanische Militärschiffe, die sich hinter «Neutralität» versteckten und Qing-Truppen entlang des Jangtse transportierten, sowie Waffen und Munition für sie. Im Januar 1862 zählte die Armee von Ward bereits 8 Tausend Soldaten und hatte auch Dampfboote und Dschunken mit Kanonen an Bord.

Auch die gegen die Taiping und die Nian kämpfenden chinesischen Armeen wurden verstärkt und neu organisiert. Diese bestanden zu Beginn der 1860er Jahre aus acht Provinz-Armeen (u.a. die Xiang-Armee von Zeng Guofan und die Huai-Armee von Li Hongzhang), der chinesischen Regierungsarmee «Grüne Standarte», der mandschurischen «Acht-Banner-Armee» und der mongolischen Kavallerie. Die Qing-Armeen wurden umgerüstet und mit modernen Gewehren, Haubitzen und Mörsern ausgestattet. Ihre Offiziere erhielten die Möglichkeit, sich mit europäischer Taktik und Kriegsführung bekannt zu machen.

Der Taiping-Aufstand wurde am 16. August 1868 vollständig niedergeschlagen, als die letzten Einheiten von Zhang Zongyu (der Neffe von Zhang Lexing – der gefallene Anführer der Nian), die vollkommen erschöpft von den anhaltenden Kämpfen in dem Kreis Chiping (nordwestlich der Provinz Shangdong) umkamen. Ihr Kommandant beging Selbstmord.

Doch es kehrte keine Ruhe in China ein, denn bereits 1898 brach in China der Aufstand der Yihetuan aus, auch Boxeraufstand genannt (wörtlich – «Bewegung der Verbände für Gerechtigkeit und Harmonie»), der sich gegen die ausländische Einmischung in die Wirtschaft, in die Innenpolitik und in das religiöse Leben Chinas richtete. Dieser Aufstand wurde im Jahr 1901 unterdrückt, infolge der Invasion der acht Mächte in China, zu denen das Russische Kaiserreich, die USA, das Deutsche Reich, Großbritannien, Frankreich, das Japanische Reich, Österreich-Ungarn und Italien gehörten. Die Armeen dieser Mächte drangen in das Qing-China ein, unter dem Vorwand, eine Massenvernichtung von Christen und Ausländern, sowie eine Belagerung der diplomatischen Missionen im Botschaftsviertel Pekings zu stoppen.

Die Vereinigung der 8 Staaten, manchmal auch Internationale Befreiungsexpedition genannt, bestand aus 45.000 Soldaten und Matrosen der Bündnisländer. Die Seestreitkräfte der Allianz umfassten insgesamt: 18 japanische, 10 russische, 8 britische, 5 französische, 5 deutsche, 2 amerikanische, 2 italienische und 3 österreichisch-ungarische Schiffe. Die Truppe der Internationalen Befreiungsexpedition selbst bestand aus 8.000 Japanern, 4.800 Russen, 3.000 Briten, 2.100 Amerikanern, 800 Franzosen, 58 Österreichern und 53 Italienern.

Das Oberkommando der Vereinigten acht Staaten hatte der General-Leutnant N.P. Linewitsch und anschließend der Generalfeldmarschall Alfred von Waldersee, der allerdings mit Zustimmung der Mächte als Oberbefehlshaber der internationalen Streitkräfte in China ankam, als die Truppen der Verbündeten Peking bereits besetzt hatten, und sich durch nichts auszeichnete.

Die Massenbewegung gegen Ausländer (Europäer, Amerikaner und auch Japaner) wurde von den Geheimgesellschaften Yihequan («Fäuste der Gerechtigkeit und Harmonie»), Dàdào Huì («Gesellschaft der Großäbel») und Ta-chuan («Gesellschaft der großen Faust») inspiriert, die ihrem Wesen nach verschiedene Schulen des chinesischen Zweikampfes waren – Kung-Fu, Wushu und andere. Eben deshalb bekam der Aufstand im Westen die Bezeichnung «Boxeraufstand» (eng. Boxing – Boxen (Faustkampf, Sportart)). Im Weiteren wurde das Bild einer zur Faust geballten Hand das Symbol aller «Farbrevolutionen», die die Angelsachsen auf der ganzen Welt organisierten.

Die verwitwete Kaiserin Cixi⁶⁹, die im Namen des minderjährigen Thronerben Zaichun (Anmerkung der Redaktion: den späteren Kaiser Tongzhi) regierte, verhielt sich ambivalent zu den Ereignissen des Aufstands. Die Yihetuan lehnten sich gegen die Zerstörung der alten chinesischen patriarchalischen Lebensweise auf und hatten eine klare anti-westliche Ausrichtung; trotzdem widersetzten sie sich auch der mandschurischen Dynastie, die China eroberte. Doch in der Hoffnung, mit Hilfe der Yihetuan Chinas Unabhängigkeit wiederherzustellen, erließ Kaiserin Cixi am 28. Mai 1900 ein Dekret über die Unterstützung des Aufstandes. Es wurden Auszeichnungen für ermordete Ausländer vergeben.

Am 21. Juni 1900 erklärte das Qing-Reich den alliierten Staaten offiziell den Krieg. Folgende «Kriegserklärung» wurde veröffentlicht: *«Die Ausländer verhalten sich uns gegenüber aggressiv, zerstören unsere territoriale Integrität, treten unser Volk mit Füßen und nehmen uns gewaltsam unser Eigentum weg... Außerdem unterdrücken sie unser Volk oder lästern über unsere Götter. Das einfache Volk erduldet eine beispiellose Unterdrückung und jeder von ihnen ist sehr rachsüchtig. Deshalb verbrennen wagemutige Anhänger der Yihetuan Kirchen und töten Christen».*

Doch nachdem die Kaiserin den Yihetuan ihre Unterstützung versprochen hat und sogar der westlichen Allianz den Krieg erklärte, war sie nicht wirklich bestrebt, diese auf dem Schlachtfeld zu unterstützen. Zudem funktionierte die Zusammenarbeit zwischen den Regierungstruppen und den Yihetuan nicht, weshalb es nicht selten dazu kam, dass Regierungstruppen den Yihetuan in den Rücken fielen, die die westlichen Interventionisten angriffen.

Und bereits am 07. September 1900 wechselte Kaiserin Cixi auf die Seite der alliierten Mächte, in der Überzeugung, dass die Yihetuan die Koalitionstruppen nicht besiegen könnten. Sie erließ ein Dekret, das dazu aufrief, mit den Yihetuan im ganzen Land abzurechnen. Sobald die Kaiserin die Seiten gewechselt hatte, begannen die europäischen Staaten und Japan, der chinesischen Regierung Ultimaten vorzulegen, ohne sich mit den anderen Koalitionsmächten abzusprechen. Gegen Ende des Aufstands begannen die Interventionisten sich gegenseitig die Ultimaten in Abrede zu stellen.

Russlands Teilnahme an diesem Krieg wurde durch massive Angriffe der Chinesen auf die sich im Bau befindliche (und zu Russland gehörende) Ostchinesische Eisenbahn provoziert. Diese

⁶⁹ Cixi (29. November 1835 – 15. November 1908, Peking) – Kaiserinwitwe des Qing-Chinas, von 1861 bis 1908 hatte sie die höchste Machtposition inne. Eine Nebenfrau des Kaisers Yizhu (regierte nach der Devise «Xianfeng»), danach zweite Ehefrau (nach der Geburt von Tongzhi – dem Thronerben).

War Regentin in den Jahren 1861-1873 (für ihren minderjährigen Sohn Tongzhi (Zaichun)) und 1875-1889 (für ihren minderjährigen Neffen, den Kaiser Guangxu). Ab 1898, infolge eines Staatsstreichs, konzentrierte sich erneut die gesamte Macht in ihren Händen.

Tongzhi: <https://de.wikipedia.org/wiki/Tongzhi>

Angriffe begannen mit brutalen Morden an Eisenbahn-Angestellten. Einige hundert Don-Kosaken, die die Ostchinesische Eisenbahn absicherten, nahmen den Kampf mit mehreren Tausenden Man feindlicher Streitkräfte auf, wodurch die wehrlose russische Bevölkerung fliehen konnte. Danach zogen sie sich selbst mit Verlusten nach Harbin zurück, das anschließend belagert wurde. Auf dem Amur griffen die Honghuzi die Kosakensiedlungen an. Große Streitkräfte der Chinesen versammelten sich in Aigun und bombardierten Blagoweschtschensk aus Kanonen. Russland hatte keine Chance, sich aus dem Kampf herauszuhalten – es war für Russland von entscheidender Bedeutung, die Ordnung in China wiederherzustellen.

Für den Westen bedeutete die Verwicklung Russlands in den Krieg mit China, dort mit fremden Händen zu kämpfen und Russland und China endgültig zu entzweien.

Allerdings ermöglichte gerade die Beteiligung Russlands an diesem Krieg, das chinesische Staatswesen in Gestalt von Kaiserin Cixi zu bewahren, welche westliche Interventionisten stürzen wollten. Russland verstand dies und hatte nicht die Absicht, dem Westen in die Hände zu spielen. Am 14. August 1900, als die russischen Truppen bereits die Straßenkämpfe in Peking aufnahmen und die übrigen Verbündeten sich erst darauf vorbereiteten, den Kampf um Chinas Hauptstadt aufzunehmen, war es das russische Kommando, das die Kaiserin Cixi und den Kaiser Guangxu⁷⁰, mit den sie begleitenden Höflingen, reibungslos aus der Stadt schleuste. Wenn Guangxu den westlichen Interventionisten in die Hände gefallen wäre, wäre der chinesische Marionettenstaat deutlich früher erschienen, als das berühmte Mandschukuo, (das Kaiserreich Mandschu) – ein Staat, der vom Japanischen Reich auf dem von Japan besetzten Gebiet der Mandschurei gebildet wurde; er existierte vom 01. März 1932 bis zum 19. August 1945. Er grenzte an das Japanische Reich, die Mongolische Volksrepublik, die UdSSR, Mengjiang und die Chinesische Republik. Seine Hauptstadt war Xinjin (heute: Changchun). An die Spitze des Staates wurde der letzte chinesische Kaiser (aus der mandschurischen Qing-Dynastie) Puyi gestellt (Oberster Herrscher von 1932 bis 1934, Kaiser von 1934 bis 1945).

Indem Russland Kaiserin Cixi und Kaiser Guangxu beschützte, hat es einerseits das Staatswesen Chinas bewahrt, und andererseits die Möglichkeit eines politischen und wirtschaftlichen Manövers im Dialog mit den fernöstlichen Ländern und Europa.

Der Punkt ist, dass nicht ein einziges Land des Westens, weder allein, noch im Verbund, China so kolonisieren konnte, wie, beispielsweise, Indien kolonisiert wurde.

Indien bestand aus einer Vielzahl einzelner Fürstentümer, die nach der Methode «teile und

⁷⁰ Aisin Gioro Zaitian (trad. chin. 愛新覺羅·載湉; 14. August 1871 – 14. November 1908), regierte nach der Devise «Guangxu» (trad. chin. 光緒; 25. Februar 1875 – 14. November 1908) – vorletzter Kaiser des Qing-Reiches.

Nach dem Putsch am 21. September 1898, den Cixi dank des Verrats von General Yuan Shikai arrangiert hatte, lebte der Kaiser unter Hausarrest in der Verbotenen Stadt Pekings. Auf Erlass der Kaiserinwitwe wurde er für seines Amtes unwürdig erklärt. Die europäischen Mächte erkannten ihn weiterhin als regierenden Souverän an; Formal dauerte seine Regierungszeit und Ära bis zum Ende seines Lebens an. Viele Oppositionelle und Auswanderer planten, ihn wieder an die Macht zu bringen.

Er hatte keine Kinder; Guangxus Nachfolger wurde auf Befehl von Cixi sein 2-jähriger Neffe Puyi (Kaiser Xuantong).

Guangxu starb einen Tag vor Cixi in seinem Pavillon in der Verbotenen Stadt. Es gab Gerüchte, dass sie, als sie spürte, sie würde sterben, befahl, ihn zu vergiften, obwohl der junge Kaiser schon lange an Tuberkulose erkrankt war. Im Jahr 2008 veröffentlichten chinesische Forscher Materialien über die Untersuchung der Überreste, wonach Guangxu tatsächlich mit Arsen vergiftet worden war.

herrsche» kolonisiert werden konnten. Indien, die Perle in der britischen Krone, wurde von Großbritannien ausschließlich durch die sanfte Kraft der Diplomatie in Schach gehalten während die indischen Fürstentümer die Konflikte untereinander im Interesse Großbritanniens austrugen, standen gleichzeitig alle untereinander verfeindeten Fürstentümer unter der Schirmherrschaft der britischen Krone. China war, trotz aller Schwäche seiner Staatsstruktur, ein zentralistischer Staat und verfügte über historische Erfahrung in der Nivellierung der Unabhängigkeit von Regionen.

Unter diesen Umständen blieb dem Westen nur ein Ausweg – die interne Ressourcenstabilität des Staates so weit zu erschöpfen, dass China allein nicht die Kompetenzen bereitstellen kann, die für die Existenz eines Staates in Form eines Reiches, und später einfach eines Staates, erforderlich sind. Genau zu diesem Zweck wurden die Opiumkriege benötigt – um das Reich seines Personal- und Steuerungskorps, sowie des schöpferischen Potentials zur Entwicklung des Staates zu berauben. Als die Staatsführung geschwächt war, begannen in China «von ganz allein» Aufstände, die ideologisch mit den Expansionszielen des Westens nach China vollkommen übereinstimmten.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte der chinesische Staat in Form eines Reiches praktisch aufgehört zu existieren. Es brach eine Zeit an, als der GP entschied, dass es an der Zeit war, den historisch entstandenen Staat China zu nehmen und, nachdem er dessen Steuerung von überstaatlicher Ebene gebildet hatte, eine solche Korrektur der Entwicklung des geschaffenen Marionettenstaates vorzunehmen, die es in Zukunft ermöglichen würde, die chinesische Staatlichkeit in der Form und Qualität zu haben, die den Plänen des GP bezüglich der Steuerung der Welt entspricht.

Der Auslöser war der Aufstand der Yihetuan. Doch Russland durchkreuzte diese Pläne, indem es für China die Möglichkeit bewahrte, sich nach den nationalen Interessen der Bevölkerung zu entwickeln. Das Ergebnis davon war die Xinhai-Revolution (10. Oktober 1911 – 12. Februar 1912) in China, die so genannt wurde, weil 1911 das Jahr des Metall-Schweins ist – das 48. Jahr 辛亥 «Xin-hai» nach dem 60-jährigen zyklischen chinesischen Kalender.

Mitte des Jahres 1905 waren die wichtigsten revolutionären Organisationen in China und Japan die Xingzhonghui («Vereinigung zur Wiederherstellung Chinas» 興中會) unter der Führung von Sun Yat-sen, die «Vereinigung zur Erneuerung Chinas» (華興會) unter der Führung von Huang Xing und Song Jiaoren, und die «Revive the Light Society» (光復會). Die Xingzhonghui agierte in Südchina, in der Zeit, als die «Revive the Light Society» in Jiangsu, Zhejiang und Shanghai aktiv war und die «Vereinigung zur Erneuerung Chinas» in Hunan operierte. Mit der Vereinigung dieser drei Strukturen im Sommer 1905 wurde in Tokio die revolutionäre Allianz – Tongmenghui (Bund der (revolutionären) Allianz) (中國同盟會) – gegründet, dessen Ziel der Sturz der Qing-Dynastie und die Bildung einer Republik war. Das Bündnis war an der Planung der Xinhai-Revolution 1911 und an der Gründung der Republik China am 01. Januar 1912 beteiligt. Sun Yat-sen hatte jedoch keine militärische Macht und war gezwungen, den Posten des Interimspräsidenten der Republik an den Militaristen Yuan Shikai abzugeben, der am 12. Februar 1912 die Abdankung des letzten Kaisers von China⁷¹ organisierte.

⁷¹ Aisin Gioro Puyi (trad. chin. 愛新覺羅·溥儀, vereinfacht 爱新觉罗·溥仪, Pinyin: Àixīnjuéluó Pǔyí, 07. Februar 1906 – 17. Oktober 1967) – chinesischer Politiker; zehnter Vertreter der mandschurischen Dynastie Aisin Gioro, letzter Kaiser des Qing-Staates (1908-1912, blieb dem Titel nach Kaiser bis 1924). Der oberste Herrscher von Mandschukuo (09. März 1932 – 01. März 1934), Kaiser von Mandschukuo (01. März 1934 – 15. August 1945),

Ein wahrer Wendepunkt für China war jedoch die Gründung der Kuomintang-Partei («Nationale Volkspartei Chinas») am 25. August 1912 in Peking. An die Spitze der Partei kam Sun Yat-sen. Diese Partei unternahm wirkliche Schritte, um den Staat China wiederherzustellen und ihn vom ausländischen Diktat zu befreien. Das Handeln dieser Partei erwies sich für die Länder des Westens jedoch als völlig uninteressant, welche von den Parteiführern zuerst um Hilfe beim Aufbau einer chinesischen demokratischen Republik gebeten wurden. Erst nachdem klar wurde, dass der Westen beim Wiederaufbau des chinesischen Staates nicht helfen würde, wandten sich die Führer der Kuomintang einem völlig neuen Staat der Welt zu – Sowjetrußland. Und 1923 vereinbarten die Kuomintang eine Zusammenarbeit mit der gerade erst gegründeten UdSSR. Ab diesem Jahr reisten Berater aus der UdSSR nach Südchina. Ihre Aufgabe war es, die Kuomintang neu zu organisieren und eine Zusammenarbeit zwischen ihr und der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) herzustellen, wodurch die Erste Einheitsfront der beiden Parteien geschaffen wurde.

Die sowjetischen Berater halfen der Kuomintang bei der Ausbildung von Agitatoren. Und im Jahr 1923 wurde einer der Vertrauten von Sun Yat-sen, Chiang Kai-shek, zu militärischen und politischen Kursen nach Moskau geschickt. Auf dem ersten Parteitag im Jahr 1924, an dem auch Mitglieder anderer Parteien zugegen waren, u.a. auch Kommunisten, wurde das Programm Sun Yat-sens verabschiedet, das auf den «drei nationalen Prinzipien» beruhte: Nationalismus, Demokratie und Prosperität (die Sun Yat-sen selbst mit dem Sozialismus identifizierte).

Im Jahr 1925, nach dem Tod Sun Yat-sens, wurde Chiang Kai-shek der Führer der Kuomintang. Zunächst arbeitete Chiang Kai-shek weiterhin mit der UdSSR zusammen, aber UK/US, die daran interessiert waren, die Position der Sowjetunion in dieser Region zu schwächen, zogen die Kuomintang allmählich auf ihre Seite. Objektiv gesehen, hatten UK/US vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Schaffung eines Weltsystems sozialistischer Staaten viel mehr Möglichkeiten, den sich wieder neu gründenden chinesischen Staat im weltpolitischen System zu legitimieren, als die UdSSR. Und dies war ein überaus wichtiger Faktor für die Kuomintang-Führung.

Im Zeitraum von 1925-1945 ringt die Kuomintang um die Wiederherstellung eines einheitlichen chinesischen Staates und kämpfte dabei gegen die chinesischen Militaristen – Generäle, die über verschiedene chinesische Provinzen regierten wie über eigene Quasi-Staaten und eigene Armeen hatten. Politische Gegensätze wurden zum Grund der militärischen Auseinandersetzung zwischen Kuomintang und der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh). Einzig der Einfall von Japan in China im Jahre 1937 und die Notwendigkeit der Abwehr der Aggression des Invasors diente als Grundlage für eine zeitweilige Aufhebung der Konfrontation zwischen Kuomintang und KPCh. Mit der Niederlage von Japan im Verlauf des Zweiten Weltkrieges, flammte der Konflikt zwischen den politischen Gegnern jedoch wieder auf. In diesem Kampf bekam die KPCh Unterstützung von der UdSSR und Kuomintang – von UK/US. Außerdem entschied Chiang Kai-shek den Teil der japanischen Armee, welcher vor den UK/US kapitulierte, gegen KPCh zu nutzen. Dass die japanischen Okkupanten auf der Seite von Kuomintang kämpften, führte nicht zu seiner Stärkung, sondern zum Verlust der Autorität unter der chinesischen Bevölkerung und zum Anstieg der Autorität von der KPCh, die gegen diese

Generalissimus und der Oberbefehlshaber des Heeres des Mandschurischen Kaiserreichs. Mitglied der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, PKKCV (ab 1964).

Okkupanten kämpfte. Der Bürgerkrieg auf dem Territorium von Festlandchina endete im Jahre 1949 mit der vollständigen Zerschlagung von Kuomintang.

Als die Kuomintang den Kampf um das Festlandchina verlor, zog es sich auf die Insel Taiwan⁷² zurück, welche erst im Jahre 1945 nach der Zerschlagung des militaristischen Japans unter die Jurisdiktion von China zurückkehrte. Die Entscheidung über den Umzug der Partei- und Staatsorgane der Chinesischen Republik nach Taiwan wurde durch die Führung von Kuomintang im Dezember des Jahres 1949 getroffen. Insgesamt zogen nach Taiwan etwa 2 Mio. Menschen um (bei einer eigenen Bevölkerung der Insel von 6 Mio.). Die Bevölkerungszahl des Festlandes von China im Jahre 1949 betrug 541,67 Mio. Menschen.

Nun könnte man denken, bei so einem Verhältnis der Bevölkerungszahl hatte das Insel-Taiwan keine Chance bei der Konfrontation mit dem Festlandchina. Und genau hier muss man die Möglichkeiten der beiden Staaten verstehen, sich aus eigener Kraft, den Satz der Kompetenzen zu gewährleisten, der für das Funktionieren eines Staates nötig ist. Was das betrifft, haben sich die Möglichkeiten der Republik China (Taiwan) und der Volksrepublik China (Festlandchina) als gleich herausgestellt.

Die Sache ist die – Taiwan ist keine einfache Insel.

In den 30-40er Jahren des XVII Jahrhunderts befand sich der chinesische Staat in einer Schlussetappe eines abermaligen Dynastiezyklus. Die Krise des Staates – die Erhöhung der Steuerbelastung, die Konzentration der Ländereien in den Händen des vermögenden Teils der Dörfer, Wachstum der Ausbeutung durch Zinswucher im Handel und der Korruption der Bürokratie – führte zu einem der anhaltendsten und stärksten Volksaufständen in der Geschichte von China – zum Krieg in den Jahren 1628-1644.

⁷² Taiwan (chin. trad. 臺灣, vereinfacht 台湾, Pinyin: Taiwan; kolonialer Name – Formosa, aus Port. ilha Formosa; wunderschöne Insel) – eine Insel im Stillen Ozean, 150 km vom östlichen Ufer von Festlandchina gelegen, wovon sie durch die Formosastraße getrennt ist. Geographische Koordinaten des Zentrums sind 23° 43' N, 120° 51' O. Die Insel kreuzt den nördlichen Wendekreis.

Im XII Jahrhundert wurde Taiwan offiziell an China als ein Teil der Provinz Fujian angeschlossen. Seit dem XIV Jahrhundert gab es auf der Insel Taiwan ein chinesisches Staatsorgan der Lokalregierung, es begann eine Immigration der Chinesen auf die Insel, der Ackerbau und das Handwerk entwickelten sich. Die indigenen Völker (Goashanstämme) wurden in die Bergregionen verdrängt.

Seit Ende des XVI – Anfang des XVII Jahrhunderts drangen in Taiwan ausländische Eroberer ein: japanische feudale Herrscher und Piraten, danach Portugiesen, die der Insel den Namen Formosa (die Wunderschöne) gaben, Holländer aus der Ostindien-Kompanie und die gegen sie um die Herrschaft auf Taiwan kämpfenden Spanier. Zum Jahre 1683 hat die Qing-Dynastie die Kontrolle über die Insel erlangt und behielt diese bis zur Niederlage im Japanisch-Chinesischen Krieg (1894-1895), als Japan die Insel eingenommen hat. Unter die Jurisdiktion von China kehrte die Insel im Jahre 1945 zurück, nach der Zerschlagung von Japan im Zweiten Weltkrieg.

Taiwan und die umliegenden Inseln werden durch die zum Teil anerkannte Republik China kontrolliert.

«Das freie Territorium der Chinesischen Republik» (chin. trad. 中華民國自由地區, vereinfacht 中华民国自由地区, Pinyin: Zhōnghuá mín guó zìyóu dìqū) – ein Begriff, der durch die Republik China verwendet wird, um ein Territorium zu bezeichnen, welches sich unter ihrer Kontrolle befindet. Aktuell sind das die Inseln Taiwan, Penghu, Kinmen, die Matsu-Inseln und einige kleinere Inseln. Senkaku-Inseln (jap. 尖閣諸島, Senkaku-shotō) oder Diaoyu(tai)-Inseln (Volksrepublik China 釣魚台群島, ynp. 钓鱼台群島, Pinyin: Diàoyútái Qúndǎo) ist ein Archipel auf dem Festlandssockel im Ostchinesischen Meer. Gegenstand eines territorialen Streites zwischen Japan einerseits und der Republik China (Taiwan) und der Volksrepublik China andererseits (CHN). Entsprechend der offiziellen Position der beiden chinesischen Staaten gehört die Inselgruppe der taiwanesischen Provinz.

Das Territorium, das sich unter der Jurisdiktion der Republik China befindet, wird manchmal nach der größten Insel benannt – «Taiwanesisches Territorium der Republik China» oder «Region Taiwan»

Im April 1644 wurde Peking durch die Aufständischen eingenommen und der letzte Imperator der Ming-Dynastie beendete sein Leben durch einen Suizid. Jedoch konnten die Aufständischen im Staat keine Ordnung schaffen, derweil ging die Bedrohung vom Norden aus, wo sich hinter der Nordgrenze des Chinesischen Imperiums die Mandschurenstämme befanden, welche die Nachfahren der kriegerischen Jurchen waren, die einst China eroberten und Anfang des XVII Jahrhunderts einen erfolgreichen Prozess der politischen Konsolidierung verzeichneten. Eine besondere Rolle spielte hierbei der prominente Mandschurenfeldherr Nurhaci, dem es gelang, in den ersten Jahrzehnten des XVII Jahrhunderts den ersten Mandschurenstaat zu errichten. Sein Sohn und Nachfolger Khan Abahai rief den Staat Qing (das Reine) aus und wurde zu seinem ersten Herrscher. Zur dieser Zeit nahmen die Mandschuren viele Elemente der chinesischen Kultur in die ihre auf. Allen voran einige wichtigste Prinzipien der Staatssteuerung.

Die Mandschuren wurden faktisch eingeladen, China zu regieren.

Im Frühling 1644 schlug der Ming-General Wu Sangui, welcher die Armeen befehligte, die die Zugänge zur Chinesischen Mauer bewachten, der Mandschurischen Führung, die einen wiederholten Überfall auf China vorbereiteten, unerwartet vor, ihre Kavallerie auf das chinesische Territorium durchzulassen.

Zunächst lehnten die Mandschuren das Angebot von Wu Sangui ab, nutzten später dennoch diesen Vorschlag und überwandten die Chinesische Mauer ohne Kampf. Die Armee von Wu Sangui schloss sich dabei den Mandschuren bei dem Feldzug gegen Peking an. Um die Entschiedenheit seines Willens zu demonstrieren, mit den Mandschuren zu kooperieren, hat Wu Sangui seinen Kämpfern den Befehl erteilt, ihre Haare auf die Mandschurenart zu tragen – vorne sind die Haare abrasiert und am Hinterkopf werden sie lang und zu einem Zopf geflochten getragen. Für einige Jahrhunderte wurde diese Frisur zu einem Symbol der Unterwerfung der Chinesen durch die neue Qing-Mandschuren-Herrschaft.

Die Eroberung von China durch die Mandschuren beginnend im Frühling des Jahres 1644 dauerte fast 40 Jahre an und endete erst im Jahre 1683. Ab diesem Zeitpunkt für die Dauer von 267 Jahre herrschte in China die Qing-Dynastie der Mandschuren (1644–1911).

Ein starker Widerstand, der die Formen eines Partisanenkrieges annahm, entwickelte sich im Südosten von China, wo die Hauptrolle an seiner Organisation die Vertreter der patriotisch eingestellten städtischen Schichten spielten. Einer der bekanntesten Namen war Zheng Chenggong, der Nachkomme einer wohlhabenden, im Küstenhandel tätigen kaufmännischen Familie. Er verfügte über eine starke Flotte und wurde von den hinter den Linien der Qing-Streitkräfte agierenden Truppen unterstützt. Im Laufe der 1650er Jahre fuhren die Schiffe von Zheng Chenggong sehr weit nach oben mit der Strömung des Jangtsekiang und bedrohten damit sogar Nanjing. Die Armeen der Mandschuren erlitten mehrfach Niederlagen durch die Truppen von Zheng Chenggong. Das Hauptgebiet seines Einflusses waren die Küstenprovinzen, vorwiegend Fujan und die große Hafenstadt Xiamen (Amoy).

Um den Widerstand von Zheng Chenggong an der Ozeanküste zu brechen, haben die Mandschuren eine bedeutende Flotte geschaffen und siedelten die Küstenbewohner tief ins Festland um. In dieser Situation war Zheng Chenggong gezwungen die chinesische Küste zu verlassen und seine Stützpunkte nach Taiwan zu verlegen, welcher sich derzeit in den Händen der Holländer befand. Anfang des Jahres 1662 gelang es ihm, sie zu vertreiben und dort einen Staat zu errichten, welcher seit der Zeit zur letzten Bastion im Kampf gegen die Mandschuren in China wurde.

Zum letzten Zentrum des patriotischen Kampfes wurde seit dieser Zeit Taiwan. Der durch Zheng Chenggong gegründete Staat war in militär-politischer und ökonomischer Hinsicht stark. Unter der Dynastie der Zhen wurden Maßnahmen umgesetzt um die Wirtschaft zu stärken, neue Gebiete zu erschließen, die Fischerei und verschiedene Handwerkszweige zu fördern. Nach dem Zerschlagen aller Widerstandsherde auf dem Kontinent durch die Mandschuren hat die Führung von Taiwan keine Perspektive im weiteren Widerstand gegen die Qing-Dynastie gesehen und erkannten die Herrschaft der Mandschuren an. Im Jahre 1683 landeten auf der Insel die Regierungstruppen.

So kam es, dass zum Zeitpunkt der Evakuierung von Kuomintang nach Taiwan, die Insel bereits eine historisch bedingte Erfahrung von Bestehen eines Staates hatte, zusätzlich begünstigt durch die Tatsache, dass vor den Mandschuren viele Vertreter der Elite des chinesischen Staates der Ming-Dynastie nach Taiwan flohen.

Diese historische Erfahrung der Staatlichkeit Taiwans wurde dadurch verstärkt, dass gleichzeitig mit dem Umzug des Partei- und Staatsapparates von Kuomintang auf die Insel die Evakuierung eines bedeutenden Teils der Streitkräfte, der Politiker, der Unternehmer, Wissenschaftler, Kulturschaffender und anderer Vertreter der chinesischen Elite stattfand. Auf die Insel wurden viele Kulturgüter, Partei- und Staatsarchive überführt. D.h. qualitativ war Taiwan durchaus mit einem Führungskader ausgestattet, um einen Staat mit einem Satz von Kompetenzen aller sechs Prioritäten der allgemeinen Steuerungsmittel (ASM) aufzubauen. Und die Bevölkerungszahl von 8 Mio. war ausreichend, um das Funktionieren des Staates zu gewährleisten, zumal der Inselstatus es ermöglichte, die Belastung für die Bevölkerung im Bereich der Gewährleistung der Staatssicherheit zu verringern.

Taiwan, das seine eigene Lebensmittelversorgung sicherstellte, schuf mit Hilfe von UK/US eine Wirtschaft, die in vollem Maße den Interessen der Existenz eines Staates gerecht wird.

Dabei ist Taiwan keinesfalls ein Projektstaat. Die Existenz zweier chinesischer Staaten ist eine gewöhnliche Etappe in der Formierung eines historisch entstandenen Staates, die sich in der Existenz zweier Konzentrationszentren der Steuerung ausdrückt, die untereinander um das Recht einen einheitlichen Nationalstaat unter der eigenen Führung bilden zu können konkurrieren. In der europäischen Geschichte ist das mit der Auseinandersetzung Frankreichs und Burgunds im 15. Jahrhundert um die Schaffung eines einheitlichen französischen Staates zu vergleichen.

Die Tatsache, dass in diesem Kampf die staatliche Entwicklung der Volksrepublik China (Kontinental-China) von der UdSSR unterstützt wurde, und die Chinesische Republik (Taiwan) von UK/US, ist nur ein historischer Fakt – jedes Konzentrationszentrum, das den Anspruch erhebt, einen Staat zu errichten, hat seine Handlungen immer, auf die eine oder andere Weise, mit den Interessen der bereits existierenden Staaten und Konzentrationszentren der Steuerung abgestimmt, die Interesse an dem Territorium bekunden, auf dem der Staat errichtet werden soll. Wenn das in früheren Zeiten fast immer territorial benachbarte Staaten waren, so haben mit der Entwicklung der Transport-, Kommunikations-, und Informationstechnologien nun die vom Standort des gebildeten Staates entfernten Steuerungssubjekte angefangen ihren Einfluss auf die Formierung von Staaten auszuüben. Das ist der Sinn hinter dem Aufbau des weltweiten Kolonialsystems und der Expansion des Westens nach China.

Die Tatsache, dass China diesen Aggression des Westens im Wesentlichen standgehalten hat, ist darauf zurückzuführen, dass

- zum Zeitpunkt der westlichen Invasion in China ein zentralisierter Staat existierte, der

historische Erfahrung als Reich hatte, d.h. es gab eine lange historische staatliche Erfahrung in der Existenz und Kombinatorik verschiedener Kulturen im Rahmen des Funktionierens eines einheitlichen Staates, wenn auch im Format eines «Schmelztiegels», aber dies konnte nicht ohne Auswirkungen auf die Kultur der Gesamtbevölkerung geschehen, in dem Sinne, dass ihnen die Möglichkeit gegeben wird, mit anderen Kulturen, ohne Verlust ihrer kulturellen Identität, zu kommunizieren;

- die hohe Bevölkerungszahl des chinesischen Staates ermöglichte und ermöglicht immer noch, dass praktisch jegliche Verluste, Fehlkalkulationen und Inkompetenzen der Steuerung kompensiert werden, ohne dabei die eigene kulturelle Identität zu verlieren.

Der Konflikt zwischen den beiden chinesischen Staaten, ermöglichte es lange Zeit, nicht zu bestimmen, nach welchem Projekt sich der einheitliche chinesische Staat entwickeln würde. Die Republik China (Taiwan) hat diesen Kampf verloren.

Die erste schwere Niederlage erlitt die Republik China, als am 25. November 1971 auf der 26. Tagung der UN-Generalversammlung mit 76 Ja-Stimmen, 35 Gegenstimmen und 17 Enthaltungen beschlossen wurde, dass in der UNO von diesem Tag an China von der Volksrepublik China vertreten wird.

Doch endgültig wurde die Republik China, als Konzentrationszentrum eines einheitlichen chinesischen Staates, am 04. Juni 1989 beerdigt, als Demonstranten auf dem Platz am Tor des Himmlischen Friedens in Peking mit Panzern auseinander getrieben wurden und Hunderte von Menschen dabei ums Leben kamen. Die Hauptteilnehmer der Proteste, die am 15. April 1989 begonnen hatten, waren Studenten, d.h. das zukünftige Kader, welches mit der Kraft der Bevölkerung die für das Funktionieren eines Staates notwendige Auswahl an Kompetenzen gewährleisten sollte. Diese Auswahl an Kompetenzen kann für die Formierung und Steuerung eines Staates nach jedem beliebigen ideologischen Projekt notwendig sein. Das Auseinandertreiben der Demonstranten auf dem Platz am Tor des Himmlischen Friedens hat gezeigt, dass es keine Möglichkeit für die Realisierung der Errichtung eines einheitlichen chinesischen Staates nach dem ideologischen Projekt Kuomintang auf dem Gebiet von Kontinental-China gibt. Von diesem Moment an war das Schicksal der Republik China (Taiwan) besiegelt – sie wird unweigerlich im Rahmen eines von Kontinental-China durchgeführten Projekts in einen einheitlichen chinesischen Staat integriert. Und das ist nur eine Frage der Zeit.

Staatsouveränität und zwischenstaatliche Bündnisse

Eine Besonderheit des internationalen Zusammenlebens in der Welt zwischen 1945 und 1985 war die ideologische, wirtschaftliche und militärpolitische Konfrontation zwischen der UdSSR und US/UK, der von den Normalbürgern als sowjetisch-amerikanischer Konflikt wahrgenommen wurde, da die UdSSR und die US bilaterale Verträge geschlossen hatten, die die Beteiligung, beispielsweise, europäischer Staaten an diesen Verträgen ignorierten, aber die Zukunft eben dieser Länder bedingten.

Das lässt sich gut am sowjetisch-amerikanischen INF-Vertrag⁷³ nachvollziehen.

Die Konfrontation zwischen der UdSSR und US/UK zeigte sich im Konflikt der # militärpolitischen Blöcke NATO und Warschauer Pakt.

Am 04. April 1949 wurde in den USA von 12 Ländervertretern (Belgien, Großbritannien, Dänemark, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, USA, Frankreich) der Nordatlantikvertrag unterzeichnet. Der Vertrag schuf ein kollektives Sicherheitssystem. Alle Parteien verpflichteten sich, jede Partei des Vertrags, die angegriffen werden würde, gemeinsam zu verteidigen. Das Abkommen zwischen den Ländern trat schließlich am 24. August 1949 nach seiner Ratifizierung in Kraft.

Im Jahr 1954 beantragte die UdSSR die Aufnahme in die NATO, was abgelehnt wurde. Diese Tatsache zeigt voll und ganz, dass trotz der Erklärung, dass die geschaffene Organisation defensiver Natur ist, in Wirklichkeit ein aggressiver Block geschaffen wurde. Wenn es anders wäre, hätte man die Gefahr eines Angriffs seitens der UdSSR einfach beseitigen können, indem man die Sowjetunion in die NATO aufgenommen hätte, wodurch die Streitkräfte der UdSSR unter die Kontrolle der Länder gestellt würden, die einen Angriff befürchteten. Wenn diese Länder den Angriff jedoch selbst planen, kann die UdSSR nicht in ihre militärische Organisation aufgenommen werden, da die Anwesenheit der Sowjetunion in der Organisation keine Vorbereitung und Durchführung von Aggressionen gegen sie zulässt.

Die Aggressivität der NATO gegenüber der UdSSR wurde endgültig durch die Aufnahme der BRD in den Block im Jahr 1955 verankert. Deutschland wurde im 20. Jahrhundert zweimal zum Instrument der Aggression gegen die UdSSR/Russland. Deshalb war die Sowjetunion sehr daran interessiert, dass das Nachkriegsdeutschland ein friedlicher Staat ist. Doch US/UK hatten andere Ziele in Bezug auf Deutschland und am 23. Mai 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland in den Gebieten der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone Deutschlands (Trizone) proklamiert. Mit dieser Entscheidung zerstückelten US/UK Deutschland, da sie der Sowjetunion keine Wahl ließen – die Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates zu den Bedingungen von US/UK war für die UdSSR kategorisch inakzeptabel – die Abgabe der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bedeutete den Verzicht der Sowjetunion auf jeglichen Einfluss auf die zukünftige Politik des wiedervereinten Deutschlands und machte den Sieg der UdSSR im Zweiten Weltkrieg praktisch zunichte.

Daher blieb der Sowjetunion keine andere Wahl, als dem Rest Deutschlands, der zuvor unter sowjetischer Besatzung stand, die Möglichkeit zu geben, einen eigenen Staat zu gründen. Am 07. Oktober 1949 wurde ein solcher Staat unter der Bezeichnung Deutsche Demokratische Republik (DDR) proklamiert.

Die ideologischen Unterschiede zwischen den beiden neu gebildeten deutschen Staaten

⁷³ Vertrag über die Vernichtung der Mittel- und Kurzstreckenraketen

(Mittelstrecken-Nuklearstreitkräfte-Vertrag oder Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (eng. Intermediate Range Nuclear Forces Treaty – INF)) – Vertrag zwischen der UdSSR und den USA, unterschrieben am 08. Dezember 1987 vom Generalsekretär der KPdSU Gorbatschow und dem P-residenten der US Ronald Reagan im Zuge des sowjetisch-amerikanischen Treffens auf höchster Ebene in Washington. Zum ersten Mal in der Geschichte erlaubte der Vertrag die Beseitigung einer ganzen Klasse von Waffen: die Parteien verpflichteten sich, alle Systeme bodengestützter ballistischer Raketen und Marschflugkörper mittlerer (1.000-5.500 km) und kürzerer Reichweite (500 bis 1.000 km) zu vernichten und auch nicht zu produzieren, nicht zu testen, sowie solche Raketen in Zukunft nicht zu entwickeln.

waren nicht das Ergebnis sowjetischer Arglist, sondern Ausdruck der objektiven Sachlage. Die Sache ist die, dass alle antisowjetisch und pronazistisch gesinnten Deutschen noch im Zuge der Kriegshandlungen zur Zerstörung des Dritten Reiches sich vor den herannahenden sowjetischen Truppen weit zu entfernen und in die Besatzungszone von US/UK zu gelangen versuchten. Die antifaschistischen Aktivisten versuchten, andersherum, in die sowjetische Besatzungszone überzusiedeln – so entstanden auf natürliche Weise zwei ideologische Lager, die auf Initiative von US/UK künstlich in Staaten umgewandelt wurden. Natürlich waren das Projektstaaten. Und das wiederum bedeutete, dass beide Staaten zu praktischen Zwecken geschaffen wurden, die sie im Interesse der Konstrukteur-Staaten erfüllen sollten.

Die Ziele, mit denen US/UK die BRD schufen, waren für die UdSSR von Anfang an einfach und offensichtlich. Die Anti-Hitler-Koalition, die die UdSSR und US/UK vereinte, war von Anbeginn an fragil und kurzlebig, denn, gemäß des metaphorischen Ausdrucks von Churchill war «die Anwesenheit eines gemeinsamen Feindes fast das einzige Bindeglied zwischen ihrer Union». Churchill hat seine Sicht auf die zukünftigen Beziehungen zwischen US/UK und der UdSSR in der am 22. Juni gehaltenen Rede über die Absicht Englands, Russland zu helfen, seinen Hass auf den Kommunismus, dessen Verkörperung die UdSSR war, nicht einmal verborgen: «In den letzten 25 Jahren war niemand ein konsequenterer Gegner des Kommunismus, als ich. Ich werde kein einziges Wort, das ich über ihn gesagt habe, zurücknehmen».

Je mehr sich Hitler-Deutschland seiner Niederlage näherte, desto intensiver begannen die Bündnis-Länder am Umbau der künftigen Weltordnung entsprechend ihrer Interessen zu arbeiten. Zu diesem Zweck nutzten die Bündnisstaaten öffentliche Diplomatie, wie z.B. die Konferenz in Teheran (28. November – 01. Dezember 1943) und in Jalta (04. – 11. Februar 1945). Um Ihre Ziele zu erreichen, führten US/UK jedoch auch die unter Bündnispartnern unzulässigen separaten Verhandlungen mit dem Gegner durch.

US/UK führten Verhandlungen über die Schließung eines separaten Friedens mit der Regierung des Hitler-Reiches. Das passierte aus dem Grund, weil US/UK und die UdSSR verschiedene Ziele im Krieg gegen das Dritte Reich verfolgten. Für US/UK war der Zweite Weltkrieg ein Mittel, um die Kräfte in dem internen Krieg zu beseitigen, die ein Hindernis für die Globalisierung nach dem Szenario von US/UK darstellen. Davon sprach im Juni 1941 der Senator Harry Truman – der künftige Vizepräsident und später auch Präsident der USA. Als er den Angriff des Dritten Reiches auf die UdSSR kommentierte, sagte er: *«Falls wir sehen, dass Deutschland gewinnt, dann müssen wir Russland helfen. Falls aber Russland gewinnt, dann müssen wir Deutschland helfen. Und sie sollen nur so viele, wie möglich, töten, obwohl ich unter keinen Umständen Hitler unter den Siegern sehen möchte»*. (New York Times, 24.VI.1941).

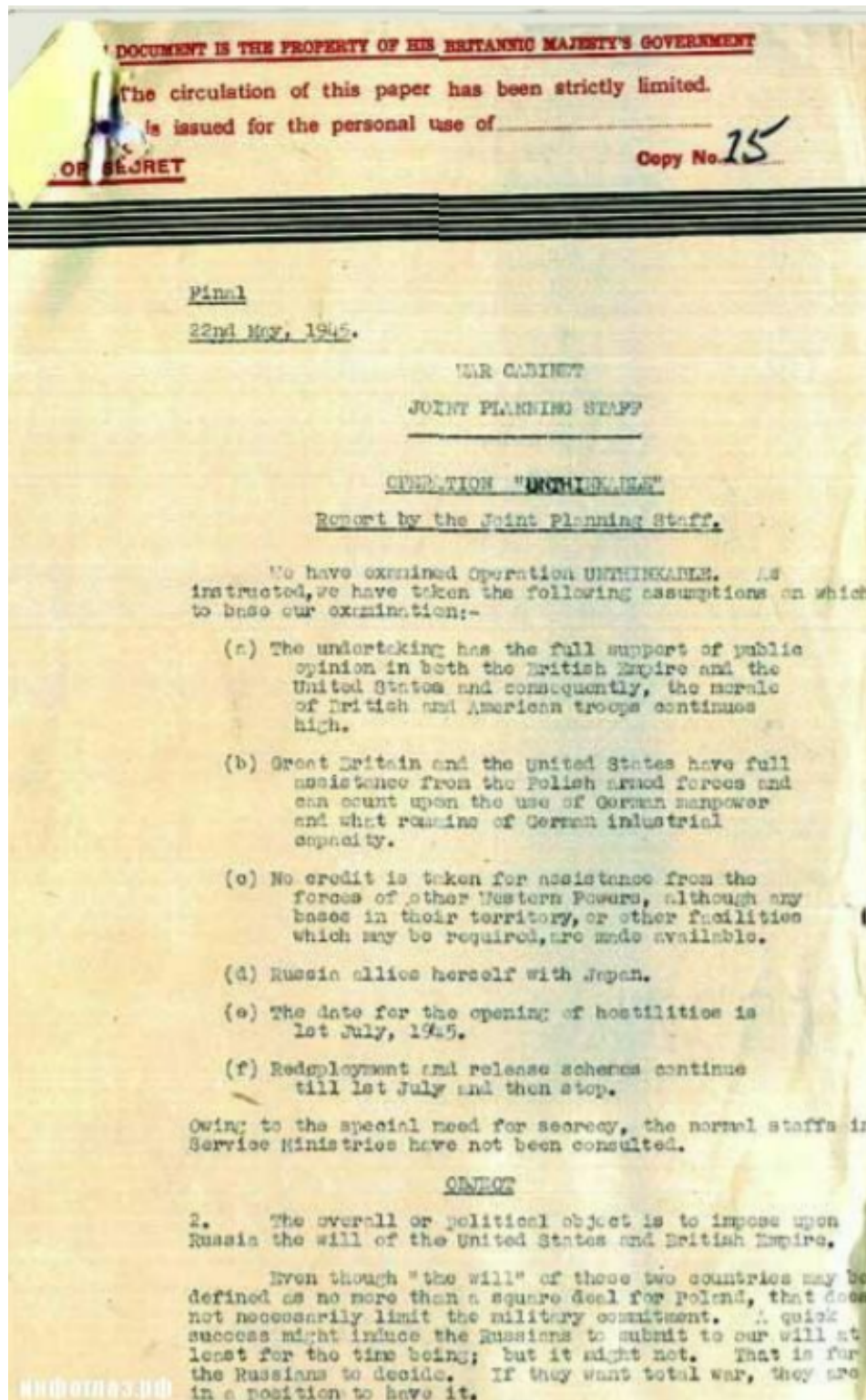
Deshalb ist nichts Ungewöhnliches daran, dass bereits im März 1945 der Premierminister Großbritanniens, Winston Churchill, seinem Generalstab die Anweisung gab, mit der Ausarbeitung eines Planes des zukünftigen Krieges zwischen US/UK und UdSSR zu beginnen. Der Plan erhielt aus dem Grund den Decknamen «Unternehmen Undenkbar» (Operation Unthinkable), weil es für den Normalbürger undenkbar war, sich vorzustellen, dass nach dem Ende des Kriegs gegen das Dritte Reich US/UK seinen Verbündeten angreift, den er in den Zeitungen verherrlichte und dem er militärische Hilfe leistete.

Endgültig war der Plan «Undenkbar» im Juni 1945 fertig, d.h. als die Zerschlagung des Dritten Reiches durch die Verbündeten bereits abgeschlossen war, die Besatzungszonen Deutschlands, die Dislokation der Truppen, die Anzahl der aus Deutschland erbeuteten Trophäen

und die Kriegsgefangenen, sowie die Möglichkeiten ihres Verwendungszwecks festgelegt wurden. Nach diesem Plan sollte nicht nur das industrielle Potenzial Deutschlands genutzt werden, sondern auch die kampfbereiten Formationen der Wehrmacht – konkret sollten bis zu 15 deutsche Divisionen bei den Kriegshandlungen eingesetzt werden, wofür sie neu organisiert wurden. Aus diesem Grund wurden ausschließlich Männer im wehrdienstpflichtigen Standardalter (18–55 Jahre) in den Konzentrationslagern von US/UK gesammelt, die für den Wehrdienst vollständig geeignet waren. Alle deutschen Kriegsgefangenen in den Konzentrationslagern wurden entsprechend der Organisationsstruktur der deutschen Divisionen organisiert, deren Tagesablauf voll und ganz mit dem der Armee übereinstimmte. Es sei auch darauf hingewiesen, dass an der Ausbildung und dem Training der deutschen Kriegsgefangenen englische und amerikanische Ausbilder teilnahmen. Es handelte sich dabei um vollwertige Divisionen, nur Ausrüstung hatten sie nicht. Doch die Waffen wurden ebendort, unweit des Lagers deponiert. Um diese Divisionen in Kampfbereitschaft zu versetzen, reichte ein Tag, der zur Ausgabe der Waffen benötigt wurde.

In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass es auch andere Fälle gab, in denen US/UK die sich ihnen ergebenden Hitler-Truppen benutzten. So ergaben sich am 09. Mai 1945 die unter dem Kommando von Generalmajor Hans-Georg Benthack in Griechenland stationierten deutschen Einheiten, ohne das Anrücken der Hauptstreitkräfte Großbritanniens abzuwarten, der 28. Infanterie-Brigade von General Preston. Die Engländer steckten zu dieser Zeit gerade in Kämpfen mit den griechischen Kommunisten fest, die sich in der Volksbefreiungsarmee ELAS verbündet hatten. US/UK benötigten dringend Verstärkung für die englischen Truppen. Zu einer solchen Verstärkung wurden die sich in Gefangenschaft ergeben habenden deutschen Einheiten, die am 12. Mai 1945 mit den Briten gemeinsam einen Angriff auf die Positionen der Partisanen starteten. Es ist bekannt, dass deutsche Soldaten bis zum 28. Juni 1945 an Schlachten teilnahmen.

Da die US/UK es verstanden, dass die Pläne zur Vorbereitung eines Krieges nicht versteckt werden konnten, ergriffen sie Maßnahmen zur Desinformation der UdSSR. So wurde, gemäß dem Plan «Unternehmen Undenkbar», der am 22. Mai 1945 verabschiedet wurde, das Datum für den Angriff auf die UdSSR auf den 01. Juli 1945 festgelegt. Doch tatsächlich konnten US/UK zu dieser Zeit unmöglich die UdSSR angreifen – es war einfach nicht in ihrem Interesse.



Der Punkt ist, dass der Zweite Weltkrieg nicht mit der Niederlage Deutschlands endete. Es gab noch Japan, mit dem sich sowohl das Britische Imperium (UK), als auch die Vereinigten Staaten (US) bis zu den Ohren in einen Krieg verstrickt hatten. Es war der Krieg im Fernen Osten und nicht der mit dem Dritten Reich, welcher der Haupt-Kriegsschauplatz von US/UK war. Eben im Krieg gegen Japan erlitten US/UK die größten Verluste. Und deshalb wollten UK/US, getreu

ihrem Prinzip, dass Andere ihre Kriege ausfechten sollen, dass die UdSSR Japan besiegt. Die Beteiligung der UdSSR am Krieg gegen Japan senkte nicht nur für UK/US den Grad der eigenen Verluste und sorgte für die Vernichtung des Gegners, sondern führte auch zu einer weiteren Schwächung der UdSSR, die nach den erlittenen menschlichen, wie auch wirtschaftlichen Verlusten im Zuge der zwei Kriege – gegen das Dritte Reich und Japan – schwächer sein würde, als nach einem Krieg gegen das Dritte Reich allein. Und in einem schwächeren Zustand würde die UdSSR dem Diktat von US/UK eher nachgeben.

Deshalb haben Roosevelt und Churchill noch auf den Konferenzen in Teheran (1943) und auf der Krim (1945) alles getan, um zwischen der UdSSR, England und den USA eine Einigung darüber zu erzielen, dass die Sowjetunion nach der Kapitulation Deutschlands in einen Krieg gegen Japan eintritt. Daher wäre der Eintritt in einen Krieg mit der UdSSR in Europa zu einer Zeit, als die UdSSR dort die größte Truppenkonzentration hatte, die über einzigartige Kriegserfahrung verfügten, für US/UK einfach eine Form des eigenen staatlichen Selbstmords gewesen, und das in doppelter und extremer Form. Tatsache ist, dass zum Mai 1945

- die UdSSR die beste Artillerie der Welt hatte und in Europa die großkalibrige Artillerie der UdSSR die gesamte Artillerie von US/UK fast um das Zweifache überstieg, selbst wenn die als Trophäe erhaltene Artillerie des Dritten Reiches eingerechnet würde — die UdSSR hatte über 111.000 Geschütze und Mörser, die USA hatte 40.000, und Großbritannien 17.000⁷⁴;
- Die UdSSR verfügte über die besten Panzertruppen der Welt, die in der Lage waren, jedes Problem zu lösen, und über eine einzigartige Kampferfahrung verfügten. Im Juni 1945 verfügten die USA über etwa 7,5 Tausend Panzer, Selbstfahrlafetten und gepanzerte Mannschaftstransportwagen (MTW) in Europa, Großbritannien über etwa 5 Tausend; die UdSSR hingegen verfügte über mehr als 12 Tausend Panzer und Selbstfahrlafetten, die den alliierten Panzern in jeder Hinsicht überlegen waren, und der Hauptteil der sowjetischen Panzertruppen waren T-34-Panzer — der beste Panzer des Zweiten Weltkriegs. Die von den Alliierten im Rahmen von Lend-Lease-Programm gelieferten Panzer waren nur ein Bruchteil der Panzer der sowjetischen Panzertruppen, aber sie waren dennoch leistungsfähiger und besser als die der UK/US Streitkräfte, da die Lend-Lease-Panzer von der sowjetischen Industrie aufgerüstet worden waren, z. B. mit stärkeren Kanonen;
- US/UK in Europa 103 Divisionen hatten und ihnen, ihrer eigenen Einschätzung nach, sowjetische Streitkräfte gegenüberstanden, die 264 Bündnisdivisionen entsprachen;
- das Gesamtverhältnis der Luftstreitkräfte auch nicht zugunsten von US/UK ausfiel – 8.798 Flugzeuge gegen 11.742 sowjetische. Die Tatsache, dass US/UK fast doppelt so viel strategische Luftstreitkräfte hatten wie die UdSSR, änderte nichts an der Situation, da
 - a. im künftigen Krieg Bodenkampfflugzeuge, die US/UK praktisch nicht hatte, mehr benötigt würden;
 - b. die UdSSR eine starke Jagdflugzeugflotte hatte – ein Kampf zwischen ihr und der Jagdflugzeugflotte von US/UK endete unweigerlich mit der Niederlage letzterer. Außerdem schossen sowjetische Assen nicht nur die Jäger von US/UK ab, sondern zeigten, dass sie, im Unterschied zu den Assen der Luftwaffe, auch Angriffen der

⁷⁴ Die Stärke der sowjetischen Artillerie übertraf die der Armeen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und Japans zusammen.

«uneinnehmbaren» «fliegenden Festungen» von US/UK nicht aus dem Weg gehen. So erhielt Anfang Mai 1945 das Regiment unter dem Kommando des dreimaligen Helden der Sowjetunion I.N. Koschedub den direkten Befehl, um jeden Preis den Bombenabwurf der Gruppe «fliegender Festungen» Boeing B-17 der US-Luftstreitkräfte zu verhindern, welche mit einem unbekannten Ziel, in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands eingedrungen sind. Trotz des verzweifelten Widerstands wurden drei amerikanische Bomber abgeschossen. Die übrigen kehrten hastig um und flogen auf ihr Territorium zurück. Sowjetische Piloten erlitten keine Verluste.

Es sei vermerkt, dass die analytischen Strukturen von US/UK sich der Tatsache vollkommen bewusst waren, dass die US/UK-Streitkräfte der Roten Armee nicht gewachsen waren. So sandte Churchill, nachdem der Plan «Unternehmen Undenkbar» ausgearbeitet war, diesen an das höchste Stabsorgan Britanniens – die Joint Chiefs of Staff – zur Begutachtung, welches am 08. Juni 1945 seine Stellungnahme abgab. In dieser wurde insbesondere darauf hingewiesen, dass

«wenn man einen Krieg mit den Russen beginnt, ist es notwendig, auf einen langen und kostspieligen totalen Krieg vorbereitet zu sein. Durch die zahlenmäßige Überlegenheit der Russen auf dem Land ist die Möglichkeit, dass ein begrenzter und schneller (militärischer) Erfolg erzielt werden kann, äußerst zweifelhaft ...

Deshalb denken wir, dass im Falle eines Krieges das Erreichen eines schnellen begrenzten Erfolgs außerhalb unserer Möglichkeiten sein wird und wir in einen langen Krieg gegen überlegene Streitkräfte verwickelt sein werden. Darüber hinaus kann die Überlegenheit dieser Kräfte maßgeblich zunehmen, wenn die Müdigkeit und die Gleichgültigkeit der Amerikaner zunehmen und der Kriegsmagnet auf dem Stillen Ozean sie auf seine Seite zieht».

Somit waren sich US/UK der Tatsache vollkommen bewusst, dass die Möglichkeiten von US/UK, nach einer Niederlage in Europa in einem Krieg gegen Japan zu gewinnen gegen Null tendierten. Ebenso hoch war auch die Wahrscheinlichkeit von US/UK, einem außenpolitischen Diktat seitens der UdSSR standzuhalten.

Die optimalste Zeit, um die UdSSR anzugreifen, war deshalb

- wenn die UdSSR zumindest teilweise die Reduzierung ihrer Armee zur Demobilisierung gemäß dem am 23. Juni 1945 verabschiedeten «Gesetz über die Demobilisierung von Armee und Marine und deren darauffolgende Versetzung in den Friedenszustand»⁷⁵ vornimmt;
- wenn die UdSSR den Großteil der Streitkräfte und Waffen für den Krieg mit Japan von Europa nach Fernost verlegen würde. Und nicht nur, wenn sie Truppen verlegen würde, sondern auch gegen die japanische Armee in die Schlacht zieht, in die sie sich verstricken

⁷⁵ Die Demobilisierung begann am 05. Juli 1945 und war im Jahr 1948 beendet. Armee und Marine wurden von 11 Millionen auf weniger als 3 Millionen Mann reduziert, das Staatliche Verteidigungskomitee und das Hauptquartier des Obersten Kommandos wurden abgeschafft. Die Anzahl der Militärbezirke wurde in den Jahren 1945-1946 von 33 auf 21 verringert. Die Anzahl der Truppen in Ostdeutschland, Polen und Rumänien wurde erheblich reduziert. Im September 1945 wurden sowjetische Truppen aus Nordnorwegen, im November aus der Tschechoslowakei, im April 1946 von der Insel Bornholm (Dänemark) und im Dezember 1947 aus Bulgarien abgezogen.

würde. Genau dann würde sich für US/UK die Möglichkeit eröffnen, die UdSSR in einen zwei Fronten Krieg zu ziehen:

- In Europa zerschlagen US/UK-Truppen die sowjetischen Truppen und rücken so weit wie möglich nach Osten vor;
- Im Fernen Osten räumen US/UK Japan alle Möglichkeiten ein, alle seine Kräfte und Bemühungen allein auf den Krieg mit der UdSSR zu konzentrieren. Dies lässt einerseits nicht zu, dass die UdSSR ihre Truppen von der Fernostfront abziehen kann, um eine Niederlage in Europa zu verhindern, und andererseits schwächt es Japan so weit, dass US/UK es in Zukunft leicht erledigen und besetzen könnten.

Somit war der optimalste Zeitpunkt für einen Angriff auf die UdSSR in Europa Mitte bis Ende August 1945.

Die Aktivitäten aller Länder der Welt im Sommer 1945 bestätigt diese Schlussfolgerung nur.

Vom 17. Juli bis 02. August 1945 fand die Potsdamer Konferenz (Dreimächtekonferenz von Berlin) der Staatsoberhäupter der UdSSR, USA und Großbritannien statt, auf der, neben der Erörterung europäischer Probleme, der Lage in Fernost eine große Bedeutung beigemessen wurde. In der am 26. Juli (ohne Abstimmung mit der UdSSR) veröffentlichten Potsdamer Erklärung wandten sich die Staatsoberhäupter der USA, Großbritanniens und Chinas an die Regierung Japans mit der Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation⁷⁶.

Am 28. Juli 1945 lehnte die japanische Regierung diese Forderungen ab.

Am 08. August 1945 trat die UdSSR der Potsdamer Erklärung bei und erklärte Japan den Krieg.

Am 09. August 1945 begann die UdSSR mit Kampfhandlungen gegen Japan. Infolge der schnellen Offensive der sowjetischen Truppen und der mongolischen Volksarmee wurde die Kwantung-Armee in kurzer Zeit zerschlagen, die Gebiete Nordost-Chinas (die Mandschurei – die wirtschaftlich am stärksten entwickelte Region Chinas) und Nordkoreas, sowie Süd-Sachalin und die Kurileninseln befreit.

Am 02. September 1945 unterzeichnete die Regierung Japans den Kapitulationsakt und akzeptierte alle Forderungen der Potsdamer Erklärung. Die Kapitulation Japans bedeutete das Ende des Zweiten Weltkrieges.

Bei der Bewertung der Handlungen von UK/US hatte die Sowjetunion nicht den geringsten Anlass, daran zu zweifeln, dass der NATO-Block für einen anschließenden Krieg gegen die UdSSR gegründet wurde. Und die Errichtung der BRD und ihre Aufnahme in den Block bedeutet, dass Deutschland erneut die wichtigste militärische Kraft im Krieg des Westens gegen die UdSSR werden sollte.

Da die Sowjetunion es verstand, dass ein Konflikt nicht zu vermeiden ist und dass in diesen Konflikt unweigerlich die Länder Osteuropas hineingezogen werden, die nach dem Zerfall des Dritten Reiches ihre Innen- und Außenpolitik auf die UdSSR ausrichteten, traf sie zur Verhinderung einer solch negativen Entwicklung der Situation die Entscheidung, auf Grundlage der pro-sowjetischen Staaten einen militärpolitischen Block zu gründen, der ein Instrument sein sollte, nicht nur, um Aggressionen gegen diese einzelnen Ländern, sondern auch einen neuen

⁷⁶ <https://ria.ru/20100808/262416687.html>; <https://ria.ru/20150808/1169074975.html>.

europäischen Krieg zu verhindern.

Und am 14. Mai 1955 unterzeichneten Albanien, Bulgarien, Ungarn, Ostdeutschland, Polen, Rumänien, die UdSSR und die Tschechoslowakei auf der Warschauer Konferenz der europäischen Staaten zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand – ein Dokument, das die Schaffung eines Militärbündnisses der europäischen sozialistischen Staaten mit der führenden Rolle der UdSSR festlegte – den Warschauer Pakt.

Die führende Rolle bei der Organisation der Blöcke durch die Staaten UK/US einerseits und die UdSSR andererseits war dadurch bedingt, dass eben diese Subjekt-Staaten der globalen Politik über die möglichst besten Satz an Kompetenzen für die Existenz eines Staates und der Verwirklichung der staatlichen Souveränität verfügten. Der Besitz von Kompetenzen, die andere Mitglieder des Blocks nicht hatten, die sie aber dringend benötigten, war es, der das vorbestimmte, was alle Länder der Welt für selbstverständlich hielten – dass nur zwei Staaten, US/UK und die UdSSR, in einem bilateralen Dialog über das Schicksal der ganzen Welt entscheiden. Alle übrigen Länder der Welt wurden in Bedingungen versetzt, unter denen es zum Schutz des eigenen Staates nötig war, in gewissem Maße sich dem einen oder anderen Block anzuschließen. Für diese Länder stellte sich nur die Frage: wie kann man, nach Möglichkeit selbst und ohne Druck von außen, eine Wahl im Interesse seines Landes durchführen, seinen Staat und seine Staatlichkeit nicht verlieren und nicht lediglich zu einer Ressource in der Hand des Staates werden, der über das maximale Spektrum an Kompetenzen verfügt. Der Besitz von Kompetenzen in den Bereichen Weltraumforschung, Atomenergie, Maschinenbau, Schiffbau, Flugzeugindustrie u.a. stellt die Möglichkeit einer Existenz des Staates und einer Realisierung der Souveränität sicher. Fehlen einem Staat diese Kompetenzen, macht ihn das abhängig von dem Staat, der im Besitz dieser Kompetenzen ist. Je geringer die Auswahl an Kompetenzen ist, die ein Volk bereitstellen kann, das Anspruch darauf erhebt, einen eigenen Staat zu errichten, desto weniger Souveränität besitzt dieser Staat. Aufgrund einer unbedeutenden Auswahl an Kompetenzen, die solche Staatsgebilde, wie Kosovo, Montenegro, Saudi-Arabien, Georgien, Estland, Lettland, Litauen, mit der Kraft der eigenen Bevölkerung bereitstellen können, können sie prinzipiell nicht nur über keinen eigenen Staat verfügen, sondern nicht einmal über eine eigene Staatlichkeit. Und als Folge

- werden die höchsten Führungskader entweder in einem Land aufgezogen, das eine überstaatliche Steuerung ausübt, wie das im Falle von Saudi-Arabien und anderen arabischen Erdöl produzierenden Zwergstaaten geschieht, die auf diese Weise von Großbritannien gesteuert werden;
- oder die notwendigen Kader werden zur Steuerung in das Land geschickt, wie dies bei Ländern im postsowjetischen Raum der Fall ist.

So «gewann», beispielsweise, am 28. November 2018 im zweiten Durchgang der P-residentschaftswahlen die «unabhängige» Kandidatin Salome Surabischwili, die 2003 als Botschafterin aus Frankreich nach Georgien kam. Und P-resident Saakaschwili «ernannte» sie – eine französische Staatsbürgerin und Botschafterin Frankreichs in Georgien – 2004 zum Außenminister Georgiens⁷⁷.

⁷⁷ Sie war die Außenministerin Georgiens unter der Regierung des georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili in der Zeit vom 20. März 2004 bis 19. Oktober 2005.

Immerhin hat sie im Aufenthaltsland gearbeitet, bevor sie zu dessen Präsidenten wurde. Doch die P-residentin Lettlands (08. Juli 1999 – 07. Juli 2007) Vaira Vīķe-Freiberga wurde einfach aus den USA geschickt, um die Regierung des Landes prompt zu übernehmen. Vaira Vīķe-Freiberga kam im Sommer 1998 nach Lettland und begann sofort mit der Gründung einer Organisation, deren Aktivitäten offiziell darin bestehen sollten, die lettische Kultur populär zu machen und das Image des Landes im internationalen Raum zu verbessern. Die Notwendigkeit einer solchen Organisation wurde durch die angeblich anhaltende antilettische Propaganda Russlands motiviert. Im Herbst 1998 förderte die lettische Regierung das Lettische Institut, indem sie Geld für seinen Unterhalt bereitstellte und Vīķe-Freiberga zur Leiterin «ernannte». Zeitgleich mit der Gründung des staatlichen ideologischen Propagandainstituts wurde dafür auch eine ideologische politische Struktur geschaffen – die Partei Tēvzemei un Brīvībai/LNNK (deutsch: Für Vaterland und Freiheit/LNNK), die offiziell im Juni 1997 durch die Verschmelzung der national-konservativen Partei «Tēvzemei un Brīvībai» und der Bewegung für die nationale Unabhängigkeit Lettlands gegründet wurde. Diese Partei war es, von der Vīķe-Freiberga im Dezember 1998 zum Kandidaten für die Präsidentschaft Lettlands erklärt wurde.

* * *

Eine Möglichkeit, die fehlenden Kompetenzen der Projektstaaten zu ergänzen, die für das Funktionieren eines Staates notwendig sind, sind die sogenannten «Hilfsprogramme» seitens der überstaatlichen Steuerung. Solche «Hilfsprogramme» werden entweder über unmittelbar staatliche Institute, oder über speziell geschaffene Fonds und Organisationen verwirklicht – solche, wie USAID⁷⁸ und NED⁷⁹, aber auch über «Privat»-Organisationen, wie beispielsweise die Soros-Stiftung (OSI)⁸⁰. In der Regel zielen «Hilfsprogramme» auf die Erfüllung von Kompetenzen ab, die im sozialen Bereich der Staatsfunktion, d.h. auf den drei höchsten Prioritäten der ASM angesiedelt sind. Maßnahmen zur Umsetzung dieser «Hilfsprogramme» werden unter der Leitung einer großen Anzahl von «Beratern» durchgeführt, die vom Subjekt, das diese «Hilfsprogramme» bereitstellt, in das Land, das diese «Hilfe» empfängt, gesandt werden, um die Regierung dieses Landes zu leiten.

⁷⁸ USAID – United States Agency for International Development – Behörde der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung – ein zentrales Organ der staatlichen Steuerung der Vereinigten Staaten von Amerika im Bereich der Auslandshilfe. Der Administrator der Behörde und sein Stellvertreter werden vom Präsidenten mit Zustimmung des Senats ernannt und handeln in Abstimmung mit dem US-Außenminister.

⁷⁹ NED – National Endowment for Democracy – «Nationale Stiftung für Demokratie» – eine amerikanische Organisation, die 1983 vom US-Kongress zur Durchsetzung der Demokratie gegründet wurde. Als ihre Mission nennt die Stiftung «die Förderung des Aufbaus und der Entwicklung von Demokratie und Freiheit in der ganzen Welt». Gefördert vom US-Kongress aus dem Budget der US-amerikanischen Behörde für internationale Entwicklung (USAID).

⁸⁰ OSI – Open Society Foundation – Institut «Offene Gesellschaft», besser bekannt als Soros-Stiftung – eine internationale Wohltätigkeitsorganisation, die vom Finanzier George Soros gegründet wurde. Initiiert und unterstützt Programme in den Bereichen Bildung, Kultur und Kunst, Gesundheitswesen und Bürgerinitiativen, die zur Entwicklung von Ideen und Mechanismen einer offenen Gesellschaft beitragen. Der Vorstand des Fonds agiert in mehr als 30 Ländern. Die Leitungsgremien befinden sich in New York und Budapest.

Das deutlichste Beispiel für die Arbeit solcher «Hilfsprogramme» ist Georgien⁸¹, über das häufig solche Meldungen, wie die folgende, in den Medien erscheinen:

«Die USA hilft Georgien im Kampf gegen die anti-westliche Propaganda»

Das Projekt in Höhe von einer halben Million Dollar soll die Prozesse der euro-atlantischen Integration unterstützen und richtet sich an Bewohner georgischer Regionen. Das US-Außenministerium hat Georgien eine halbe Million Dollar für den Kampf gegen die antiwestliche Propaganda bereitgestellt. Auf Basis der bereitgestellten Mittel werden das Informationszentrum der NATO und der EU über einen Zeitraum von 18 Monaten das Projekt «Erhöhung der Informiertheit und des Engagements in den Regionen Georgiens bezüglich der Frage der westlichen Integration», dessen Ziel es ist, der Bevölkerung objektive und umfassende Informationen über den euro-atlantischen Integrationsprozess zu liefern. Im Rahmen des Projekts kommen fünf weitere zu den sieben landesweit tätigen regionalen Zentralbüros hinzu. Darüber hinaus ist eine intensivere Berichterstattung in den regionalen Medien über Themen im Zusammenhang mit der EU und der NATO geplant.

Die amtierende US-Botschafterin in Tiflis, Elizabeth Rood, sagte bei der Präsentation des Projekts, dass die USA auf dem Weg zur Integration in die EU und die NATO Seite an Seite mit Georgien stehen.

«Dieses Projekt wird die Informiertheit der georgischen Bevölkerung über den Fortschritt des Landes auf dem Weg zur euro-atlantischen Integration und über die Fortschritte, die mit diesem Prozess verbunden sind, erhöhen ... Die Regierung Georgiens, wie auch das Informationszentrum der NATO und der EU, können durch dieses wichtige Projekt den Menschen in Georgien besser erklären, welche Vorteile die europäische und atlantische Integration bringen kann», erklärte Elizabeth Rood am 22. Oktober ...» – informationelle Internet-Ressource der US-Regierung «Stimme Amerikas» (die russische Bezeichnung: «Голос Америки»), 23. Oktober 2018, 17:52 – <https://www.golos-ameriki.ru/a/us-to-aid-georgia-in-fighting-propaganda/4625639.html>

Georgiens «europäische und atlantische Integration» wird von UK/US nicht nur bzw. nicht so sehr benötigt, weil die Westliche Welt einen militärpolitischen Vorposten für die Präsenz im Kaukasus benötigt, sondern in erster Linie deshalb, weil dieser Vorposten notwendig ist, um der

⁸¹ **«Die USA erweisen Georgien weiterhin finanzielle Hilfe»**

29. September 2003, 11:55

TIFLIS, 29. September. /Korrespondentin RIA «Nowosti» Marina Kwarazchelija/. In den USA werden die Erfolge der Reformen in Georgien positiv bewertet und daher beabsichtigen die USA die finanzielle Hilfe in den Bereichen Wirtschaft, Verteidigung und Soziales fortzusetzen – dies erklärte am Montag der Präsident Georgiens Eduard Schewardnadse in einem Interview dem öffentlichen Rundfunk.

Letzte Woche sagte Thomas Adams, der Sonderbeauftragte des US-Außenministeriums für Europa und Eurasien, nach einem Treffen mit Schewardnadse, dass die US-Regierung die Finanzierung einiger Projekte für insgesamt 34 Millionen US-Dollar ausgesetzt habe.

Die Rede ist von einem Projekt zur Rehabilitation kleiner Wasserkraftwerke in der georgischen Region Imeretien und von Finanzierung von Reformen im Finanzministerium der Republik.

Der Grund für die Beendigung der Projekte sind die eigenmächtigen Handlungen des Gouverneurs von Imeretien Temur Schaschiaschwili, die die Unzufriedenheit amerikanischer Investoren hervorriefen, und die hohe Korruption im Finanzministerium.

Der Entwurf des Hauptfinanzdokuments der Vereinigten Staaten von 2004 sieht jedoch 75 Mio. USD zur Finanzierung verschiedener Projekte in Georgien vor.

Seit 1992 hat die US-Regierung Georgien finanzielle Unterstützung in Höhe von 1,1 Milliarden US-Dollar gewährt.

Die Hauptfinanzierungsbereiche waren humanitäre und Verteidigungsprogramme, Wirtschafts- und Finanzreformen, Programme zur Entwicklung der Demokratie, sowie Energie- und Umweltprojekte». – <https://ria.ru/20030929/440736.html>.

Integration aller Länder der kaukasischen Region in die vereinte russische Welt entgegenzuwirken. Doch Georgien (Bevölkerung im Jahr 2018 – 3.729.600 Einwohner) als staatliches Subjekt kann ohne, dass die Kompetenzen aller sechs Prioritäten der ASM seitens eines mächtigeren staatlichen Subjektes erfüllt werden, welches die Möglichkeit hat, aus eigener Kraft alle Kompetenzen, die für die Existenz eines Staates notwendig sind, zu erfüllen, nicht existieren. Bis 1991 wurden alle Kompetenzen für die Existenz Georgiens in Form eines Staates von UdSSR/Russland bereitgestellt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde Georgien strukturell der Steuerung durch UK/US unterstellt, das Georgien hauptsächlich über die USA mit allen Kompetenzen versorgte, die für die Existenz eines Staates nötig sind. Jedoch verfolgte UK/US damit andere Ziele, wofür es nötig war, nicht nur das gesamte sozial-ökonomische Wirken der staatlichen Strukturen neu zu organisieren, sondern auch das der gesamten Bevölkerung. Für die Umsetzung so eines starken Manövers hatte Georgien trivialerweise nicht einmal die wirtschaftliche Basis. Deshalb übernahm 2003 UK/US über die USA den Unterhalt des Staatsapparates Georgiens.

Zur Finanzierung von Georgiens Staatsapparat wurde ein spezieller Entwicklungs- und Reformfonds eingerichtet, aus dem die oberste Führung und die Mitglieder der georgischen Regierung solide Zuschläge in Dollar zu den bereits bestehenden Gehältern erhielten. In dem Moment, als der Fonds gegründet wurde, wurde festgelegt, dass der amtierende P-resident Georgiens Micheil Saakaschwili, die amtierende Parlamentsvorsitzende Nino Burdschanadse und der amtierende Premierminister Surab Schwania neben dem aus dem georgischen Haushalt gezahlten Gehalt, einen monatlichen Zuschlag aus dem Fonds erhalten sollen, der 1.500\$ für jeden beträgt. Für die einfachen Mitglieder des Ministerkabinetts, sowie auch für die Generalstaatsanwaltschaft der Republik, betrug der monatliche Zuschlag 1.200\$. Außerdem waren, zusätzlich zu den Gehältern für die Erfüllung der staatlichen Pflichten, zusätzliche Zahlungen aus dem Fonds für weitere etwa 5 Tausend Regierungsbeamte vorgesehen. Um die Höhe dieser Zuschüsse aus dem amerikanischen Fonds für die georgischen Beamten zu verstehen, muss man wissen, dass das Durchschnittsgehalt in Georgien zu dieser Zeit 50 Lari (weniger, als 25\$) nicht überstieg. Und die Höhe der Renten betrug weniger, als 10\$ im Monat⁸².

Die «Förderung der Demokratie»⁸³ in verschiedenen Projektstaaten wird auf verschiedene

⁸² «Washington übernimmt den Unterhalt der Führung Georgiens» – Jurij Simonjan «Nesawissimaja Gaseta» (die russische Bezeichnung: «Независимая газета»), 26.03.2004 – http://www.ng.ru/cis/2004-03-26/5_tbilisi.html

«Was zahlen die Amerikaner der georgischen Regierung? Ein Interview zwischen dem georgischen Reformminister Kacha Bendukidse und einem Korrespondenten der «Nowaja Gaseta» – «Nowaja Gaseta» (die russische Bezeichnung: «Новая газета»), Nr. 87 vom 15. November 2007 – <https://www.nowyagazeta.ru/articles/2007/11/16/31147-platyat-li-amerikantsy-gruzinskomu-pravitelstvu>

⁸³ «Ich dachte immer, dass Demokratie die Macht des Volkes ist, aber Genosse Roosevelt hat mir eingängig erklärt, dass Demokratie die Macht des amerikanischen Volkes ist». – ein Ausspruch der J.W. Stalin zugeschrieben wird.

Die Urhebererschaft Stalins ist unwahrscheinlich, aber möglich. In der Welt wurde der Beginn der Durchsetzung der Demokratie made in USA durch die Gründung des militärpolitischen Blocks NATO (04. April 1949), des Staates der BRD (23. Mai 1949) und durch die Entfesselung des Krieges in Korea (25. Juni 1950 bis 27. Juli 1953) bestimmt. Und «Genosse» Franklin Delano Roosevelt (geb. 30. Januar 1882) starb am 12. April 1945. Es besteht die Möglichkeit, dass dieser Ausspruch, der Stalin zugeschrieben wird, eine Paraphrase aus den Aussagen Stalins aus eben der Zeit von 1945 bis 1953 ist, als Stalin bei der Analyse und Erklärung der einen oder anderen außenpolitischen Handlung der USA an seine Gespräche mit Roosevelt auf den Konferenzen in Teheran und Jalta

Weise und mit unterschiedlichen Zielen durchgeführt. Wenn UK/US Georgien als Vorposten gegen Russland benötigt, so benötigt die USA die Ukraine als Reisigbündel, mit dem das Feuer des großen Krieges, sowohl in Russland, als auch in Europa, entfacht werden kann. Es wird eben ein gegen sie gerichteter Krieg gebraucht.

«22. APR 2014, 04:45

Die USA haben seit 1991 5 Milliarden US-Dollar in die Ukraine investiert

Dieses Geld wurde für die Errichtung einer demokratischen Regierung im Land ausgegeben, sagte die Unterabteilungsleiterin des US-Außenministeriums (Assistant Secretary of State) Victoria Nuland.

NEW YORK, 22. April. /Korrespondent ITAR-TASS Iwan Pilschikow/.

Unterabteilungsleiterin des US-Außenministeriums im Zuständigkeitsbereich Europa und Asien, Victoria Nuland, gab in einem Interview mit CNN zu, dass Washington politische Prozesse in der Ukraine finanziert hat.

Auf die Frage des Journalisten, ob die Meldungen darüber, dass die USA 5 Milliarden US-Dollar für Entwicklung der Demokratie in der Ukraine ausgegeben hat, wahr seien, antwortete Nuland: "Die USA haben seit 1991 etwa 5 Milliarden US-Dollar in die Ukraine investiert – seit dem Zeitpunkt, als die Ukraine nach dem Zerfall der Sowjetunion erneut ein unabhängiger Staat wurde. Dieses Geld wurde zur Unterstützung der Bestrebungen des ukrainischen Volkes ausgegeben, welches sich eine starke, demokratische Regierung wünscht, die seine Interessen vertritt."

Dabei betonte die Unterabteilungsleiterin des US-Außenministeriums: "Wir haben natürlich kein Geld zur Unterstützung des Maidan ausgegeben." Laut Nuland "war das eine spontane Bewegung."

Unterstützung der Ukraine bei der Durchführung von Wahlen

Mitte April wurde bekannt, dass die USA der Ukraine Unterstützung in Höhe von 11,4 Millionen US-Dollar für die Organisation der vorgezogenen Präsidentschaftswahlen gewährten, die für den 25. Mai geplant waren. Wie die offizielle Sprecherin des US-Außenministeriums Jen Psaki mitteilte, wurden die Mittel vom Außenministerium und der Behörde für internationale Entwicklung (USAID) der USA bereitgestellt.

Washington rechnet damit, dass dies zur Abhaltung von "freien, fairen und friedlichen Wahlen" des ukrainischen Staatsoberhauptes beitragen wird, merkte die amerikanische Diplomatin an. Das Geld wird verwendet, um lokale und internationale Beobachter zu unterstützen, den Wahlvorgang zu verbessern und den Wählern die notwendigen Informationen zu liefern». – <https://tass.ru/mezhdunarodnaya-panorama/1137436>; <https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2014/04/22/nuland-ssha-potrati-5mlrd-na-razvitieukrainskoj>; <https://ria.ru/20140422/1004886020.html>.

Nach den Worten der Mitarbeiterin des US-Außenministeriums, Victoria Nuland, haben die USA den Maidan in der Ukraine nicht unterstützt, faktisch jedoch schon.

«Wir erinnern daran, dass wiederholt Aussagen gemacht wurden, dass die USA aktiv in die

appellierte. Auf der Konferenz in Jalta (04. Februar – 11. Februar 1945) erörterten die Länder der Anti-Hitler-Koalition auch zukünftige Angelegenheiten, die Weltordnung nach dem Krieg, u.a. auch die Rolle und den Platz der USA, Großbritanniens und der UdSSR im globalen staatlichen Länderaufbau. Außerdem lebte F.D. Roosevelt während der Konferenz in Teheran (28. November – 01. Dezember 1943) in der sowjetischen Botschaft und Gespräche zwischen Stalin und Roosevelt über die Außenpolitik der USA und Russlands konnten durchaus stattfinden, wobei es nicht umgangen werden konnte, über die zahlreichen Interventionen der USA in der Zeit zwischen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu diskutieren.

Wie dem auch sei, solange es keine verlässliche Bestätigung dafür gibt, dass Stalin es gesagt hat oder, dass dies eine Paraphrase seiner Aussagen ist, ist Stalins Urhebererschaft für diesen Satz nichts anderes als Spekulation.

gesellschaftspolitischen Prozesse in der Ukraine eingreifen und den Euromaidan finanzieren. So sagte, beispielsweise, der ehemalige Leiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine (Inlandsgeheimdienst der Ukraine SBU), Oleksandr Yakymenko, dass der Westen in den beiden Wintermonaten Millionen von Dollar nach Kiew transferiert habe.

“Seit Beginn des Maidans stellten wir als Geheimdienst einen deutlichen Anstieg der diplomatischen Post fest, die bei den verschiedenen Botschaften in der Ukraine – in westlichen Botschaften – einging. Diese Post überstieg die üblichen Zustellungsverhältnisse um das Zehnfache. Der zweite Punkt: nach solchen Zustellungen tauchte beim Maidan ausländische Währung auf – US-Dollar eines neuen Designs. In den am nächsten gelegenen Wechselstuben erschien diese Währung”, – bestätigt der Ex-Leiter des Geheimdienstes. Darüber hinaus wies Yakymenko auf die Teilnahme von CIA-Experten an der Maidan-Führung hin.

Während einer Durchsuchung wurden im Büro der Partei “Allukrainische Vereinigung ‘Vaterland’” Informationen über die Feldkommandanten des Maidan, ihre Interaktions- und Finanzierungspläne sowie etwa 16,7 Millionen US-Dollar in bar gefunden, präzisiert die Zeitung Politikus.

Der Berater des Präsidenten der Russischen Föderation, Sergei Glasjew, sagte direkt, dass amerikanische Quellen wöchentlich etwa 20 Millionen Dollar “zur Finanzierung” ausgeben, “u.a. für Ausrüstung, die Opposition und die Rebellen”. Die Internetseite “Kommersant-Ukraina” ist zur Zeit nicht erreichbar, doch die Zitate aus Glasjews Interview finden Sie beispielsweise bei KM.ru.

Ebenfalls befinden sich einige Beweise für die Finanzierung politischer Kräfte und ukrainischer Medien durch die Vereinigten Staaten nicht im freien Zugang. So wurde beispielsweise auf der Internetseite der Partei von Vitali Klitschko “UDAR” die Rubrik “Partner” entfernt, wo früher, wie der “Fonds für den Kampf gegen die Russophobie” bestätigt, auf die amerikanischen Fonds International Republican Institute und National Democratic Institute verwiesen wurde.

Und von der Internetseite Hromadske.tv verschwand der Finanzbericht für den Zeitraum vom 25. Juli bis 4. Dezember 2013, in dem die Einnahmen von Sponsoren und der Öffentlichkeit angegeben waren – darunter 400 Tausend Hrywnja von der US-Botschaft und 793 Tausend Hrywnja von der niederländischen Botschaft. Ein Screenshot der Internetseite mit dem Bericht ist auf der AIN-Internetseite verfügbar.

Im Dezember 2013 gab die stellvertretende Sprecherin des US-Außenministeriums, Marie Harf, zu, dass Washington, auf gleicher Ebene mit Brüssel, die Ukraine weiterhin auf ihrem europäischen Weg unterstützt. Allein im Jahr 2013 wurden für diese Zwecke 100 Millionen Dollar bereitgestellt». – «Die USA haben bestätigt, dass sie 5 Milliarden US-Dollar in den Wunsch des ukrainischen Volkes nach einer starken demokratischen Macht investiert haben», NEWSru.com, veröffentlicht am 22. April 2014, 09:50 | letzte Aktualisierung: 07. Dezember 2017, 08:56 – <https://www.newsru.com/world/22apr2014/nul.html>

Das Ergebnis der «Hilfsprogramme» zur «Demokratisierung» der Ukraine seitens der USA ist offensichtlich – in der Ukraine tobt ein Bürgerkrieg, den die USA mit aller Kraft auf das Territorium Russlands zu übertragen versuchen, zudem werden alle Prozesse im Land von der US-Botschaft geleitet.

* *

*

Allerdings macht die Gewährleistung eines noch so vollständigen Satz an Kompetenzen, die zu den drei niederen Prioritäten der ASM gehören, aus einem Land noch keinen Staat – alle Kolonien der Welt existierten und existieren noch, weil die Gewährleistung der Lebenserhaltung ausschließlich auf Grundlage der drei niederen Prioritäten der ASM gewährleistet wird.

Ein Staat und seine Souveränität beginnen dort, wo Kompetenzen bereitgestellt werden, die zu den drei oberen Prioritäten der allgemeinen Steuerungsmittel gehören. Und je vollständiger das Spektrum an Kompetenzen ist, desto gefestigter ist dieser Staat, desto vollkommener ist seine Souveränität. In diesem Sinne sind die Kompetenzen im Bereich der drei niederen Prioritäten der Steuerung eine Erweiterung und ein Mittel zur Erreichung der Ziele und Aufgaben, die auf Grundlage der drei höheren Prioritäten der Steuerung formiert wurden. Deshalb kann der Staat die Auswahl der Kompetenzen der niederen Prioritäten mit der einen oder anderen Schieflage formen, ausgehend von der Auswahl der Kompetenzen, die auf den höheren Prioritäten der Steuerung, und der Ressourcenbasis (Natur, Energie, Bevölkerung) des Landes basieren.

Ein klassisches Beispiel, wie bedeutend der Besitz von Kompetenzen für die Existenz eines Staates ist, zeigt uns die Geschichte Russlands/der UdSSR.

So war das Russische Reich, welches man versuchte nach westlichem Muster zu steuern, bezüglich aller grundlegenden Kompetenzen, die die Existenz eines Staates und seine Souveränität gewährleisten, vollkommen vom Westen abhängig. Es ist eine Tatsache, dass das Russische Reich keine Chemie-, Automobil- oder Flugzeugindustrie hatte. Es gab keinen Schiffbau, keinen Schwermaschinenbau und auch keinen Motorenbau. All das führte dazu, dass das Russische Reich zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht nur seine Außenpolitik, sondern nicht einmal mehr seine Innenpolitik selbstständig (ohne mit einem anderen ausländischen Staat⁸⁴ untergeordnet zu koalieren) bestimmen konnte. Ein Beispiel dafür ist die Einführung des Mosin-Gewehrs im Jahr 1891.

Das Rundschreiben des russischen Bildungsministers, I.D. Deljanow, vom 18. (30.) Juni 1887 «Über die Kürzung der Gymnasialausbildung», genannt «Der Erlass über die Kinder einfacher Leute», das von Kaiser Alexander III. verabschiedet wurde, wurde im Prinzip zu einem kaiserlichen Erlass zur Organisation einer Revolution und der Vernichtung des Russischen Imperiums, da dieses Rundschreiben Russland seiner nationalen Kader beraubte, die dem Staat alle Kompetenzen hätten sichern können, welche für die Existenz eines Staates und seiner Souveränität nötig sind. Weil eben diese notwendigen Kompetenzen fehlten, konnte das Russische Reich im Zuge des Ersten Weltkriegs nicht nicht untergehen. Allein schon deshalb, weil Russland, als es in den ersten Jahren des Krieges sein Offizierskorps verloren hatte, aufgrund der Minderwertigkeit seines Bildungssystems, dieses in der nötigen Qualität und Quantität nicht wiederherstellen konnte.

Die Bolschewiki legten von Anfang an ein eigenes Steuerungskonzept und eine eigene Idee der Lebensweise fest, für die der Aufbau eines in jeglichem Sinne selbstständigen Staates und seiner Souveränität essentiell war. Gerade deshalb wurde in Stalins UdSSR so viel Augenmerk auf die Staatsideologie gelegt. Gerade deshalb gingen die Bolschewiki den Weg, den Umfang der Kompetenzen zu erhöhen/zu vervollständigen, deren Besitz der UdSSR/Russland nicht nur die

⁸⁴ Man hat Alexander III. soweit gebracht, dass er nicht nur mit Frankreich ein Bündnis einging, sondern auch, dass er, als am 11. (23.) Juli 1891 in Kronstadt das französische Militärgeschwader zur Visite eintraf, *dieses persönlich begrüßte; Während des Mittagessens* in Peterhof hörte er sich die Aufführung der französischen *Revolutionshymne* «Marseillaise» an, was das Petersburger Publikum beeindruckte.

Möglichkeit der Existenz des Staates und seiner Souveränität gesichert hätte, sondern auch die Möglichkeit sich als Subjekt der globalen Politik zu etablieren. Deshalb wurde sogar unter den Bedingungen eines Bürgerkrieges damit begonnen, die Pläne zur Entwicklung des Landes zu realisieren – solche, wie, zum Beispiel, der berühmte GOELRO-Plan⁸⁵. Die Bolschewiki näherten sich der Problematik der allgemeinen Bildung auf die ernsthafteste Weise und erweiterten die Möglichkeit, eine höhere Bildung für alle zu erhalten. Selbst die aus den ehemals herrschenden Schichten, welche anfänglich in ihren Rechten beschnitten waren, erhielten bald das Recht auf den Erhalt einer allgemeinen Bildung, auf einer für alle gleichen Grundlage. So versorgten die Bolschewiki Russland mit nationalen Kadern, die sicherstellen konnten, dass Russland über alle erforderlichen Kompetenzen verfügt. Und später, nach der Katastrophe des ersten Jahres des Großen Vaterländischen Krieges, als fast die gesamte reguläre Armee und nicht nur das Offizierskorps gefallen ist, war es die Tauglichkeit des sowjetischen Bildungssystems für die Aufgaben, die dazu dienen, dem Staat das nötige Spektrum an Kompetenzen zu sichern, das zur Garantie dafür wurde, dass die Armee und das Offizierskorps nicht nur wiederhergestellt wurden, sondern, man muss anmerken in beinahe hoffnungslosen Situation, besser wiederhergestellt wurden, als es qualitativ und quantitativ vor dem Krieg der Fall war, was wiederum der UdSSR im Zweiten Weltkrieg den Sieg sicherte.

In diesem durch die Bolschewiki verwirklichten Plan ist die Industrialisierung Russlands/der UdSSR ein Vorstoß zur Vervollständigung des Kompetenzspektrums, das für die Gewährleistung der Existenz des Staates, seiner Souveränität und der daraus resultierenden Möglichkeit zur Etablierung des Staates als Subjekt der globalen Politik nötig ist.

Gerade wegen der Rettung Russlands und seiner Wandlung in den Staat Nr. 1 in der Welt, werden die Bolschewiki von verschiedenartigen Liberasten, Weißgardisten und Monarchisten gehasst. All diese Abtrünnigen brauchen Russland in keinerlei Hinsicht, da die bloße Existenz Russlands bereits ein Beweis ihrer Wertlosigkeit und Nichtigkeit ist.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion war vorbestimmt, nachdem sich die Staatsführung in der poststalinischen UdSSR nach und nach geweigert hatte (Taufwetterperiode, Ära der Stagnation), dem Land eine selbstständige Gewährleistung aller Kompetenzen im Bereich der drei oberen Prioritäten der Steuerung zu gewährleisten. Der Verzicht auf diese Kompetenzen nahm im Zuge der Perestroika erdrutschartige Züge an. Im ersten Jahrzehnt (die verwegenen 1990er) des postsowjetischen Russlands wurde das Spektrum der oberen Kompetenzen generell ausschließlich durch die überstaatliche Steuerung bereitgestellt. Dies wurde auch in der Verfassung des Jahres 1993 festgehalten:

⁸⁵ GOELRO (Akronym aus dem Russischen: ГОЭЛРО – Государственная комиссия по электрификации России – deutsch: Staatliche Kommission zur Elektrifizierung Russlands) – Staatsplan zur Elektrifizierung der RSFSR nach der Oktoberrevolution 1917. Entwickelt von der staatlichen Kommission für die Elektrifizierung Russlands auf Anweisung und unter Anleitung von W.I. Lenin. Genehmigt vom VIII. Allrussischen Elektrotechnischen Kongress, der durch Dekret des Rates der Volkskommissare einberufen wurde. Der GOELRO-Plan wurde mit einer Reihe von Kommentaren und Ergänzungen vom Rat der Volkskommissare verabschiedet, der am 21. Dezember 1921 einen Beschluss «Über den Plan zur Elektrifizierung Russlands» verabschiedete.

Die Abkürzung wird oft als Staatsplan zur Elektrifizierung Russlands entschlüsselt, d.h. als Produkt der GOELRO-Kommission, die einen ersten langfristigen Plan für die Entwicklung der Wirtschaft aufstellte, der in Russland nach der Revolution verabschiedet und umgesetzt wurde.

«Artikel 15

1. *Die Verfassung der Russischen Föderation besitzt die höchste rechtliche Macht, direkte Gültigkeit und gilt auf dem gesamten Territorium der Russischen Föderation. Gesetze und andere Rechtsakte, die in der Russischen Föderation erlassen wurden, dürfen der Verfassung der Russischen Föderation nicht widersprechen.*
2. *Die Behörden der Staatsmacht, die Behörden der lokalen Selbstverwaltung, Beamte, Bürger und ihre Zusammenschlüsse sind verpflichtet, die Verfassung der Russischen Föderation und die Gesetze zu befolgen.*
3. *Gesetze unterliegen der offiziellen Veröffentlichung. Unveröffentlichte Gesetze haben keine Gültigkeit. Jegliche normative Rechtsakte, welche die Rechte, Freiheiten und Pflichten einer Person und eines Bürgers betreffen, können nicht angewendet werden, wenn sie nicht offiziell zur allgemeinen Information veröffentlicht wurden.*
4. ***Die allgemein anerkannten Grundsätze und Normen des Völkerrechts und der internationalen Verträge der Russischen Föderation sind ein wesentlicher Bestandteil seines Rechtssystems. Wenn durch einen internationalen Vertrag der Russischen Föderation andere Regeln festgelegt sind, als gesetzlich vorgeschrieben, gelten die Regeln des internationalen Vertrags».***

Der Staat war jahrhundertlang das System, dass das Überleben eines Volkes sicherte, ohne dass es seine kulturelle Identität verlor, aber in dem Maze, in dem die Bevölkerung konzeptionelle Macht erlangt, wird sich der Staat unweigerlich zu einem System entwickeln, das die harmonische Entwicklung der Gesellschaft auf der Grundlage der Entfaltung des genetisch bedingten Potenzials eines jeden Gesellschaftsmitglieds gewährleistet.

Der Versuch, eine sich harmonisch entwickelnde Gesellschaft auf der Grundlage der Freisetzung des schöpferischen Potenzials aller Bürger aufzubauen, wurde nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in der stalinschen Periode des Aufbaus des Sozialismus unternommen, sowohl in Russland als auch in der übrigen Welt. Dieser Versuch stand jedoch weitgehend im Schatten der früheren weltweiten Erfahrungen mit der Staatsbildung, und in der Zeit nach Stalin wurde eine breit angelegte Propagandakampagne gestartet, um diese für die gesamte Menschheit unschätzbare Erfahrung zu diskreditieren.

Die externe Steuerung Russlands in den 1990er Jahren

Der erste Außenminister der postsowjetischen Russischen Föderation war (11. Oktober 1990 bis 05. Januar 1996) Andrei Wladimirowitsch Kosyrew⁸⁶, welcher direkt davon sprach, dass es

⁸⁶ Andrei Wladimirowitsch Kosyrew (27. März 1951, Brüssel) – ein Staatsmann und Politiker, der erste Außenminister der Russischen Föderation vom 11. Oktober 1990 bis 05. Januar 1996. Abgeordneter der Staatsduma der ersten und zweiten Einberufung.

Im Januar 1998 wurde er zum Mitglied des Direktorenrates des amerikanischen Unternehmens «ICN Pharmaceuticals» gewählt.

Seit Mai 2001 ist er Mitglied des Präsidiums des Russian-Jewish-Congress.

Lebt mit seiner Familie in Miami (USA), kritisiert scharf das politische System Russlands und die Aktivitäten des Präsidenten Russlands W.W. Putin zur Wiederherstellung des Staates und der Souveränität Russlands.

das Ziel seiner Tätigkeit ist, dass Russland solche Handlungen in der internationalen Politik durchführt, die «die Amerikaner als annehmbar ansehen würden». Dieses Eingeständnis zitiert Strobe Talbott in seinen Memoiren, der zu dieser Zeit Vizeaußenminister der USA und zuständig für Russland und die Länder der ehemaligen UdSSR war.

Und das ist nicht das einzige Zeugnis offizieller amerikanischer Persönlichkeiten davon, dass Kosyrew in seiner Tätigkeit auf dem Posten des Außenministers Russlands sich eben von den Interessen der USA leiten ließ. So traf sich im Jahr 1992 der Außenminister der Russischen Föderation Kosyrew mit dem Ex-Präsidenten der USA Richard Nixon⁸⁷. Das hielt ein Zeuge dieses Gesprächs, der amerikanische Politologe Dimitri Simes⁸⁸, in seinen Memoiren fest («After the Collapse», NY, 1999, S. 15–20):

«Nixon fragte Kosyrew, wie seine Regierung die russischen nationalen Interessen definiert. Kosyrew, bekannt für seine pro-westliche Orientierung, antwortete, dass Russland in der Vergangenheit, auf Kosten der restlichen Welt, außerordentlich unter einer zu engen Konzentration auf seine eigenen Interessen gelitten hat. Nun, fügte er hinzu, ist für Russland die Zeit gekommen, um mehr in den Begrifflichkeiten universeller menschlicher Werte zu denken».

«Dies ist eine sehr löbliche Empfindung für einen Minister, – antwortete Nixon nicht ohne Ironie, – aber natürlich gibt es doch einige spezifische Interessen, die Russland als aufstrebende Macht für sich selbst für wichtig hält?»

Das überzeugte Kosyrew nicht. Vielleicht gibt es solche rein russischen Interessen, sagte er, aber die russische Regierung hatte noch keine Gelegenheit, über diese nachzudenken. «Möglicherweise möchte Präsident Nixon, als Freund der russischen Demokratie, uns helfen festzulegen, was das für Interessen sind?» – fragte Kosyrew mit einem verlegenen Lächeln». – «Wie sich Richard Nixon über den Außenminister der Russischen Föderation Andrej Kosyrew äußerte?» Wochenzeitung «Argumenty i Fakty» (die russische Bezeichnung: «Аргументы и Факты») Nr. 43 25/10/2017 – http://www.aif.ru/dontknows/eternal/kak_richard_nikson_otozvalsya_o_ministre_inostrannyh_del_rf_andree_kozyreva

Wegen des unbändigen Wunsches, den Interessen der Vereinigten Staaten und anderer westlicher Länder auf Kosten und zum Nachteil der Interessen Russlands zu dienen, wurde der ruzsionische Außenminister Kosyrew im Westen Mister Yes genannt – «Mister Ja», analog dazu, allerdings als Gegensatz zu dem Außenminister der UdSSR (15. Februar 1957 – 02. Juli 1985) Andrei Gromyko (05 (18) Juli 1909 - 02. Juli 1989), der wegen seiner Unnachgiebigkeit und prinzipientreue Mister No – «Mister Njet» genannt wurde.

UK/US, welches nach dem Zusammenbruch der UdSSR die Steuerung der Länder im postsowjetischen Raum von überstaatlicher Ebene aus realisierte, strebte danach, die Regierungen

⁸⁷ Richard Milhous Nixon (9. Januar 1913 in Yorba Linda, Kalifornien – 22. April 1994 in New York) – 37. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika (1969-1974), 36. Vize-Präsident der USA (1953-1961). Der erste und einzige Präsident der Vereinigten Staaten, der vor dem Ende seiner Amtszeit zurücktrat – 1972 gewann er die Wahl und wurde zum zweiten Mal Präsident der Vereinigten Staaten, 1974 trat er aufgrund des Watergate-Skandals vorzeitig zurück.

⁸⁸ Dimitri Simes (gebürtig Dmitri Konstantinowitsch Simis; geb. 29. Oktober 1947) – amerikanischer Politologe, Historiker, Wissenschaftler mit sowjetischer Herkunft. Vorsitzender und CEO des «Zentrums für nationale Interessen» (Washington, USA) seit dem Tag seiner Gründung (20. Januar 1994). Herausgeber und Generaldirektor der amerikanischen Zeitschrift «The National Interest» («Das nationale Interesse»). Er war inoffizieller Berater des Ex-Präsidenten der USA, Richard Nixon, zu Fragen der Außenpolitik in den letzten Jahren seines Lebens.

aller neu gegründeter Staaten zu bilden, welche ausschließlich aus Menschen bestehen, die sich nach UK/US ausrichten, d.h. solche, wie den Außenminister der Russischen Föderation Kosyrew. Und wenn es Fehler bei der Zuordnung von Posten gab, so wurden diese umgehend, praktisch augenblicklich, korrigiert. Dies zeigt sich deutlich am Beispiel von Wladimir Pawlowitsch Polewanow⁸⁹, der am 15. November 1994 zum Vorsitzenden des Staatskomitees der Russischen Föderation für die Verwaltung des Staatseigentums zum stellvertretenden Vorsitzenden der Regierung der Russischen Föderation wurde. Als er sich mit dem Vermächtnis der Tätigkeit seines Vorgängers (10. November 1991 – 05. November 1994) Anatoli Borissowitsch Tschubais auseinandersetzte, dem wichtigsten Ideologen und Vorreiter der Privatisierung, entdeckte Polewanow, dass Tschubais seine gesamte Tätigkeit unter strenger Steuerung seitens der Amerikaner durchführte.

«Diese Amerikaner waren 35 Berater, die in der russischen Behörde arbeiteten und festlegten, was, wie und unter welchen Bedingungen privatisiert werden sollte. ... Angeführt wurde diese Gruppe vom Agenten der USA Jonathan Hay. ... Tschubais' Vertraute arbeiteten vollkommen nach der Weisung der Amerikaner. Es waren die Amerikaner, die die Spielregeln festlegten, deshalb kamen die besten Unternehmen zu ihnen. Es gab zum Beispiel eine Zeit, in der 90% unserer Metallindustrie dem Westen gehörte, damals versuchten sie uns auch alle Öl-Unternehmen⁹⁰ wegzunehmen». – am 25. Juli 2018 interviewte die arabische Ausgabe von RT W.P. Polewanow – *«Wladimir Polewanow: Die Amerikaner befehligen das Staatseigentum»* (die russische Bezeichnung: «Владимир Полеванов: Американцы командовали в Госимущество») – <https://www.youtube.com/watch?v=-2HTOTGY6Cc&t=3s>, Das Skript der Unterhaltung wurde auf vielen Internetseiten veröffentlicht, z.B. <https://zen.yandex.ru/media/lpsycheva/lihie-90e-amerikancy-deliat-imuscestvo-rossii5b5f6739c9873600a99bcf46>. Und weiter:

«– Kommen wir zu dem Moment, als Sie zum Leiter des Staatlichen Komitees für die Verwaltung des Staatseigentums ernannt wurden. Waren Sie entsetzt darüber, was Sie gesehen haben?

– Natürlich!

– War Ihnen bewusst, welchen Handlungsspielraum Sie haben werden? Ich frage deshalb, weil Sie in ihren Artikeln schrieben, dass «Tschubais, damit fortfuhr, das

⁸⁹ Wladimir Pawlowitsch Polewanow (geb. 11. November 1949, Charkow, Ukrainische SSR, UdSSR) – sowjetischer und russischer Geologe; russischer Staatsmann und Politiker. Doktor der Geologie und Mineralogie. Berater der Ministers für natürliche Ressourcen der Russischen Föderation.

Leiter der Administration der Amur-Region (1993-1994), Vorsitzender des Staatskomitees der Russischen Föderation für die Kontrolle des Staatseigentums (1994-1995), stellvertretender Vorsitzender der Regierung der Russischen Föderation (1994-1995).

⁹⁰ «Bei der Prüfung der Dokumente, stellte ich entsetzt fest, dass eine ganze Reihe der größten Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes von Ausländern zum Schleuderpreis aufgekauft wurden. Das bedeutet, dass die Betriebe und Konstrukteurbüros, die streng geheime Produkte herstellten, nicht länger unter unserer Kontrolle standen. Eben dieser Jonathan Hay kaufte mit Hilfe von Tschubais 30% der Aktien des Moskauer Elektrodenwerks und des mit ihm zusammenarbeitenden Staatliches Forschungsinstitut für Konstruktionswerkstoffe auf Graphitbasis "NII Graphit" – dem einzigen Entwickler des Landes von Graphitbeschichtungen für Tarnflugzeuge des Typs "Stealth". Woraufhin Hay den Auftrag der militärischen Raumstreitkräfte, Hochtechnologien zu produzieren, blockierte». – Schtschepotkin W. «Die Presse sprach. Der Staatsanwalt hat das Wort» // Russische Föderation heute, Nr. 1, 2005.

Staatseigentum zu betreuen».

– Ja!

– **Ungeachtet dessen, dass nun Sie der Leiter dieser Behörde waren?**

– Ganz genau.

– **Das heißt, er fuhr damit fort, seine sagen wir «Kollegen» zu betreuen und ließ nicht zu, dass Sie die 35 amerikanischen Berater entlassen? Habe ich das richtig verstanden?**

– Er hat es versucht.

– **Heißt es, Sie haben sie letztendlich doch entlassen?**

– Ich habe die amerikanischen Berater innerhalb eines Tages entlassen. Es passierte folgendermaßen. Auf meinem neuen Posten wurde ich von einer paramilitärischen Einheit der Partei «Demokratische Wahl Russlands» bewacht.

– **Sie meinen, Sie persönlich wurden bewacht? Oder wurde das Verwaltungsgebäude des «Staatseigentums» bewacht?**

– Das Gebäude wurde bewacht. Die Partei wurde durch Anatoli Tschubais und Jegor Gaidar gegründet. Also, die Kämpfer dieser Wache haben meinen Befehl nicht ausgeführt, den Amerikanern die Zugangsberechtigung abzunehmen. Mehr noch, sie drangen zum Beispiel in das Rechenzentrum ein und verbarrikadierten sich dort.

– **Sie taten das bestimmt nicht aus eigenem Antrieb oder? Jemand muss ihnen doch**

Anweisungen gegeben haben?

– Anweisungen konnten von vielen kommen. Von meinen Stellvertretern, zum Beispiel, von Peter Mostowoj, Alfred Koch, Maxim Boiko und anderen.

– **Ihre Stellvertreter waren Leute von Tschubais?**

– Ich konnte sie nicht entlassen. Ich habe nur Alfred Koch gezwungen aus eigener Initiative zu gehen. Ihn allein. Weil er defacto die Verteidigungsindustrie zerstörte. Als mir über sein Handeln berichtet wurde, habe ich ihn zu mir gebeten und ihn entlassen...

– **Ging es dabei um die Übergabe von 10% Aktien der Verteidigungsindustrie an die Amerikaner?**

– Ja, das war seine Initiative, diese Fakten verbarg er vor allen. Ich habe ihn tatsächlich gezwungen. Er hat Angst bekommen und verfasste eine Rücktrittserklärung. Ich habe ihm gesagt, dass ich aus ihm «Kleinholz mache», wenn er seine Arbeit fortsetzt. Ich weiß nicht wie, aber ich hätte es getan, und Koch hat es geglaubt.

– **Und die Amerikaner haben Sie auch gefeuert.**

– Die Amerikaner habe ich auch hinausgeworfen. Danach habe ich die Wache der Partei von Tschubais durch eine normale Wache der Miliz ersetzt. Diese Wache war dreimal günstiger. Danach habe ich den amerikanischen Beratern die Zugangsberechtigung abgenommen und sie alle gefeuert. Sofort wurde ich als ein Feind der Zivilisation, der russisch-amerikanischen Beziehungen, des Fortschritts und der Marktformen betitelt. Obwohl ich schlicht und einfach nur die Jurisdiktion von Russland über das eigene Eigentum wiederhergestellt habe».

Selbstverständlich konnten die USA nicht zulassen, dass in der Regierung Russlands ein Mensch erschien, der für die Interessen Russlands arbeitet, und nicht für die der USA. Darauf wurde der P-resident Russlands B.N. Jelzin ganz direkt hingewiesen. Und am 24. Januar 1995 wurde Polewanow nach nur 70 Tagen von seinem Posten entfernt!

Als kurze Zeit später, auf einer der Pressekonferenzen, Jelzin gebeten wurde die Gründe der Entlassung von Polewanow zu kommentieren, sagte er: **«Er hatte die Aufgaben der Mannschaft nicht verstanden».**

Die Aufgabe der Mannschaft, die Russland unmittelbar nach dem Zerfall der UdSSR steuerte, war die Liquidierung der Gewährleistung der Kompetenzen durch die Kraft des Volkes zur Steuerung des russischen Staates auf den höchsten Prioritäten der ASM. Durchgeführt wurde das systematisch und in vollem Umfang, und drückte sich nicht nur darin aus, dass eine Klasse von Großeigentümern gegründet wurde. Zu Oligarchen wurden nur die Leute bestimmt, die eine strenge Selektion durchlaufen haben und die durch die Mitarbeiter des Außenministeriums der USA für diese «elitäre» Position bestätigt wurden. Das Entziehen der Auswahl an Kompetenzen dem russischen Staat, die zu den höchsten Prioritäten der ASM gehören, wurde aber auch mit anderen Mitteln vollzogen. So hatte zum Beispiel die Regierung Gaidars gleich nachdem Russland zu einem Souvenirstaat wurde, verkündet, dass die Kaderausbildung für die Staatsstrukturen der Staaten, die aus den Republiken der ehemaligen Sowjetunion entstanden, in den russischen Bildungseinrichtungen nunmehr ausschließlich auf kommerzieller Basis möglich ist. Das betraf sowohl die zivile Sphäre, als auch die militärische. Auf diese Weise hat die russische Regierung freiwillig auf die Verteidigung der eigenen Interessen in Bezug auf die neu gebildeten Staaten verzichtet und übergab diese Staaten in die Steuerungssphäre von UK/US, wo die Spezialisten für neu gebildete Staaten kostenlos ausgebildet wurden. Ebenso verzichtete die Regierung des postsowjetischen Russlands auf die Vertretung ihrer Interessen in Bezug auf die so genannten «dritte Welt Länder», deren Spezialisten in der UdSSR ausgebildet wurden, und nach ihrem Zerfall eben von UK/US.

Auf diese Weise blieb das postsowjetische Russland ohne Kompetenzen im Bereich der Außenpolitik und wurde vollständig abhängig von der Vermittlung von UK/US nicht nur in Beziehungen zu

- den Staaten, die auf dem postsowjetischen Raum gegründet wurden;
- Staaten der ehemaligen sozialistischen Gemeinschaft, inklusive derjenigen, die durch die Zerstörung des vorherigen Staates gebildet wurden;
- Staaten der «dritten Welt», die sich vorher an der UdSSR orientierten; aber auch mit den
- Staaten der «ersten Welt», da Russlands Kompetenzenverlust im Bereich der Außenpolitik seine ressourcielle Stabilität drastisch reduzierte und dementsprechend die ressourcielle Stabilität der Länder verstärkte, deren Gewährleistung der Auswahl der Kompetenzen in höheren Bereichen der ASM auf der Grundlage der Konfrontation mit der UdSSR realisiert wurde. Und wenn in einem «heißen» Krieg die in Kampfhandlungen verlorene Technik und Bewaffnung zu Trophäen des Gegners werden, welcher sie entsprechend seiner Strategie, Taktik und den Plänen der Kriegsführung nutzt, so werden in einem «kalten», informationellen Krieg, die durch einen Staat verlorenen Kompetenzen – was diesen Staat dadurch in seiner ressourcielle Stabilität schwächt – zu Trophäen des anderen Staates, die so seine ressourcielle Stabilität stärken.

Genau darin bestehen die Ursachen aller Probleme der gegenwärtigen russischen Diplomatie, die auf die Wiederherstellung der Souveränität Russlands ausgerichtet ist – das Land zu verraten, seine Kompetenzen im Bereich Außenpolitik an den Feind zu übergeben, ist bedeutend leichter, als diese wiederherzustellen, erst recht im Zustand der eigenen Schwächung

und Stärkung des Gegners, was im Prinzip die Durchführung einer Politik, wie sie vor dem Verlust der jeweiligen Kompetenzen war, unmöglich macht. Darum ist das ganze impulsiv-hysterische Geschrei a la, «die Sowjetunion hätte unter diesen Bedingungen schon längst... (entsprechend der Situation nach eigenem Ermessen einzusetzen)» charakteristisch nur für das Jammern eines inkompetenten, nichts von Prozessen der Steuerung komplexer sozialer Supersysteme verstehenden Spießbürgers.

* *

*

Von daher fixiert der durch die Anhänger von Kosyrew in den Text der Verfassung der Russischen Föderation eingeführter Artikel 15 direkt den kolonialen Status der russischen Staatlichkeit. Und ob Russland nun Atomwaffen, Kernenergie, Schiffbau, Luftfahrt, Raumfahrt usw. besitzt, hat nur insoweit eine Bedeutung, wie das Land durch die eigene Kraft die Auswahl der Kompetenzen auf den höchsten Prioritäten der Steuerung gewährleistet. Die ökonomische Wiederbelebung Russlands seit dem Jahr 2000, die Wiederherstellung der politischen Autorität des russischen Staates in der Welt wurden ausschließlich deshalb möglich, weil die Führung des Landes, vertreten durch das Staatsoberhaupt von Russland W.W. Putin, sich das Ziel gesetzt hat und es beständig verfolgt, die Gewährleistung des vollständigen Kompetenzspektrums in den höchsten Prioritäten der ASM ausschließlich durch die Bevölkerung des Landes wiederherzustellen. Und in dieser Hinsicht hat der Artikel 15 der Verfassung der Russischen Föderation aus dem Jahre 1993 überhaupt keine Bedeutung, da die Wiederherstellung des vollständigen Kompetenzspektrums der ASM in den höchsten Prioritäten lediglich bei der Realisierung der konzeptionellen Macht möglich ist.

Die konzeptionelle Macht jedoch ist ihrem Wesen nach autokratisch und ignoriert alle Wahl-Prozeduren und die geschriebene Gesetzgebung.

Und in Bezug auf Russland bedeutet es genau das, was der russische Feldmarschall Christophor Antonowitsch Münnich (Burkhard Christoph von Münnich) meinte, als er sagte: **«Der Russische Staat wird unmittelbar durch Gott persönlich geführt».**

So spielt der Name des Staatsmannes, wer er konkret ist, überhaupt keine Rolle – entscheidend ist, dass es ein Staatsoberhaupt ist, und kein P-resident.

Valeriy Pyakin

25. Januar 2019

Präzisionen und Ergänzungen: 11. Februar 2019

Übersetzt ins Deutsche 21.07.2021